

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 28.02.2016

Votation populaire du 28.02.2016

Votazione popolare del 28.02.2016

15.021

**Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln.
Volksinitiative**

**Pas de spéculation sur les denrées alimentaires.
Initiative populaire**

**Contro la speculazione sulle derrate alimentari.
Iniziativa popolare**

VH 15.021

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Vereinzelte kann es vorkommen, dass die Inhalte nicht in italienischer Sprache vorhanden sind. Wir bitten Sie, in diesen Fällen die deutschen oder französischen Texte zu konsultieren.

Il est parfois possible que certaines informations ne soient pas disponibles en italien. Veuillez dans ces cas-là consulter les versions allemande ou française.

È possibile che alcuni contenuti non siano disponibili in italiano. In tal caso vi preghiamo di consultare la versione tedesca o francese.

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1.	Übersicht über die Verhandlungen Résumé des délibérations	I
2.	Zusammenfassung der Verhandlungen Résumé des débats	II IV
3.	Verhandlungen der Räte Débats dans les conseils Deliberazioni dei Consigli	1
4.	Schlussabstimmungen Votations finales	36
5.	Namentliche Abstimmungen Votes nominatifs Votazioni per appello nominale	38
6.	Bundesbeschluss vom 25. September 2015 Arrêté fédéral du 25 septembre 2015 Decreto federale del 25 settembre 2015	41 43 45
7.	Argumente Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben. Arguments Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés. Argomenti I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.	47 48 49

1. Übersicht über die Verhandlungen · Résumé des délibérations

15.021 s Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative

Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» (BBI 2015 2503)

NR/SR *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» (BBI 2015 2543)

17.06.2015 Ständerat. Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.

15.09.2015 Nationalrat. Beginn der Diskussion

17.09.2015 Nationalrat. Zustimmung.

25.09.2015 Ständerat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

25.09.2015 Nationalrat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

15.021 é Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire

Message du 18 février 2015 concernant l'initiative populaire "Pas de speculation sur les denrées alimentaires" (FF 2015 2295)

CN/CE *Commission de l'économie et des redevances*

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires» (FF 2015 2337)

17.06.2015 Conseil des Etats. Décision conforme au projet du Conseil fédéral.

15.09.2015 Conseil national. Début du traitement

17.09.2015 Conseil national. Adhésion.

25.09.2015 Conseil des Etats. L'arrêté est adopté au vote final.

25.09.2015 Conseil national. L'arrêté est adopté au vote final.

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

15.021 Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative

Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»
[BBI 2015 2503](#)

Die Spekulationsstopp-Initiative wurde von den JUSO gemeinsam mit der SP, den Grünen und mehreren Hilfswerken lanciert und am 24. März 2014 mit rund 116 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie will die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln bekämpfen. Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Er erachtet den von der Initiative verfolgten Ansatz als nicht sachgemäss, bezweifelt die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen und befürchtet schädliche Nebenwirkungen für die Schweizer Volkswirtschaft.

Auch National- und Ständerat empfehlen Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen. Für die Annahme der Initiative votierten die Fraktionen von SP und Grünen

Ausgangslage

Anlass für die Initiative waren die starken Preisschwankungen bei vielen Agrargütern in den letzten Jahren. Diese führten in verschiedenen Entwicklungsländern zu Problemen bei der Ernährungslage. Die Initianten gehen davon aus, dass diese Preisschwankungen vor allem durch spekulative Geschäfte auf den mit den Agrarmärkten verbundenen Finanzmärkten (sog. Warenterminmärkte) verursacht wurden. Die Initiative verlangt deshalb, dass der Handel mit gewissen Finanzinstrumenten, die sich auf Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen, in der Schweiz verboten wird. Die Initianten wollen damit die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern stärken sowie Armut und Hunger reduzieren.

Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Er teilt das Anliegen der Initiative, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern und die Armut zu bekämpfen. Er erachtet den von der Initiative verfolgten Ansatz jedoch als nicht sachgemäss, bezweifelt die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen und befürchtet schädliche Nebenwirkungen für die Schweizer Volkswirtschaft.

Gemäss Bundesrat weisen verfügbare Daten und Studien darauf hin, dass nicht die Spekulation sondern vielmehr andere Faktoren für die Preisanstiege bei Nahrungsmitteln in den vergangenen Jahren verantwortlich waren. Die wichtigsten Faktoren wären demnach historisch tiefe Lagerbestände, ungünstige Wetterereignisse (Dürre, Frost) in wichtigen Anbaugebieten sowie die politischen Massnahmen verschiedener Export- bzw. Importländer (Ausfuhrbeschränkungen, Panikkäufe). Ein Spekulationsverbot könnte somit gemäss Bundesrat hohe Nahrungsmittelpreise nicht verhindern. Massnahmen, die nur in der Schweiz ergriffen würden, hätten kaum einen Einfluss auf die Vorgänge an den internationalen Warenterminmärkten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Banken und auf Unternehmen, die mit Agrarprodukten handeln, wie auch auf industrielle Verarbeiter von solchen Produkten wären erheblich.

(Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 18.02.2015)

Verhandlungen

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» (BBI 2015 2543)

17.06.2015	SR	Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.
15.09.2015	NR	Beginn der Diskussion
17.09.2015	NR	Zustimmung.
25.09.2015	SR	Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.
25.09.2015	NR	Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen. BBI 2015 7127

Im **Ständerat** verwies eine bürgerliche Mehrheit auf den fehlenden Zusammenhang zwischen der Spekulation und dem Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln. Die Spekulation habe keine höheren Preisschwankungen zur Folge gehabt. Entscheidende Faktoren für die Preisbestimmung seien das physische Angebot, die Nachfrage und der Lagerbestand. Weiter wurde von Gegnern der Initiative argumentiert, das geforderte Verbot von spekulativen Geschäften hätte einen sehr geringen Einfluss, da die Nahrungsmittel grossmehrheitlich im Ausland gehandelt würden. Vorschriften könnten sehr leicht mit Verlagerung des Firmensitzes aus der Schweiz umgangen werden. Arbeitsplätze gingen verloren und die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz würden verschlechtert. Unterstützung erhielt die Initiative im Ständerat nur von grüner und linker Seite. Christian Levrat (S, FR) räumte zwar ein, die Spekulation sei nicht der einzige Grund für die Schwierigkeiten bei der Verteilung der Lebensmittel. Sie trage jedoch zu den heftigen Preisausschlägen bei den Agrarrohstoffen bei. Er verwies auf verschiedene Studien, unter anderem von der Weltbank, welche diesen Zusammenhang aufgezeigt hätten. Die Auswirkungen der Initiative auf die Banken seien verkraftbar, da weniger als ein Prozent ihrer verwalteten Vermögen Nahrungsmittel betreffen würden. Auch wenn die Initiative das Hungerproblem nicht lösen werde, so sei sie doch ein Signal in die richtige Richtung.

In der Gesamtabstimmung empfahl die bürgerliche Ratsmehrheit mit 32 zu 10 Stimmen, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung.

Im **Nationalrat** war die Rednerliste zu dieser Vorlage sehr umfangreich. Von Seiten der Kommissionsmehrheit und der bürgerlichen Parteien wurde mit gleichen oder ähnlichen Argumenten gefochten wie im Ständerat. Unbestritten war auch bei den Gegnern der Initiative wie schon im Ständerat, dass der Hunger in der Welt bekämpft werden müsse. Generell wurde jedoch wiederum die Auswirkung der Spekulation auf die Nahrungsmittelknappheit bestritten oder zumindest stark relativiert. Nicht die Spekulation sei Hauptursache für Preisanstiege, sondern tiefe Lagerbestände oder Wetterereignisse wie Dürren. Gewarnt wurde vor drohenden Schäden für den Wirtschaftsstandort Schweiz bzw. der absehbaren Abwanderung von Handelsfirmen aus der Schweiz bei Annahme der Initiative.

Linke und Grüne befürworteten die Initiative. Als Sprecher der Kommissionsminderheit und Befürworter der Initiative wies Beat Jans (S, BS) darauf hin, dass es 2007/08 und 2011 zu heftigen Preisausschlägen auf den Weltmärkten gekommen sei. Der Getreidepreis sei in kurzer Zeit um über 70 und bis zu 200 Prozent gestiegen. Für Millionen von Menschen habe das Hunger und Elend bedeutet, da sie sich ihr tägliches Brot nicht mehr leisten konnten. Die Wissenschaft streite ziemlich heftig darüber, ob es stimme, dass Spekulation die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treibe. Es gäbe nicht weniger als 136 Studien und Fachartikel, die 2014 verfasst wurden und die eine negative Auswirkung von Warenspekulation auf die Warenmärkte ausweisen. Das Problem sei nicht aus der Welt zu schaffen, indem man einfach sage, es existiere nicht. Cédric Wermuth (S, AG) wies speziell auch auf Händler und Fondmanager hin, welche die sehr negativen Auswirkungen der Spekulation mit Nahrungsmitteln aus eigener Erfahrung bestätigen würden. Regula Rytz (G, BE) stellte fest, dass selbst viele der von den Initiativ-Gegnern ins Feld geführten Studien die Spekulation zumindest für einen Teil der Preissteigerungen verantwortlich machten.

In der Schlussabstimmung empfahl der Ständerat mit 31 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung. Der Nationalrat empfahl die Ablehnung mit 130 zu 58 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Die Grünen und die SP-Fraktion empfahlen geschlossen und ohne Unterstützung aus anderen Parteien die Annahme der Initiative.

Schlussabstimmungstext: [BBl 2015 7127](#)

2. Résumé des délibérations

15.021 Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire

Message du 18 février 2015 concernant l'initiative populaire " Pas de spéculation sur les denrées alimentaires " [FF 2015 2295](#)

L'initiative " Pas de spéculation sur les denrées alimentaires ", lancée par la Jeunesse socialiste suisse (JS) conjointement avec le Parti socialiste, les Verts et plusieurs oeuvres d'entraide, a été déposée le 24 mars 2014, munie de 116 000 signatures valables. Elle vise à lutter contre la spéculation sur les matières premières agricoles et sur les denrées alimentaires. Le Conseil fédéral propose de la rejeter sans lui opposer de contre-projet : il estime que l'approche choisie par les auteurs n'est pas judicieuse, doute de l'efficacité des mesures proposées et craint des conséquences néfastes pour l'économie suisse.

Le Conseil national et le Conseil des Etats recommandent également au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative. Seuls le groupe socialiste et celui des Verts se sont prononcés en faveur de l'acceptation de l'initiative.

Contexte

L'initiative populaire " Pas de spéculation sur les denrées alimentaires " s'inscrit dans le contexte de fortes variations des prix de nombreux produits agricoles ces dernières années. Plusieurs pays en développement ont ainsi dû faire face à des problèmes alimentaires. L'initiative part du principe que ces variations de prix sont dues aux opérations spéculatives sur les marchés financiers en lien avec les marchés agricoles physiques (aussi appelés marchés à terme des marchandises). Elle demande donc que les opérations spéculatives réalisées avec certains instruments financiers portant sur des matières premières agricoles ou des denrées alimentaires soient interdites en Suisse. Les auteurs de l'initiative entendent ainsi améliorer la sécurité alimentaire de la population des pays en développement et lutter contre la pauvreté et la faim.

Le Conseil fédéral recommande de rejeter l'initiative sans lui opposer de contre-projet. S'il partage les objectifs de l'initiative, qui sont d'améliorer l'approvisionnement en denrées alimentaires de la population des pays en développement et de lutter contre la pauvreté, il estime néanmoins que l'approche choisie par les auteurs n'est pas adéquate, doute de l'efficacité des mesures proposées et craint des conséquences néfastes pour l'économie suisse.

Selon le Conseil fédéral, les données et les études disponibles indiquent que la hausse des prix des denrées alimentaires de ces dernières années n'est pas le fruit de la spéculation, mais plutôt d'autres facteurs, comme des stocks historiquement bas, des conditions météorologiques défavorables (sécheresse, gel, etc.) dans d'importantes zones de culture, et les mesures politiques des pays exportateurs et importateurs (restrictions des exportations, achats massifs sous l'effet de la panique, etc.). Une interdiction de la spéculation ne serait donc pas propre à prévenir la flambée des prix alimentaires. Le gouvernement estime que les mesures prises à l'échelle nationale n'auraient quasiment aucune incidence sur l'évolution des marchés internationaux à terme des marchandises. En outre, une telle interdiction aurait des conséquences considérables pour différents groupes d'entreprises, au premier rang desquelles les banques, les sociétés de négoce de produits agricoles et les transformateurs industriels de ces produits.

(Source : communiqué de presse du Conseil fédéral du 18.2.2015)

Délibérations

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»
(FF 2015 2337)

17.06.2015	CE	Décision conforme au projet du Conseil fédéral.
15.09.2015	CN	Début du traitement
17.09.2015	CN	Adhésion.
25.09.2015	CE	L'arrêté est adopté au vote final.
25.09.2015	CN	L'arrêté est adopté au vote final. FF 2015 6513

Au **Conseil des Etats**, une majorité bourgeoise a relevé l'absence de lien entre l'augmentation des prix des denrées alimentaires et la spéculation, celle-ci n'ayant pas, selon eux, entraîné de fortes variations des prix. En effet, les prix des denrées alimentaires sont déterminés par l'offre, la demande ainsi que les stocks. Les opposants à l'initiative ont en outre avancé l'argument selon lequel une interdiction de la spéculation n'aurait qu'une influence marginale sur les prix, le marché des denrées alimentaires étant majoritairement situé à l'étranger. L'introduction de telles dispositions légales pourrait également conduire les entreprises à transférer leur siège à l'étranger, ce qui aurait pour conséquence une perte de places de travail et une détérioration des conditions qui prévalent sur la place économique suisse.

A la Chambre haute, l'initiative n'a été soutenue que par le camp rose-vert. Christian Levrat (S, FR) a relevé que la spéculation seule n'était pas responsable des difficultés de répartition de la nourriture disponible, mais qu'elle contribuait aux augmentations soudaines et brutales du prix des matières premières agricoles. Il a en outre mentionné que plusieurs études, réalisées notamment par la Banque mondiale, ont clairement établi un lien entre ces deux phénomènes. Selon lui, l'initiative aurait des conséquences supportables pour les banques, le travail avec les biens alimentaires représentant moins d'un pour cent de leurs actifs sous gestion. Enfin, il a souligné que l'initiative ne résoudrait certes pas le problème de la faim dans le monde, mais qu'elle permettrait de poser quelques règles pour aller dans la bonne direction.

Lors du vote sur l'ensemble, le Conseil des Etats a décidé, par 32 voix contre 10, de proposer au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Au **Conseil national**, nombreux ont été les députés à s'exprimer sur cet objet. Les arguments avancés par la majorité de la commission chargée de l'examen préalable de cette initiative et par les partis bourgeois ont été semblables à ceux entendus au Conseil des Etats. Si le fait que la faim dans le monde devait être combattue n'a pas été contesté, l'effet de la spéculation sur la pénurie alimentaire a pour sa part donné lieu à de vifs débats. De nombreuses voix se sont élevées pour souligner le fait que l'augmentation des prix n'était pas causée par la spéculation, mais par un niveau faible des stocks et des phénomènes météorologiques tels que les sécheresses. Des députés ont également mis en garde contre les conséquences d'une acceptation de l'initiative, à savoir les préjudices imminents pour la place économique suisse et les départs à l'étranger d'entreprises commerciales.

La gauche et les Verts ont soutenu l'initiative. Beat Jans (S, BS), qui s'est exprimé au nom de la minorité de la commission et qui soutenait l'initiative, a relevé que de fortes fluctuations des prix avaient ébranlé les marchés mondiaux en 2007, 2008 et 2011 : le prix des céréales avait alors augmenté, en très peu de temps, de plus de 70 %, atteignant même un renchérissement de 200 %. Cette période fut synonyme de faim et de misère pour des millions de personnes. Beat Jans a également souligné que les scientifiques étaient partagés sur la question de savoir si la spéculation provoquait une hausse des prix des denrées alimentaires. Il a expliqué qu'en 2014, pas moins de 136 études et articles scientifiques affirmaient que la spéculation sur les denrées avait un impact négatif sur les marchés. Pour lui, le fait de nier l'existence d'un problème ne permet pas d'y remédier. Cédric Wermuth (S, AG) a pour sa part relevé que certains négociants et gestionnaires de fonds pouvaient témoigner, en se fondant sur leur expérience, des effets néfastes de la spéculation sur les denrées alimentaires. Regula Rytz (G, BE) a expliqué que même les études mentionnées par les opposants à l'initiative indiquaient que la spéculation était responsable, pour partie tout au moins, de l'augmentation des prix.

Au vote final, le Conseil des Etats a recommandé au peuple et aux cantons, par 31 voix contre 11 et 1 abstention, de rejeter l'initiative populaire " Pas de spéculation sur les denrées alimentaires ". Par 130 voix contre 58 et 5 abstentions, le Conseil national a fait de même. Le groupe socialiste et le groupe des Verts se sont prononcés de manière unie et sans aucun soutien d'autres groupes en faveur de l'acceptation de l'initiative.

Texte pour le vote final : [FF 2015 6513](#)

15.021

Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative

Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire

Erstrat – Premier Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Bischof Pirmin (CE, SO), für die Kommission: Wir sprechen über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!». Die Volksinitiative wurde am 24. März 2014 mit 115 942 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative der Juso Schweiz verlangt, dass Banken, Versicherungen, Effektenhändler, Fonds usw. nicht in Finanzinstrumente investieren dürfen, welche sich auf Nahrungsmittel beziehen. Ausgenommen von diesem Verbot wären alle Händler und Produzenten von Nahrungsmitteln, welche sich direkt über Derivate absichern. Der Bundesrat hat sich in seiner Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Volksinitiative geäußert und beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Der Ständerat ist Erstrat.

Ihre Kommission hat sich eingehend mit der Initiative beschäftigt. Zu diesem Zweck hat sie Anhörungen von zwei Vertretern der Juso Schweiz, von zwei Vertretern von Ecomiesuisse, von einem Vertreter der Paul Reinhart AG, die im Baumwollhandel tätig ist, von einem Vertreter der Swiss Trading and Shipping Association und von zwei Vertretern aus der Wissenschaft, Professor Marco Haase und Markus Mugglin, die in dieser Frage gegensätzliche Positionen vertreten haben, vorgenommen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission – das Abstimmungsergebnis lautete 7 zu 4 Stimmen – empfiehlt Ihnen heute, Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Mehrheit Ihrer Kommission tut dies im Wesentlichen aus zwei Überlegungen. Ihre Kommission hat sich auf der einen Seite gefragt, ob die Grundüberlegung der Initiantinnen und Initianten stimmt, dass die Spekulation in den hier betroffenen Geschäften dafür verantwortlich ist, dass die Nahrungsmittelpreise teilweise stark ansteigen und stark fluktuieren. Auf der anderen Seite hat sich die Kommission gefragt, welchen Einfluss denn die hier vorgeschlagene Regulierung hätte.

Zur ersten Frage: Die Kommissionsmehrheit ist insbesondere nach den Hearings zur Überzeugung gelangt, dass es – auf den ersten Blick eigentlich überraschenderweise – nicht etwa die Spekulation ist, die in den vergangenen Jahren für Preisanstiege bei Nahrungsmitteln verantwortlich war. Tatsächlich waren auch in den vergangenen Jahren, in den vergangenen zwei Jahrzehnten, erhebliche Schwankungen bei den Preisen von verschiedenen Basisnahrungsmitteln zu beobachten. Diese Preisschwankungen führten in verschiedenen Entwicklungsländern zu erheblichen Existenzproblemen; dessen ist sich auch die Kommissionsmehrheit bewusst. Das Welthungerproblem ist eines der grossen Probleme dieser Welt; den Welthunger zu bekämpfen wäre zweifellos eine der grossen Aufgaben der Weltpolitik, auch der schweizerischen Politik.

Die Kommissionsmehrheit ist aber, wie gesagt, zum Schluss gekommen, dass die Spekulation nicht zu mehr Preisanstiegen und auch nicht zu einer höheren Volatilität der Nahrungsmittelpreise führt. Das heisst im Ergebnis, wenn man mindestens einem Teil der Wissenschaft glaubt, dass die Spekulation in den letzten Jahren sogar die Wirkung hatte, dass die Volatilität der Nahrungsmittelpreise durch die Spekulation eher gesunken ist. Der Einsatz von Derivaten hat dazu geführt, dass die Kurve der Nahrungsmittelpreise geglättet wurde und nicht etwa zusätzliche Spitzen hatte. Aus

diesem Grund ist die Kommissionsmehrheit der Ansicht, dass die Initiantinnen und Initianten von falschen Voraussetzungen ausgehen.

In einem zweiten Schritt ist die Kommission davon ausgegangen, dass die Grundüberlegung der Initiantinnen und Initianten stimmt. In diesem Fall stellt sich die Frage: Hätte denn der neue Verfassungsartikel einen Einfluss auf die betroffenen Weltnahrungsmittelpreise, insbesondere auf die Preise von Basisnahrungsmitteln in Entwicklungsländern? Hier ist die Kommissionsmehrheit zur Auffassung gelangt, dass der Einfluss eines entsprechenden schweizerischen Verfassungsartikels zwar nicht null, aber sehr gering wäre; denn die entsprechenden Nahrungsmittel werden grossmehrfach im Ausland gehandelt, nicht in der Schweiz. Die entsprechenden Vorschriften, die der Verfassungsartikel auslösen würde, wären leicht zu umgehen, indem die entsprechenden Firmen ihren Sitz ins Ausland verlegen könnten. In der Schweiz selber sind keine Basismärkte für die entsprechenden Landwirtschaftsprodukte vorhanden; es handelt sich um Produkte, die in der Regel weltweit gehandelt werden.

Umgekehrt ist die Kommissionsmehrheit der folgenden Auffassung: Auch wenn das Ziel, das die Initiantinnen und Initianten verdankenswerterweise zu erreichen wünschen, nicht erreicht wird, so wird durch die Initiative ein im jetzigen Moment für den Wirtschaftsstandort Schweiz falsches Signal gesendet: das Signal, dass in der Schweiz in einem Bereich des Finanzmarktes und des Agrarproduktehandels Restriktionen eingeführt werden, die, soweit es für die Kommission ersichtlich war, sonst nirgends in der Welt in Kraft sind.

Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass die Bekämpfung des Welthungerproblems, soweit die Schweiz hier Einflussmöglichkeiten hat, auf sinnvollere Weise erfolgen kann. Nach unserer Auffassung tut der Bundesrat dies heute eigentlich sehr erfolgreich durch intensive Zusammenarbeit mit den entsprechenden internationalen Organisationen, namentlich der WTO und der FAO. Es ist immerhin zu vermerken, dass diese Organisationen in den letzten Jahrzehnten bei der Bekämpfung des Welthungers Erfolge erzielt haben. Der Hunger ist zwar nicht verschwunden, aber in den letzten zwei Jahrzehnten ist wenigstens die Hungerquote zurückgegangen.

Zusammenfassend beantragt Ihnen die Kommission mit 7 zu 4 Stimmen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Levrat Christian (S, FR): L'initiative populaire qui vous est soumise et dont nous avons à débattre aujourd'hui est soutenue par une alliance originale. Déposée par la Jeunesse socialiste suisse, cette initiative est soutenue par les partis de gauche, par les oeuvres d'entraide, notamment par leur faïtière Alliance Sud, ainsi que par une bonne partie des organisations paysannes de notre pays; l'Union suisse des paysans pour sa part a laissé la liberté de vote sur cet objet. Cela démontre que cette question de la faim, cette question d'une limitation des spéculations sur des produits alimentaires touche bien au-delà du débat gauche-droite auquel pouvaient faire penser les travaux de commission. Je vais tenter de développer quatre points.

Premièrement, la faim est un scandale moral et tout doit être entrepris pour y mettre un terme.

Deuxièmement, la spéculation contribue à accroître le problème; c'est du moins la conviction de la minorité de la commission.

Troisièmement, la Suisse n'a pas suffisamment régulé les activités spéculatives sur les produits agricoles. Elle s'est positionnée comme place centrale de cette spéculation globale et cette initiative offre une occasion de corriger cet état de fait.

Quatrièmement, les coûts réels de la mise en oeuvre de cette initiative sont supportables pour notre économie.

Permettez-moi de reprendre ces points dans l'ordre.

Premièrement, la question du droit à la nourriture, du droit à une alimentation correcte, est ancrée dans le Pacte I de l'ONU, le Pacte sur les droits économiques, sociaux et culturels, à l'article 11. Ce droit fait partie des Objectifs du Millé-

naire que s'était fixés la communauté internationale de réduire de moitié la faim dans le monde d'ici 2015, des objectifs qui n'ont pas été atteints. Aujourd'hui un neuvième de la population mondiale souffre de la faim et de sous-alimentation. En l'an 2000, nous nous étions fixé comme objectif de ramener à 700 millions le nombre de personnes souffrant de la faim; or il y a toujours 805 millions de personnes qui dans le monde souffrent de cette évolution.

C'est la cause de décès la plus répandue au monde. Ce sont 2,6 millions d'enfants de moins de 5 ans qui meurent chaque année de la faim, soit un enfant toutes les 5 secondes. Cette évolution n'est pas due à notre incapacité à produire suffisamment de nourriture pour notre planète, car nous pourrions nourrir 12 milliards de personnes. C'est donc un problème d'allocation et de répartition de la nourriture qui se pose à nous.

Il est évidemment un peu court de rendre la spéculation seule responsable des difficultés d'allocation de la nourriture disponible. La faim dans le monde a beaucoup d'autres causes: la croissance démographique; la prospérité croissante – il faut le saluer – des pays en voie de développement, qui fait que la demande de viande augmente; les changements climatiques, qui ont conduit à des sécheresses et à des inondations qui ne sont pas restées sans effets sur la production internationale; ainsi que l'augmentation de la production de bioéthanol, tiré de produits qui pourraient servir à l'alimentation humaine. Ces phénomènes n'expliquent malgré tout pas des crises comme celle que nous avons connue en 2007/08, avec des explosions soudaines des prix, ni non plus l'évolution de l'offre et de la demande. Cela n'explique pas, lors de la crise en 2007/08, une augmentation de 100 pour cent du prix du maïs en Ouganda, de 65 pour cent en Tanzanie ou d'un peu plus de 50 pour cent en Ethiopie. L'augmentation du prix des céréales durant la même période a évolué comme suit: en Somalie, 300 pour cent; au Sénégal, 100 pour cent; au Soudan, 90 pour cent. Ces augmentations ont conduit à des émeutes, les fameuses émeutes de la faim.

Plusieurs études établissent un lien clair entre la spéculation internationale et ces augmentations soudaines et brutales du prix des matières premières agricoles. C'est le cas d'études faites par la Banque mondiale, la CNUCED ou encore l'International Food Policy Research Institute. Ces études considèrent que 60 à 70 pour cent des augmentations de prix ont un lien avec la spéculation sur les matières premières agricoles.

C'est un élément qui a été contesté et qui l'est toujours au sein de la commission. Je dirais que, avec une certaine distance, personne ne peut exclure que la spéculation sur les denrées alimentaires joue un rôle dans la formation de bulles spéculatives et dans une explosion soudaine des prix. Il est certainement excessif de considérer que la spéculation serait seule responsable, excessif aussi de considérer qu'à long terme la spéculation conduise automatiquement à une augmentation du niveau des prix. Par contre, en ce qui concerne la formation de bulles spéculatives, comme ce fut le cas en 2007/08, comme ce fut le cas en 2011 dans une moindre mesure, il est évident que les activités spéculatives ont joué un rôle, et qu'elles contribuent à notablement compliquer l'allocation de ressources alimentaires disponibles.

Qui sont les acteurs de ces spéculations? Ce sont des banques, ce sont des «hedge funds», ce sont des gestionnaires de fortune. Pour la Suisse, en 2013, 3,6 milliards de francs ont été placés dans des produits alimentaires. Le Crédit Suisse seul, en 2011, était exposé pour 2,5 milliards de francs. Au niveau global, la spéculation alimentaire représente 410 milliards de dollars investis dans des produits dérivés.

La Suisse joue un rôle particulier et non négligeable dans ce domaine du fait de sa politique fiscale très favorable, mais aussi du fait d'une régulation insuffisante, même si nous avons fait un progrès considérable en matière de régulation, puisque la disposition de la loi sur l'infrastructure des marchés financiers qui introduit des limites de positions a été adoptée il y a cinq minutes au Conseil national avec la voix

prépondérante du président du conseil. Cela nous réjouit beaucoup puisqu'il s'agit d'un pas intéressant vers une régulation de ces questions qui soit un peu plus efficace. Toujours est-il que nous disposons en Suisse de filiales des quatre grandes entreprises impliquées dans ce trafic ou dans ce commerce de biens alimentaires, puisque Bunge, ADM, Cargill et Louis Dreyfus disposent toutes de filiales dans la région lémanique. Ainsi la Suisse joue un rôle international important dans la spéculation alimentaire. Cela n'est du reste pas sans inquiéter le Conseil fédéral qui, en 2014, dans son rapport de base sur les matières premières, insiste sur le risque pour la réputation que fait peser la branche des matières premières sur l'ensemble de notre pays, un risque lié à des violations des droits de l'homme, des droits sociaux ou des droits environnementaux dans les Etats producteurs.

Tout ceci pour vous dire qu'à mon avis une régulation du marché des matières premières est nécessaire. Nous avons déjà fait un premier pas et j'en suis heureux – j'espère que cette initiative a joué un certain rôle – avec l'établissement de limites de positions, comme c'est le cas aux Etats-Unis et dans l'Union européenne. Il appartiendra maintenant au Conseil fédéral de concrétiser cette disposition, mais l'initiative nous offre l'occasion de faire un second pas.

Mon dernier point est le suivant: quelles seraient les conséquences de cette initiative pour notre économie en général? Le rapporteur les a très brièvement évoquées. Permettez-moi d'être plus précis. Pour les assurances et pour les banques, le travail avec des biens alimentaires représente moins d'un pour cent de leurs actifs sous gestion. Pour les caisses de pension, il est de 0,45 pour cent. J'ai évidemment toute la compréhension de monde pour la stratégie de diversification que défendent les représentants de l'économie dans cette affaire, mais on ne peut pas dire qu'il s'agisse d'une part substantielle, d'une part importante des activités bancaires. Les spéculations sur les denrées alimentaires ont par contre des conséquences dramatiques là où elles sont mises en oeuvre, mais l'initiative ne remet pas fondamentalement en cause l'activité des banques, des assurances ou des caisses de pension. Ceci d'autant plus que l'initiative joue un rôle plus modéré qu'on peut le penser sur les sociétés de «trading», puisqu'elle autorise toutes les opérations de couverture. La seule chose qui est interdite concerne les activités purement spéculatives, mais les sociétés de «trading» sont autorisées à couvrir des achats physiques, des achats réels postérieurs, par le biais de produits dérivés. Ce sont uniquement les activités strictement spéculatives qui seraient interdites.

Pour moi, le problème est clair. Le lien entre spéculation et crise alimentaire ne saurait être exclu à ce stade. Nous sommes face à un des problèmes majeurs de l'humanité. Cette initiative permet de donner un signal qui va dans la bonne direction, d'établir quelques règles. Elle ne va évidemment pas régler le problème de la faim dans le monde, mais elle permet de poser quelques règles pour aller dans la bonne direction, et les conséquences économiques pour notre pays sont absolument supportables. C'est pourquoi je vous invite à recommander au peuple et aux cantons d'accepter cette initiative populaire.

Schmid Martin (RL, GR): Wir befinden uns in einer herausfordernden Zeit, in der erheblicher Regulierungsdruck auf unserem Wirtschaftsstandort besteht. Die Annahme der Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» würde diesen Druck erheblich verstärken. Der Handelsplatz Schweiz leistet in Bezug auf alle Rohstoffe einen grossen Teil der Wertschöpfung der Schweizer Wirtschaft: 3,4 Prozent des BIP werden durch diesen Sektor erwirtschaftet. Über 10 000 Arbeitsplätze und fast 600 Unternehmen sind direkt damit verbunden. Ein substanzieller Teil der Bundessteuereinnahmen juristischer Personen kommt aus diesem Bereich. Gleichzeitig sind diese Unternehmen extrem konzentriert: 10 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons Zug kommen direkt aus dem Rohstoffbereich, und schon heute

werden 20 Prozent des BIP des Kantons Genf in diesem Bereich erwirtschaftet.

Ich bin der Auffassung, dass gutfunktionierende Märkte einen wesentlichen Beitrag leisten zum Funktionieren einer nachhaltigen Produktion von Agrarrohstoffen. Demgegenüber kämen stabile Preise einer Planwirtschaft sehr nahe. Ich möchte nicht im Detail darauf eingehen, was eine Auslagerung dieses Sektors für die Schweiz bedeuten würde, nur so viel: 35 Prozent des Welthandels mit Petrolprodukten, 50 Prozent des Kaffee- und 60 Prozent des Metallhandels laufen über die Schweiz. Die Handelsvolumen sind derart gross, dass Länder auf der ganzen Welt die Unternehmen, die in diesem Handel tätig sind, gerne bei sich hätten. Der Hauptkonkurrent für unseren Wirtschaftsstandort in diesem Bereich ist Singapur. Dort macht man alles, um diese Firmen zu sich zu holen. Das heisst, wir müssen mit guten Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass diese Unternehmen, die fast 4 Prozent unseres BIP erwirtschaften, weiterhin bei uns bleiben.

Die Annahme einer solchen Initiative wäre ein sehr negatives Signal. Das Verbot eines Marktes wäre ein erheblicher, ja ein einmaliger Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Signalwirkung für andere Investoren in der Schweiz, und das in einer Zeit, in welcher der Schweizer Wirtschaftsstandort bei Investitionen nicht immer erste Wahl ist.

Die Vertreter der Wissenschaften, insbesondere Herr Professor Haase von der Universität Basel, haben in der Kommission ausgezeichnete Argumente angeführt und gezeigt, weshalb die Initiative, deren Ziele man ja unterstützen kann, am falschen Ort ansetzt. Er wies darauf hin, dass es entscheidend sei zu wissen, dass Nahrungsmittelpreise an den Basismärkten bestimmt würden und nicht an den Terminmärkten. Die Frage, welche es zu beantworten gelte, sei, welche Faktoren denn die Basismärkte treiben würden. Da ist die Antwort klar: Es sind vor allem das physische Angebot, die Nachfrage und der Lagerbestand. Letzterer Faktor wird gemäss der Wissenschaft in den meisten Fällen vergessen. Der Lagerbestand puffert die Angebotsschocks. Die Varianz der Angebotsschocks seitens der Produktion ist etwa sechsmal so gross wie jene der Konsumnachfrage, und das muss gepuffert werden. Wenn also der Lagerbestand auf null zurückgeht, hat man keine Chance, die Veränderungen von Angebot und Nachfrage zu puffern – das erscheint eigentlich noch logisch. Dann treten eben erhebliche Preisvariationen ein.

In den Anhörungen konnte der Vertreter der Wissenschaft auch glaubwürdig aufzeigen, dass die Basismärkte auf Veränderungen der physisch verfügbaren Mengen am Ort reagieren und nicht auf fiktive Preise an anderen Orten der Welt abstellen. Im Gegensatz dazu werden am Terminmarkt nur Erwartungen gehandelt: Man macht sich dort Gedanken darüber, wie viel nächstes Jahr zur Verfügung stehen, wie viel nachgefragt werden und wie viel sich dann in den Lagern befinden wird. Wenn Spekulanten diesen Markt beeinflussen wollen, dann müssen sie also einen Anstieg der Lagerbestände erreichen. Einen solchen gab es gerade in den erwähnten Jahren überhaupt nicht – das konnte auch aufgezeigt werden –; die Lagerbestände stiegen nicht an. Die grossen Preisspitzen hängen also mit extrem niedrigen Lagerbeständen zusammen. Bei solchen Beständen kommt es relativ schnell zu starken Preissteigerungen. Der Zusammenhang ist deutlich. Sie können sich vorstellen, für welche Nahrungsmittel Sie zu zahlen bereit sind, wenn sie knapp werden.

Es wurde auch untersucht, inwieweit die Spekulation Einfluss auf die Preisvolatilität oder das allgemeine Preisniveau hat und inwieweit es auch sonstige Effekte gibt. Der Vertreter der Wissenschaft von der Universität Basel kam zum Ergebnis, dass die grosse Mehrheit der wissenschaftlichen Arbeiten nichts finde, egal, wie man das Ganze anschaut. Der grosse Teil der Varianz sei, wie ich schon erwähnt habe, im Lagerbestand begründet. Er schloss mit der Bemerkung, insbesondere im Hinblick auf die Volatilität könne man festhalten, dass die Spekulation keinen Einfluss habe, dass sie

tendenziell sogar – wie auch der Kommissionsprecher ausgeführt hat – stabilisierend wirken würde.

Es ist sogar positiv zu vermerken, dass die Markteffizienz zunimmt, weil sich jemand über das zukünftige Angebot und die Nachfrage Gedanken macht. Terminmärkte sind auch wichtig. Das wurde in der Kommission aufgezeigt am Beispiel eines Entwicklungslandes, nämlich Äthiopiens; es ist eines der ärmsten Länder, und dort sind moderne Terminbörsen eingeführt worden. Dort werden Produkte von etwa 2,4 Millionen Kleinbauern gehandelt; die Einführung der Terminbörsen ist eine Erfolgsgeschichte. Dort zeigt sich, wie massiv eine Terminbörse die Ökonomie entwickeln kann, vor allem deshalb, weil sie auch Einfluss auf die Transportwege und die Infrastruktur hat. Diese sind notwendig, damit die Waren überhaupt im Land transportiert werden können. Zudem haben steigende Preise im Agrarsektor auch positive Auswirkungen für die Bauern, denn sie können in diesem Sinne ihre Produktion der Nachfrage angleichen und höhere Erlöse erzielen. Sie haben also einen grösseren Anreiz, mehr in die Produktion zu investieren.

Ich komme zum Schluss: Es war aufgrund der Anhörungen für mich und für die Mehrheit nachvollziehbar, dass diese Initiative keine Problemlösung darstellt, dass sie sogar schädlich ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz und dass wir deshalb diese Initiative zur Ablehnung empfehlen sollten.

Föhn Peter (V, SZ): Die Initiative ist sicherlich gut gemeint, sie schießt aber gewaltig über das Ziel hinaus. Wir sind uns einig: Die Nahrungsmittelversorgung in den Entwicklungsländern muss verbessert werden. Aber nicht so! Diese Initiative ist dazu ein völlig ungeeignetes Mittel. Die Wirkung wäre gleich null; die einzige und alleinige Wirkung wäre, dass unsere Wirtschaftsfreiheit massiv untergraben würde. Die Initiatoren überschätzen überdies die Einflussmöglichkeit gewaltig, besonders die Wirkung des sich hieraus ergebenden Vollzugs. Ich frage: Was will, was soll die Schweiz im Alleingang ausrichten? Ein weiteres grosses Fragezeichen setzt die Initiative betreffend die Auswirkung auf die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in der Schweiz in Notzeiten. Trotz guten Willens überwiegen die negativen Auswirkungen bei Weitem. Zudem müsste eine gewaltige Verwaltungsmaschinerie in Gang gesetzt werden. Da kann ich nur sagen: Nein, bitte hier nicht auch noch.

So bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Recordon Luc (G, VD): Qui veut noyer son chien l'accuse de la rage! C'est une tactique vieille comme Hérodote. Il me semble que, quand, par exemple, mon préopinant dit qu'on va beaucoup trop loin, que l'on «tire au canon sur des moineaux», c'est en réalité lui qui tire au canon sur l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires». D'une part, le champ d'application de l'initiative ne s'étend pas, contrairement à ce qu'a dit Monsieur Schmid, à l'entier des produits que l'on trouve dans le financement du négoce des matières premières, mais uniquement aux denrées alimentaires. Ce n'est qu'une partie de ce que l'on appelle en mauvais français le «trade finance», qui comprend essentiellement des produits beaucoup plus intéressants pour les opérateurs qui négocient les matières premières, en particulier les agents énergétiques tels que le pétrole. Celui-ci a d'ailleurs donné lieu à passablement de scandales, vous vous rappelez, avec les superpétroliers qui ont coulé et pollué énormément. L'initiative touche donc un secteur très spécifique, qui choque effectivement parce que la spéculation est un facteur d'accroissement des problèmes de famine dans le monde. C'est une chose extrêmement grave et sérieuse, Monsieur Levrat l'a expliqué. Donc l'initiative se concentre sur ce seul secteur.

D'autre part, la disposition proposée est très souple. L'initiative prévoit que la Confédération doit prendre des mesures contre la spéculation et ne mentionne qu'un seul instrument extrêmement précis. Cela laisse ouvert le champ des possibles. Il a été répété que nous avons inscrit dans la loi sur l'infrastructure des marchés financiers une disposition assez intelligente que, certes, nous n'avons pas voulu par pudeur

qualifier de contre-projet indirect partiel. Malgré tout, la mesure indiquée dans l'initiative prévoit qu'on peut certes autoriser des contrats avec garantie sur les prix ou avec des prix fixés à l'avance pour les livraisons, des prix à terme – ce qui est l'essentiel –, mais que, parmi les opérateurs du financement, on ne peut pas utiliser des contrats purement spéculatifs pour les matières premières agricoles et les denrées alimentaires. Ce n'est pas une mesure d'une extrême violence, cela paraît même assez marqué au coin du bon sens.

Donc compte tenu de la restriction du champ d'application et du seul instrument qui est interdit avec, je le répète, des cautions qui mentionnent tous ceux qui sont permis, je pense que nous pouvons donner une recommandation favorable au sujet de l'initiative.

Luginbühl Werner (BD, BE): In der meiner Auffassung nach informativen und ausgewogenen Botschaft des Bundesrates zu dieser Initiative kommt der Begriff «Spekulation» exakt 62-mal vor. Während die Nahrungsmittel, mit welchen nach Auffassung der Initianten spekuliert wird, im Detail aufgelistet sind, wird in der Botschaft nicht erwähnt, was «Spekulation» ist. Der Begriff «Spekulation» ist ja tendenziell negativ besetzt. Es handelt sich gemäss dem Standard-Wirtschaftslexikon Gabler um eine auf Gewinnerzielung aus Preisveränderungen gerichtete Geschäftstätigkeit – mithin um etwas in der Marktwirtschaft völlig Normales.

Einerseits ist Spekulation ein Absicherungsinstrument gegen zukünftige Schwankungen von Preisen; in dieser Form ist sie selbst bei den Initianten unbestritten. Andererseits werden dort, wo Spekulation nicht zur Absicherung dient, Risiken von Kapitalmärkten, Unternehmen und Individuen auf die Spekulanten übertragen, die mit ihrer risikoreichen Tätigkeit entweder Gewinne erzielen oder, wenn sie sich verspekulieren, Verluste einfahren.

Die Initiative wendet sich denn auch nicht gegen die Spekulation als solche, sondern gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen. Es scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein, dass der weitaus grösste Teil der Nahrungsmittel, die wir täglich verzehren, vom Terminhandel nicht erfasst wird. Der Handel erfolgt via Selbstversorgung oder relativ direkt vom Produzenten zum Grossisten, zum Detaillisten, zum Konsumenten.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass Nahrungsmittel einen besonderen Charakter haben und für Menschen und die Menschheit von wohl grösserer Bedeutung sind als Kunststoffe, Edelmetalle, Beton oder andere Güter, mit denen ebenfalls spekuliert wird. Insofern habe ich durchaus Verständnis für das Anliegen der Initianten. Doch stellen sich auch für das Spekulieren mit Nahrungsmitteln die drei Hauptfragen:

1. Muss überhaupt verstärkt reguliert werden? Den Begriff «verstärkt» verwende ich deshalb, weil Warenterminbörsen bereits weitgehend reguliert sind.
2. Ist eine solche Regulierung über eine nationale Gesetzgebung angesichts des globalen Charakters der Spekulation sinnvoll?
3. Wäre eine solche nationale Regulierung überhaupt durchsetzbar?

Zur ersten Frage: Auch ich erinnere mich an die Bilder aus der «Tagesschau», als sich zwischen 2010 und 2012 in einigen arabischen Ländern teils lange Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften bildeten, weil die Preise für Weizen und Reis stark gestiegen waren. Da muss man sich aber auch bewusst sein, dass kurzfristige Schwankungen der Nahrungsmittelpreise durchaus ihre Gründe in Dürren, Überschwemmungen oder unterschiedlichen Lagerbeständen haben können. Und da die Nachfrage relativ starr ist, können bereits kleine Veränderungen zu grossen Schwankungen führen. Wichtig ist die Feststellung, dass der langfristige Trend der Nahrungsmittelpreise sowohl in den Industrienationen wie auch in den anderen Ländern seit den historischen Höchstständen in den Nachkriegsjahren stets nach unten zeigt. Ebenfalls wichtig ist, dass die Begriffe «Nahrungsmittel» und «Agrarrohstoffe» viel zu umfassend sind, um ein griffiges Kriterium einer Regulierung zu bilden.

Ein Blick in eine beliebige Ausgabe des Börsenteils der «NZZ» genügt, um zu erkennen, dass hier eine Unzahl von gehandelten Gütern betroffen wäre, von welchen bei den meisten nicht zu erkennen ist, weshalb der Handel und die Spekulation mit ihnen beschränkt werden sollten. Wenn es den Initianten um Weizen, Mais und Reis ginge, welche 90 Prozent der Kalorienzufuhr in den Entwicklungsländern ausmachen, dann sollte sich die Initiative auch auf diese drei Grundnahrungsmittel beschränken.

Wie die Botschaft klar ausführt, ist empirisch nicht belegt, dass die sogenannte Spekulation Schuld an den kritisierten Preisanstiegen war. Vielmehr ist unbestritten, dass der internationale Handel kurzfristige Preisschwankungen abfedern kann.

Im Weiteren gibt es selbst bei Preissteigerungen von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern nicht nur Verlierer. Es gibt Verlierer, aber es gibt auch Länder, die gewinnen können, nehmen wir beispielsweise Thailand und Vietnam. Wenn es zu Knappheitssituationen kommt, können solche Länder, die netto mehr exportieren, auch von den höheren Weltmarktpreisen profitieren. Ich will mich nicht mit einem pauschalen «Der Markt wird es schon richten» begnügen. Aber solange und soweit die zur Verfügung stehenden Daten nicht belegen, dass der Spekulation mit zusätzlicher Regulierung begegnet werden muss, bin und bleibe ich ein Verfechter der Marktwirtschaft und sage Nein zu dieser neuen Regulierung.

Zur zweiten Frage: Angesichts des unbestritten globalen Charakters des Handels mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen scheint es mir widersinnig, dies mit einer nationalen Verfassungsbestimmung und einem nationalen Gesetz regeln zu wollen. Der Anteil der Schweiz am Welthandel beträgt gemäss Seco rund 1,5 Prozent. Die Schweizer machen 1 Promille der Weltbevölkerung aus. Wir sind allerdings auf Rang 20 aller Wirtschaftsnationen; der Anteil des schweizerischen BIP am Welt-BIP beträgt 1 Prozent.

Klar, wir nehmen die Schweiz als etwas wichtiger wahr, als sie aufgrund dieser Zahlen tatsächlich ist. Es ist auch klar, dass bei uns einige wichtige Unternehmen der Finanz- und Rohstoffbranche angesiedelt sind, die in diesem weltweit wichtigen Handel eine Rolle spielen. Und doch mutet es schlicht vermessend an, wenn versucht werden soll, mit der nationalen Gesetzgebung eines Kleinstaates den Welthandel zu bändigen. Die Folgen, auf welche der Bundesrat relativ diplomatisch hinweist, wären absehbar. Die erwähnten Unternehmen würden sich der nationalen Regulierung durch einen Umzug ihrer Hauptsitze ins Ausland zwar nicht elegant, aber einfach entziehen. Was die Folgen davon wären, wurde von Kollege Schmid Martin bereits dargelegt.

Zur dritten Frage: Die Grundsätze des schweizerischen Unternehmensstrafrechts würden durch die Initiative, den Initiativtext auf den Kopf gestellt. Man stelle sich den Staatsanwalt in Sarnen vor, der aufgrund einer Anzeige einer NGO beurteilen müsste, ob ein hochkomplexes Finanzderivat, welches die Personalversicherungskasse Obwalden in ihrem Portefeuille hat, nun Absicherungs- oder Spekulationscharakter hat. Man stelle sich weiter vor, dass dieser Staatsanwalt gegen die Pensionskasse eine Busse ausfallen müsste. Schon hier zeigt sich, dass die Initianten für ihr Anliegen in einen Aktionismus verfallen sind, der zu völlig verqueren Situationen führen kann.

Absurd mutet es an, wie weit der Adressatenkreis des Verfassungsartikels und damit der Ausführungsgesetzgebung gefasst ist. Einerseits wird das klassische Feindbild der Jungsozialisten, nämlich der Rohstoff- und Agrarhandel, nicht erwähnt. Dafür sind andererseits nebst Banken, Effektenhändlern, Vermögensverwaltern und Versicherungen auch die Einrichtungen der Sozialversicherungen genannt. Bekanntlich haben wir in der Schweiz zehn Sozialversicherungen. Im BVG gibt es rund 2000 Vorsorgeeinrichtungen, in der AHV rund 78 Ausgleichskassen und viele Krankenversicherungen und Einrichtungen des UVG. Alle diese genannten Institutionen befinden sich bekanntlich heute – und wohl noch einige Zeit – in einem dramatischen Anlagenotstand, welcher durch die Negativzinsen der Schweizerischen Natio-

nalbank noch verschärft wird. Wenn nun diese Einrichtungen selbst prüfen müssten, welche ihrer alternativen Anlagen die Kriterien des Initiativtextes erfüllen – dies im Übrigen unter Androhung von Strafe –, wird erneut erkennbar, wie problematisch die Vorlage ist.

Somit ist für mich klar, dass die Initiative erstens überflüssig, zweitens auf der falschen Ebene angesiedelt und drittens undurchführbar ist. Ich unterstütze daher den bundesrätlichen Antrag, sie ohne Gegenvorschlag irgendwelcher Art dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen, und bitte Sie, das auch zu tun.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Der Bundesrat bittet Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, und zwar ohne Gegenvorschlag.

Der Hunger in der Welt ist eine Pein. Man kann diese schwierige Situation nicht ernst genug nehmen. Der Bundesrat nimmt sie ernst, das tun selbstverständlich auch Sie. Ich habe in der Kommissionsdebatte auf meine Reise nach Indien hingewiesen. Ich habe in Indien Armut gesehen, ich habe in Indien Hunger gesehen, nicht weit von den Zentren der Metropolen. Diese Situationen geben ernsthaft zu denken. Wir müssen uns selbstverständlich mit dieser Herausforderung auseinandersetzen und unseren Beitrag leisten.

Die Volksinitiative, über die wir jetzt debattieren und die wir zur Ablehnung empfehlen, liegt von der Zielsetzung her nicht neben dem, was auch der Bundesrat anstrebt, nämlich Armut und Hunger zu reduzieren. Aber was die Initiative schwierig macht, ist der Weg, auf dem man das Problem lösen will. Zur Ablehnung empfohlen werden muss sie vor allem auch wegen der Nebenwirkungen.

Es wurde soeben gesagt, die Spekulation sei negativ besetzt. Das ist grundsätzlich wahrscheinlich schon so, weil es auch Ausreisser gibt. Aber vergessen Sie bitte nicht, dass die Spekulation den Markt – den drehenden Markt, den verteilenden Markt – überhaupt erst ermöglicht. Es braucht Gegenparteien, damit Handel entsteht, damit Handel hilft, Nahrungsgüter weiterzutragen. So gesehen ist Spekulation eben nicht Marktmanipulation. Marktmanipulation ist unzulässig; die gesunde, marktfördernde Spekulation ist an sich nichts Negatives.

Der Auslöser der Volksinitiative war die Situation in den Jahren 2007 und 2008. Damals war der Weizenpreis innerhalb kürzester Zeit um 120 Prozent nach oben geschnellt. Das hat zu zusätzlichen Hungerzuständen in Entwicklungsländern geführt. Die Initianten vermuten, dass die Spekulation über die Warenterminmärkte einer der Hauptgründe für dieses Hinaufschnellen gewesen sei. Deshalb wollen sie diese Geschäfte verbieten. Es sind aber nicht die Warentermingeschäfte, die für die Notlage verantwortlich waren. Es würde sich auch mit der Annahme dieser Initiative in den betroffenen Hunger- und Armutsgebieten wahrscheinlich nicht viel ändern.

Der Bundesrat konzentriert sich insbesondere auf seine bewährten Instrumente, die vom Parlament immer wieder gestützt und bewilligt werden. Ich erinnere an die Entwicklungshilfebeiträge; es sind immerhin 3,2 Milliarden Schweizerfranken im Jahr 2014. Davon geht eine Viertelmilliarde in Landwirtschaftsprojekte. Zusätzlich entfällt annähernd eine halbe Milliarde Schweizerfranken auf die humanitäre Hilfe im Rahmen der Uno. Auch mit diesen Geldern wird der Hunger bekämpft. Die Schweiz setzt sich also für die Hungerbekämpfung, für die Armutsbekämpfung ein, und sie setzt sich ein für zusätzliche Transparenz auf den Agrarmärkten.

Die Hauptproblematik der damaligen Notstände ging zurück auf ganz tiefe Lagerbestände, sie ging zurück auf Missernten, und sie ging zurück auf ungelöste Verteilungsprobleme. Wenn man die Spekulation, die die Initianten verbieten wollen, tatsächlich unterbände, würde man wahrscheinlich der Verteilung der Nahrungsmittel einen Riegel vorschieben. Ich mutmasse etwas, ich gebe das gerne zu. Den Preisschwankungen, die ich genannt habe, würde man aus der Schweiz heraus mit unserer eigenständigen Lösung nicht wirklich begegnen können. Die Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, sind nämlich ganz andere. Das ist zum Beispiel der Ölpreis.

In den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts ist der Ölpreis massiv angestiegen, und das hat zu Schwierigkeiten geführt.

Ich habe es schon gesagt: Es waren damals und es sind zum Teil bis heute die tiefen Lagerbestände, die keine Puffermöglichkeit belassen. Gewisse Regionen fielen sofort in Notstände, weil ihre Lager nicht genügten. Und es waren damals insbesondere auch spezielle Witterungsverhältnisse; das kann natürlich immer wieder passieren. Ich erinnere an die Fröste, an die damaligen Dürren und an die politischen Massnahmen, die zum Beispiel Russland und Kasachstan in der Konsequenz getroffen haben, indem sie Exporte schlichtweg verboten.

Mit einem Verbot bei uns können wir auf die internationalen Gepflogenheiten wenig bis keinen Einfluss nehmen. Die relevanten Warenterminmärkte befinden sich nicht bei uns, sie befinden sich in der Internationalität. Auf diese Warenterminmärkte könnten wir mit der Annahme der Initiative keinen Einfluss nehmen. Aber wir hätten das Risiko, dass sich Firmen – sie sind vorhin schon einmal erwähnt worden –, die hier ansässig sind und von hier aus ihr Trading machen, möglicherweise in die Nähe der Terminmärkte bewegen würden, wenn sie das Gefühl bekämen, dass die schweizerischen Rahmenbedingungen Schritt für Schritt weniger attraktiv würden, dass die Flexibilität, die Beweglichkeit eingeschränkt würden.

Das Verbot hätte eine schädliche Wirkung für unsere Volkswirtschaft. Es würde Kosten bedeuten, es würde Unsicherheit bedeuten. Die Diskussion um die Rahmenbedingungen würde zusätzlich angefacht. Wir dürfen die Rahmenbedingungen bei uns nicht verschlechtern; da bitte ich Sie wirklich, mit höchster Sorgfalt ans Werk zu gehen. Dies umso mehr, als wir in der Frage, die wir jetzt diskutieren, mit unserer Legiferierung, mit unserer verfassungsbasierten Legiferierung gar nicht dorthin kommen, wo die Post wirklich abgeht. Also bitte keine falschen Zeichen und keine unnötige, zusätzliche Unsicherheit!

Ich fasse zusammen: Armut und Hunger wollen wir miteinander bekämpfen. Der Verbotsweg, wie er von der Initiative vorgeschlagen wird, ist untauglich oder sogar schädlich. Wir haben keinen Gegenvorschlag zur Diskussion gestellt, weil wir auf die Spekulation – gemeint ist die schlechte Spekulation, also die Spekulation, die in Richtung Marktmanipulation gehen kann – mit unserer initiativbasierten Gesetzgebung kaum oder keinen Einfluss hätten, weil wir so keine relevanten Handelsplätze kontrollieren könnten. Der Bundesrat empfiehlt, weil er eben keine Eingriffsmöglichkeit sieht, die Initiative abzulehnen.

Ein letztes Wort noch zur Gültigkeit der Initiative: Die Gültigkeit wurde im Rahmen der Botschaftserstellung abgeklärt. Die Volksinitiative erfüllt alle Anforderungen an die Gültigkeit einer Initiative. Die Volksinitiative ist als vollständig ausgearbeiteter Entwurf eingereicht worden. Die sachlichen Zusammenhänge sind als korrekt beurteilt worden. Die Volksinitiative verletzt keine zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts. Sie ist gültig.

Ich bitte Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, und das ohne Gegenvorschlag.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 2***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Levrat, Fetz, Recordon, Zanetti)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Levrat, Fetz, Recordon, Zanetti)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 10 Stimmen

(1 Enthaltung)

Le président (Hêche Claude, président): Comme l'entrée en matière est acquise de plein droit, il n'y a pas de vote sur l'ensemble.

15.021

Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative

Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Bertschy Kathrin (GL, BE), für die Kommission: Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» wurde am 24. März 2014 mit 115 942 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative der Juso verlangt, dass gewisse spekulative Geschäfte mit Finanzinstrumenten, die sich auf Agrarprodukte beziehen, verboten werden. Konkret sollen Banken, Versicherungen, Effekthändler, Fonds usw. nicht in Finanzinstrumente investieren dürfen, die sich auf Nahrungsmittel beziehen. Ausgenommen von diesem Verbot wären alle Händler und Produzenten von Nahrungsmitteln, welche sich über Derivate absichern. Weiter soll sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.

Hintergrund der Initiative sind die Preisspitzen bei vielen Agrargütern in den letzten Jahren. Zwischen Januar 2007 und April 2008 haben sich die Preise von Mais, Reis oder Weizen in gewissen Ländern jeweils verdoppelt bis verdreifacht. Diese Anstiege führten in verschiedenen Entwicklungsländern zu Problemen in der Ernährungslage. Gemäss den Initianten wurden diese Preisschwankungen massgeblich durch spekulative Geschäfte auf Warenterminmärkten verursacht. Deshalb sollen gewisse spekulative Geschäfte in der Schweiz verboten und soll das Ausmass der Spekulation beschränkt werden; dies mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern zu stärken und Armut und Hunger zu verringern.

In der Botschaft vom 18. Februar 2015 erklärt der Bundesrat, dass er das Grundanliegen der Initiative, die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung sowie die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, unterstützt. Er hält die Initiative jedoch nicht für den richtigen Ansatz und beantragt, die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Die WAK-SR hat an ihrer Sitzung vom 19. Mai eine Anhörung mit Vertretern des Initiativkomitees, der Firma Reinhart, der Swiss Trading and Shipping Association, der Wissenschaft und von Economiesuisse durchgeführt. Die WAK-SR hat mit 9 zu 4 Stimmen beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Der Ständerat ist am 17. Juni 2015 mit 32 zu 10 Stimmen seiner Kommission gefolgt und hat die Ablehnung der Initiative empfohlen. Die WAK-NR hat die Initiative am 29. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit 13 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Nationalrat, sie zur Ablehnung zu empfehlen.

Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder geht mit dem Bundesrat einig, dass die Initiative ein sensibles und emotionales Thema aufgreift, das vertieft diskutiert werden sollte. Grundnahrungsmittel sind sensible Güter, weil sie zeitkritisch verfügbar sein müssen, sehr beschränkt substituierbar sind und geringe Preiserhöhungen eine existenzielle Bedrohung für grosse Bevölkerungskreise darstellen. Das macht sie deswegen nicht zu Gütern, die wegen der Effizienz etwa nicht auf Märkten gehandelt werden sollen. Gleichwohl muss aber besonders darauf geachtet werden, dass die

Preisfindungs- und Absicherungsfunktion der Märkte erfüllt werden.

Die Mehrheit der Kommission teilt jedoch die Ursachenanalyse der Initianten nicht und empfiehlt daher die Initiative zur Ablehnung.

Sie verweist erstens darauf, dass gemäss den verfügbaren Studien nicht die Spekulation, sondern andere Faktoren für die beobachteten Preisanstiege bei Nahrungsmitteln verantwortlich waren. Termingeschäfte können ein Faktor für extreme Preisspitzen sein, sind aber wahrscheinlich nicht der ursächliche, sondern, wenn schon, nur ein beitragender Faktor. Ursächliche Faktoren sind vielmehr historisch tiefe Lagerbestände, gerade in einer Phase, in der Preisausschläge sich stark entwickeln oder sehr dynamisch sind. Es sind auch ungünstige Wetterereignisse wie Dürren oder Frost in Anbaugebieten, welche das Angebot an Nahrungsmitteln verknappen und damit die Preise ansteigen lassen. Es sind rund um diese Preisvolatilität reflexartige politische Massnahmen von wichtigen Exportländern, die dann zum Beispiel Exportverbote erlassen, oder von Importländern, die Panikkäufe machen, welche die sich abzeichnende Verknappung ungewollt noch verschärfen.

Zweitens verweist die Kommissionsmehrheit auf die nützliche Seite der Spekulation, die Risikoabsicherung, und auf die Preisfindung der Spekulation. Preise und Preisschwankungen hängen häufig von nationalen Besonderheiten und nationalen Märkten ab. Viele Entwicklungsländer weisen daher viel stärkere Preisschwankungen auf als die internationalen Märkte. Das ist insbesondere dort so, wo Preisschwankungen nicht abgedeckt werden können, weil Institutionen beispielsweise nicht in der Lage sind, eine Lagerhaltung, eine Vermarktung oder eine Verteilung der Reserven sicherzustellen. Der internationale Handel kann hier eine wichtige Rolle übernehmen und Angebots- sowie Nachfrageschwankungen ausgleichen helfen. Der spekulative Teil kann also auch einen Nutzen erbringen. Auch wenn Spekulanten auf Agrar Derivate und Preisschwankungen in Zukunft spekulieren, stiften sie daher einen Beitrag zur besseren Information über künftige Preisentwicklungen.

Drittens sagt die Kommissionsmehrheit, dass das geforderte nationale Verbot auf den internationalen Märkten praktisch keine Wirkung hätte. Die wichtigen Warenterminmärkte für Agrargüter befinden sich im Ausland und nicht in der Schweiz.

Ergänzend zum Bundesrat hat die Kommissionsmehrheit bemerkt, dass es viertens eine Frage der Marktmacht sei, dass tiefe Lagerbestände respektive vor allem Angebot und Nachfrage nach den Gütern preisbestimmend sind. Das wird dann problematisch, wenn auf diesen Märkten Marktmacht entsteht, indem wenige Firmen dominante Stellungen auf den physischen Märkten haben und daneben noch Infrastrukturen in Form von Hafenanlagen, Lagerhallen oder Schiffen besitzen. Mit diesen Faktoren verfügen sie über das Potenzial, die Preisbildung auf den realen Märkten zu beeinflussen. Diese Frage müssen wir international angehen.

Fünftens verweist die Kommissionsmehrheit auf die positive Wirkung auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern, die bei einer Öffnung der Agrarmärkte, bei einem Abbau der Landwirtschaftsschutzzölle in den westlichen Ländern resultieren würde.

Fazit: Die Initiative greift aus Sicht der Mehrheit der Kommission zwar ein wichtiges und sensibles Thema auf, die Ursachenanalyse überzeugt aber nicht. Die Mehrheit der Kommission erachtet den von der Initiative vorgeschlagenen Weg nicht als tauglich und empfiehlt die Initiative deshalb zur Ablehnung.

Wermuth Cédric (S, AG): Geschätzte Kollegin, ich habe eine Nachfrage zur Ursachenanalyse, die Sie in der Kommission behandelt haben. Die Weltbank hat ihren ursprünglichen Bericht zum Peak von 2007/08 in einer Studie aus dem Jahr 2011 korrigiert und schreibt dort, dass die Ursache weder bei der steigenden Nachfrage noch bei den Energiepreisen, weder bei den «biofuels» noch bei den ganzen anderen Punkten liegt, die Sie aufgeführt haben. Explizit steht dort:

«The use of commodities by investment funds may have been partly responsible for the 2007/08 spike.» Das lässt sich als Einziges, was teilweise verantwortlich war, festmachen. Hat die Kommission diese neuere Entwicklung bei der Evidenz denn nicht zur Kenntnis genommen?

Bertschy Kathrin (GL, BE), für die Kommission: Danke für Ihre Frage, Herr Kollege Wermuth. Es ist so: Wenn man die wissenschaftlichen Studien anschaut, sieht man, dass es unterschiedliche Erkenntnisse gibt und es wissenschaftlich nicht gesichert ist, wie und ob spekulative Geschäfte auf den Warenterminmärkten zu Preissteigerungen beitragen. Die Erkenntnisse, die man in den Studien am häufigsten sieht und die die Kommission auch diskutiert hat, sind, dass Spekulation nicht der ursächliche, sondern höchstens ein beitragender Faktor ist und dass die Spekulation nicht für die langfristigen Preisentwicklungen verantwortlich ist. Das sind die Diskussionen, die die Kommission geführt hat.

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: La lutte contre la faim dans le monde et la lutte contre la pauvreté sont des combats prioritaires qui doivent être soutenus. Cependant, la majorité de la commission est convaincue que la voie proposée par cette initiative populaire de la Jeunesse socialiste suisse n'est pas le bon moyen pour atteindre ce but.

Il faudrait plutôt améliorer l'accès aux denrées alimentaires et encourager les investissements dans l'agriculture et dans la formation des agriculteurs, et ceci particulièrement dans les pays en voie de développement. Il faudrait aussi développer les programmes de lutte contre le gaspillage. En effet, on estime à un tiers du total la nourriture qui est gaspillée à l'échelle globale. D'autres actions sont encore possibles, comme le soutien à des entrepôts d'Etat pour la nourriture.

Pour favoriser certains de ces objectifs, notre Parlement a régulièrement soutenu les enveloppes financières de l'ordre de 3,2 milliards de francs comme contribution à l'aide au développement. Dans ce montant, il y a notamment 250 millions qui sont destinés spécifiquement au renforcement de l'agriculture dans les pays en voie de développement. De plus, il y a des versements de l'ordre de 460 millions de francs au titre de l'aide humanitaire, qui sont donc consacrés particulièrement à la lutte contre la faim dans le monde.

La lutte contre la faim dans le monde progresse, et c'est aussi grâce à l'engagement de pays comme la Suisse.

L'objectif de l'initiative est d'améliorer l'approvisionnement en denrées alimentaires des pays en voie de développement. Nous sommes convaincus que les mesures proposées pour ce faire sont inadéquates et ne seraient en aucun cas efficaces. Pour la majorité de la commission, il n'est pas équitable d'empêcher nos entreprises et institutions financières d'investir dans le marché de l'alimentation.

La fixation des prix de matières agricoles n'est pas ou que très peu liée aux activités financières sur les marchés. Elle peut dépendre aussi du protectionnisme de certaines nations, de stratégies géopolitiques. Des analyses démontrent que le niveau de prix de l'alimentation n'a pas de lien direct avec la spéculation boursière. Selon une de ces études, qui vient de paraître – on en a entendu parler aujourd'hui encore dans les médias –, les aspects spéculatifs n'influenceraient en moyenne que de 8 pour cent le prix des matières premières. Les prix de l'alimentation sont donc à plus de 90 pour cent influencés par d'autres facteurs.

Le prix de la nourriture dans le monde dépend principalement des conditions climatiques de l'année – par exemple, une période de sécheresse, du gel ou d'autres facteurs naturels qui influencent le niveau de l'offre à la baisse. Si les stocks sont bas et qu'une période climatique défavorable intervient, c'est la rupture et la hausse des prix avec la spéculation.

Comment peut-on imaginer que des mesures prises à l'échelle nationale puissent avoir une incidence sur des marchés internationaux? La législation proposée par cette initiative serait unique au monde et très bureaucratique.

Les entreprises suisses concernées pourraient délocaliser leur siège afin de poursuivre leur activité à l'étranger. Il n'y aurait de toute façon aucun effet sur la spéculation comme le veut l'initiative.

Ce qui est certain, c'est qu'avec une telle initiative, on touche directement la compétitivité de la place suisse. De nombreuses entreprises actives dans l'alimentation ou sur le marché mondial pourraient quitter le pays avec tout ce que cela représente comme pertes d'emplois. Les entreprises en lien avec ce type d'activité représentent 3,4 pour cent de notre PIB. Leur délocalisation dégraderait les conditions-cadres de notre économie, ce dont elle n'a pas besoin en cette période marquée par la forte évaluation du franc.

Une interdiction de la spéculation sur la nourriture nuirait au marché de l'alimentation et aurait pour conséquence un dysfonctionnement de ce secteur de l'économie. Cela aurait un effet dissuasif sur les investissements dans l'agriculture et l'industrie alimentaire, au détriment des acteurs du marché, de la production à la commercialisation. L'initiative pourrait véritablement péjorer et aggraver la situation plutôt que l'améliorer, contrairement au but visé par les initiants.

En commission, il a été dit que les problèmes d'alimentation ne sont pas seulement des problèmes de production, mais aussi de stockage et de distribution. Il est aussi constaté que la fluctuation des prix de l'alimentation n'est pas à la hausse. Au contraire, depuis six ans, les prix des produits alimentaires sont au plus bas dans le monde.

Par 13 voix contre 7 et 4 abstentions, la commission vous invite à recommander le rejet de l'initiative, sans y opposer de contre-projet.

Jans Beat (S, BS): Im Namen der Minderheit bitte ich Sie, die eidgenössische Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» zur Annahme zu empfehlen.

2007/08 und 2011, Sie haben es gehört, kam es zu heftigen Preisausschlägen auf den Weltmärkten. Der Getreidepreis stieg um über 70 und bis zu 200 Prozent, und das innert kurzer Zeit. Für Millionen von Menschen bedeutete das Hunger, für Millionen von Menschen bedeutete das Elend: Sie konnten sich ihr tägliches Brot nicht mehr leisten. Vor und während solcher Hochpreisphasen konnte man in Fachzeitschriften für Finanzanleger lesen: «Profitieren Sie von der Knappheit, investieren Sie in Rohstoffe!»

Trotzdem will uns eine Mehrheit weismachen, dass es das Problem gar nicht gibt, dass Spekulation ja eigentlich etwas Sinnvolles sei und letztlich zur Glättung der Preise beitrage und nicht die Preise in die Höhe treibe. So einfach ist es aber nicht, das hat Frau Bertschy – dafür danke ich ihr sehr – in einem sehr differenzierten Votum dargelegt. Die Wissenschaft streitet ziemlich heftig darüber, ob es stimmt, dass Spekulation die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treibt. Sie streitet darüber. Es sind nicht weniger als 136 Arbeiten, die 2014 erstellt wurden und die einen negativen Impact von Warenspekulation auf die Warenmärkte ausweisen. Davon sind 26 Fachartikel, die also ein wissenschaftliches Peer Review durchgemacht haben, und 71 Forschungsarbeiten, die an Universitäten veröffentlicht wurden. 23 sind Stellungnahmen von Händlern oder Analysten.

Das Problem ist also nicht so einfach aus der Welt zu schaffen, indem man sagt, es existiere nicht. Wir müssen uns dem Problem stellen, und ich stelle mich auf den Standpunkt: Im Zweifelsfall, wenn es um das Leben von Menschen geht, wenn es um Hunger geht, gilt das Vorsorgeprinzip und gilt es also, den vorsichtigen Weg zu wählen. Profit darf nicht das Elend von anderen Menschen fördern. Namhafte Institutionen wie Unctad, Oxfam, FAO oder auch die Weltbank haben – wir haben es gehört – das Problem erkannt. Das Problem ist da und ist unter keinem Titel zu akzeptieren.

Genau deshalb haben die Juso die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» lanciert. Die Initiative – lesen Sie genau – ist ziemlich differenziert. Sie spricht keine Totalverbote aus, sondern sie sagt in Buchstabe b, dass Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen weiterhin zulässig sind. Da

kommt der Begriff «Händler» vor, und da kommt der Begriff «preisliche Absicherung» vor. Das ist also weiterhin zulässig.

Es stellt sich nun die ganz schwierige Frage: Wie lässt sich das umsetzen? Denn es gibt in der Tat sehr viele Händler in diesem Bereich, und es gibt natürlich sehr viele Produkte, mit denen Preise abgesichert werden sollen.

Wir von der Minderheit stellen uns auf den Standpunkt: Was wir mit dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz verabschiedet haben und was der Bundesrat in Aussicht gestellt hat, stellt eine interessante und genügende Umsetzung dieser Initiative dar. Das Finanzmarktinfrastrukturgesetz macht nämlich genau das, was die Initiative will: Es macht eine Trennung zwischen schädlicher Spekulation einerseits und nützlichem Absichern, also «hedging», andererseits.

Diese Unterscheidung ist keine einfache Sache, aber sie wird auf internationaler Ebene längst vorangetrieben: Es gibt in den USA Gesetzgebungen, mit dem Dodd-Frank Act; es gibt mit Mifid II Gesetzgebungen, die in den EU-Ländern in Ausarbeitung sind. Das sind Lösungsansätze. Wir haben mit dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz diese internationalen Lösungsansätze unterstützt und sollten jetzt diesen Weg konsequent weitergehen. Wir fordern also vom Bundesrat, dass er die Möglichkeit, die er hat, nämlich diese sogenannten Positionslimiten einzuführen, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft nutzt und damit die Umsetzung dieser Initiative fördert.

In diesem Sinn bitte ich Sie, diese Initiative, die viele Auslegungsmöglichkeiten offenlässt, zu unterstützen, weil wir nicht mehr wollen, dass Menschen andere Menschen ins Elend treiben, indem sie Gewinne machen.

Schibli Ernst (V, ZH): Herr Jans, um wie viele Prozentpunkte widerspricht diese Initiative dem Prinzip des Agrarfreihandels?

Jans Beat (S, BS): Was wir fordern, sind internationale Regeln, damit der Handel mit diesen Waren nicht dafür missbraucht wird, dass Menschen, die rein finanzielle Interessen verfolgen, damit reich werden. Ich sehe das nicht als einen Widerspruch zum internationalen Handel an. Vielmehr halte ich das für eine dringend notwendige Regel, damit eben dieser internationale Handel nicht auf Kosten der Konsumenten geht und auch nicht auf Kosten der Bauern.

Hassler Hansjörg (BD, GR): Als Bauer bin ich sehr sensibilisiert für dieses Thema. Ich habe den Inhalt der Volksinitiative daher gut angeschaut. Der Hunger in der Welt ist ein bedeutendes Thema. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Schweiz auch in dessen Bekämpfung engagiert. Die Frage ist, ob das Ziel, den Hunger in der Welt zu verkleinern, mit der Volksinitiative erreicht werden kann oder ob die bisherigen Instrumente des Bundes und allenfalls auch neue Instrumente, um den Hunger zu bekämpfen, nicht doch vielversprechender sind.

Hintergrund der Initiative sind die Preisspitzen bei vielen Agrargütern in den letzten Jahren. So ist etwa der Weizenpreis zwischen Mai 2007 und März 2008 um über 120 Prozent gestiegen. Dieser Preisanstieg führte in verschiedenen Entwicklungsländern zu grössten Problemen bei der Ernährungssicherheit, der Ernährungssituation. Gemäss den Initianten wurden diese Preisschwankungen massgeblich durch spekulative Geschäfte auf Warenterminmärkten verursacht. Deshalb sollen gewisse spekulative Geschäfte in der Schweiz verboten und soll das Ausmass der Spekulation damit eingeschränkt werden. Durch ein solches Verbot soll nach Ansicht der Initianten die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern gestärkt und sollen die Armut und der Hunger verringert werden.

In der Zielsetzung sind wir uns einig. Es ist wichtig, das zu betonen. Auch wir von der BDP-Fraktion möchten die Ernährungssicherheit weltweit verbessern. Hunger und ein Mangel an Nahrungsmitteln verletzen Menschenrechte und lassen kein menschenwürdiges Leben zu. Besonders in Entwicklungsländern ist die Ernährungslage nach wie vor men-

schonunwürdig. Ich denke, dass wir alle diese unerfreuliche Situation verbessern möchten. Die Frage ist, wie wir das am besten machen könnten.

Wir zweifeln daran, dass das von der Initiative verlangte Spekulationsverbot ein taugliches Mittel für die Bekämpfung des Hungers darstellt. Die verfügbaren Studien weisen darauf hin, dass die grossen Preisschwankungen im Nahrungsmittelsektor nicht in erster Linie auf die Spekulation zurückzuführen sind, sondern dass vielmehr ausserordentliche Wetterereignisse wie Dürre oder Frost zu Ernteeinbussen und dementsprechend kleinen Lagerbeständen geführt haben. Diese Situation führte dann zu Panikkäufen und Exportverboten, die vorübergehend zu grossen Preisanstiegen führten.

Es ist auch festzuhalten, dass das geforderte nationale Verbot auf den internationalen Märkten praktisch keine Wirkung hätte. Die wichtigsten Warenterminmärkte befinden sich im Ausland. Die Schweizer Börse hat kürzlich den Handel mit Agrarderivaten nach Leipzig ausgelagert und verfügt aktuell über keine Handelsplätze für Agrarderivate mehr. Ein Alleingang der Schweiz in diesem Bereich würde also ohne Wirkung bleiben, weil die Handelsplätze im Bereich der Nahrungsmittel beliebig verschoben und ausgelagert werden können.

Weil wir nicht an die Wirksamkeit dieser Initiative, die dieses Ziel hat, glauben, empfehlen wir sie zur Ablehnung. Das heisst aber nicht, dass die Schweiz bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt keine aktive Rolle einnehmen soll. Es darf gesagt werden, dass unser Land auf der internationalen Ebene mit seinen eigenen entwicklungspolitischen Aktivitäten bereits recht viel unternimmt, um den Hunger einzudämmen. Im Jahre 2014 hat der Bund 3,2 Milliarden Franken für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Davon flossen 250 Millionen Franken direkt in die Landwirtschaft und in die Stärkung der Ernährungssicherheit. Hinzu kommt noch die humanitäre Hilfe in der Höhe von 460 Millionen Franken, die vor allem auch zur Bekämpfung von Hungersnöten eingesetzt wird. Wir sind der Überzeugung, dass dies der richtige Weg zur Unterstützung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern ist. Wir von der BDP-Fraktion haben Budgeterhöhungen in diesem Bereich auch immer zugestimmt, sei dies bei der Entwicklungszusammenarbeit oder für Massnahmen zur Bekämpfung von Hungersnöten. In diesem Bereich muss unser Land auch in Zukunft Verantwortung übernehmen und sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Das sind wir aus einem wohlhabenden Land unseren Mitmenschen in Armut schuldig.

Maire Jacques-André (S, NE): A l'origine, les bourses des matières premières servaient à assurer des prix stables aux producteurs et aux transformateurs de produits agricoles. Pour limiter les risques et permettre une sécurité de planification, les producteurs et les transformateurs concluent des accords au niveau d'une bourse, précisément. Ces accords règlent les quantités de produits à livrer à des dates déterminées et fixent des prix convenus entre partenaires. Les risques de grandes fluctuations sur les prix peuvent ainsi être limités et, en soi, ces bourses n'ont donc aucun effet néfaste.

Malheureusement, ces principes, très utiles aux producteurs comme aux transformateurs, ont été petit à petit pervertis par la spéculation qui prédomine aujourd'hui sur les bourses des matières premières qui ont, de ce fait, perdu leur fonction de régulation. La dérégulation des marchés des matières premières a profité avant tout au lobby de la finance et aux acteurs des marchés financiers dont le profit est la seule motivation! Ce ne sont plus les données fondamentales que sont l'offre et la demande qui déterminent les prix, mais la seule volonté de profit de certains spéculateurs. Des indices de matières premières ont ainsi fait leur apparition, permettant aux grandes banques et à d'autres acteurs financiers de spéculer à grande échelle sur les prix des principales matières premières.

Cette spéculation a des effets dévastateurs sur les prix des produits alimentaires. Acheteurs et vendeurs se basent maintenant fortement sur les prix en bourse pour fixer des prix réels qui ne sont plus en rapport direct avec les fluctuations de l'offre et de la demande.

Une étude réalisée en 2010 par la Banque mondiale affirme que la spéculation sur les produits alimentaires joue un rôle clé dans la détermination des prix. Depuis la dérégulation, l'amplitude et la fréquence des fluctuations de prix des biens alimentaires ont fortement augmenté. La spéculation mène à des augmentations massives de prix, qui ne sont souvent que temporaires, et forment ainsi des bulles spéculatives qui détruisent malheureusement l'existence de millions de personnes, parmi les plus fragiles sur cette planète, celles qui dépendent jusqu'à 80 pour cent de leur revenu pour se nourrir.

Les experts de la Cnuced relèvent que l'évolution spéculative des prix en bourse fait que ceux qui sont en possession de grandes quantités de produits alimentaires ont tendance à les stocker pour pouvoir les vendre plus tard, au moment où le prix aura augmenté. En raison du stockage, l'offre disponible diminue, ce qui fait encore plus augmenter les prix. Comme le disent les initiés: «La spéculation sur les biens alimentaires est la forme la plus répugnante de la recherche du profit.»

Les spéculateurs qui poussent les prix des biens alimentaires vers le haut portent une lourde responsabilité dans le drame de la faim dans le monde. On nous le dit depuis que nous sommes enfants, mais je crois que c'est une vérité bien sentie: on ne joue pas avec la nourriture!

Et la Suisse dans tout cela? Eh bien, la Suisse est complice de ce commerce en abritant le siège de nombreux commerçants de matières premières ainsi que de nombreux acteurs de la finance.

L'initiative veut interdire les investissements orientés exclusivement vers le profit, mais le texte précise bien que les contrats qui portent, eux, sur la garantie des délais et des prix pour livrer des quantités déterminées de matières premières agricoles restent bien entendu autorisés. Cela a déjà été rappelé par Monsieur Jans et il convient de bien mettre en évidence le fait que les bourses en tant que telles peuvent subsister.

En interdisant la spéculation sur les biens alimentaires, la Suisse peut montrer qu'une régulation est non seulement nécessaire mais aussi possible à large échelle. Notre pays peut servir d'exemple et pourrait s'engager alors de manière très crédible au niveau international pour que la spéculation sur les matières agricoles et les aliments soit efficacement combattue dans le monde entier. En effet, nous sommes tous d'accord, je crois, sur le fait que c'est bien à l'échelle mondiale que le combat doit aussi être mené en vue de mettre fin à ce scandale qui déshonore l'espèce humaine.

Cette initiative permet de combattre la spéculation effrénée qui entraîne dans la faim et la pauvreté des millions de personnes parmi les plus fragiles de notre planète. Le groupe socialiste vous recommande, par conséquent, de faire un geste éthique et responsable en recommandant l'acceptation de cette initiative populaire.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich ersuche Sie namens der SP-Fraktion, den Minderheitsantrag Jans zu unterstützen.

Wir alle wissen es: Millionen von Menschen sind auf der Flucht. Sie sind zum einen getrieben von Kriegen, zum andern aber auch von Hunger. Die Flüchtlingswelle erreicht jetzt auch Europa. Sie ist eine grosse Herausforderung für die europäischen Länder. Sie muss auch Anlass sein, über die Verantwortung nachzudenken. Dazu gehört auch die Verantwortung der Industriestaaten für die Sicherheit der Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Verschiedentlich wurde jetzt bereits auf die rekordhohen Nahrungsmittelpreise 2007 und 2008 sowie 2010 und 2011 hingewiesen. Damit waren massive Turbulenzen in zahlreichen Entwicklungsländern verbunden. Es wurden Versorgungskrisen ausgelöst. 2008 litten gemäss Weltbank allein

wegen dieser Notstände weltweit 100 Millionen Menschen zusätzlich Hunger. Weltweit setzte eine intensive Debatte über die Ursachen und die Rolle der Spekulation im Agrarrohbereich ein.

In diesem Umfeld lancierten die Jungsozialisten der Schweiz Verantwortungsbewusst die Spekulationsstopp-Initiative. Die Initiative will die Spekulation mit Nahrungsmitteln an den Warenterminmärkten verbieten. Sie will die Absicherungsgeschäfte, die nicht als Puffer mit realen Rohstoffen, sondern allein der Gewinnerzielung mittels Wetten auf steigende oder sinkende Preise dienen, unterbinden. Das betrifft aber nicht die notwendigen Absicherungsgeschäfte der Produzenten.

Es gibt mannigfaltige klimatische, politische und ökonomische Gründe für den langfristigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise seit der Jahrtausendwende. Aus der Sicht von Produzentinnen, Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten in den Entwicklungsländern sind aber nicht primär langfristig steigende Preise ein Problem, sondern viel eher kurzfristig extreme Schwankungen der Preise für Grundnahrungsmittel, also die Spekulationseffekte bei der Preisbildung. Für Konsumentinnen und Konsumenten, die 80 Prozent ihres Einkommens für die Befriedigung von Grundbedürfnissen ausgeben müssen, sind diese kurzfristigen Preisschwankungen existenzbedrohend. Umgekehrt sind schnell fallende Preise eine Existenzgefährdung für Bauern im globalen Süden.

Der Verdacht – Frau Bertschy hat darauf hingewiesen, wie unterschiedlich die Einschätzung in den Studien ist –, dass die Spekulation auf Agrarrohstoffen negative Auswirkungen auf die Versorgung hat, lässt sich nicht so einfach zurückweisen. Frau Bertschy, ich danke Ihnen ebenfalls für die differenzierten Ausführungen. Ich weise hier auf die Ausführungen in der Botschaft auf Seite 2531 hin. Hier wird klar geschrieben, was auch Herr Wermuth erwähnt hat: «Auf der anderen Seite kam eine Studie der Weltbank vom Juli 2010 zum Schluss, dass Finanzspekulation die Preisschwankungen 2007/08 verstärkt haben könnte. Die Unctad kam 2009 und 2011 ebenfalls zum Schluss, dass die 'Finanzialisierung' die Preise auf den Rohstoffmärkten verzerrt habe.» Allein diese Hinweise müssen für uns doch Anlass sein zum Handeln.

International hat man reagiert: Die G-20 arbeitet an Empfehlungen gegen die Spekulation; die USA haben bereits gehandelt – ich habe mir jetzt sagen lassen, dass der Fall vor Gericht hängig ist –; und in der EU werden Regulierungen im Rahmen von Mifid II diskutiert. Die Umsetzung wird kommen, davon bin ich überzeugt.

Auch die Schweiz als wichtiger Handels- und Finanzplatz ist gefordert. Wir dürfen nicht zur Regulierungsoase werden. Das Konzept der Spekulationsstopp-Initiative ist äusserst vernünftig. Es ist ja kein Verbot, sondern es beinhaltet eine differenzierte Behandlung. Die Positionslimiten für Nahrungsmittelderivate müssen so tief angesetzt werden, dass sie die reine Finanzspekulation mit Nahrungsmitteln ausschliessen, gleichzeitig ist damit die notwendige Preisabsicherung am Terminmarkt von Produzenten und Händlern möglich.

Herr Schibli, ich möchte Ihnen gleich noch etwas sagen, bevor Sie Ihre Frage stellen: Wissen Sie, es geht hier um Finanzderivate auf Nahrungsmittel, es geht nicht um den Agrarfreihandel, das ist der Unterschied.

Ich muss feststellen, und das mit grossem Bedauern: Der Bundesrat hat zwar im Finanzmarktinfrastrukturgesetz die Möglichkeit zur Festlegung von Positionslimiten vorgesehen. Wenn wir aber jetzt den Verordnungsentwurf prüfen, sehen wir, dass keine Umsetzung dieser Positionslimiten vorgesehen ist.

Wenn wir heute die Spekulation unterbinden wollen, gibt es im Moment nur ein Instrument, und das ist die Initiative der Jungsozialisten. Ich bitte Sie deshalb, unterstützen Sie die Initiative, sagen Sie Ja zum Minderheitsantrag. Damit haben wir ein Instrument gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Schibli Ernst (V, ZH): Frau Leutenegger Oberholzer, welchen Einfluss haben die globalisierten Märkte auf die von Ihnen angesprochene, sehr schwierige Ernährungssituation auf der Welt?

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Der Bereich, der jetzt reguliert wird, ist ganz stark eingegrenzt. Es ist aber ein Bereich, der auch im Rahmen der globalen Finanzmärkte eine Rolle spielt. Es geht hier, Herr Schibli, um ein Instrument, mit dem die Spekulation eingedämmt werden soll, indem die Finanzderivate auf Nahrungsmittel reguliert werden sollen. Sie können nicht sagen, dass wir, weil sich damit das Hungerproblem nicht global lösen liesse, dies unterlassen sollten. Es ist so, wie Herr Hassler gesagt hat: Im Ziel sind wir uns einig. Doch wenn wir uns schon im Ziel einig sind, sollten wir doch alle Instrumente, die uns hier in der Schweiz zur Hand sind, nutzen. Dieses Instrument haben wir in der Hand – dank der Initiative der Juso.

Walter Hansjörg (V, TG): Die Ausführungen von Kollegin Leutenegger Oberholzer bestätigen eigentlich, dass es sich hier um ein sehr komplexes Thema handelt. Würde die Initiative die globale Nahrungsmittelversorgung wesentlich verbessern, müsste man hier zustimmen. 800 Millionen unterversorgte Menschen auf unserem Planeten, etwa gleich viele Übergewichtige in den Industrienationen, das ist das Problem – und die Kinder in den Schwellen- und Entwicklungsländern haben zu wenig Eiweiss und sterben tagtäglich. Eine Verbesserung der Situation ist leider nicht in Sicht. Die Weltbevölkerung nimmt nach wie vor zu. Wir haben abnehmende Ressourcen für die Produktion, und wir haben Wasserknappheit und eine Klimaentwicklung, deren Prognose schlecht ist.

Die Preise spielen eine ganz entscheidende Rolle für die Bereiche Anbau, Anbauattraktivität, Absatz und Verbrauch. Ertragsschwankungen bei der Ernte und die Warenflüsse bilden die Preise. Auch der Erdölpreis hat eine ganz zentrale Rolle und beeinflusst die landwirtschaftlichen Rohstoffpreise. Zurzeit haben wir einen tiefen Erdölpreis und tiefe landwirtschaftliche Rohstoffpreise. Die Ethanolproduktion wird zurzeit nicht betrieben, weil es sich nicht lohnt. Brasilien verwendet rund 50 Prozent der Zuckerernte für Ethanol, wenn der Erdölpreis hoch ist. In den USA wird etwa ein Drittel der Maisernte für Ethanol verwendet, wenn es sich lohnt. Das ist heute nicht der Fall, und wir haben tiefe Preise.

Dann dürfen wir nicht ausser Acht lassen, dass die Exportsubventionen einen wesentlichen Einfluss auf die Schwellen- und die Entwicklungsländer haben. Die Schweiz unterstützt in der Zielsetzung den Abbau der Exportsubventionen. Es sind auf der einen Seite die USA, welche diese noch in grossem Stil führen, und auf der anderen Seite ist es Indien, das bei hohen Preisen den Verbrauch der Nahrungsmittel subventioniert. Das will die WTO eigentlich nicht mehr, und das wird die nächste Diskussion an der WTO-Konferenz im Dezember in Nairobi sein. Ich habe gehört, dass der Bundesrat diese Zielrichtung unterstützen wird. Er hat sie vor etwa zehn Jahren schon unterstützt, aber die WTO konnte sich damals nicht durchsetzen. Der Abbau von Exportsubventionen gibt also Impulse für die Schwellenländer und höhere Nahrungsmittelpreise, aber das hat – das darf man auch nicht vergessen – in den ärmsten Entwicklungsländern eher negative Auswirkungen durch höhere Importpreise.

Die Initiative hat eigentlich einen guten Passus, und zwar, dass terminliche und preisliche Abstimmungen und Vorfinanzierung von Ernten zugelassen werden sollen. Aber gerade das ist auch das Problem.

Herr Jans, in den Jahren 2007/08 sowie 2011/12, in denen die Ernten weltweit tief ausfielen, hatten wir beim Weizen noch eine Versorgungssouveränität von etwa 20 Tagen. Was ist passiert? Nicht die Spekulation war das Problem, sondern vor allem China hatte die Ernten aufgekauft. Das wäre gemäss Initiative nach wie vor möglich. Es war nicht die Spekulation: China hatte es zum Eigengebrauch aufgekauft, und das hatte Preissteigerungen zur Folge. Letztlich macht

die Preissteigerung oder der Preiszerfall immer Angebot und Nachfrage sowie das Ausmass der Lagerhaltung aus.

In der Schweiz haben wir andere Instrumente. Dieser Passus nützt der Schweiz nichts, und wir haben damit auch keinen internationalen Einfluss. Wir haben das sogenannte Rückerstattungsprinzip; den Bauern wird nicht alles ausbezahlt, und je nach Preisentwicklung wird nachbezahlt. In unserer Verfassung brauchen wir das nicht.

Die Initiative will die Spekulation, die sogenannten Papiertransaktionen, verbieten. Es gibt tatsächlich zwei Preise, die Papierpreise und die physischen Preise. Die physischen Preise sind in der Regel tiefer als die Spekulationspreise. Das ist interessant und spielt vor allem beim Zucker eine grosse Rolle. Die Schweiz spielt eine grosse Rolle im Handel mit Agrarrohstoffen. Sie ist sehr dynamisch, wir haben Firmen vor allem um Lausanne herum und auch in Zug. Bei Zucker und Kaffee halten Schweizer Unternehmen im Weltmarkt einen Marktanteil von 50 Prozent, bei Getreide, Reis und Ölsaaten sind es 35 Prozent. Aber die Rohstoffhandelsbörsen befinden sich im Ausland. Die Dienstleistungen werden in der Schweiz erbracht, die Abwicklungen erfolgen im Ausland. Die Handelsfirmen hätten kein Problem, das Geschäft auszulagern, würden wir die Einschränkungen dieser Initiative auferlegen. Kollege Hassler hat ein Beispiel dafür genannt. Wissenschaftlich ist es zudem nicht erwiesen; da gibt es Pro und Kontra, ob die Spekulationen, die Papierkäufe tatsächlich einen grossen Einfluss auf die Volatilität der Preise haben. Wir meinen, dass Spekulation die Preisentwicklung eher glättet.

Entscheidend für die Versorgung ist die Ernährungssouveränität in den einzelnen Ländern, damit sie unabhängig sind. Die Nahrungsmittelflüsse sind eben so, dass sie dorthin fließen, wo die Kaufkraft am höchsten und am stärksten ist. Da leiden leider die Entwicklungsländer, und dagegen vermag diese Initiative ebenfalls nichts auszurichten.

Was würde das für den Finanzplatz heissen? Tatsächlich hätten wir das Problem, dass der Finanzplatz massiv eingeschränkt würde, wenn diese alternativen Produkte nicht mehr aus der Schweiz angeboten werden könnten. Die Vorsorgeeinrichtung AHV verzichtet auf Rohstoff-Hedgingfonds; auch viele Pensionskassen setzen nicht auf diese alternativen Produkte, weil sie keinen Zins abwerfen und das Risiko doch sehr gross ist. Die USA haben internationale Positionslimiten eingeführt; die Schweiz ist mit dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz insofern nachgezogen, als dort mit Blick auf solche Einrichtungen eine Kann-Formulierung enthalten ist. Sollten sie sich bewähren, kann dann darüber diskutiert werden, ob sie eingeführt werden sollen oder nicht.

Diese Initiative hätte in den ärmsten Ländern keine sichtbaren Massnahmen zur Folge, aber in der Schweiz hätten wir das Problem, dass die Finanzinstitute einen Abbau erleiden würden. Sie würden diese Tätigkeit wahrscheinlich nicht aufgeben; sie sind international ausgerichtet und würden sie ins Ausland verlegen. Der Schaden wäre aber sicher gross, während die Wirkung ausbliebe.

Deshalb hat sich die SVP-Fraktion entschieden, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Kollege Walter, Sie sind ja Bauer. Wenn Sie wählen können, ob Sie sich z. B. gegen fallende Milchpreise über relativ teure Derivatgeschäfte absichern wollen oder ob Sie sich mit einem direkten Kontrakt – z. B. mit der Migros oder mit Coop, die Ihnen einen guten Preis garantieren – absichern wollen: Was würden Sie wählen? Wenn Sie Zweites wählen würden: Wieso wollen Sie das den globalen Akteuren nicht zugestehen? Direkte Kontrakte sind die Alternative zur Absicherung über Derivatgeschäfte, die, wie erwiesen ist, preistreibend sind, und zwar nicht für die Produzenten, sondern für die Konsumenten.

Walter Hansjörg (V, TG): Besten Dank für diese Frage. Die Milch ist vielleicht kein gutes Beispiel. Es besteht dort, auf die Schweiz bezogen, noch ein Grenzschutz. Wichtig ist, dass die Produzenten ihre Produktion über Verträge absi-

chern können. Ich bin eindeutig für die vertragliche Absicherung – sie ist gut –, aber es braucht natürlich einen Partner auf der anderen Seite. Das ist bei Commodity-Produkten wie Reis oder Getreide, die weltweit gehandelt werden, nicht der Fall.

Wermuth Cédric (S, AG): Geschätzter Kollege, Sie und Ihre Fraktion schreiben sich immer wieder auf die Fahne, die Bauern in diesem Land zu vertreten. Sie haben sicher mitbekommen, dass eine Umfrage bei 400 Bauernfamilien ergeben hat, dass ein überwiegender Anteil von über drei Vierteln der Bauern in der Schweiz die Spekulation mit Nahrungsmitteln ablehnt.

Nun hätten wir uns hier auf einen Kompromiss einigen können. Sie haben die Positionslimiten erwähnt und haben selber gesagt, dass Mifid II die europäischen Staaten zur Umsetzung verpflichtet. Aber Ihre Fraktion hat hier gegen Artikel 118 des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes gestimmt. Das verstehe ich nicht ganz. Wollen Sie jetzt die Spekulation und die Nahrungsmittelknappheit mit Positionslimiten bekämpfen? Dann würden wir uns vielleicht finden. Oder wollen Sie eigentlich gar nichts tun?

Walter Hansjörg (V, TG): Diese Umfrage hat gezeigt, Kollege Wermuth, dass auch die Bauern in der Schweiz solidarisch sind mit den Bauernfamilien weltweit. Hier aber nur die folgende Bemerkung: Selbstbewirtschaftende Bauernfamilien gibt es eigentlich in sehr wenigen Ländern. Sehr stark ist die Getreide-, die Soja- und die Reisproduktion; das sind riesengrosse Agrarkonzerne, und mit denen muss man eigentlich kein Erbarmen haben. Nun, Ihre Frage zu diesen Positionslimiten: Das ist ein neues Instrument. Der Bundesrat hat auch über das Seco, also Herrn Eric Scheidegger, erwähnt, dass hier zuerst Erfahrungen gesammelt werden müssen, ob es eine Wirkung hat und ob es für die Schweiz angemessen ist.

Graf Maya (G, BL): Kollege Walter, Sie haben mich mit Ihrer Antwort gerade herausgefordert, indem Sie gesagt haben: «Bauernfamilien gibt es eigentlich in sehr wenigen Ländern.» Das ist natürlich nicht so: 70 Prozent der Lebensmittel für jeden Tag werden weltweit von Bauernfamilien produziert, vor allem im Süden. Diese Bauernfamilien sind absolut abhängig, zum Beispiel, wenn sie etwas verkaufen wollen, um die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren: Wenn der Preis wegen dem Weltmarktpreis von im Norden industriell hergestellten Nahrungsmitteln und der Spekulation sinkt, haben sie nichts mehr im Portemonnaie. Wie stellen Sie sich dazu? Das ist doch nicht im Interesse von Ihnen, von uns hier und insbesondere nicht von unseren Kolleginnen und Kollegen in den Südländern.

Walter Hansjörg (V, TG): Vielen Dank, liebe Kollegin, für diese Frage. Sie haben gut zugehört, und ich bin froh, dass ich das noch etwas besser erklären kann. Was die Bauernfamilien anbelangt, meine ich, dass die Produktion nicht in den Händen der Familienbetriebe liegt, sondern es gibt diese Agrarkonzerne in der Produktion. Bei der Selbstversorgung sind es natürlich weltweit die Bauernfamilien, die um ihre Existenz kämpfen. Aber die haben sehr geringe Flächen und sind Selbstversorger. Ich meine, bei dem, was in den globalen Handel kommt, geht es heute in der Regel um sehr, sehr grosse Betriebe. Aber es ist wichtig, wenn man die Ernährungssouveränität in den Entwicklungsländern, auch in den Schwellenländern wie Brasilien fördern will, dass man die Bauernfamilien unterstützt, damit der Selbstversorgungsgrad in diesen Regionen vergrössert wird. Dafür brauchen sie gute Preise. Der Abbau von Exportsubventionen wirkt sich auf diese Preise aus, indem sie sich erhöhen. Letztlich ist alles auch eine Geldfrage – je besser der Preis ist, umso mehr erhöht sich die Ernährungssouveränität. Danke, dass ich das noch erklären konnte.

Schelbert Louis (G, LU): Der Hunger in der Welt ist eine der wichtigsten politischen Fragen. Etwa 800 Millionen Men-

schen leiden an Mangelernährung, 162 Millionen Kleinkinder in Entwicklungsländern sind chronisch unterernährt. Das müsste nicht sein, Hunger ist das grösste lösbare Problem auf dem Erdball.

Einen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers zu leisten ist das Hauptziel der Volksinitiative mit dem Titel «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln». Die Fraktion der Grünen sagt Ja dazu. Es wird ein reales Problem angegangen. Die ethische Dimension wird durch die aktuellen Flüchtlingsströme noch weiter unterstrichen.

Die Initiative betrifft eine andere Facette des Ziels, das wir Grünen mit unserer Volksinitiative «für gesunde sowie umweltfreundlich und fair produzierte Lebensmittel» anpeilen. Die Fair-Food-Initiative legt den Finger auf die Qualität und einen sorgfältigen Umgang mit Produkten und auf einen fairen Handel. Das ist dringend nötig, der Handel mit Nahrungsmitteln muss der Versorgung dienen.

Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen kann die Hungerproblematik verschärfen. Die Initiative verlangt erstens ein Teilverbot solcher Spekulation für Banken, Versicherungen, Effektenhändler, Fonds usw., die ohne echtes Interesse an den Produkten in Finanzinstrumente für Nahrungsmittel investieren. Zweitens soll sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen weltweit wirksam bekämpft wird. Händler und Produzenten von Nahrungsmitteln, die sich über Derivate absichern, wären vom Teilverbot ausgenommen.

Es trifft zu, dass für die langfristige Entwicklung von Nahrungsmittelpreisen Produktion und Angebot sowie Nachfrage und Lagerbestände entscheidend sind. Das kann – auch infolge Witterung – zu grossen Preisschwankungen führen.

Aber es gibt auch die Finanzspekulation, die nicht sein muss und die bei Nahrungsmitteln auch nicht sein soll. Studien bestätigen, dass die Spekulation mithelfen kann, Unsicherheiten zu schaffen. Darauf hat in der vorberatenden Kommission auch der Experte der Entwicklungsorganisationen von Alliance Sud, Markus Mugglin, hingewiesen. Spekulation kann, wenn es um Preisspitzen geht, Schaden anrichten und die Hungerproblematik verschärfen. Von daher beweisen Tabellen oder Grafiken, die einen Mehrjahresverlauf von Preisen zeigen, wenig. Auf Seite 2511 der Botschaft sind Preisentwicklungen wichtiger Grundnahrungsmittel abgebildet. Sie zeigen, dass zu bestimmten Zeiten Spitzen entstehen. Diese Spitzen stellen je nachdem für die Bevölkerung in Entwicklungsländern ein grosses Problem dar. Für solche Spitzen sind Spekulationen der Finanzindustrie massgeblich mitverantwortlich.

Solche kurzzeitige Preisspitzen will die Initiative wegen der verheerenden Auswirkungen auf die ärmste Bevölkerung so weit möglich ausschalten. Es ist nicht überall auf der Welt so, dass die Menschen wie in der Schweiz vielleicht 7, 8 oder 10 Prozent ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel tätigen, es gibt Regionen, da sind es 60 bis 80 Prozent. Daher setzt die Initiative an einem richtigen Ort an, nämlich dort, wo unnütze Spekulation stattfindet, die je nach Situation dazu beiträgt, Hungerkrisen zu verschärfen.

Der Bundesrat anerkennt im Grundsatz die Problematik, lehnt die Initiative aber ab. Aus seiner Botschaft an das Parlament könnte man schliessen, in Zeiten der Knappheit finde keine Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen statt. Das sehen wir nicht so. In Ergänzung der Voten, namentlich aus der SP-Fraktion, ist noch Folgendes zu sagen: Der Bundesrat berücksichtigt eine wichtige Studie nicht; er diskutierte sie weder in der Botschaft noch in der Kommission. Valiante und Egenhofer weisen nach, dass 2008, im Zeitpunkt der Knappheit und des Hungers, bei Weizen und Mais Lagerbestände aufgebaut wurden. Trotz der Knappheit der Güter wurde also weiter spekuliert. Eine künstliche Verknappung beim Angebot wirkt sich preisstärker aus, das vergrössert die Gefahr von Hunger und Elend, der Hunger in Entwicklungsländern wird so geschürt statt bekämpft.

Immerhin war der Bundesrat beim Finanzmarktinfrastrukturgesetz bereit, sogenannte Positionslimiten zu ermöglichen.

Damit lassen sich die in einer Hand gehaltenen Warenderivate begrenzen, und es kann unter Umständen verhindert werden, dass der Markt durch eine Übermacht von in einer Hand gehaltenen Derivaten destabilisiert wird und dass die Preisentwicklung manipuliert werden kann. Das ist ein Teilerfolg der Volksinitiative. Der Bundesrat soll die entsprechenden Bestimmungen so rasch als möglich erlassen.

Gegen die Spekulationen der Finanzindustrie hilft jedoch vor allem die Annahme der Initiative. Die Schweiz ist einer der grössten Rohstoffhandelsplätze der Welt, einige der grössten Unternehmen der Branche haben ihren Sitz z. B. in Genf und in Zug. Der Schweizer Gesetzgeber ist damit besonders gefordert. Dass hierzulande derzeit keine solchen Handelsplätze mehr bestehen, ändert daran nichts. Andere Länder schreiten regulatorisch ein. So gilt es zu verhindern, dass die Schweiz in der Folge wieder zu einem Ort wird, wohin mit diesem Handel ausgewichen werden kann.

Im Sinne der Darlegungen bitte ich Sie, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen.

van Singer Christian (G, VD): J'en conviens avec certains de mes préopinants opposés à l'initiative: elle ne va pas résoudre tous les problèmes de la faim dans le monde. Pour les exportations subventionnées de produits alimentaires qui détruisent l'agriculture locale dans les pays du tiers monde, elle ne pourra rien; il faut prendre d'autres dispositions. Les agrocarburants à base de produits comestibles, appelés par erreur biocarburants, devraient aussi être interdits dans le monde entier. Cette initiative ne va rien changer non plus au fait que le pouvoir d'achat de propriétaires d'animaux de compagnie dans les pays développés est plus élevé que celui des parents d'enfants sous-alimentés dans certains pays en voie de développement. Elle ne va pas, d'un coup de baguette magique, supprimer l'extrême pauvreté et la faim dans le monde.

Mais plus de 800 millions de personnes sont sous-alimentées, des dizaines de millions d'enfants ne mangent pas à satiété tous les jours. Limiter la spéculation sur les denrées alimentaires permettrait de réduire ces problèmes. Je vous le rappelle: cela ne va pas interdire le fonctionnement des bourses sur les matières premières, il s'agit simplement de limiter la possibilité de spéculer avec des produits dérivés. Il faut absolument recommander au peuple et aux cantons d'accepter cette initiative populaire. La Suisse pourrait ainsi jouer un rôle de pionnier. Je vous invite à recommander d'accepter l'initiative populaire des Jeunes socialistes.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

15.021

**Keine Spekulation
mit Nahrungsmitteln.
Volksinitiative**

**Pas de spéculation
sur les denrées alimentaires.
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Chevalley Isabelle (GL, VD): Tout le monde s'accorde sur le fait qu'il est immoral de spéculer sur la nourriture. Ceci dit, l'initiative que nous propose la Jeunesse socialiste suisse ne résout rien et contredit même les recommandations de la FAO, qui appelle à «un meilleur encadrement des marchés au lieu d'une interdiction».

Cependant, le groupe vert/libéral est sensible à cette thématique. C'est pourquoi nous avons finalement soutenu, en juin dernier, l'introduction dans la loi sur l'infrastructure des marchés financiers (LIMF) des limites de position. En introduisant ce nouvel outil, nous estimons avoir répondu à la revendication des auteurs de l'initiative. La FAO et l'Oxford Committee for Famine Relief (OXFAM) estiment, eux aussi, que les limites de position sont la meilleure manière de lutter contre la spéculation alimentaire, contrairement à l'initiative. Certes les limites de position, qui s'appliquent au niveau des bourses, n'apparaissent pas dans le projet d'ordonnance du Conseil fédéral, mais elles figurent clairement dans la LIMF, votée en juin, aux articles 118 et 119. Le Conseil fédéral s'est engagé à les mettre en oeuvre si des activités spéculatives se développent sur des plates-formes d'échange de matières premières en Suisse; ce qui n'est pas le cas pour l'instant. Rappelons également que la LIMF apporte, en plus des limites de position, la transparence nécessaire, au niveau des marchés des dérivés en bourse et de ceux échangés de gré à gré, pour limiter la spéculation comme le demandent OXFAM, la FAO et l'ancien rapporteur spécial pour le droit à l'alimentation aux Nations Unies, Monsieur Olivier De Schutter.

Par ailleurs, si l'Union européenne exige que la Suisse possède des limites de position pour octroyer à la LIMF un statut d'équivalence à la réglementation européenne, le Conseil fédéral sera tenu d'introduire ces limites. Sachant que la Commission européenne les a votées et que les 28 pays membres de l'Union européenne ont maintenant deux ans pour les transposer dans leur droit, il y a fort à parier que la mise en oeuvre des limites de position en Suisse devienne une obligation d'ici un à deux ans.

Aujourd'hui, les limites de position sont une réalité au niveau des bourses américaines et européennes des matières premières. La Suisse est solidaire des efforts internationaux pour lutter contre la spéculation et contribue à l'émergence d'un «level playing field». Elle ne deviendra pas un îlot de spéculation.

D'ailleurs, sur les 17 recommandations faites par l'observatoire fédéral du secteur, rassemblant les forces de trois départements fédéraux visant à améliorer la transparence du domaine du commerce des matières premières, 11 sont déjà réalisées. On le voit bien, le Conseil fédéral ne reste pas inactif sur ce sujet.

Dès lors que le problème de la spéculation alimentaire a pu être pris au sérieux et que les outils appropriés ont pu être introduits dans la loi, le groupe vert/libéral ne soutiendra pas l'initiative de la Jeunesse socialiste suisse.

Maier Thomas (GL, ZH): Wie können wir sicherstellen, dass alle auf diesem Planeten genügend zu essen haben respektive, korrekter formuliert, dass das genügende Essen richtig verteilt wird? Die Initiative will den Hunger und die Armut in den Entwicklungsländern bekämpfen. Die Grünliberalen meinen, dass die Initiative im Grundsatz wichtige Fragen aufwirft, faktisch aber, als Fazit quasi schon vorneweg, wirkungslos bleiben wird, weil die Ursachenanalysen nicht überzeugen und der Ansatz falsch ist.

So liegt schon die Annahme, wonach grosse Preisschwankungen für Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe schuld am Hunger sind, wohl nicht richtig. Eventuell sind sie eine der Ursachen. Selbst dann zeigen aber Daten und Studien, dass nicht die Spekulation, sondern andere Faktoren für die Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln verantwortlich sind. Die wichtigsten Faktoren sind tiefe oder hohe Lagerbestände, ungünstige Wettersituationen, Dürre, Frost in wichtigen Anbaugebieten, politische Massnahmen verschiedener Export- und Importländer wie Ausfuhrbeschränkungen, Zölle, Panikkäufe, die wir in der Schweiz ja auch kennen, zumindest im Bereich der Zölle.

Die Volksinitiative will dem begegnen, indem der Markt nur in der Schweiz verboten werden soll. Ein Spekulationsverbot kann aber hohe Nahrungsmittelpreise alleine nicht verhindern. Der Markt erfüllt im Gegenteil notwendige Funktionen und stellt sicher, dass eine echte Preisbildung und ein möglichst freier Handel möglich sind. Der Markt ist nicht das Problem, sondern eher die Lösung. Märkte helfen, Krisen zu bewältigen und Engpässe zu vermeiden, ohne dass Staaten in die Landwirtschaft eingreifen müssen.

Eigene Erfahrungen in Costa Rica bestätigen mir diese Haltung. Geschätzt fallen in Costa Rica selber etwa 90 Prozent der notwendigen Arbeiten an, die es braucht, damit wir eine Tasse Kaffee trinken können. Tausende von Menschen leben dort von dieser Arbeit. Firmen bringen den grünen Kaffee per Schiff z. B. nach Europa. Fakt ist, dass diese Firmen mit ihrem Rohprodukt – ich habe die entsprechenden Abteilungen selber anschauen können – intensiv an Terminwarenbörsen handeln. Ist das jetzt Spekulation? Nein, die Firma versucht mit Termingeschäften die realen Preisschwankungen aufzufangen, damit sie ihren Lieferanten, den Menschen in Costa Rica, über Jahre hinweg konstante und vor allem gute Preise bezahlen kann. Lagerhaltung, die Vermarktung oder die Verteilung der Reserven sicherzustellen ist genauso wichtig. Der internationale Handel kann hier eine wichtige Rolle spielen und die Angebots- und Nachfrageschwankungen ausgleichen helfen.

Der spekulative Teil hat also auch einen Nutzen. Länder mit starken Preisschwankungen haben oft schlecht funktionierende Märkte, schwache Kapazitäten und müssen Nahrungsmittel importieren. Sie haben politische Instabilität und eine unsichere Sicherheitslage. Hinzu kommt, dass sie oft von einem einzigen Grundnahrungsmittel abhängig sind und auch noch eine Anfälligkeit auf klimatische Schwankungen haben. Sie importieren meist mehr Grundnahrungsmittel, obwohl sie selber oft gute Anbaumöglichkeiten hätten. Hier müssten wir den Hebel ansetzen!

Eine weitere positive Wirkung auf die Ernährungssicherheit hätten wir bei einer Öffnung der Agrarmärkte und einem Abbau der massiven Landwirtschaftsschutzzölle in den westlichen Ländern. Stabile Agrarhandelsbeziehungen mit Entwicklungsländern zu etablieren wäre ein möglicher Weg. Das geht leider aber nur mit etwas weniger Protektionismus, auch hier bei uns.

Schwierig ist auch die bestehende Marktkonzentration auf verschiedene, wenige internationale Player statt eines möglichst offenen, breiten Marktes. Dies ist wahrscheinlich auch gravierender als die Termingeschäfte. Daher gibt es für uns Handlungsbedarf bei der Marktmacht, die entsteht, wenn die betreffenden Güter auf zu wenige Player verteilt sind. Marktmacht führt selten zu einem volkswirtschaftlich effizienten Ergebnis. Das ist aber natürlich eine Frage, die wir international anschauen müssten.

Aus unserer Sicht greift die Initiative zwar ein wichtiges und sensibles Thema auf, aber die Problemanalyse ist für uns

nicht stichhaltig, und die vorgeschlagene Lösung – keine spekulativen Terminabsicherungen am Markt mehr – ist keine Lösung. Aus diesen Gründen bitten wir Grünliberalen Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Caroni Andrea (RL, AR): Die FDP-Liberale Fraktion lehnt diese Initiative klar ab. Die Initiative gibt vor, den Hunger in der Welt lindern zu wollen, ein an sich hehres Ziel. Im besten Fall aber verfehlt sie das Ziel, vielleicht verschärft sie sogar das Problem. In jedem Fall richtet sie einiges an Schaden am Standort Schweiz an.

Ziel der Initianten ist es ja, extreme Preisschwankungen bei Agrargütern zu reduzieren. Dieses Ziel könnten wir selbstverständlich teilen, denn starke Preisausschläge sind in der Tat eine Herausforderung für die Konsumenten und die Produzenten. Die Initianten behaupten nun aber, diese Preisschwankungen seien die Schuld von gewissen Finanzmarktteilnehmern, von – in Anführungszeichen – «bösen» Spekulanten. Diese Behauptung – das Wortspiel sei erlaubt – ist ihrerseits Spekulation. Einziges Indiz der Initianten für ihre Behauptung ist der Umstand, dass in den Jahren der jüngsten starken Preisaufschläge auch die Finanztransaktionen bei Agrargütern zunahm. Bei genauerer Betrachtung sieht man, dass nicht einmal das Timing genau stimmt. Vor allem aber wäre Gleichzeitigkeit nicht einmal in jedem Fall zwingend eine Kausalität. Das sieht man schön am Beispiel des Reispreises, der viel stärker ausschlug als z. B. der Weizenpreis, obwohl der Weizen viel stärker international gehandelt wird als der Reis.

Entsprechend zeigen auch unzählige Studien etwa der OECD oder des Internationalen Währungsfonds wenig oder keinen Zusammenhang zwischen den spekulativen Geschäften auf den Terminmärkten einerseits und dem Preisniveau auf den Spotmärkten andererseits. Nun gibt es natürlich auch Studien – sie wurden in diesem Saal auch schon genannt –, die einen solchen Zusammenhang belegen wollen. Doch eine aktuelle Metastudie der Hochschule Luzern über hundert solcher Studien zeigt: Wenn man nach wissenschaftlichen Standards Kriterien anlegt, dann gibt es entweder keinen Zusammenhang oder vielleicht sogar einen schwachen positiven Zusammenhang. Das würde dann heissen, dass die Spekulation, wenn schon, die Preisschwankungen sogar glätten, reduzieren würde.

Das leuchtet auch von folgender Überlegung her ein: Wenn man sich diese Märkte einmal anschaut, sieht man, dass der Preis der Agrarrohstoffe, der für die Händler und die Verarbeiter und damit auch für die Kunden, um die es hier geht, relevant ist, der Spotmarktpreis ist, und dieser Preis hängt vor allem von den Fundamentaldaten ab. Wir haben einige Hinweise dazu gehört. Kollege Walter wies auf den starken Einfluss des Ölpreises hin. Wir hörten vorhin von den Dürren, von den mangelnden Lagern, von Konflikten. Besonders erwähnen möchte ich hier noch schlechte Staatsführung, also zum Beispiel Handelsverbote, Exportverbote, schlechte Infrastruktur, die Handel im Land verhindert, oder auch Enteignungen bzw. die Gefahr von Enteignungen.

Auf der Nachfrageseite gibt es auch Veränderungen; zu Recht wurde China erwähnt.

Die Initianten müssten also, wenn schon, Ölpreisschwankungen, Dürren oder schlechte Staatsführung verbieten, was leider nicht so einfach möglich ist. Die Hebel, die wir ansetzen müssten, sind komplizierter.

Nun geht die Initiative aber gar nicht auf diese für den Endkunden relevanten Märkte los, sondern auf die Derivatemärkte, auf die Terminmärkte. Dort geht es aber an sich weniger um die Nahrungsmittel als um Erwartungen und um die Absicherung von Risiken. Dort gehen die Produzenten in erster Linie hin, wenn sie ihre Preisrisiken mit Terminverkäufen absichern wollen. Was dort passiert, hat an sich wenig direkten Einfluss auf die Spotmärkte, um die es hier eigentlich gehen sollte.

Für eine solche Absicherung brauchen die Produzenten eine Gegenpartei. Weil es mehr kommerzielle Nachfrager nach dieser Absicherung als kommerzielle Anbieter gibt, sind die Produzenten natürlich froh, dass auch andere Parteien auf-

treten, eben die hier gerügten Spekulanten. Wenn man diese nun aber als Anbieter dieser Absicherung aus dem Markt entfernt, gibt es im Resultat eben weniger Absicherung bzw. eine teurere Absicherung. Wenn die Absicherung teurer wird, schlägt sich das schlussendlich auch im Endpreis nieder. Wenn sie ganz ausbleibt, dann haben wir sogar stärkere Schwankungen. Beides ist von der Initiative gerade nicht gewollt.

Da nützt es leider auch nichts, wenn die Initiative dann – in Anführungszeichen – «gute» Spekulanten wieder ausnehmen will, also solche, die quasi nur direkt der Absicherung dienen. Denn diese wären dennoch betroffen. Sie müssten ja bei jedem Geschäft quasi den Nachweis ihrer Gesinnung erbringen, dass sie wirklich nur der Absicherung dienen wollen und nicht ihrerseits spekulieren. Das würde auch nur für den Ersten in der Kette funktionieren. Der zweite Abnehmer in der Kette, der das Risiko übernimmt, könnte den Nachweis sowieso nicht mehr erbringen.

Vergessen geht bei dieser Konstruktion auch, dass der spekulative Handel weitere positive Aspekte hat, sie wurden hier schon erwähnt: Es werden Meinungen in den Markt getragen, was der Transparenz und Preisbildung dient, Nachfrager und Anbieter werden zusammengeführt. Man muss aufpassen, dass man nicht vom Feindbild eines bösen Spekulanten geblendet den volkswirtschaftlichen Nutzen unterschätzt oder gar der Weltwirtschaft schadet. Immerhin wäre der Schaden nicht so gross, zumal sich die Initiative auf Unternehmen mit Sitz in der Schweiz beschränkt. Damit wären die Unternehmen, die ihren Sitz ins Ausland verlagern oder ihn schon dort haben, ohnehin nicht betroffen.

Mein Zwischenfazit ist also: Die Initiative verfehlt ihr Ziel. Im schlimmsten Falle verschärft sie das Problem. Darüber hinaus würde in der Schweiz ein konkreter Schaden entstehen. Dieses Verbot wäre ein Swiss Finish im Vergleich zu jeglicher internationaler Regulierung. An gewissen Orten – EU, USA – kennt man umstrittene Positionslimiten. Die haben wir nun leider übernommen. Aber ein solches Verbot wäre ein Unikum zulasten unserer Wirtschaft. Die Schweiz ist zum einen Sitz von bedeutenden Rohstoffhandelsfirmen. Die Initiative beträfe zum andern aber auch sämtliche anderen Marktteilnehmer wie Banken, Versicherungen, unsere Pensionskassen und die wenigen Handelsplattformen. Belohnt würden dann jene Firmen, die ihren Sitz für diesen Handel im Ausland haben.

Fazit: Die Initiative wird entgegen ihrem wohlklingenden Versprechen in keiner Weise den Hunger in der Welt lindern. Sie wird das Problem im schlimmsten Falle verschärfen, in jedem Fall wird sie aber den Standort Schweiz schwächen. Ich bitte Sie daher namens meiner Fraktion, diese Initiative abzulehnen, nach dem Motto «Keine Spekulation mit untauglichen Staatseingriffen!».

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Kollege Caroni, wie Sie wissen, kommen jede Session die Rohstoffhändler hierher, und ich gehe, im Gegensatz zu Ihnen, da auch immer hin und rede mit ihnen. Letzte Woche hat mir ein Kaffeehändler gesagt, er hätte sich mit 25 zur Ruhe setzen können, so viel habe er verdient. Ich habe ihn gefragt: «Ja, womit genau verdienst du das denn?» Die Antwort ist: Diese Händler machen ihre Handelsgeschäfte, in denen sie real handeln, und daneben machen sie Geschäfte mit Derivaten, also spekulative Geschäfte – im gleichen Ding, fast ein bisschen mit Insiderwissen. Die Frage ist: Wenn einer sich mit 25 zur Ruhe setzen kann, wer bezahlt diese exorbitanten Gewinne? Woher kommt das Geld? Fällt es vom Himmel?

Caroni Andrea (RL, AR): Dieser Händler wird im Laufe seiner Karriere viele Gegenparteien gefunden haben, die mit ihm gehandelt haben. Es ist so, dass auf diesen Märkten manche gewinnen und manche verlieren, wenn sie spekulieren, aber gesamthaft tragen die Märkte zur Transparenz, zur Preisbildung und zur Liquidität bei. Als Gegenbeispiele zu diesem Händler fänden Sie sicher zahlreiche, die in ihrem Leben sehr viel verloren haben. Aber durch ihre Teilnahme haben sie dem System als Ganzes gedient.

Ritter Markus (CE, SG): Wir diskutieren heute über eine Initiative, die ein ethisch sehr wichtiges Problem und auch eine Frage aufgreift, die uns in den kommenden Jahrzehnten weltweit stark beschäftigen wird, nämlich die Frage: Wie können sich Menschen ernähren, die über wenige Mittel verfügen und sich entsprechend auf dem Weltmarkt eindecken müssen, vor allem bei Engpässen?

Jährlich wächst die Weltbevölkerung um rund 80 Millionen Menschen; das ist etwa die Bevölkerungsgrösse von Deutschland. Wir werden im Jahre 2050 auf dieser Erde, gemäss den Berechnungen der Uno und der FAO, rund 10 Milliarden Menschen zu ernähren haben. Bereits heute sind aber gegen 800 Millionen Menschen unterernährt und gehen jeden Abend hungrig ins Bett.

Der Klimawandel verschärft die Situation zusätzlich. Durch die steigenden Temperaturen nehmen Umweltkatastrophen wie Dürren kontinuierlich zu. Das verfügbare Süsswasser für die landwirtschaftliche Produktion wird immer knapper. Uns erreichen fast täglich erschreckende Bilder, nicht nur aus Afrika, sondern gerade jetzt auch aus Regionen wie Kalifornien, die kaum mehr über genügend Wasser verfügen, um die Bevölkerung zu versorgen, geschweige denn, um eine vernünftige Landwirtschaft zu betreiben. Die Folge sind gerade wegen dieser Trockenheit auch grossflächige Brände, die nur mit grössten Schwierigkeiten wieder gelöscht werden können. Verzweifelt wird in Kalifornien nach Grundwasser gesucht und Grundwasser hoch gepumpt, um die wertvollen Kulturen, die dort wachsen und früher zum Garten Eden der USA gehört haben, vor dem Verdorren zu retten. Grabungen bis zu sage und schreibe 370 Meter Tiefe wurden bereits getätigt, um an mehr altes Wasser zu kommen und damit eine gewisse Zeit überbrücken zu können. Wenn aber diese Reserven aufgebraucht sind und kein Regen mehr fällt, dann werden sich die Wüsten ausdehnen, und für eine lange Zeit wird dort keine landwirtschaftliche Produktion mehr möglich sein.

Ein weiterer Faktor, der unsere Versorgung mit Lebensmitteln in Zukunft grundsätzlich beeinflussen wird, ist die Tatsache, dass sich in den grossen Schwellenländern wie China und Indien die Essgewohnheiten geändert haben. Immer mehr Menschen der Mittelschicht essen dort Milch- und Fleischprodukte. Für die Produktion der gleichen Anzahl Kalorien braucht es bei diesen Lebensmitteln aber wesentlich mehr Fläche als bei Reis oder Getreide.

Die Initianten haben sich sehr ernsthafte Gedanken über das Problem der Ernährung der Weltbevölkerung gemacht. Sie möchten Not lindern und für alle den Zugang zu genügend Essen zu erschwinglichen Preisen möglich machen. Die Bedeutung dieses Anliegens sieht auch die CVP/EVP-Fraktion. Die Weltgemeinschaft wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine grosse humanitäre Verantwortung wahrnehmen müssen. Die Frage, die sich uns heute stellt, ist, ob die vorliegende Initiative das richtige Mittel ist, um diese Herausforderungen anzugehen. Diese Frage muss aus zwei Blickwinkeln mit Nein beantwortet werden:

1. Die Initiative wäre das richtige Mittel, wenn die Problematik länderübergreifend angegangen werden könnte, damit neue Standards gegen Spekulation auch wirklich durchgesetzt werden könnten. Auf die Schweiz begrenzt, erzielen solche Regulierungen keine Wirkung, da die betroffenen Firmen mobil sind und ihren Standort ohne Weiteres verlegen können.

2. Die Meinungen darüber, ob die Spekulation in Teilbereichen preistreibend wirkt, gehen auseinander. Die Gegner der Initiative haben Berichte und Gutachten ins Feld geführt, die belegen sollen, dass es nur eine gute Spekulation gibt. Diese Frage müsste auf internationaler Ebene vertieft geprüft werden. Sicher ist, dass eine gewisse Lagerhaltung und Investitionen in Lager wichtig sind, damit Missernten gepuffert werden können. Dieser Bereich der Investitionstätigkeit ist gut und wichtig. Es gibt aber einen zweiten Bereich, die exzessive Spekulation. Kein Mensch kann uns erzählen, dass Hedgefonds, die in Rohstoffe investieren, nicht auch Geld verdienen möchten. Ich glaube, das liegt in der Natur der Sache.

Es muss festgestellt werden, dass diese Volksinitiative erhebliche Auswirkungen auf den Unternehmensstandort Schweiz haben könnte. In der Schweiz als Handelsplatz für Rohstoffe gibt es fast 600 Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind. Sie erwirtschaften mit 10 000 Arbeitskräften rund 3,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Gerade in der jetzigen Zeit sollten wir in diesem Bereich keine unnötige Unsicherheit verbreiten.

Wir haben in der Schweiz die Möglichkeit, etwas für die Ernährungssicherheit auf dieser Erde zu tun. Tragen wir unserem Kulturland Sorge, und produzieren wir jene Lebensmittel selber, die wir können! Alle Lebensmittel, die wir nicht auf dem Weltmarkt kaufen, stehen anderen Menschen zur Verfügung. Bekämpfen wir aktiv Food Waste! Damit lassen sich viele Lebensmittel richtig verwenden, sie werden nicht weggeworfen. Helfen wir mit, dass die vielen Hundert Millionen Kleinbauern auf dieser Erde lernen, wie sie ihre landwirtschaftlichen Produktionsverfahren optimieren können! Dies muss unser Weg sein.

Die CVP/EVP-Fraktion wird der Mehrheit der Kommission folgen und die Initiative grossmehrheitlich zur Ablehnung empfehlen.

Wermuth Cédric (S, AG): Herr Kollege Ritter, es überrascht Sie wahrscheinlich nicht, dass ich Ihnen hierzu eine Frage stelle. Ich hätte mehrere Fragen, aber ich darf ja nur eine stellen. Ich erinnere Sie an all die Budgetdebatten, die wir schon hatten, zum «Schoggi-Gesetz» beispielsweise, aber auch zur Agrarpolitik 2014–2017, Mindestpreise für Milch. Ich habe Sie in verschiedenen Punkten unterstützt. Sie und die Bauernvertreter hier drin haben zu Recht immer argumentiert, es sei wichtig, dass wir in unserer Gesellschaft wieder ein Bewusstsein dafür etablieren, dass Nahrungsmittel nicht irgendein Handelsgut sind, sondern dass die Bauern – ich zitiere aus einem Text von Ihnen – «einen fairen Preis für ihre Produkte bekommen, ohne Spekulation, ohne unnatürliche Schwankungen». Das war in einem Editorial der Zeitung des Bauernverbandes. Befürchten Sie nicht, mit einem Nein zu dieser Initiative genau das gegenteilige Signal auszusenden? Sie sagen den Bauern in der Schweiz auch: «Euer Produkt ist ein Handelsgut wie jedes andere. Wenn der Milchpreis jetzt an Boden verliert, dann ist das halt Pech; ihr seid selber schuld».

Ritter Markus (CE, SG): Ich sage Ihnen ein paar Worte als Bauer – ich habe jetzt für die Fraktion gesprochen.

Wir tun uns sehr schwer damit, ich werde mich bei dieser Initiative auch der Stimme enthalten. Denn der Denkanlass, dass man etwas für die Nahrungsmittelsicherheit tut, dass die Lebensmittel immer wichtiger werden, ist für uns elementar. Die Problematik dieser Initiative ist die gleiche wie beim automatischen Informationsaustausch. Wir können das Problem der extensiven Spekulation nicht alleine lösen, weil diese Firmen alle sehr mobil sind und ohne Weiteres aus der Schweiz wegziehen können. Wenn wir das Problem alleine lösen könnten, müsste man die Initiative unter einem anderen Blickwinkel betrachten. Aber wir lösen mit dieser Initiative in diesem Sinn keine Probleme. Was ich aber vom Bundesrat erwarte, ist, dass er sich auf internationaler Ebene für Lösungen einsetzt, dass er hierin auch versucht, einen Beitrag zu leisten, und dass man gerade im Bereich der Lebensmittelversorgung und der Ernährungssicherheit weiterkommt.

So weit meine persönliche Haltung.

Gysi Barbara (S, SG): Ein Ja zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» setzt ein klares Zeichen gegen den Hunger und für die Menschlichkeit.

Weltweit sterben jährlich 70 Millionen Menschen, 18 Millionen Menschen sterben an Hunger. Diese Todesfälle geschehen nicht, weil es zu wenig Nahrungsmittel gibt. Es werden doppelt so viele Nahrungsmittel produziert, wie benötigt würden. Diese Menschen sterben einen qualvollen Hungertod, weil die Nahrungsmittel zu teuer oder falsch verteilt sind.

Spekulation ist in all ihren Ausprägungen schädlich. Ich möchte da meinem Vorredner klar widersprechen; es gibt keine gute Spekulation. Die Nahrungsmittelspekulation führt dazu, dass sich Millionen von Menschen ihre Ernährung kaum leisten können und in der schlimmsten Folge deshalb sterben. Eine ETH-Studie zeigt nämlich, dass rund 70 Prozent der Preissteigerungen auf Spekulation zurückzuführen sind.

Was für eine Gesellschaft ist das, die so etwas zulässt? Nicht der Mangel an Nahrungsmitteln führt dazu, dass Menschen hungern und sterben. Nein, im Gegenteil, die Spekulation als Erscheinung einer gierigen Wohlstandsgesellschaft und die Profitmaximierung führen dazu. Dem müssen wir Einhalt gebieten.

Wenn sich Menschen ihr Essen und ihre Ernährung nicht leisten können, so stimmt doch etwas nicht mehr. In den armen Ländern dieser Welt müssen die Menschen 60 bis 70 Prozent ihres Einkommens für die Nahrungsmittel ausgeben – für Nahrungsmittel notabene, die, wie erwähnt, meist durch Spekulation übersteuert sind. Und wir? Wie viel geben wir für die Grundnahrungsmittel aus? Stellen Sie sich vor, Sie gäben heute von Ihrem Taggeld 350 Franken für Milch, Brot und ein paar Kartoffeln aus und hätten damit knapp genug zu essen. Für Gemüse oder Fleisch würde es Ihnen vielleicht einmal in der Woche reichen, obwohl in den Geschäften durchaus genügend Nahrungsmittel vorhanden wären.

Hunger führt zu Kriegen und Völkerwanderungen, die nicht sein müssten. Mit dem Spekulationsverbot für Nahrungsmittel können wir etwas dagegen tun. Wir müssen die Probleme an der Wurzel packen!

Die Schweiz gibt eine grössere Summe für Entwicklungszusammenarbeit aus und unterstützt sinnvolle Projekte wie den Biolandbau. Das ist nötig und auch gut. Doch wir müssen die Probleme, wie gesagt, auch generell lösen. Ohne Nahrungsmittelspekulation sähe es um einiges besser aus. Denn die Nahrungsmittelspekulation nützt nur einigen wenigen Grosskonzernen und schadet den Kleinbauern und -bäuerinnen und den Produzentinnen und Produzenten massiv. Sie verdienen kaum etwas an ihren Produkten und sind oft abhängig von den Konzernen, die grosse Gewinne machen. Abhängigkeiten entstehen auch durch die Saatgutbereitstellung, durch Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

Ich hatte vor eineinhalb Jahren auf einer Reise nach Guinea-Bissau die Möglichkeit, mir verschiedene kleinere Bio-Betriebe anzuschauen. Dort wird mit einfachen Mitteln und ohne Pestizide produziert. Doch auch diese Betriebe sind von den Preisen und Absatzmärkten abhängig, gerade auch, wenn Lagermöglichkeiten fehlen. Wir können und müssen uns für faire Bedingungen, faire Preise und fairen Handel einsetzen, denn die Nahrungsmittelspekulation mindert die Einkommen und die Lebenschancen solcher Produzenten.

In der bisherigen Debatte ist des Öfteren gesagt worden – so eben auch von Kollege Ritter –, die Initiative könne die Hindernisse nicht durchbrechen, sie würde die generelle Situation nicht verbessern und wir in der Schweiz könnten das Problem nicht lösen. Dem muss ich widersprechen: Wir können sehr wohl etwas tun, unser Handel kann Zeichen setzen. Darum bin ich überzeugt, dass die Nahrungsmittelspekulation beendet werden muss.

Ein Ja zur Initiative ist ein richtiger Schritt, bitte unterstützen Sie sie.

Stolz Daniel (RL, BS): Ich kann sehr gut verstehen, dass man gerade für die Dritte Welt die Nahrungsmittelpreise tief halten möchte. Das war wohl auch der Grund, warum die Menschen die Initiative unterzeichnet haben. Aber das Ziel wird bei einer Annahme dieser Initiative nicht erreicht. Viel wichtiger als die anvisierten Finanzinstrumente sind für die Knappheit von Nahrungsmitteln und die daraus folgenden Preissteigerungen laut umfassenden Untersuchungen – zum Beispiel erst gerade kürzlich der deutschen Regierung – etwa das Wetter, es sind zu wenig Investitionen in die

Landwirtschaft, es sind vor allen Dingen auch Korruption, Fehlplanungen und Logistikprobleme und vieles andere mehr. Das sind die fundamentalen Probleme, die die Initianten, die wir alle zusammen eigentlich angehen müssten, wenn es denn möglich wäre. Beim Wetter ist es das selbstverständlich nicht.

Wer einfach Investitionen in Finanzinstrumente bei Agrarrohstoffen verhindern will, betreibt schlichtweg Symptompolitik. Termingeschäfte, auch im Agrarbereich, haben eine lange Tradition. Mit solchen Gegengeschäften, es wurde hier schon ausgeführt, können sich Produzenten und Händler – auch Produzenten, denken Sie daran! – gegen Preisdifferenzen absichern. Vor allem Preisausreisser nach oben haben in den letzten Jahren für Aufsehen gesorgt, was ich sehr gut verstehen kann. Die Initiative aber ist die falsche, viel zu eng gefasste Antwort auf die dadurch aufgeworfenen Fragen. Die Initianten unterscheiden vereinfachend zwischen Spekulation und Hedging: das Letztere gut, das Erstere des Teufels.

Der Einfluss von branchenfremden Investoren auf die Preisbildung ist aber längst nicht so klar, wie die Initianten uns weismachen wollen, nicht einmal bei ihren Paradebeispielen aus den Jahren 2008 und 2011. Die meisten der Untersuchungen zeigen, dass es damals viel mehr mit Problemen in der Logistik und der Lagerhaltung zu tun hatte, dass die Preise derart überschossen.

Nehmen wir einen neutralen Beobachter dieser Situation: Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit, unsere eigene Deza, hielt fest, dass «keine ausreichende Evidenz für einen nachhaltigen Einfluss von Finanzinvestoren auf die Nahrungsmittelpreise» vorliege. Im Falle einer Verknappung auf dem Weltmarkt könne die Spekulation mit Nahrungsmitteln aber kurzfristig einen steigernden Einfluss auf die Preise haben, schreibt die Deza. Ich glaube, diese Zusammenfassung kommt der Wahrheit wahrscheinlich am nächsten. Finanzmärkte sind also nicht grundsätzlich schuld an den hohen Preisen, sie reflektieren nur die Knappheit von Gütern. Manchmal überschiessen sie nach oben, aber manchmal auch nach unten, und das wird dann bei der Initiative gerne vergessen. Das Überschiessen gehört dazu, wenn man ein Gleichgewicht finden will.

Sogar dann, wenn die Finanzinstrumente tatsächlich schuld an den hohen Nahrungsmittelpreisen wären, wäre die Initiative nutzlos. Warum? Weil die Geschäfte ganz einfach innerhalb weniger Sekunden an einen anderen Handelsort verlegt würden. Wenn Sie glauben, dass die ganze Welt uns diesen Schritt nachmachen würde – na ja! Die einzige Wirkung der Initiative wäre der Verlust von Arbeitsplätzen direkt im Finanzsektor und indirekt dort, wo die dort Arbeitenden Geld ausgegeben. Das trifft dann zum Beispiel den Friseur nebenan. Die Initianten wissen das an sich selber, sonst hätten sie nicht in Artikel 98a Absatz 3 hineingeschrieben, dass der Bund sich international gegen die Spekulation einsetzen müsse. Das ist eigentlich das Eingeständnis, dass die beabsichtigte Wirkung in der Schweiz gar nicht eintreffen wird.

Es gibt noch ein weiteres Problem. Die Initiative ist nicht praktikabel. Wenn sie angenommen würde, hätten wir extreme Auslegungsprobleme. Die Umsetzungsvorschläge auf der Website der Initiative sind zwar interessant, vor allen Dingen auch die Hinweise auf die USA und die EU, aber es ist längst nicht so klar, wie die Unterscheidung zwischen «hedgen» und spekulieren zu machen ist. Die Initiative geht sehr viel weiter als das, was zum Beispiel in der EU nur angedacht wird. Wenn man wirklich den Willen der Initianten umsetzen möchte, dann müsste man am Schluss konsequenterweise alles verbieten, was ja wohl die Initianten auch gerne hätten, ohne es aber in ihre Initiative hineinschreiben zu können. Dass wir eventuell Regeln anpassen – vor allen Dingen international koordiniert und vor allen Dingen, wenn es zum Beispiel um Hochfrequenzhandel in Blackboxes geht –, kann sein. Das muss man dann diskutieren. Das betrifft dann aber nicht nur den Handel mit Nahrungsmitteln.

Für solche internationale Korrekturen und für solche Schritte brauchen wir diese Initiative nicht. Deshalb empfehle ich sie überzeugt zur Ablehnung.

Amaudruz Céline (V, GE): La Suisse est-elle responsable des malheurs de ce monde? Est-elle à l'origine de la sous-alimentation qui frappe encore une personne sur huit dans le monde? C'est à peu près le genre d'arguments simplistes et larmoyants que développent les initiants. A les entendre, les seules entreprises établies en Suisse pousseraient les prix des biens alimentaires négociés à l'échelle mondiale vers le haut et contribueraient à la faim dans le monde. Attribuer la responsabilité des mouvements haussiers des matières premières à un seul responsable, à un seul facteur, revient à méconnaître la pluralité des causes qui agit sur la volatilité des cours des matières premières agricoles.

Soyons toutefois indulgents envers les auteurs de l'initiative, l'économie n'ayant jamais été la tasse de thé des socialistes, jeunes ou moins jeunes! Le prix d'un bien agricole dépend de facteurs aussi variables que les aléas du climat, le contexte politique, les habitudes de consommation – qui évoluent –, ou encore l'apparition de nouveaux consommateurs dans les pays émergents. Mais les prix découlent principalement de l'offre et de la demande. La hausse régulière de la population mondiale vient accroître la demande de biens alimentaires ce qui, en l'absence d'une hausse de l'offre, exerce une pression à la hausse sur les prix. Or, plus de 30 pour cent des terres émergées sont déjà utilisées pour l'agriculture. Une hausse de l'offre venant agir sur les prix à la baisse suppose d'accroître les rendements par une hausse de la productivité agricole. Aujourd'hui, l'indice des prix alimentaires de la FAO affiche son plus fort recul depuis décembre 2008. Je citerai à cet égard un extrait du bulletin de la FAO, du 10 septembre 2015: «Les cours internationaux des denrées alimentaires ont continué à fléchir en août, tandis que les disponibilités abondantes, la chute des prix de l'énergie et les inquiétudes au sujet de la récession économique en Chine ont concouru à la plus forte baisse de l'Indice FAO des prix alimentaires en près de sept ans.»

Depuis 1970 et malgré la hausse de la population mondiale, la proportion de personnes sous-alimentées à été divisée par trois, cela grâce à la hausse des investissements opérés dans l'agriculture et à la croissance économique. Les recettes socialo-communistes ne fonctionnent pas en matière de politique agricole. Ce n'est assurément pas dans les pays qui pratiquent une gestion socialiste ou collectiviste de leur agriculture que l'on observe les meilleurs résultats en termes de lutte contre la faim.

Lors des hausses de prix observées entre 2007 et 2008, puis entre 2010 et 2011, que l'on veut imputer aux spéculateurs, les données disponibles ont montré une diminution des stocks pour toutes les denrées alimentaires. Ni le FMI, ni l'OCDE, ni la FAO, ni la Banque mondiale n'ont pu démontrer un lien entre des prétendus comportements spéculatifs et les hausses de prix. Même les marchés de produits échappant à la financiarisation ont connu de fortes hausses de prix.

Il convient, par conséquent, de recommander au peuple de rejeter la présente initiative, qui ne déploie aucun effet sur le prix mondial des denrées alimentaires, mais qui, en s'attachant directement aux acteurs du négoce international des dérivés agricoles établis en Suisse, engendrerait – et cela est une certitude – des pertes d'emplois et une diminution des recettes fiscales.

Schlöffli Urs (CE, SO): Mit dieser Initiative werden wir die Problematik der Nahrungsmittelversorgung in den Entwicklungsländern kaum verbessern können. Als aktiver Landwirt stören mich die Spekulationen mit Nahrungsmitteln jedoch auch, vor allem dann, wenn es nur ums Geldverdienen geht und nicht um die Absicherung. Das ist ethisch und moralisch äusserst fragwürdig. Ich habe Verständnis für die Anliegen und Absichten der Initianten, welche eine Verbesserung dieser Situation herbeiführen wollen. Dennoch müssen wir hier eine Interessen- und Güterabwägung vornehmen.

Was bewirken wir mit diesem Verbot, bzw. wo haben wir keine Wirkung? Die hohen Preisschwankungen, welche als Hintergrund dieser Initiative gelten, werden wir nicht bekämpfen können, da Spekulationen nur minimal für diese

Schwankungen verantwortlich sind. Dies haben bereits verschiedene Studien gezeigt, und das wurde hier auch schon mehrmals erklärt. Es wird nicht einmal ganz ausgeschlossen, dass solche Geschäfte sogar eine stabilisierende oder glättende Wirkung haben können. Die Preisschwankungen werden vielmehr durch schlechte Ernteaussichten in grossen und wichtigen Anbaugebieten oder durch tiefe Lagerbestände eines Produktes verursacht. Sogar Handelseinschränkungen können auf die Weltmarktpreise einen weitaus grösseren Einfluss haben als die Spekulation. Die Initiative wird also kaum Auswirkungen auf die Volatilität der Nahrungsmittelpreise haben. Damit wird sich auch die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern nicht wirklich verbessern. Das eigentliche Ziel wird nicht erreicht.

Wenn man etwas gegen die Preisschwankungen machen will, muss man auf internationaler Ebene aktiv werden und entsprechende Massnahmen auch vor Ort treffen. Unser Land alleine hat hier kaum eine Wirkung, hierfür ist die Schweiz viel zu klein. Mit einem Handelsverbot, wie es die Initiative will, müssten wir zudem mit der Verlagerung der betreffenden Firmen ins Ausland rechnen, da sie einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber den entsprechenden ausländischen Firmen hätten. Für ein Finanzinstitut ist die Standortverlagerung keine allzu grosse Hürde. Diejenigen Firmen, die der Schweiz treu blieben, hätten letztlich das Nachsehen. Gerade in der heutigen schwierigen Zeit wäre das falsch.

Die Initiative verursacht zudem auch einen nicht zu unterschätzenden administrativen Aufwand für die Finanzbranche und für die Aufsicht. Die heutigen Finanzinstrumente sind teilweise hoch komplex und nicht immer einfach zu durchleuchten. Selbst Fachleute sind sich einig, dass es eine Herausforderung sein kann herauszufinden, in welche Güter und Firmen man über irgendetwelche Finanzinstrumente investiert hat.

Mit dieser Initiative werden wir die Nahrungsmittelversorgung und die Situation der Armut in den Entwicklungsländern in keiner Weise verbessern. Wir schaden jedoch dem Finanzplatz Schweiz in erheblichem Mass. Das Ziel ist zwar zu unterstützen, es ist aber das falsche Instrument, weil es keine Wirkung auf die Preisschwankungen hat und damit, wie gesagt, dem Hunger und der Armut in den Entwicklungsländern nicht entgegenwirken kann.

Carobbio Guscetti (S, TI): L'iniziativa popolare «contro la speculazione sulle derrate alimentari» è più che mai attuale. Lo stop a questo tipo di speculazione sulle materie prime è uno strumento importante nella lotta contro la povertà ed è quindi anche un contributo per affrontare i problemi migratori. Il commercio dei beni alimentari ha un giro d'affari enorme. Solo una piccola parte di questo commercio è realizzato con la compravendita di beni reali. La maggior parte è eseguita sui mercati finanziari, passando dal 20 per cento del 2000 all'80 per cento attuale. La conseguenza è una fluttuazione importante dei prezzi dei beni agricoli e delle materie prime, fluttuazione tipica dei mercati finanziari speculativi.

La speculazione sulle derrate alimentari è attualmente 33 volte più importante rispetto a dieci anni fa. Lo sapete, forti variazioni di prezzo verso l'alto possono mettere in rovina l'esistenza dei piccoli contadini. A causa del rialzo dei prezzi molte persone diventano ancora più povere e soffrono la fame. Dagli anni Novanta, il mercato dei prezzi alimentari è sempre più deregolamentato. Come illustra un'analisi della comunità di lavoro che raggruppa le principali associazioni per la politica di sviluppo, Alliance Sud, nei periodi dal 2007 al 2008 e del 2010/11 i beni alimentari sono diventati ancora più cari, con aumenti repentini fino al 70 per cento e picchi ancora più alti, che non possono essere spiegati solo con le variazioni climatiche e gli imprevisti. Negli anni tra questi due periodi i prezzi sono poi crollati, una variazione che, come ho detto prima, ha delle gravi conseguenze, in particolare per i contadini e per la popolazione dei Paesi in via di sviluppo. Un aumento eccessivo dei prezzi, anche in un breve periodo, può quindi avere conseguenze catastrofiche. L'Or-

ganizzazione delle Nazioni Unite per l'alimentazione e l'agricoltura, FAO, stima che la crisi del 2007/08 ha causato la morte di circa 80 milioni di persone.

Certi, i prezzi non dipendono solo dalla speculazione; ci sono altri fattori come quelli climatici. Ma la speculazione sulle materie prime ha un effetto importante sui prezzi. Ecco perché ci vogliono meno speculazione e prezzi più bassi. Così ci saranno meno persone che soffrono la fame. Ed è quello che chiedono gli autori dell'iniziativa. A chi argomenta che è necessario agire globalmente per lottare contro la povertà e che da solo il nostro Paese può fare poco, va ricordato che le importanti imprese alimentari hanno sede nel nostro Paese. Quasi la metà del commercio di caffè e zucchero è legata alla regione di Ginevra, regione che è la numero uno anche per il commercio di altri prodotti come i cereali o il cotone.

Anche il Ticino è una regione con un importante commercio di materie prime. Nel mondo sono prodotti 12 miliardi di beni alimentari, sufficienti a nutrire tutta la popolazione se solo fossero sottratti alle logiche speculative e al profitto. Invece, ogni anno 1 milione di bambini soffre la fame. La speculazione alimentare nega il diritto all'alimentazione che figura nella Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo.

Quanto chiedono gli autori dell'iniziativa è importante anche per la nostra agricoltura. Nel 2012, infatti, l'agricoltura svizzera ha perso 100 milioni di franchi a causa della speculazione sulle derrate alimentari.

Quest'iniziativa può essere applicata in modo da garantire che ci siano rendimenti legati alla vendita di beni alimentari, come si evince anche dall'articolo 2 del testo d'iniziativa, che non vuole vietare il commercio ma vietare la speculazione. E un problema che lo stesso Consiglio federale ha riconosciuto nella legge federale sull'infrastruttura del mercato finanziario e nel messaggio su questa iniziativa. La legge sull'infrastruttura del mercato finanziario ha sì degli elementi positivi ma non sono sufficienti per evitare le pericolose speculazioni dell'industria finanziaria. E un nostro dovere legiferare in questo settore, per combattere uno dei fattori che portano alla povertà e alla fame nel mondo.

Qualcuno diceva prima che la Svizzera non può essere il solo Paese responsabile per quanto avviene con la speculazione delle derrate alimentari. Certo, la Svizzera non è il solo Paese responsabile, ma la Svizzera è il nostro Paese e deve fare la sua parte. E una necessità, è un dovere morale ed è una responsabilità politica di un Paese in cui, come dicevo prima, numerose multinazionali del settore alimentare vi hanno la propria sede.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir Grünen unterstützen überzeugt die Spekulationsstopp-Initiative, weil wir der Meinung sind, dass das Regime der Spekulation, welches das vernünftige Funktionieren des Marktes abgelöst hat, gerade in diesem Bereich durchbrochen werden muss. Es ist so: Futures, Zukunftsgeschäfte, Verträge über Preise in der Zukunft, haben eine wichtige Funktion, nämlich die Funktion der Preisabsicherung. Diese Funktion wird mit dem nicht ganz einfachen Initiativtext auch ganz klar in Zukunft gewährleistet sein. Aber wir haben es in den letzten Jahren erlebt, dass aus einer Absicherung für die Zukunft eine Spekulation für die Superreichen dieser Welt geworden ist. Heute dient der Börsemarkt, heute dient das ausserbörsliche Handeln mit Futures im Nahrungsmittelbereich eben nicht mehr der Absicherung, sondern der Erzielung unanständiger Gewinne.

Jetzt kann man aus der Schweizer Erfahrung sagen, Nahrungsmittel seien unterdessen ein kleiner Teil unseres Haushaltbudgets. Aber wenn Sie wissen, dass in vielen Ländern dieser Welt zwei Drittel des Haushaltbudgets durch die Nahrungsmittel bestimmt sind, dann wissen Sie auch, weshalb es eben dann nicht nur zu Preissteigerungen, die unangenehm sind, führt, sondern zu Hunger, zu Unruhen, zu Destabilisierung. Man könnte auch sagen, die Erklärung, dass der arabische Frühling ein Frühling der sozialen Netzwerke, eine Facebook- und Twitter-Revolution war, ist vermutlich weniger wahr als die Erklärung, dass dieser arabische Frühling eben eine Folge der massiven Spekulationen und der massiven

Schwankungen und Steigerungen der Preise der Grundnahrungsmittel genau in diesen Jahren war. Wenn die Verbraucherpreise 2007/08 plötzlich um 40 Prozent steigen, Sie aber bereits vorher zwei Drittel Ihres Haushalteinkommens für Nahrungsmittel ausgegeben haben, dann ist die Folge klar: Hunger – weil man schlicht nicht mehr Geld hat, um sich diese Nahrungsmittel zu kaufen.

Zudem ist dieser internationale Markt der Spekulation offen für diejenigen mit viel Kapital; hingegen jene anderthalb Milliarden Kleinbauern, die eigentlich für die Ernährungssicherheit dieser Welt, für die Ernährungssicherheit ihrer Länder, ihrer Regionen, der zentrale Pfeiler sind, genau diese haben zu solchen Absicherungsinstrumenten keinen Zugang. Wenn, wie das schon 2007 der Fall war, das Volumen der Future-Verträge dreissigmal höher ist als die realen Umsätze von Nahrungsmitteln, dann müsste auch dem Hintersten und Letzten klar sein: Hier geht es um Spekulation und nicht um Absicherung.

Die Frage nun: Ja, soll die Schweiz hier vorangehen? Wir finden: ja. Credit Suisse, UBS, aber auch andere Banken machen hier tüchtig mit und machen tüchtige Gewinne. Gestern haben wir endlich – viel zu spät, die Grünen forderten es schon seit Jahrzehnten – mit dem automatischen Informationsaustausch den Sumpf des internationalen «Steuerhinterziehungsgeheimnisses» als Businessmodell trockengelegt. Hier müssen wir nicht warten, bis die Geschichte uns zwingt, klüger zu werden, sondern wir können von uns aus klüger werden. Wer dann sagt, das sei nur ein Anreiz, diese Geschäfte in andere Länder zu verlegen, dem entgegen wir Grünen: Erstens müssen wir zuerst vor der eigenen Haustür reinemachen, um dann zweitens mit einer ethischen Glaubwürdigkeit das Ganze auch auf einer globalen Ebene verlangen zu können.

Wir finden, Nahrungsmittelspekulation hat nichts zu suchen in einer modernen Bankenwelt, Nahrungsmittelspekulation behindert im Gegenteil die Ernährungssicherheit global, und sagen deshalb Ja zur Spekulationsstopp-Initiative!

Freysinger Oskar (V, VS): Il est difficile de déterminer à quel moment une opération commerciale légitime bascule dans la spéculation abusive. Tout le principe de la bourse s'est construit là-dessus.

Une initiative populaire contre la spéculation sur les biens alimentaires me semble néanmoins procéder d'une intention louable, même si son application risque d'être particulièrement ardue. Je suis donc partagé. Faut-il voter oui pour le principe, pour l'idée générale, pour le message qui est passé ainsi ou faut-il, empreint de pragmatisme, voter non en me disant que ce sera de toute façon inapplicable et que cela ne changera pas grand-chose dans le monde? «Zwei Herzen schlagen, ach, in meiner Brust.» Mais, puisque j'ai si souvent joué le mauvais garçon à cette tribune et que, pour la dernière session, je voudrais, moi aussi, faire partie des gentils, des sauveurs du monde, rien que pour voir ce que cela fait de se sentir socialiste au moins une fois dans ma vie, je vais voter inutile, mais moral, et dire oui à ce texte.

Je n'aime pas l'idée que des gens meurent de faim. Je n'aime pas l'idée que des gens se font du fric en en faisant crever d'autres et je n'aime pas l'idée de ne rien pouvoir là contre. Et je sais que je ne pourrai pas sauver le monde qui ne m'a pas attendu pour ça! Pourtant, en vieux romantique impénitent, je vais voter fleur bleue et dire oui à cette initiative. L'UDC, dans sa magnanimité, me le pardonnera et le PS ne poussera pas le bouchon jusqu'à croire avoir recruté un nouveau camarade!

Certains diront que mon vote représente un acte stupide, d'autres que c'est de l'idéalisme béat, d'autres encore que c'est absurde. Eh bien, à l'image des buts poursuivis par l'initiative, j'y vois quant à moi un acte gratuit, non alimentaire et non spéculatif.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege Freysinger, ich weiss nicht, ob ich deshalb meine Frage stellen muss, weil Sie gewissermassen im Sandwich zwischen Herrn Glättli und Herrn Wermuth Ihren Vortrag halten. Aber ich

habe vorhin gehört, dass die Schweiz quasi der Sumpf sei. Sie aber wollen wohl nicht etwa die Schweiz durch den Sumpf ziehen, wie das Herr Glättli wollte, der naiverweise damit die Welt retten wollte, was ja nicht wirklich möglich ist?

Freysinger Oskar (V, VS): Zuerst einmal eine Bemerkung: In einem Sandwich ist der Schinken in der Mitte, das ist also die bessere Rolle – da wir ja hier von Nahrungsmitteln reden.

Das Zweite ist: Man kann sich ja mal für eine noble Idee einsetzen; der Hunger auf der Welt ist ein Umstand, den es wirklich gibt. Wenn man auf Grundnahrungsmitteln spekuliert, dann geht es wirklich um das Überleben von Menschen. Es geht nicht um irgendwelche Luxusgüter oder Güter, die man leicht ersetzen kann, es geht wirklich um das Überleben von Menschen. Nun, ich kann mich jetzt damit solidarisch erklären, ich habe mich ja übrigens an der berühmten Sitzung, zu der ich von den Juso eingeladen wurde, dafür ausgesprochen. Ich widerspreche selten einem Versprechen, also halte ich mein Wort. Ich habe damals gesagt, ich würde das unterstützen, und das mache ich jetzt auch aus Prinzip.

Wermuth Cédric (S, AG): Wir müssen uns bei dieser Initiative drei Fragen stellen. Die erste ist die nach der vorliegenden Evidenz, die zweite ist die nach dem Vergleich mit Artikel 118 des Finanzmarktinfrastukturgesetzes, die dritte ist die nach der politischen Bedeutung dieser Initiative.

Wenn wir die Evidenz betrachten, können wir die Sache selbstverständlich drehen und wenden, wie wir wollen; aber wenn wir die Studien von Organisationen nehmen, die selber kein direktes oder indirektes Interesse an der Sache haben und nicht nur einer ideologischen Denkschule angehören, ist es relativ eindeutig: Mindestens wenn es darum geht, kurzfristige Preisschwankungen zu erklären, beispielsweise beim Peak 2007/08, spielt die Spekulation eine entscheidende Rolle.

Wir können aber auch die Akteurinnen und Akteure selber fragen. Ich habe Ihnen die Liste mit den 136 Studien und Aussagen von Tradern mitgebracht, die Herr Jans erwähnt hat; ich kopiere sie gerne für alle, die sie sehen wollen. Paul Woolley zum Beispiel, ein Fondsmanager, sagt: «With the flood of passive and active investment funds going into commodities from 2005 onwards, prices have been increasingly driven by fund inflows rather than fundamental factors. Prices no longer provide a reliable signal to producers or consumers.» Oder nehmen Sie George Soros, der sein Geld in den Anfangsjahren unter anderem mit Nahrungsmittelspekulation gemacht hat: «... speculators create the bubble that lies above everything ... their business distorts prices, which is especially true for commodities. It is like hoarding food in the midst of a famine, only to make profits on rising prices. That should not be possible.»

Wenn man die Sache neutral anschaut, ist die Frage der Evidenz relativ klar. Wie sonst erklären Sie sich, dass sich das Volumen der Derivate allein zwischen 2007 und 2011 verdoppelte und dass bereits 2008 der Anteil der Fonds 260 von 410 Milliarden Franken ausmachte?

Artikel 118 des Finanzmarktinfrastukturgesetzes deckt bei Weitem nicht ab, was die Initiative will.

Erstens ist der Artikel nur ordnungspolitisch verankert. Er hat kein materielles politisches Ziel, Frau Chevalley, wie es die Initiative will, sondern er sieht nur dann ein Einschreiten vor, wenn die Technokraten den Eindruck haben, dass der Basismarkt nicht mehr dem Derivatemarkt entspricht. Das kann sehr weit weg vom Beginn der Spekulation sein.

Zweitens ist es ein Kann-Artikel. Wir wissen alle, was mit Kann-Artikeln in diesem Lande geschehen kann. Denken Sie an die Einführung der Mutterschaftsversicherung!

Drittens, ein ganz entscheidender Punkt, macht die Initiative eben einen entscheidenden Schritt hin zu einem unverzerrten Nahrungsmittelmarkt, weil sie Drittanbieter, Leute, die weder mit der Produktion noch mit der Konsumation von Nahrungsmitteln etwas zu tun haben, ausschliessen will – z. B. unsere Pensionskassen. Es geht um ein ganz starkes

moralisches Signal der Politik, wie es Artikel 118 des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes nicht macht.

Die politische Relevanz dieser Initiative wurde bereits mehrmals erwähnt: Es sind die 800 Millionen hungernden Menschen, die 2 Milliarden Menschen weltweit, die zusätzlich an chronischem Hunger leiden. Alle 2,5 Sekunden stirbt auf dieser Welt ein Mensch an den Folgen des Hungers. Wir können das durchspielen: tack, tack, tack, tack, tack, tack. Sie sehen, das fährt ein, wenn man es sich bildlich vorstellt. In dieser kurzen Zeit sind sechs Menschen an den Folgen der Nahrungsmittelpreisentwicklung, an den Folgen des Hungers und – auch wenn es nur 8 Prozent sind, wie die Studie der Hochschule Luzern sagt – an den Folgen der Nahrungsmittelspekulation gestorben.

Die Initiative stellt im Kern eine zentrale politische Frage. Sie stellt die Frage, ob die Politik und die Demokratie noch imstande sind, das Versprechen einzulösen, das sie einmal gegeben haben. Wir selber sollen ohne den Einfluss irgendeines Kaisers, eines Tribuns oder des Götzen des freien Weltmarktes sagen können, was wir tun und welche politischen Ziele wir erreichen wollen. Wir haben heute Morgen ein bisschen den Gottesdienst der Ohnmacht der Demokratie vor den internationalen Finanzmärkten mitbekommen. Offenbar können wir nichts tun. Bitte führen Sie sich vor Augen, was das bedeutet! Wenn wir unfähig sind, gegen den Hunger, der diese Welt beherrscht, politisch vorzugehen, dann wird unsere Epoche einmal in die Geschichte eingehen als diejenige, in der man es nicht geschafft hat, das dramatischste Problem dieser Welt zu lösen. Dann müssen wir die Übung hier abbrechen, dann machen wir Politik für nichts. Das kann nicht das Ziel sein.

Ich bitte Sie, diese Initiative mit Überzeugung zur Annahme zu empfehlen.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Monsieur Wermuth, personne ne veut la mort des gens par la faim. Il ne faut pas nous accuser de choses qu'on ne veut pas. OXFAM et la FAO, qui luttent contre la faim, le disent clairement: afin de lutter contre la spéculation, il faut introduire des limites de position, ce que nous avons fait – certes à une voix près, mais introduit malgré tout – dans la loi. Dès lors que cela a été instauré et qu'il s'agit du seul outil réel par rapport au marché permettant de lutter contre la spéculation, en quoi votre initiative changera-t-elle quelque chose? En quoi pourrait-elle empêcher des cas tels que le célèbre «Chocolate Finxer»?

Wermuth Cédric (S, AG): Zwei Bemerkungen, Frau Kollegin Chevalley: Erstens hat das Parlament eine Kann-Bestimmung in Artikel 118 eingefügt. Wir werden dann sehen, wie die Verordnung des Bundesrates aussieht. Wenn das Ihr Argument ist, dann sichert Ihnen die Initiative zu, dass das, was Sie fordern, auch wirklich umgesetzt wird. Dann gehen Sie mit der Initiative auf Nummer sicher. Das kann also nicht das Argument sein. Zweitens hat die Initiative eine zweite Bestimmung. Sie besagt explizit, dass wir keine Akteure wollen, die nur in den Markt eingreifen, um kurzfristig spekulativ Geld zu erwirtschaften – und zwar dort, wo wir es nicht verantworten können, also in den Nahrungsmittelmärkten –, und dass wir dort auch keine Institutionen der öffentlichen Hand sehen wollen. Ich sehe beileibe nicht, welche dieser beiden Bestimmungen Ihrer Intention widerspricht. Im Gegenteil, die einzige Versicherung, dass das Ziel, das Sie haben, erreicht wird, ist diese Initiative.

Lüscher Christian (RL, GE): Après avoir voulu interdire le mariage et le drapeau suisse lors de la fête du 1er août, voici que les Jeunes socialistes reviennent avec une initiative qui démontre qu'en réalité, ils veulent interdire le bon sens et l'intelligence et, surtout, qu'ils veulent porter atteinte à la prospérité et à la compétitivité de notre pays.

En voulant faire croire que le prix élevé des denrées alimentaires est le fruit de la spéculation, les initiants préfèrent afficher l'étendard de leur dogmatisme plutôt que de se ranger derrière la réalité des chiffres. En effet, les chiffres énoncés

par l'Organisation des Nations-Unies pour l'alimentation et l'agriculture démontrent que les prix des produits alimentaires sont au plus bas depuis le début de cette décennie.

De surcroît, le moyen que les initiants veulent utiliser pour atteindre leur objectif est illusoire. Là aussi, les chiffres sont formels: la plupart des denrées agricoles accessibles sur les marchés locaux ne sont pas des marchandises relevant du commerce international et leur prix dépend très principalement de l'offre et de la demande locales.

Mais encore et surtout, l'initiative des Jeunes socialistes trahit leur réflexe congénital de toujours tout faire pour affaiblir la place économique suisse. En tant qu'élu genevois, je me dois de rappeler l'importance, l'expérience et le savoir-faire du secteur économique des matières premières et du négoce de ces mêmes matières. Interdire le commerce des denrées alimentaires porterait atteinte à l'économie de l'arc lémanique qui compte 400 entreprises dans le domaine du négoce, lesquelles emploient une dizaine de milliers de personnes.

En conséquence, avec de telles mesures unilatérales et inconnues de toute autre législation mondiale, on poursuivrait surtout l'objectif de diminuer la compétitivité de notre place financière et de faire saliver des places concurrentes, comme Singapour ou Dubaï.

De plus, cette initiative aurait pour effet d'entraîner des pertes fiscales extrêmement importantes pour la Confédération et pour les cantons. Ainsi, à Zoug, par exemple, selon le gouvernement cantonal, l'acceptation de cette initiative entraînerait la perte de 36 millions de francs d'impôts fédéraux directs par année et de 200 millions de francs d'impôts cantonaux sur les revenus des personnes physiques.

En conséquence, il faut, une fois encore, s'étonner de cette politique socialiste, illogique et contradictoire, qui consiste, d'un côté, à proposer des mesures qui diminuent les recettes fiscales et, de l'autre, à proposer des mesures qui ont pour effet d'augmenter systématiquement les dépenses de l'Etat. Allez y comprendre quelque chose!

C'est la raison pour laquelle le groupe libéral-radical et moi-même, à titre personnel, évidemment proposons de recommander le rejet de cette initiative, qui porte atteinte à trois principes auxquels les libéraux-radicaux sont attachés: tout d'abord, la sécurité juridique, ensuite la prospérité et, en fin de compte, le maintien des emplois dans notre pays.

Sommaruga Carlo (S, GE): Les chiffres, parlons-en! Selon la Banque mondiale et l'ONU, 14 pour cent de la population mondiale vit dans la pauvreté en 2015. Plus de 800 millions de personnes vivent aujourd'hui dans l'extrême pauvreté. Dans le cadre des objectifs du Millénaire pour le développement, la Suisse et la communauté internationale avaient fixé comme objectif de réduire ce nombre à 700 millions. Malgré le caractère modeste de cet objectif, il n'a néanmoins pas été atteint. Cela a déjà été dit par d'autres orateurs: aujourd'hui, toutes les cinq minutes, un enfant meurt de faim ou de malnutrition. Tels sont les chiffres et la réalité!

Il y a quelques semaines, à Addis-Abeba, les Etats se sont mis d'accord sur les objectifs de développement durable. Ceux-ci seront adoptés dans quelques semaines à l'Assemblée générale de l'ONU. Un des 17 objectifs, l'objectif 2, est d'éliminer la pauvreté sous toutes ses formes et partout dans le monde. Plus concrètement, cet objectif vise à éliminer la faim ainsi que toute forme de malnutrition d'ici à 2030. Il vise également à ce que chacun, et en particulier les pauvres et les personnes en situation vulnérable, y compris les nourrissons, aient accès, tout au long de l'année, à une alimentation saine, nutritive et suffisante.

Mais cela n'est pas possible uniquement par le biais de l'aide au développement, surtout alors que l'objectif d'atteindre une aide publique au développement représentant 0,7 pour cent du revenu national brut des Etats n'a pas été inscrit de manière ferme au programme des objectifs de développement durable, ceci par la faute des pays occidentaux et notamment de la Suisse. En effet, la Suisse n'atteint même pas le 0,5 pour cent, alors qu'elle s'était fixé l'objectif du 0,5 pour cent pour les comptes 2015. Selon les dernières

déclarations du Conseil fédéral, le 0,5 pour cent ne sera atteint que vers 2019.

Ce qu'il faut modifier, ce sont les mécanismes économiques pervers qui bafoient le droit de chaque individu à la nourriture, qui renforcent le problème de la malnutrition et qui vont à l'encontre de la réduction de la pauvreté. Il faut combattre ces mécanismes à l'origine de ce qu'il convient quasiment de qualifier de génocide silencieux par la faim et par la malnutrition, et qui élimine des millions d'êtres humains parmi les plus pauvres de notre planète, ceci en totale conscience des membres de notre Parlement et des autres parlements et pouvoirs exécutifs mondiaux.

Ce mécanisme pervers, c'est la spéculation. Quoi de plus odieux que de réaliser des bénéfices spéculatifs sur le besoin fondamental de se nourrir, quoi de plus odieux que de spéculer sur la faim? Certains ici persiflent, comme Monsieur Freysinger; d'autres ont pris la FAO à témoin pour s'opposer à l'initiative. Or, que dit la FAO? Je me permettrai de citer un message clé de la FAO, dans son rapport de 2013 sur la sous-alimentation dans le monde: «Les fluctuations des prix et des revenus peuvent fortement affecter les pauvres et les personnes souffrant de la faim. Cependant, les données récentes relatives aux indices des prix à la consommation des produits alimentaires mondiaux et régionaux indiquent que les flambées de prix sur les marchés des produits de base ont eu un effet limité sur les prix à la consommation et que les fluctuations de ces derniers ont été plus faibles que celles qui ont frappé les producteurs. Il reste que, lorsque les prix augmentent, les consommateurs se tournent couramment vers des aliments meilleur marché, mais de moindre qualité nutritionnelle, ce qui augmente le risque de voir se développer des carences en micronutriments et d'autres formes de malnutrition, qui peuvent avoir des effets néfastes à long terme sur la santé, le développement et la productivité des personnes.»

En d'autres termes – et c'est moi qui le résume ainsi –, la spéculation est un facteur important, qui génère pauvreté, faim et malnutrition, également au sens de la FAO. Et c'est dans ce sens-là que je vous invite à recommander l'acceptation de l'initiative, c'est-à-dire à voter pour la minorité Jans.

Bien sûr, la spéculation n'est pas la seule responsable de l'augmentation des prix: désastres naturels, sécheresses, augmentation de la population mondiale, augmentation du niveau de vie – ce qui est positif –, y participent. Mais toutes les études qui ont été citées aujourd'hui démontrent que 60 à 70 pour cent des augmentations de prix ont un lien avec la spéculation. Des méta-études, recoupant l'ensemble de ces études, démontrent que la spéculation a un impact sur l'augmentation des prix. Cette étude évoque une moyenne de 8 pour cent. Que diraient les Suisses, si du jour au lendemain le prix des aliments augmentait de 8 pour cent? Imaginez alors seulement ce que représente une telle augmentation, dans des pays où le pouvoir d'achat est 10 à 20 fois inférieur à celui qui prévaut en Suisse: des familles entières ne peuvent plus accéder à l'alimentation.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à recommander l'acceptation de cette initiative, qui va dans le bon sens.

Müller Geri (G, AG): Ich glaube, eines ist klar in diesem Saal: Es möchte eigentlich niemand solche Schreckensbeispiele sehen, wie sie jetzt bezüglich Hunger dargestellt wurden. Aber es gibt natürlich Konditionen, die es ermöglichen, dass es dazu kommt. Eine dieser Konditionen ist die Spekulation. Es ist vorhin auch gesagt worden, dass es nur ein Teil des Problems ist. Aber es ist etwas, das wir beeinflussen können. Wir können das Wetter und die Produktionsbedingungen von der Schweiz aus nicht bzw. nur schwer beeinflussen. Aber was wir verändern können, ist die Spekulation.

Es wurde auch gefragt, warum das ausgerechnet die Schweiz machen solle. In Gottes Namen, die Schweiz hat erstens das Instrument der Volksinitiative. Deshalb sprechen wir überhaupt über dieses Problem. Aber zweitens ist die Schweiz in der Lebensmittelindustrie eine ganz bedeutende Kraft, und es hätte – das wurde eher von der rechten Seite angetönt – Konsequenzen in der Schweiz, wenn diese Initia-

tive umgesetzt würde. Denn die Initiative zielt auf die Nahrungsmittelspekulation, die zu einer Umverteilung führt. Einige wenige können damit nämlich ganz viel Geld machen, was für die Leute, die massgeblich von den Lebensmitteln abhängig sind, verheerende Konsequenzen hat. In gewissen Ländern wird das Salär zu über 70 Prozent für die Nahrungsmittel aufgewendet. Das ist bei uns anders, bei uns sind es 10 Prozent. Aber auch bei uns hat es heftige Konsequenzen, wenn die Lebensmittelpreise steigen; zumindest sagt man das jeweils. Das ist wenigstens erkannt worden. In anderen Ländern ist es verheerend, wenn die Lebensmittelpreise steigen.

Dann stellt sich die Frage der Komplexität: Wie wollen wir das regulieren, wie wollen wir das steuern? Offenbar steuert diese Initiative nicht so schlecht. Deshalb gehen alle Parteien und Organisationen so massiv gegen diese Initiative vor. Denn sie trifft eigentlich den Kern der Sache. Sie sagt ganz klar, dass ein Teilverbot der Spekulation erlassen werden soll und dass sich dieses gegen das Problem des Welt Hungers richtet. Banken, Versicherungen, Effektenhändler, Fonds usw. sollen nicht in Finanzinstrumente investieren dürfen, die sich auf Nahrungsmittel beziehen. Gewisse Dinge sind vom Verbot ausgenommen; es gibt damit eine Art gebilligte Spekulation. In dem Sinne geht die Initiative auch mit der gegebenen Situation differenziert um.

Beim Eintreten wurde vorgestern gesagt, dass die Krise, die wir vor ein paar Jahren hatten, mit einer Lebensmittelverknappung zu tun gehabt habe. Das ist ja das Problem. Diese Krise war auch eine Folge der Spekulation, es war nicht allein eine wetterbedingte Krise. Wenn ein Markt funktionieren soll, darf es nicht sein, dass jene, die auf Nahrungsmittel wie Reis, Weizen usw. angewiesen sind, diese bei herrschender Knappheit nicht mehr kaufen können. Welche Folgen es hatte, hat mein Kollege Balthasar Glättli erwähnt. Der sogenannte arabische Frühling war eigentlich ein Resultat von Hunger und von Missproduktion, gesteuert auch von den Finanzmärkten.

Es ist so – deshalb verstehe ich auch Christian Lüscher als Vertreter des Kantons Genf so gut –: Der Finanzplatz Schweiz würde beeinträchtigt. Aber in Gottes Namen, das müssen wir in Kauf nehmen. Es macht keinen Sinn, dass sich ein paar wenige bereichern – natürlich zahlen sie dann vielleicht auch ein bisschen Steuern. Es kann nicht sein, dass das Argument für die Verteidigung der Schweiz lautet, es wäre möglich, dass der Finanzplatz eine Beeinträchtigung erfahren würde. Das wäre die Folge davon, dass diese Initiative wirklich ganz wirksam wäre, dass sie eine Wirkung in einem Bereich hätte, der von zentraler Bedeutung ist.

Für die langfristige Entwicklung der Nahrungsmittelpreise braucht es verschiedenste Instrumente. Diese Initiative ist ein Instrument, das die gewünschte Wirkung haben könnte. Ich bitte Sie daher sehr, diese Initiative zu unterstützen.

Hadorn Philipp (S, SO): Die Bilder von Menschen auf der Flucht lassen uns in diesen Tagen keine Ruhe. Menschen, denen in der Schweiz Asyl gewährt wird, waren in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht. Den meisten Konflikten, auch kriegerischen, liegt Armut zugrunde. Eine äusserst dramatische Form der Armut drückt sich in Hunger aus. Wie Hungerkatastrophen entstehen, ist facettenreich. Spekulation mit Nahrungsmitteln ist ein Faktor dabei. Die Auswirkungen verbreiten Sorgen und Betroffenheit.

In einem Interview vom 28. Juli 2015 in der «Kirchenzeitung» der Diözese Linz legt alt Nationalrat Jean Ziegler, heute Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Unmenschensrechtsrates und zwischen 2000 und 2008 Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Nahrung, klar dar: «Nach dem Welternährungsbericht der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Knapp eine Milliarde Menschen sind permanent schwerstens unterernährt ... Im selben FAO-Bericht wird dargelegt, dass die Weltlandwirtschaft bei dem heutigen entwickelten Stand der Technik problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte, also fast das Doppelte der Weltbevölkerung. Es gibt heute zum er-

sten Mal in der Geschichte der Menschen keinen objektiven Mangel mehr, und es ist möglich, allen 7,2 Milliarden Menschen auf dieser Erde ein materiell genügsames Leben zu verschaffen, wenn wir die sozialen Strukturen ändern würden. Hunger ist menschengemacht. Ein Kind, das jetzt an Hunger stirbt, wird ermordet.»

Auch in seinem neuesten Buch belegt Ziegler, dass Börsenspekulation auf Grundnahrungsmitteln wie Mais, Getreide und Reis verheerende Folgen hat. Es mutet mich zynisch an, wenn unser Volkswirtschaftsminister, Gegner der Initiative, mögliche nachteilige Auswirkungen wegen zusätzlicher Auflagen für unsere Wirtschaft geltend macht. In zahlreichen Studien wurde nachgewiesen, dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln entscheidend ursächlich für plötzliche Preisanstiege auf dem Weltmarkt für Nahrungsmittel ist. Gerade als Gewerkschafter bin ich mir sehr bewusst, dass für anständige Arbeitsbedingungen wirtschaftlicher Erfolg notwendig ist. Ich will meinen und unseren Wohlstand nicht um jeden Preis aufrechterhalten, niemals zum Preis von Hunger, Tod und Verelendung Tausender, ja von Millionen von Mitmenschen. Blind und rücksichtslos den Wohlstand zu verteidigen, das geht nicht.

Nur zäh folgte auf unser langjähriges Engagement für einen Schweizer Finanzplatz, der sauber oder wenigstens ein bisschen sauberer ist, ein gewisser Erfolg. Wegen wirtschaftlicher Zwänge bringen erst der Druck der Strasse beziehungsweise der Druck der internationalen Gemeinschaft die ständigen Dereregulierer zur Vernunft. Das konnten wir auch gestern erleben. Lange wurde verkannt, dass sich eine Weissgeldstrategie langfristig auch wirtschaftlich auszahlt. So ist es auch beim Rohstoffmarkt und bei der Nahrungsmittelindustrie.

Wie jede Initiative mag auch die vorliegende ihre Mängel haben. Dies aber als Vorwand für Untätigkeit zu nehmen ist schlichtweg ein Affront. Die Spekulanten fröhnen bei ihrem Sport ausschliesslich dem Trieb nach Profit, und es gibt kaum einen Marktmechanismus, der die Verteilung sichert. Ganz im Gegenteil: Die Spekulation wirft unglaubliche Profite für Hedgefonds und für Grossbanken ab. Wer die Verlierer sind, ist auch offensichtlich: Der Weltmarktpreis für Mais ist in den letzten fünf Jahren um 38,1 Prozent gestiegen, jener für Reis um 32,8 Prozent, jener für eine Tonne Weizen hat sich verdoppelt.

Wenn nun wegen der Spekulanten die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel explodieren, sterben andernorts Millionen von Kindern mehr; 1,1 Milliarden Menschen leben in den Slums dieser Welt. Der promovierte Soziologe Jean Ziegler leitete seine Theorie einer sozialen Weltordnung in besagtem Artikel aus der Bibel ab, nämlich aus den schlichten Worten Christi: «Was ihr für einen meiner geringsten Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan.» Regulierung kann zu Einschränkungen führen, ein Spekulationsstopp kann kurzfristig Gewinne reduzieren; aber sinnvolle Leitplanken können uns davor bewahren, auf die falsche Fahrbahn zu geraten. Die Auswirkungen von Letzterem sehen wir: Hunger, Leid, Krieg und Massenemigration. Die vorliegende Initiative wird nicht alle Probleme lösen, sie verpflichtet uns aber dazu, eine sinnvolle Schutzleitplanke zu errichten. Nutzen wir diese Chance!

Nidegger Yves (V, GE): Derrière cette initiative populaire, il y a un constat, sur lequel tout le monde pourra être d'accord. En revanche, on ne pourra pas être d'accord avec la cible choisie comme prétendu remède à ce constat.

Le constat, c'est que l'humanité, peut-être pour la première fois de son histoire, est capable de produire de la nourriture en quantité suffisante pour se nourrir elle-même, tous habitants de la Terre confondus. C'est le fruit de l'industrie agro-alimentaire; c'est le fruit des investissements; c'est le fruit de la technologie. Nous ne sommes plus dans cette situation antique où sept années de vaches grasses, avec une surabondance, étaient invariablement suivies de sept années de vaches maigres, avec de la famine. Nous sommes capables aujourd'hui d'assurer dans la durée, de façon globale, un approvisionnement en nourriture suffisant pour que personne

ne meure de faim. Or, il y a sur cette planète un grand nombre de personnes qui meurent de faim.

Le constat, à savoir que ce n'est pas la pénurie qui est la cause de la mort par la faim, mais que c'est une question liée au marché, parce que certains n'y accèdent pas en raison de leur pouvoir d'achat du moment à l'endroit où ils sont pour se nourrir correctement, est tout à fait correct. Personne ne le contestera.

A partir de là, comme il s'agit d'une initiative socialiste, il y a un réflexe pavlovien qui veut que l'on désigne sans réfléchir un coupable que l'on connaît à l'avance, sans même avoir posé le problème. D'abord, il y a une erreur de fond: l'idée que le capitalisme moderne aurait créé les outils de la spéculation sur les denrées alimentaires. Un texte fondateur de notre civilisation, qui est lié à l'Exode des Hébreux hors d'Egypte, nous rappelle que, si les Hébreux sont arrivés en Egypte, c'est parce que le pharaon avait spéculé très intelligemment, d'ailleurs sur le conseil de l'arrière-petit-fils d'Abraham, en thésaurisant les bonnes récoltes pendant les sept années de vaches grasses, afin de pouvoir les vendre fort cher aux gens affamés de la région pendant les sept années de vaches maigres.

Ce ne sont donc pas les outils du capitalisme moderne qui ont introduit la notion de spéculation sur les denrées alimentaires; le problème trouve sa source ailleurs.

Le deuxième réflexe pavlovien irréfléchi est de désigner le marché en tant que tel et de vouloir le casser pour résoudre un problème qu'il contient. Si le marché est incapable de tout résoudre, ce qui est une évidence, l'Etat ou les Nations Unies interviennent, par exemple en cas de crise humanitaire, pour s'assurer que les gens ne meurent pas de faim. On déplace alors la nourriture, de manière non conforme au marché mais de manière volontaire et à titre d'aide humanitaire, pour nourrir les gens qui, à cause d'un marché qui ne fonctionne pas en raison d'une crise, ne peuvent plus y accéder.

Casser le marché est particulièrement contre-productif, le marché étant précisément le système qui a permis de réaliser la première condition à l'élimination de la faim dans le monde, à savoir la production massive, industrielle et suffisante de biens alimentaires – la qualité de la nourriture étant réservée – permettant de nourrir toute la planète. S'en prendre au marché, vouloir dans un souci de justice déplacée le corseter en interdisant certaines choses, alors même qu'avant le capitalisme moderne nous n'avions jamais rempli la première condition – à savoir d'avoir de la nourriture à disposition pour nourrir tout le monde –, est évidemment mortifère. Le Zimbabwe a vécu et vit encore cette situation: jadis exportateur de nourriture, le Zimbabwe a ensuite, en mains d'un régime socialiste, décidé de confisquer les propriétés de producteurs de nourriture, dans un souci d'égalité visant à ce que les personnes de race noire et de race blanche ne soient pas confrontées à des conditions économiques différentes. Mis en oeuvre en politique, ce souci d'égalité a pour conséquence que le Zimbabwe connaît aujourd'hui la famine après avoir été le pays exportateur de nourriture le plus important d'Afrique australe.

Est-ce que les Jeunes socialistes se trompent de cible? Je crois malheureusement que c'est pire que cela: les Jeunes socialistes vous trompent sur la cible. Il ne faut non pas viser à casser le marché, mais à agir lorsque celui-ci est défailant par le biais de l'engagement humanitaire. L'idée de vouloir casser la place financière – on a cassé le secret bancaire hier, on vous propose de casser le «trading» aujourd'hui – est une idée mortifère que je vous invite évidemment à ne pas soutenir en recommandant à la population de rejeter cette mauvaise initiative populaire.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Diese Volksinitiative leistet definitiv keinen Beitrag im Kampf gegen den Hunger, sie wäre definitiv der Todesstoss für eine Branche in unserem Lande, die stolze 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Sie umfasst 570 Handelsfirmen mit über 10 000 Mitarbeitenden. Dazu kämen noch unzählige indirekt betroffene international tätige Unternehmungen mit über 100 000 Ar-

beitsplätzen. Welches Unternehmen will in einem Land seinen Hauptsitz haben, in dem ihm gesetzliche Verbote auferlegt werden, die es dann bei seinen weltweiten Tätigkeiten extraterritorial umsetzen muss? Kollege Geri Müller täuscht sich, wenn er glaubt, dass nur der Finanzplatz davon betroffen wäre. Wir müssen nicht immer Nestlé heranziehen, nehmen wir einmal unsere international tätigen Schokoladeunternehmen: Auch diese bedürfen dieser Instrumente, nicht nur zur Absicherung. Sie bieten zusammen mit den Banken auch Anlageinstrumente an. Wenn man das diesen Firmen verbietet, z. B. für Kakao im Schokoladenbereich, werden sie ihren Hauptsitz ins Ausland verlegen müssen, sonst dürfen sie das ja z. B. nicht einmal mehr auf Handelsplätzen in den USA oder in England machen.

Vielfach wurden Studien zitiert. Die Frage ist ja: Gibt es eine Kausalität zwischen den Finanzmarktgeschäften im Agrarbereich und der Unterernährung? Ich kann da nur sagen: Es gibt eine von der Deza in Auftrag gegebene Analyse der Universität St. Gallen. Diese Analyse hat weltweit sämtliche relevanten Studien berücksichtigt. Bei keiner einzigen Studie kommt die Analyse zum Schluss, dass es eine Kausalität gibt. Im Gegenteil, nehmen wir z. B. die Reisknappheit von 2008: Dort hatten die Schwankungen von Angebot und Nachfrage alleine mit den Umweltentwicklungen, den Überschwemmungen, und überhaupt nichts mit diesen Produkten zu tun. Oder nehmen Sie den heutigen Stand dieser sogenannten Rohstoff-Anlagemöglichkeiten, schauen Sie sich die Assetklassen in den Pensionskassenportfolios an: Die Volumen sind gewaltig. Seit zwei Jahren verlieren sie mit diesen Anlagen Geld, über 10 Prozent. Das heisst, man hat zwar in diese Terminkontrakte investiert, aber es ist eben nicht so, dass die Preise gestiegen sind, sondern sie sind gefallen.

Was aber wirklich Hunger auslöst, sind Landwirtschaftsprojektionen und Agrarsubventionen, so z. B. von den USA und der EU. Wenn schon, müssten Sie die EU-Agrarpolitik boykottieren. Aber das Gegenteil ist ja der Fall, Sie wollen Teil dieses imperialistischen Systems sein.

Terminmärkte haben positive Impacts, das wurde hier mehrmals gesagt: Fragen von Preisrisiken, Liquidität, Nahrungsmittelhandel, die Produzenten können sich absichern, aber auch die Konsumenten können sich absichern. Damit diese Absicherungen überhaupt möglich sind, braucht es die Liquidität im Markt. Alleine nur diese Anlageprodukte schaffen die Liquidität. Die Produzenten können sich nicht mehr absichern, wenn sie niemanden mehr haben, der ihnen diese Kontrakte kauft. Es sind in der Schweiz z. B. an der SIX 120 solcher Produkte mit einem Volumen von jährlich über 40 Milliarden Franken.

Rohstoffhandel hat aber auch mit Vorfinanzierungen für die Bauern im Ausland zu tun. Es hat mit der Abwicklung der Transporte zu tun. Die Banken und Versicherungen machen das auch nur, weil sie sich über diese Produkte absichern können. Sie brauchen diese auch. Sie werden das Risiko nicht auf ihre eigenen Bücher nehmen. Sie nehmen dazu die Anleger, die das Risiko mittragen.

Zusammengefasst: Kriechen Sie den ideologisch verblendeten Urhebern dieser Volksinitiative nicht auf den Leim! Es ist letztendlich nach wie vor der alte kommunistische Kampf gegen den Kapitalismus, nichts anderes. Diese Mogelpackung bewirkt nicht, was sie vorgaukelt. Gefährden Sie nicht einen wertvollen Pfeiler unserer Volkswirtschaft, nämlich unsere weltweit hochstehenden Finanzdienstleistungen. Erteilen Sie dieser Volksinitiative eine klare Abfuhr!

Wermuth Cédric (S, AG): Geschätzter Kollege, ich danke Ihnen für das Kompliment am Schluss Ihrer Rede, fürchte aber, die Kommunisten in diesem Land werden das etwas anders sehen, für die sind wir die Sozialverräter. Meine Frage ist eine andere. Im Übrigen, wenn Sie den Agrarprotektionismus bekämpfen wollen, schlage ich Ihnen vor, dass Sie das nächste Mal, wenn wir über das «Schoggi-Gesetz» abstimmen, mit Ihrer Fraktion mal schauen, wer da auf welcher Seite steht.

Sie haben vorhin gesagt, die Nachfrage sei für die Preisspitze 2008 die entscheidende Grösse gewesen. Die Weltbank hat dazumal ihre Aussage dazu korrigiert, zuerst in einem «Working Paper 10» und dann in einer «Studie 11», und schreibt heute: «Wir nehmen an, dass Indexfondsaktivitäten eine Schlüsselrolle bei der Preisspitze gespielt haben. Dass die angeblich gestiegene Nachfrage aus Schwellenländern irgendeinen Effekt auf die Weltmarktpreise hatte», schliessen sie aus. Können Sie mir erklären, warum die Leute, die sich tagtäglich damit beschäftigen, zu einem anderen Resultat kommen als Sie?

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Ja, die kommen nicht zu einem anderen Resultat. Zuerst vorweg, Herr Kollege: Ich wäre enttäuscht gewesen, wenn ich von Ihnen keine Frage bekommen hätte, das ist klar. Nein, man hat keine Studie gefunden – ich möchte Ihnen wirklich ans Herz legen, diese Analyse der Universität St. Gallen, die ich hier habe, anzuschauen –, die wirklich diese Kausalität nachweisen kann. Die Annahmen werden überall geschrieben, aber die praktischen Beispiele sind eben anders. Ich nehme jetzt gerade das Beispiel des Rohstoffes Erdöl. Sie haben im Moment, seit Monaten wie noch nie zuvor Volumen in Kontrakten, welche darauf setzen, dass die Erdölpreise steigen. Und seit Monaten – jetzt länger, über ein Jahr – sind die Erdölpreise nur gesunken. Weshalb? Weil man die Produktion gedrosselt hat. Wirklich nachweisbar, effektiv wissenschaftlich nachweisbar sind nur Angebot und Nachfrage. Über alles andere lesen Sie in all diesen Studien immer nur: «Es könnte sein.»

Heim Bea (S, SO): Mit Essen spielt man nicht, das ist eine Frage des Respekts. So lehren wir es unseren Kindern. Wir sagen: Mit Essen spekuliert man nicht, das ist eine Frage des Respekts vor den Menschen in Entwicklungsländern, wo die Preisentwicklung eine Frage von Leben und Tod sein kann. Dort müssen die Menschen bis zu 80 Prozent ihres verfügbaren Geldes für Nahrungsmittel ausgeben. Wenn die von den Gegnern der Initiative pünktlich bestellten Studien ins Feld geführt werden, wonach die Spekulation dafür Sorge, dass der Markt langfristig dann schon den richtigen Preis für Nahrungsmittel finde, so ist das doch zynisch.

Was die Gegner der Initiative und ihre Ökonomen marktgläubig zum Teil als kleine Ausreisser oder als Überschiessen des Marktes verniedlichen, hat verheerende Folgen für Millionen von Menschen. Sie haben es gehört: Laut dem Welternährungsbericht der Uno verhungert alle fünf Sekunden ein Kind. Fast eine Milliarde Menschen leidet unter Hunger. Dabei gibt es genügend Lebensmittel, um jeden Menschen auf der Welt zu ernähren. Aber einer der Gründe für diese Zustände ist eben doch die Zockerei mit Mais, Getreide, Reis, genauer mit den sogenannten Finanzinstrumenten dafür. Heidemarie Wiecezorek-Zeul, die langjährige deutsche Ministerin und Vertreterin im Entwicklungsausschuss der Weltbank, rechnet vor: Jeder Prozentpunkt höhere Lebensmittelpreise bedroht zusätzlich 16 Millionen Menschen mit Hunger.

Ich frage Sie: Wollen wir es wirklich weiterhin zulassen, dass aus der Schweiz heraus ein paar Dutzend Spekulanten ihren Profit mit Elend, mit dem Hunger und im schlimmsten Fall mit dem Tod von Zehntausenden von Menschen machen? Wollen wir wirklich wie bei den nachrichtenlosen Vermögen, wie bei den Apartheid-Geschäften, wie beim «Steuerhinterziehungsgeheimnis» wieder warten, bis die Welt auf unser Land zeigt, nur weil wir ein paar Profiteuren ihr trauriges Gewerbe nicht abstellen? Ich finde klar: nein! Wir sollten diesen Geschäften schnell und effizient den Riegel vorschieben.

Ich frage Sie: Gibt es einen einzigen Grund, der gegen diese klar formulierte Initiative spricht und der mit Blick auf das Leben der hungernden Menschen wirklich stichhaltig ist und standhält? Ins Feld geführt werden Geschäftsinteressen, aber die an diesen Geschäften beteiligten Leute sind leistungsfähig und können auch andere Geschäfte tätigen. Ich habe gut zugehört, aber wirklich keinen einzigen Grund gehört, weder am Dienstag noch heute.

Darum bitte ich Sie, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen. Sie beseitigt ein Reputationsrisiko für unser Land, und vor allem hilft sie den Ärmsten der Armen. Sagen Sie Ja zu dieser Initiative!

Rytz Regula (G, BE): Die Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation ist kein revolutionäres Projekt. Sie wird nicht mit einem Schlag das Problem des Welthungers lösen; das wissen auch die Initianten. Aber sie ist ein wirksamer Beitrag für eine bessere Nahrungsmittelversorgung in einer Welt, in der immer noch viel zu viele Menschen Hunger leiden. Sie leiden Hunger, weil sie arm sind; sie leiden Hunger, weil ihre Böden von Agroindustriekonzernen aufgekauft worden sind; sie leiden Hunger, weil die Klimaveränderung zu Wassermangel führt; sie leiden Hunger, weil Nahrungsmittelspekulanten mit der Not von Menschen Geld verdienen.

Warum, sehr geehrte Damen und Herren, will irgendjemand hier in diesem Saal diese Spekulanten schützen? Ich habe bisher noch kein einziges überzeugendes Argument gegen diese Initiative für einen Spekulationsstopp gehört. Die ganze Diskussion hier dreht sich ausschliesslich um die Frage, ob diese Initiative etwas nützt oder nicht.

Kommissionssprecherin Kathrin Bertschy hat die Grundfrage, die wir heute diskutieren, bereits am Anfang auf den Punkt gebracht: «Termingeschäfte können ein Faktor für extreme Preisspitzen sein», hat sie gesagt, «sind aber wahrscheinlich nicht der ursächliche, sondern, wenn schon, dann nur ein beitragender Faktor.» Ein «beitragender Faktor», lassen Sie sich dieses Wort auf der Zunge zergehen! Ein «beitragender Faktor», das heisst: Die Nahrungsmittelspekulation trägt tatsächlich zu einer gefährlichen und vor allem völlig unnötigen Preissteigerung von Nahrungsmitteln bei. Sie ist ein Beitrag dazu, dass es den Welthunger heute gibt. Das stellt die Kommissionssprecherin ganz offensichtlich nicht infrage, und sie fasst ja die Diskussion der Kommission zusammen, was heisst, dass das auch Ihre Kommission nicht infrage stellt.

Ja, warum handeln wir dann nicht? Wenn diese Spekulation tatsächlich dazu beiträgt, dass Menschen in Afrika, in Südamerika, in Asien sich keinen Weizen, keinen Reis, keinen Mais, kein Soja leisten können, dass sie ihre Kinder nicht richtig ernähren können, dass diese chronisch an Hunger leiden, dann müssen wir doch etwas tun. Und wir können etwas tun: Diese Initiative gibt uns die Möglichkeit, etwas zu tun, hier in der Schweiz einen Beitrag zu leisten für weniger Hunger auf dieser Welt. Warum sollen wir nicht auf etwas verzichten, das nur ein paar wenigen Spekulationsgewinnern wehtut, aber Tausenden von Menschen ein besseres Leben ermöglicht? Auf welcher Seite stehen wir? Das werden Sie nachher entscheiden müssen. Wollen Sie etwas beitragen zu weniger Hunger auf der Welt, oder wollen Sie es nicht? Nur um diese Frage geht es hier.

Wir Grünen sind ganz klar der Meinung, dass jede Massnahme, die zu weniger Armut, zu weniger Elend und zu weniger Hunger in der Welt beiträgt, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es ist vorhin gesagt worden: Es gibt auch Hunger, weil wir bis jetzt zu wenig gemacht haben, um den Klimawandel zu verhindern. Da können wir mehr tun, da sollen wir auch mehr tun. Und es gibt auch andere Massnahmen, die nützen, zum Beispiel jeder Beitrag zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, jeder Beitrag zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung in der Welt und jeder Beitrag gegen unnötige und verantwortungslose Spekulation. All das sind Massnahmen, die tatsächlich etwas bewegen, und es wäre absolut falsch, heute auf eine Massnahme zu verzichten, die einen Beitrag leisten kann.

Die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» – das muss ich noch sagen, denn das ist ein grosses Missverständnis in der ganzen Diskussion – verbietet nicht den Handel mit Rohstoffen, sie verbietet auch nicht Bankgeschäfte in der Schweiz, sie verbietet einzig und allein rein gewinnorientierte Investitionen in Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel. Diesen Beitrag können wir hier leisten. Auch andere Länder arbeiten an der Regulierung dieser Bereiche, um die Ex-

zesse zu verhindern – und nur darum geht es bei dieser Initiative.

Wir Grünen unterstützen diese Initiative deshalb mit Überzeugung. Ich danke Oskar Freysinger dafür, dass er in dieser Frage auf sein Herz hört, und ich bitte Sie – das ist eine Premiere für mich –, auch ihm zu folgen. Das ist sozusagen die Legislatorschluss-Versöhnung in dieser Frage.

Schliessen Sie sich an, sagen Sie Nein zur Spekulation mit Nahrungsmitteln und Ja zu dieser Initiative!

Weibel Thomas (GL, ZH): Aus meiner Sicht ist die Initiative nicht zielführend. Sie greift aber ein sensibles und emotionales Thema auf, das wir vertieft diskutieren müssen. Es betrifft ethische und moralische Fragen, wie Armut und Hunger in der Welt beseitigt werden können. Grundnahrungsmittel sind sensible Güter, da sie zeitkritisch verfügbar sein müssen. Zudem sind sie sehr beschränkt substituierbar. Wenn der Weizenpreis in die Höhe schießt, kann man nicht auf die Schnelle mehr Reis produzieren. Bereits geringe Preiserhöhungen können eine existenzielle Bedrohung für weite Bevölkerungskreise darstellen. Das macht Grundnahrungsmittel aber nicht zu Gütern, die nicht auf Märkten gehandelt werden sollen. Wir müssen aber besonders darauf achten, dass diese Märkte funktionieren, dass die Preisfindungs- und die Preisabsicherungsfunktion erfüllt werden. Wir müssen zudem mögliche Manipulationen verhindern.

Preise und Preisschwankungen hängen stark von nationalen Besonderheiten ab. Bemerkenswert ist dabei, dass die nationalen Märkte in vielen Entwicklungsländern viel stärkere Preisschwankungen als die internationalen Märkte aufweisen. Insbesondere dort, wo Preisschwankungen nicht abgedeckt werden können, entstehen schnell prekäre Situationen, dies beispielsweise, weil die zuständigen Institutionen nicht in der Lage sind, eine effektive Lagerhaltung, Vermarktung oder Verteilung der Reserven zu organisieren.

Der internationale Handel kann hier eine wichtige Rolle spielen. Die offenen Märkte helfen, nationale Angebots- oder Nachfrageschwankungen auszugleichen und so auch die Preisvariabilität auf den nationalen Märkten zu dämpfen. Länder, die häufig und stark von Preisschwankungen betroffen sind, weisen meistens eine schlechtere Basisinfrastruktur, insbesondere schlechte Verkehrsnetze, eine ungenügende Flexibilität des Nahrungsmittelangebotes, schlecht funktionierende Märkte, schwache Kapazitäten zum Nahrungsmittelimport, politische Instabilität und eine prekäre Sicherheitslage auf. Dazu kommen eine hohe Abhängigkeit von einem einzigen Grundnahrungsmittel und die Anfälligkeit auf klimatische Schwankungen und Veränderungen. Zudem importieren diese Länder netto mehr Grundnahrungsmittel, als sie exportieren. All diese Eigenschaften treffen beispielsweise auf afrikanische Länder zu.

Es stellt sich die Frage, wieweit die Finanzinstrumente an den Rohstoffmärkten tatsächlich eine preissteigernde Wirkung ausüben. Bis heute gibt es keinen eindeutigen Befund, wie Termingeschäfte die Grundnahrungsmittelpreise beeinflussen. Es gibt sowohl Untersuchungen, die tendenziell einen negativen Schluss ziehen, wie auch andere, die zu einer positiven Beurteilung kommen.

Gravierender als die Termingeschäfte ist die Marktkonzentration auf wenige Player. Der physische Handel wird nämlich von nur vier Hauptakteuren dominiert. Diese vier Akteure realisieren zusammen, je nach Rohstoff, Marktanteile von bis zu 90 Prozent. Ich stelle fest, dass der Handlungsbedarf bei der Marktmacht liegt. Preisspitzen werden durch Marktmanipulationen ausgelöst. Hier müssen wir ansetzen.

Die Initiative, der Bundesrat und auch die Kommission blenden die Frage der Agrarmarktabstottung aus. Eine Öffnung der Agrarmärkte mit flankierenden Rahmenbedingungen und einem Abbau der massiven Landwirtschaftsschutzzölle in den westlichen Ländern würde die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern wesentlich verbessern. Stabile Agrarhandelsbeziehungen mit Entwicklungsländern und eine Stärkung dieser Länder in der Agrarproduktion müssen

unser Ziel sein. Das geht aber nur mit weniger Protektionismus von unserer Seite.

Deshalb empfehle ich die Volksinitiative zur Ablehnung.

Semadeni Silva (S, GR): L'influenza della speculazione sul prezzo delle materie prime agricole è controversa, ma lo studio pubblicato nel marzo dell'anno scorso da Alliance Sud, la comunità di lavoro che raggruppa le principali associazioni per la politica di sviluppo, mostra che gli argomenti contro questo tipo di speculazione sono solidi. E vero che non rappresenta la sola causa delle fluttuazioni dei prezzi dei generi alimentari, ma il gioco coi derivati rafforza queste speculazioni, con conseguenze a volte drammatiche per i più poveri nei Paesi dipendenti dalle importazioni. Dal 2000 la speculazione con le derrate alimentari aumenta, tanto che attualmente è 33 volte più importante rispetto a dieci anni fa. Sia negli anni 2007 e 2008 che nel periodo fra il 2010 e il 2012 i prezzi del grano, del mais, della soia e di altri generi alimentari di base sono saliti alle stelle. La Banca mondiale ha calcolato che nel 2014 44 milioni di persone sono cadute in miseria a causa dell'aumento dei prezzi dei beni alimentari. In certi Paesi anche un moderato aumento dei prezzi può portare a malnutrizione o alla fame. La speculazione qui non può avere posto!

Ammetto che l'argomentazione del Consiglio federale, che ci raccomanda di respingere l'iniziativa senza controprogetto, non mi risulta incomprensibile. Ci troviamo di fronte a un problema di portata internazionale ed è facile dire che non tocca a noi, piccola Svizzera, impegnarsi più di tanto per risolverlo. Tuttavia, anche nel nostro bel Paese si specula sui generi alimentari. Nel 2014 sono stati investiti dalle banche svizzere da 6 a 7 miliardi di franchi in materie prime agricole, come leggo nel messaggio del Consiglio federale. Anche se questi investimenti speculativi sono marginali in confronto con il volume totale dei patrimoni amministrati in Svizzera, di fronte ai 795 milioni di persone che non hanno abbastanza da mangiare. La ricerca del profitto in questo campo ai miei occhi è inammissibile. Il nostro impegno per l'aiuto allo sviluppo sarebbe ben più credibile senza questa attività speculativa!

La fame e le crisi alimentari si possono vincere, specie se si considera che il mondo produce cibo per sfamare 12 e non solo 7 miliardi di persone.

E non dimentichiamo: ridurre la povertà e la fame nel mondo significa anche contribuire a ridurre i fenomeni migratori. La povertà e l'ingiustizia, il colonialismo vecchio e nuovo, le multinazionali che non devono rispettare standard sociali e ecologici, il commercio di armi e la guerra – oggi tutti questi nodi vengono al pettine. I milioni di profughi, i loro tragici destini, ci pongono di fronte a una grande sfida, che rischia di mettere in questione i principi fondamentali della nostra civiltà come i dritti umani e la solidarietà. Facciamo oggi questo piccolo passo. Eliminando la speculazione, eliminiamo almeno un fattore che influenza, che accentua ingiustificatamente la disponibilità di cibo per i più poveri. Non possiamo aspettare che tutti gli economisti condividano la stessa opinione sulle conseguenze della speculazione con i derivati alimentari.

Raccomandiamo a popolo e cantoni di sostenere l'iniziativa popolare!

Bugnon André (V, VD): L'initiative déposée par la Jeunesse socialiste, forte de 117 000 signatures, vise à interdire tout investissement dans des instruments financiers liés aux matières premières agricoles. Si l'objectif de lutter contre la spéculation sur les denrées alimentaires est louable en soi, les moyens proposés par l'initiative pour lutter contre la faim dans le monde et contre les trop grandes fluctuations des prix sur les marchés mondiaux sont-ils appropriés?

Il est prévu d'interdire aux acteurs financiers de tout ordre ayant leur siège ou une succursale en Suisse d'investir pour eux-mêmes ou leur clientèle dans des instruments financiers se rapportant à des matières premières agricoles et à des denrées alimentaires. Avec ces interdictions, arrivera-t-on à atteindre les objectifs recherchés par l'initiative? Telle est la

question à laquelle il faut répondre afin de savoir si nous devons soutenir ou non cette initiative.

En réalité, si les objectifs recherchés par l'initiative sont louables en soi, les moyens qu'elle préconise ne sont pas adaptés pour régler la problématique du prix des denrées alimentaires. Pourquoi?

Tout d'abord, comme le disent le Conseil fédéral et la majorité de la commission, interdire aux marchés financiers d'intervenir dans le domaine des denrées alimentaires ne produira pas les effets escomptés par les auteurs de l'initiative. En effet, la plupart des denrées agricoles disponibles sur les marchés locaux et nationaux ne sont pas des marchandises du commerce international et leur prix dépend de la demande et de l'offre sur le plan local ainsi que des politiques nationales dans le domaine de l'agriculture. Par conséquent, l'effet sur le prix local des fluctuations de cours des marchés internationaux est très faible, pour ne pas dire nul. S'il devait y avoir un effet, celui-ci serait plutôt dans le sens de la baisse de la valeur du produit plutôt que dans le sens d'une hausse. C'est en tout cas ce que l'on peut constater dans les pays occidentaux où la valeur de la marchandise produite par l'agriculture est souvent située au-dessus du prix mondial, compte tenu des coûts élevés de production.

Des expériences faites sur le terrain ont démontré qu'intervenir de donner une valeur boursière à un produit alimentaire a conduit à l'insécurité dans le secteur concerné. Ainsi, le producteur ne peut se fier à aucune valeur de référence lorsqu'il met en place sa culture, ce qui lui fait prendre des risques allant au-delà de sa capacité financière, exposant son entreprise à la faillite s'il ne trouve pas de preneur à des conditions acceptables pour son produit.

De plus, l'utilisation d'instruments financiers dans le domaine alimentaire n'est pas le facteur qui influence le plus celui du prix des denrées. Ces fluctuations sont liées à d'autres phénomènes, tels les niveaux des stocks, les conditions atmosphériques permettant l'aboutissement de belles ou de mauvaises récoltes, les infrastructures de stockage et de conditionnement plus ou moins bonnes ou mauvaises, ainsi que les mesures de protection prises par certains Etats.

Enfin, les objectifs recherchés ne pourraient être atteints du fait que seule la Suisse interdirait l'utilisation d'instruments financiers dans le domaine des denrées alimentaires, ce qui n'aurait évidemment aucun effet sur le plan mondial et conduirait les sociétés basées sur le sol helvétique à délocaliser. Ce phénomène de délocalisation conduirait à un affaiblissement de la place économique suisse qui emploie plus de 12 000 personnes dans ce secteur, sans que cela ne produise aucun effet dans la lutte contre la faim et sur le prix des denrées alimentaires.

Pour toutes ces raisons, je vous demande de recommander au peuple et aux cantons de ne pas donner suite à l'initiative populaire 15.021 et de suivre ainsi la majorité de la commission.

Feri Yvonne (S, AG): Mit Essen spielt man nicht! Das haben Sie sicher öfter Ihren Kindern gesagt oder selber als Kind von Ihren Eltern gehört. Genau das muss künftig auch für die Wirtschaft und die Politik gelten – es soll nicht nur in der Familie gelten.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln treibt die Preise, besonders in den Schwellenländern, massiv in die Höhe und führt zu millionenfachem Hunger. Wenn Spekulanten auf steigende Preise von Mais und Weizen wetten, können sich die Menschen am anderen Ende der Welt das tägliche Brot nicht mehr leisten. Doch das Recht auf Nahrung ist wichtiger als die Profite der Wirtschaft. Die Menschen in den Entwicklungsländern geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. In den Industrieländern sind es nur 10 bis 20 Prozent. Für die Ärmsten der Armen sind Preissteigerungen bei Brot und Getreide daher eine existenzielle Bedrohung.

Hunger führt zu Krankheit und Tod. Allein im Jahr 2010 stiegen die Nahrungsmittelpreise weltweit um ein Drittel, wodurch mehr als 40 Millionen Menschen zusätzlich in die ab-

solute Armut stürzten. Das Welternährungsprogramm nennt die Preissteigerungen der letzten Jahre einen stillen Tsunami. Armut hat einen direkten Zusammenhang mit der Ernährung. Schwangere Frauen, welche an Mangel- oder Unterernährung leiden, gebären ungesunde Kinder. So dreht sich die Spirale. Entweder sterben die Kinder sehr früh, oder sie leiden wiederum unter Mangelernährung, welche eine normale Entwicklung behindert. Werden diese Kinder erwachsen, haben sie oft eine Behinderung: Sie wachsen nicht, das Gehirn ist nicht voll entwickelt, oder sie leiden dauernd unter Infektionskrankheiten. Das wiederum führt dazu, dass die Arbeit auf dem Feld unmöglich wird. Diese sich drehende Spirale müssen wir in den Zusammenhang mit unserem Nahrungsmittelüberfluss und den immer stärker sinkenden Preisen unseres Essens stellen: Wir profitieren, andere tragen die Schäden, die durch diesen Profit verursacht werden.

Die Wirtschaft spielt ein trauriges Spiel in Sachen Nahrung. Warum werden beispielsweise aus Südspanien Tomaten nach Senegal geliefert, wenn die dortigen Bauern und Bäuerinnen dadurch ihre eigenen Produkte nicht verkaufen können? Viele Nahrungsmitteltransporte sind nicht nur überflüssig und umweltschädigend, sondern auch absurd. Lokale Bauersleute sitzen aufgrund solcher Transporte auf ihren Produkten fest und generieren kein Einkommen. Auch hier: Der Hunger ist vorprogrammiert, da Reis oder Weizen nicht bezahlbar sind.

Jean Ziegler wird nicht müde, es zu sagen, und ich werde nicht müde, ihn zu zitieren: Die Welt verfügt im Moment über genügend Nahrung für alle Bewohner und Bewohnerinnen. Theoretisch muss niemand Hunger leiden. Wir hätten sogar genügend Nahrung, um noch mehr Menschen zu ernähren. Das Problem sind die Preise. Wo sie hier teilweise lächerlich tief sind, sind sie andernorts unbezahlbar hoch. Das unterscheidet gemäss Ziegler den Hunger von gestern vom Hunger von heute. Früher haben Menschen gehungert, weil die Nahrungsmittel fehlten. Heute hungert man, weil man sie sich nicht leisten kann. Es gibt dazu Berechnungen. Die Verteilung und die Preise von vielen Produkten sind das grosse Problem. Es geht um gerechtes Verteilen: Wir haben zu viel, andere zu wenig. Wir werfen weg, andere essen aus dem Abfall. Das kann es doch wirklich nicht sein.

Ich habe es satt, Teil dieses Kreislaufes zu sein. Ich will ihn stoppen, und ich will eine gerechte Verteilung der Nahrung. Dazu braucht es aber verschiedene politische Massnahmen. Die hier vorliegende Initiative macht den ersten Schritt in die richtige Richtung und damit weg von einer Schweiz, die Nahrungsmittelspekulanten deckt und damit den Welthunger mitverantwortet.

Ich bitte Sie deshalb, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Bourgeois Jacques (RL, FR): L'initiative populaire qui nous est soumise part d'une bonne intention, mais ne choisit pas les bonnes mesures pour atteindre l'objectif souhaité. Je m'explique: il est clair que nous devons tout entreprendre pour éviter la spéculation sur les biens alimentaires, car on ne joue pas, comme cela a été relevé tout à l'heure, avec la nourriture. La FAO se bat à juste titre pour réduire la faim dans le monde. N'oublions pas qu'actuellement, comme cela a aussi été relevé, 800 millions de personnes sur cette planète ne mangent pas à leur faim, un chiffre heureusement en régression. La flambée du cours du maïs à la bourse a provoqué, il y a quelques années, la hausse des prix de ce plat typique du Mexique qu'est la tortilla, ne permettant plus à de nombreux habitants de ce pays d'accéder à leur nourriture de base, ce qui est indéfendable et intolérable.

Il est clair que la bourse ne doit pas encore accentuer la volatilité des prix sur le plan mondial. Les organisations internationales – FAO, FMI et OMC – doivent prendre des mesures dans ce domaine, afin d'enrayer un tel fléau. Or, la présente initiative populaire exige une modification de notre Constitution qui n'aura pas d'effet sur les bourses étrangères. De nombreuses entreprises installées dans notre pays, actives dans le commerce mondial des matières pre-

mières agricoles, se verront interdire d'exercer leur commerce et délocaliseront leur siège dans d'autres pays, ce qui ne résoudra rien mais entraînera une perte d'emplois et de recettes fiscales. Ne perdons pas de vue que le commerce de négoce installé dans le pays, toutes matières confondues, génère un chiffre d'affaires correspondant à 3,5 pour cent de notre PIB.

La volatilité des prix est le pire ennemi du producteur qui doit pouvoir planifier et investir sur le long terme. En plus de la spéculation sur les denrées alimentaires, d'autres facteurs jouent un rôle primordial sur la volatilité des prix: par exemple les aléas climatiques et météorologiques, de plus en plus fréquents, les problèmes sanitaires, le boom des agrocarburants ou encore les variations liées au stockage ou au déstockage de marchandises.

L'initiative populaire n'apporte aucune réponse dans ces différents domaines et ne fait pas de distinction entre spéculation et investissement.

Dans sa réponse à mon interpellation 11.3489, «Transparence au niveau des placements alternatifs», le Conseil fédéral indiquait suivre «attentivement les démarches au niveau international visant, d'une part, à prévenir ou à réduire la volatilité des prix des denrées alimentaires et, d'autre part, à lutter contre les effets négatifs de la volatilité des prix. Dans ce contexte, il soutient notamment les efforts de transparence sur la situation des marchés et des stocks.»

Comme on peut le constater, l'enjeu n'est pas national mais international. Pour toutes ces raisons, je vous invite à recommander le rejet de cette initiative populaire.

Reynard Mathias (S, VS): Monsieur Bourgeois, comme moi, vous êtes très sensible à la question de l'agriculture et à la défense de nos produits agricoles. N'estimez-vous pas qu'en recommandant le rejet de cette initiative au peuple et aux cantons, vous lanciez un signal extrêmement négatif par rapport au respect du produit agricole et au fait qu'on ne joue pas avec la nourriture?

Bourgeois Jacques (RL, FR): Non, je ne pense pas. Ce que propose l'initiative, comme précédemment mentionné, ne vient qu'à reporter le problème au-delà de nos frontières. Elle ne résoudrait rien et je suis d'avis que le problème doit être empoigné au niveau de l'Organisation des Nations unies pour l'alimentation et l'agriculture, du Fonds monétaire ou de l'Organisation mondiale du commerce.

L'initiative n'a pas d'influence sur les bourses étrangères alors que c'est dans ce contexte qu'il convient d'agir. J'espère que le Conseil fédéral poursuivra son action dans le domaine, conformément aux éléments évoqués dans sa réponse à mon interpellation 11.3489, «Transparence au niveau des placements alternatifs».

Reimann Maximilian (V, AG): Ich möchte anhand eines einzigen Elements aus der Vielzahl der uns künftig verboten sein sollenden Finanzanlagen auf die Absurdität dieses Volksbegehrens hinweisen und damit auf die Absurdität jungsozialistischer Grundsatzpolitik. Es ist das Verbot für unsere Sozialversicherungen, künftig Anlagen im breiten Sektor der Agrarrohstoffe tätigen zu dürfen.

Nutzniesser unserer Sozialversicherungen sind doch wir alle. Dabei denke ich in erster Linie an unsere AHV, an unsere Pensionskassen, an unsere Institutionen der Säule 3a. Diese Einrichtungen sind in unserem höchst individuellen Interesse auf gute und sichere Erträge aus ihren Finanzanlagen angewiesen. Heute, in einer kuriosen Ära von Tiefzinsanlagen, ja gar von Negativzinsen, denen ausdrücklich auch unsere Sozialversicherungen unterstellt sind, ist die Erzielung von angemessenen Erträgen höchst schwierig geworden, ausser es werde massiv in Aktienanlagen investiert, die zwar mit guter Rendite, aber trotzdem mit hohen Risiken verbunden sind. Nun kommen die «Jungsozis» mit einer Volksinitiative daher und wollen unseren Sozialeinrichtungen die Anlagemöglichkeiten noch weiter beschränken, und dies unter dem fragwürdigen Motto der Spekulationsverhinderung.

Ja, Spekulation ist per se nicht einfach negativ, wie uns die Initianten glauben machen wollen. Spekulation heisst auch Absicherung, Vermeidung von Verlusten, und das ist durchaus moralisch, ja mitunter gar ein Gebot der Stunde. Ja, und was soll denn negativ sein an den Agrarrohstoffen? Das ist ein Weltmarkt, an dessen Florieren doch die ganze Welt Interesse hat. Dazu bedarf es Investitionen in Vertriebskanäle und Absatzmärkte, und daraus ergeben sich Anlagemöglichkeiten selbst für unsere Sozialversicherungen. Das aber wollen uns Initianten aus dem Lager inländischer Gutmenschen verbieten, aus Angst, dass sich auch böse Spekulanten in diesem Sektor tummeln könnten. Ja, liebe Initianten und Initiantinnen, was müsste da noch alles verboten werden, um euren sogenannten Spekulanten das Handwerk legen zu können?

Zudem geschieht alles bloss auf nationaler Ebene, das ist – sprichwörtlich ausgedrückt – nicht einmal ein Tropfen auf den heissen Stein, also eine weltweit total vernachlässigbare, wirkungslose Pseudoübung. Für so etwas bin ich nicht zu haben, und die grosse Mehrheit hier drinnen hoffentlich auch nicht.

Badran Jacqueline (S, ZH): Ich wiederhole: Mit Essen spielt man nicht. Aber das Spiel mit dem Essen ereignet sich doch tagtäglich, stündlich, sekundlich. Dieses Spiel auf den Finanzmärkten produziert aber nicht freudig lachende Kinder, wie Spiele es tun sollten, sondern Hunger. Das ist ein nicht-hinnehmbarer Dauerskandal.

Wir erinnern uns: 2008 sind die Preise für Grundnahrungsmittel explodiert. Wir wissen, dass es dafür verschiedene Gründe gibt. Nicht eine linke Organisation, sondern die Weltbank sagt, dass an der Preisexplosion von 2008 zu 30 Prozent die Spekulation mit Derivaten die Schuld trägt, die übrigens 100 Millionen Menschen mehr in den Hunger getrieben hat. Heute sind die Preisschwankungen auf diesen Märkten innerhalb einer Woche gleich gross wie früher im Laufe mehrerer Jahre.

Kennen Sie Chocfinger? Wenn nicht, dann sollten Sie etwas dagegen tun. Über Chocfinger sollte man eigentlich einen Thriller drehen. Chocfinger – so nennen ihn die Insider der Rohstoffhandelsbranche. Das Wort ist eine Mischung aus «Schokolade» und «Langfinger». Chocfinger ist ein Hedgefonds-Manager. 2011 kaufte er auf dem Markt riesige Mengen von Kakao physisch auf und entzog sie somit dem Angebot. Parallel dazu, oh Wunder, setzte er auf steigende Preise. Wow, was für ein Rocket-Science-Businessmodell! Komischerweise sind die Preise tatsächlich gestiegen, weil er die Ware dem Angebot entzog. Er hat damit Millionen verdient.

Die Kakaopreise sind um 30 Prozent gestiegen. Produzenten wie Nestlé und Barry Callebaut haben den gestiegenen Kakaopreis auf ihre Produkte geschlagen. Fortan haben alle Schokoladekonsumenten auf der Welt für Snickers, Toblerone und Mars halt 30 Prozent mehr bezahlt. Interessanterweise hat der Markt das akzeptiert. Die Konsumentenpreise sind bis heute hoch geblieben. Die Gewinner: Chocfinger und Nestlé. Die Verlierer: Milliarden von Schokoladekonsumenten auf der Welt. Das ist Umverteilung von Milliarden von Leuten zu ganz wenigen Akteuren. Es ist Umverteilung von unten nach oben, wie sie im Bilderbuch steht.

In der Folge dieses von Chocfinger ausgelösten Preisschocks hat man gesagt, einer alleine solle die Preise nicht manipulieren können, und hat Positionslimiten eingeführt. Wir wissen, dass Preise, Libor, Währungen und Aktienkurse manipuliert werden, so auch die Nahrungsmittelpreise.

Jetzt werden Sie erstens argumentieren, mit den Positionslimiten, die international allmählich eingeführt werden und eventuell auch in der Schweiz kommen, habe man ja etwas getan. Zweitens werden Sie argumentieren, dass es die Spekulation an den Terminmärkten brauche, weil es den Markt liquider mache usw.

Bei beidem haben Sie Recht, wenn Sie so argumentieren. Trotzdem frage ich Sie: Wie haben dann die Rohstoffmärkte vor dieser Explosion des spekulativen Anteils funktioniert? Hatten wir damals keinen Weizen, keinen Kaffee? Doch, wir

hatten das, bevor all diese marktfremden Teilnehmer an diesen Märkten teilgenommen haben.

Zwischen 2000 und 2008 hat sich das gehandelte Volumen an Nahrungsmittelderivaten verachtfacht. Das ist gigantisch! Seit 2008 hat sich das Volumen nochmals verdoppelt. Nun wollen uns die Rohstoffhändler weismachen, sie seien auf die Derivatgeschäfte angewiesen, wie wenn das ein Naturgesetz wäre. Wer profitiert davon? Wir sehen es – der Chocfinger-Fall hat uns das gezeigt –: Spekulanten, Hedgefonds-Manager, die über eine Milliarde Konsumenten refinanziert sind. Das Absicherungsgeschäft gegen fallende Preise der Produzenten und gegen steigende Preise der Industrie kann man auch auf dem Weg des Direktkontraktes lösen. Wir brauchen die Derivatmärkte nicht. Barry Callebaut, Coop, Migros usw. haben das längst entdeckt. Viel zu teuer sind die Absicherungsgeschäfte via Derivate; zu wichtig ist der Direktkontrakt für beide Seiten, für die Abnehmer und die Produzenten wie auch für die Hunderten von Millionen Hungernden auf dieser Welt.

Diesen Monat vor 42 Jahren brachte Fairtrade-Pionierin Ursula Brunner die ersten Bananen direkt von den Bauern aus Nicaragua in die Schweiz. Ältere unter uns erinnern sich an die sogenannte Nica-Banane. Fairtrade heisst angemessene Preise für Produzenten und Konsumenten, direkt und fair, unter Ausschaltung dieses gigantischen Spekulations-Overheads, unter Ausschaltung dieses Zwischen-Zwischenhandels und dieser grotesken Absicherungsgeschäfte. Faire und direkte Kontrakte zwischen Produzenten und Abnehmern – das ist die Lösung, diesen Weg müssen wir gehen. Diese Initiative trägt eben dazu bei, dass man von all diesen Absicherungsgeschäften auf Direktkontrakte umstellt. Das wird die Zukunft sein.

Deshalb empfehle ich diese Initiative zur Annahme, denn ich erinnere daran: Mit Essen spielt man nicht.

Graber Jean-Pierre (V, BE): L'initiative «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires» a pour but louable et incontesté de combattre la faim dans le monde, tout en posant cette légitime question de fond: est-il éthique et opportun de spéculer sur les matières premières agricoles et sur les denrées alimentaires? Cette initiative mérite ainsi notre attention.

Tout d'abord, il est vrai que les biens agricoles ne sont pas des biens comme les autres. L'agriculture ne saurait être entièrement assimilée aux autres branches de l'économie. Elle est trop intimement liée à la pérennité de la vie humaine, à l'essence, à l'identité et à la géographie d'un pays pour être subordonnée aux seules lois du marché et à la volatilité des cours boursiers. Ce n'est pas en vain que les économistes classent l'agriculture dans le premier des trois secteurs de l'activité humaine. L'homme doit d'abord manger et boire – c'est le secteur primaire; puis fabriquer les éléments de son environnement matériel – c'est le secteur secondaire – et ensuite seulement penser à aller chez un avocat ou au cinéma – c'est le secteur tertiaire. Les anciens, qui le savaient déjà, nous ont laissé cette maxime: «Primum vivere, deinde philosophari.» Dans le contexte actuel, cela signifie que l'être humain doit d'abord vivre, c'est-à-dire manger, avant de s'adonner à d'autres activités, certes importantes, mais subordonnées.

Cette hiérarchie naturelle et éternelle doit nous inciter à constamment tout mettre en oeuvre pour assurer la préservation de l'agriculture, qui restera toujours l'élément constitutif essentiel des bases naturelles de la vie humaine. Ensuite, il est tout aussi vrai que les spéculations sous leurs diverses formes ne représentent pas la face la plus fréquentable de l'économie de marché.

En réalité, il existe deux types de capitalisme: le productif et le spéculatif. Le capitalisme productif consiste à produire rationnellement des biens et des services en réalisant, si possible, un profit légitime. Il est indispensable au bon fonctionnement de la société et fonde ce que l'on appelle l'économie réelle.

Procédant d'un très sain esprit d'entreprise, du génie créateur de nombreux industriels, d'initiatives libres et parfois au-

dacieuses, il n'a pas son pareil pour produire des richesses économiques et assurer la prospérité matérielle d'un pays. Le capitalisme spéculatif englobe toutes les activités qui reviennent à acheter des produits financiers ou même des biens qu'on ne verra jamais, puis à attendre que leurs cours ou prix augmentent afin de les revendre en maximisant le bénéfice. Ce capitalisme-là n'enrichit qu'un petit nombre de personnes. Il peut devenir délétère pour une société lorsqu'il s'étend jusqu'à s'assurer une primauté sur l'économie réelle. Acheter et vendre plus cher sans ne rien faire d'autre que river ses yeux rougis et anxieux sur un écran d'ordinateur ne saurait enrichir un pays dans sa globalité.

En dépit de ces vérités, l'initiative dont nous débattons doit être rejetée pour les raisons suivantes:

1. Le capitalisme spéculatif semble inséparable d'une économie de marché logiquement fondée sur une liberté économique, même encadrée.

2. Si le capitalisme spéculatif a toujours existé, il ne peut que progresser avec les avancées spectaculaires des technologies de l'information, qui rendent les données boursières et économiques instantanément accessibles dans le monde entier, avec la globalisation des marchés et avec l'interdépendance croissante de toutes les activités économiques. On peut le regretter, mais rien ne semble pouvoir s'opposer à cette évolution.

3. Comme dans de nombreux autres domaines, il est hélas vain d'être sage tout seul. L'acceptation de l'initiative ne déploierait pratiquement aucun effet modérateur sur les activités spéculatives internationales relatives aux biens alimentaires et notamment sur les marchés à terme.

4. Finalement, l'acceptation de ce projet constitutionnel mettrait en péril des milliers d'emplois dans notre pays. Des sociétés de négoce très présentes dans notre pays devraient réduire leurs activités jusqu'à disparaître.

Interdire la spéculation, c'est comme interdire la prostitution, cela ne marche pas. Je conclus à la recommandation du rejet de cette initiative irréaliste.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Monsieur Jean-Pierre Graber, j'ai bien compris que la présente initiative ne peut trouver grâce à vos yeux. On fait quelque part tout faux. Il y a quand même un problème: des millions de gens sur terre meurent de faim. Etes-vous prêt à imaginer que la Suisse augmente l'enveloppe destinée à l'aide au développement afin de renforcer l'aide accordée aux peuples se trouvant dans des situations dramatiques?

Graber Jean-Pierre (V, BE): Oui, tout à fait, je suis partisan d'un accroissement de l'aide publique au développement sous forme d'un envoi beaucoup plus important qu'aujourd'hui de produits agricoles.

Munz Martina (S, SH): Die Juso machen sich Sorgen über die Welt von morgen. Sie fordern eine gerechtere Welt. Ich verleihe mit meinem Votum der engagierten Juso-Politikerin Seraina FÜRER aus Schaffhausen eine Stimme.

«Ein Skandal!»: Diese Worte fand Papst Franziskus vor etwa einem Jahr für die Nahrungsmittelspekulation. Ein Skandal! Doch damit hatte der Papst nicht Recht. Die Spekulation beim Handel mit Nahrungsmitteln an den Terminbörsen diente lange Zeit der Preisabsicherung für die Bauern und Bäuerinnen, das haben wir heute schon gehört. Mit der Liberalisierung des Finanzmarktes verlor die Nahrungsmittelspekulation jedoch jeglichen Bezug zum realen Warenaustausch, und ein hochspekulatives Geschäftsfeld entstand. Die zunehmende Attraktivität der Nahrungsmittelspekulation führte dazu, dass vor zwei Jahren nur noch 3 Prozent der Rohstofftermingeschäfte zu einer Warenlieferung führten. An der Börse von Chicago wurde bereits das Siebenfache – das Siebenfache! – der weltweiten jährlichen Weizenernte gehandelt. Diese Abkoppelung vom realen Warenaustausch hat gravierende Folgen.

Es kann nicht sein, dass Grossbanken, Kantonalkassen und Pensionskassen sich an den steigenden Nahrungsmittelpreisen nach wie vor eine goldene Nase verdienen, während

diese in armen Ländern zu Hunger und Elend führen. Schon ein geringer Preisanstieg wird für viele Menschen zur Überlebensfrage, da sie bereits heute bis zu 90 Prozent des Haushaltgeldes für Grundnahrungsmittel ausgeben. Ein Preisanstieg bedeutet für diese Familien, dass sie sich keine gesunden Nahrungsmittel wie Obst und Gemüse mehr leisten können, dass sie ihr ganzes Hab und Gut verkaufen müssen, um sich ernähren zu können, und dass für Bildung und Gesundheit kein Geld mehr übrig bleibt. Doch damit nicht genug: Während die Nahrungsmittelpreise aufgrund von spekulativen Preisblasen steigen, kämpfen Bauern mit ausländischen Konkurrenzprodukten und verkaufen sich ihre lokalen Produkte nur noch schlecht.

Das dreckige Geschäft der reinen Finanzspekulation mit Nahrungsmitteln muss endlich verboten werden! Die Profitmacherei der Banken, Pensionskassen und Rohstoffunternehmen mit dem Hunger ist kein Skandal, sondern ein Verbrechen auf dem Rücken der Ärmsten dieser Welt. Nahrungsmittel gehören auf den Tisch und nicht an die Börsen. Deshalb braucht es ein Ja zur Spekulationsstopp-Initiative der Juso.

Fischer Roland (GL, LU): Der neue Artikel, der mit dieser Volksinitiative in die Bundesverfassung eingefügt werden soll, hat den Titel «Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln». Damit gehen die Initianten eigentlich a priori davon aus, dass Spekulation etwas Negatives ist, etwas, das man unbedingt bekämpfen muss, wie man z. B. die Armut, die Kriminalität, die Arbeitslosigkeit, Krankheiten usw. bekämpfen muss. Aber das ist nicht so einfach, das ist nicht so. Denn die Spekulation hat eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie besteht darin, dass sich unternehmerische Risiken gegen eine gewisse Renditeerwartung auf die Gruppe der Spekulanten übertragen lassen. Die Spekulanten nehmen Risiken auf sich. Deswegen dienen solche Termingeschäfte der Preisfindung. Sie reduzieren das Risiko der Produzenten, aber auch des Handels und der Konsumenten von Nahrungsmitteln.

Was geschieht auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten oder den Agrarmärkten? Zunächst darf man nicht vergessen, dass es in der Natur der Sache ist, dass die Preise auf den Agrarmärkten schwanken. Das kommt vor allem daher, dass wir eine relativ stabile oder wachsende Nachfrage nach Nahrungsmitteln haben. Aber das Angebot ist sehr stark von den Produktionsbedingungen abhängig, von der Witterung beispielsweise, von Umweltkatastrophen, aber auch von den Preisen vorangehender Jahre. Wenn die Preise für einen Agrarrohstoff eine gewisse Zeit lang hoch waren, produzieren die Produzenten mehr von diesem Rohstoff. Wenn die Preise im Keller sind, produziert man vielleicht irgendetwas anderes. Das heisst also: Selbst wenn wir keine Termingeschäfte mehr hätten, keine Spekulanten auf den Agrarmärkten mehr tätig wären, würden die Nahrungsmittelpreise von der Natur der Sache her gleichwohl relativ stark schwanken. Das heisst also, dass wir da überhaupt nichts gewonnen hätten. Im Gegenteil, ich bin sogar überzeugt: Wenn solche Termingeschäfte nicht möglich wären, dann hätte man sogar mittel- bis langfristig stärkere Schwankungen auf den Nahrungsmittelmärkten.

Termingeschäfte auf den Agrarmärkten gibt es schon lange; es gibt sie schon seit vielen Jahrzehnten. Es ist natürlich etwas einfacher geworden mit den heutigen Mitteln der Technologie, der Informationstechnologie insbesondere. Aber die Termingeschäfte geben Sicherheit: Sie geben dem Produzenten Sicherheit, dass er zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt seine Ware zu einem ganz bestimmten Preis verkaufen kann. Der Abnehmer, der die Nahrungsmittel verarbeitet, kann im Gegenzug sicher sein, dass er zu einem bestimmten Zeitpunkt die Nahrungsmittel zu einem festgelegten Preis entgegennehmen kann. Diese Sicherheit wird durch die Termingeschäfte sichergestellt. Aber sie hat auch einen bestimmten Preis; das Risiko muss gedeckt werden, und das kostet auch etwas.

Wenn man jetzt sagt, wie beispielsweise die Initianten das fordern, dass die Nahrungsmittelspekulation oder die Ter-

mingeschäfte nur noch denjenigen Händlern offenstehen sollten, die dann auch tatsächlich die Ware liefern, dann wird das Risiko einfach letztendlich von diesen Händlern getragen. Das hat aber auch einen Preis. Der führt dazu, dass dann die Nahrungsmittelpreise tiefer für den Produzenten und höher für den Abnehmer sind. Wenn wir jetzt hier die Spekulation auf den Nahrungsmittelmärkten zulassen, lassen wir Akteure zu, die bereit sind, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Wenn es dann halt eben auch Akteure oder Unternehmen sind, welche nicht physisch liefern, muss man zwei Sachen beachten: Zum einen können sie das Risiko bündeln, und zum andern müssen sie diese Ware, die sie kaufen, ja auch immer wieder verkaufen. Es muss aber verhindert werden, dass Marktmacht entsteht. Deswegen sind wahrscheinlich Positionslimiten auf diesen Märkten sinnvoll. Aber diese Initiative ist es sicher nicht. Sie führt zu stärker schwankenden Preisen, als dies heute der Fall ist.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Cette initiative est trompeuse car, sous couvert de bonnes intentions, son acceptation ne va pas résoudre les problèmes de la faim dans le monde. Je partage l'avis selon lequel les denrées alimentaires de base peuvent avoir de lourdes conséquences sur la population des pays en développement et sur certains pays fortement dépendants de l'importation de ces produits. Mais cette initiative ne va de loin pas régler ces différents problèmes. Si on veut régler cet important problème de la faim dans le monde, ce sont d'autres solutions qui s'imposent.

Tout d'abord, nous devons encourager dans notre pays, de meilleure manière que dans la Politique agricole 2014–2017, le volet productif de l'agriculture suisse. Car tout ce que nous ne produisons pas ici, nous devons l'importer, au détriment de certaines populations locales qui, faute de moyens financiers, ne peuvent se procurer cette nourriture. Contrairement à ce qu'affirme la Jeunesse socialiste suisse, la fixation des prix des matières premières agricoles n'est pas la résultante des activités financières qui sont visées par cette initiative, mais la résultante d'autres facteurs, comme des problèmes météorologiques, tels que la sécheresse, le gel, les inondations ou certaines catastrophes naturelles. Elle peut résulter également de problèmes géopolitiques, tels que les guerres et conflits divers bloquant la production de denrées alimentaires agricoles.

En recommandant l'acceptation de cette initiative, on limiterait la liberté économique, non seulement des entreprises de négoce, mais également des entreprises agroalimentaires qui en subiront aussi les conséquences, puisqu'elles ont besoin de conserver à terme l'accès au marché de produits agricoles pour anticiper leurs coûts de production.

Par ailleurs, les entreprises et les milieux financiers pourraient contourner l'interdiction en partant à l'étranger ou en délocalisant les opérations qui seraient frappées d'une interdiction à la suite de l'acceptation de cette initiative. Les entreprises du secteur agroalimentaire occupent en Suisse plus de 200 000 personnes. Les mettre en difficulté pourrait, d'une part, conduire à la perte d'emplois, mais comme ces entreprises se fournissent également en matières premières suisses, la délocalisation de leur production pourrait, d'autre part, avoir des conséquences négatives sur les différents volumes de production de l'agriculture suisse.

Cette initiative consisterait à se donner, peut-être, bonne conscience, mais sans réel effet sur les volumes globaux de production. Comme je l'ai dit au début de mon exposé, favorisons les volumes de production dans notre pays, en soutenant une agriculture productive en vue de diminuer ou de stabiliser nos importations. Ce sera un petit pas pour limiter la faim dans notre monde, mais un grand pas dans la bonne direction.

Je vous demande donc de recommander le rejet de cette initiative de portée très locale et sans effet au niveau mondial.

van Singer Christian (G, VD): Monsieur Grin, vous défendez la spéculation relative aux matières premières et à la

nourriture. Mais savez-vous que cette spéculation peut s'exercer non seulement à la hausse, ce qui provoque la faim, mais aussi à la baisse, ce qui est très nuisible pour tous les agriculteurs?

Grin Jean-Pierre (V, VD): Monsieur van Singer, cette spéculation s'exerce en principe plutôt à la hausse. Comme je l'ai dit, on doit favoriser toutes les productions locales, et en particulier en Suisse. Quand on discutait de la Politique agricole 2014–2017, vous étiez le premier à vouloir instaurer plus de normes écologiques, qui ont pour conséquence de diminuer notre production. En effet, tout ce que nous ne produisons pas chez nous, nous devons l'importer, au détriment des populations locales, qui auraient besoin de ces biens alimentaires pour se nourrir.

Friedl Claudia (S, SG): 80 Millionen Menschen litten 2008 unter Hunger, weil die Nahrungsmittelpreise explodierten. In zahlreichen Entwicklungsländern kam es zu Aufständen, weil die Menschen nicht mehr wussten, wie sie sich und ihre Kinder ernähren sollten. 2011 wiederholten sich diese dramatischen Szenen. Die Weltöffentlichkeit war aufgeschreckt, und es wurde die Debatte lanciert, wie stark die Spekulation mit Agrarrohstoff- und Nahrungsmittelderivaten zu dieser menschlichen Tragödie geführt hatte.

Der Bundesrat hält in seiner Botschaft zur Spekulationsstopp-Initiative fest, dass die Experten bis heute keine eindeutige Antwort haben, und auch wir im Rat bewerten diese Frage unterschiedlich. Das heisst aber auch ganz klar: Ausschliessen lässt sich der Zusammenhang zwischen exzessivem Handel und Hungerkatastrophen nicht.

Die Grundfaktoren für die schwankenden Nahrungsmittelpreise sind sicherlich das Angebot und die Nachfrage. Der Bundesrat macht in der Botschaft deshalb auch einen Exkurs zu seiner Entwicklungshilfe und erwähnt, dass alle Anstrengungen, die zu einer höheren Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern beitragen, von grosser Bedeutung sind und dass er sie auch unterstützen will. Da passt es natürlich schlecht, dass genau diese wichtige Entwicklungshilfe auf das Jahr 2016 empfindlich gekürzt werden soll.

Verschiedene Experten gehen aber davon aus, dass die Folgen von Schwankungen von Angebot und Nachfrage durch die Spekulation mit Nahrungsmitteln verstärkt werden. Die Menschen im Süden sind diesen Schwankungen schutzlos ausgesetzt: Steigen die Preise, werden die Lebensmittel unerschwinglich; fallen die Preise, erhalten die Produzentinnen und Produzenten keinen Lohn. Die meisten Derivatgeschäfte laufen in den Industriestaaten ab. Einmal mehr werden dort die grossen Gewinne eingestrichen, während die Entwicklungsländer dafür bezahlen. Einmal mehr fliesst das Geld vom Süden in den Norden.

Die Initiative der Juso zielt nun darauf ab, genau diese Machenschaften abzustellen. Sie will die exzessive Spekulation verhindern, lässt aber – das kann man, wenn man den Text liest, Herr Fischer, feststellen – die Preisabsicherung, die für die Sicherheit der Produzenten und Konsumenten notwendig ist, zu. Das ist vernünftig.

Der Bundesrat hätte bereits jetzt die Möglichkeit, mit Positionslimiten für Nahrungsmittelderivate griffige Massnahmen gegen die Spekulation in die Verordnung zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz einzubauen. Eine Kann-Formulierung, die unser Rat in dieses Gesetz eingefügt hat, könnte zum Tragen kommen: Der Bundesrat könnte Positionslimiten in die Verordnung aufnehmen, wenn dies im internationalen Umfeld als Standard gilt. Der Bundesrat sieht entsprechenden Bedarf nun aber nicht gegeben. Er nimmt nichts betreffend Positionslimiten in die Verordnung auf. Das ist nur schwer verständlich, denn schaut man über die Grenzen, dann stellt man fest, dass in der EU die Einführung von Positionslimiten im Rahmen der Finanzmarktdirektive Mifid II bereits beschlossene Sache ist!

Ich frage mich, warum die Schweiz als führender Finanzplatz nicht einmal vorangehen und ein Zeichen setzen kann, notabene in einem Bereich, in dem sowieso etwas passieren wird. Warum legt sie nicht eine Regelung vor, die klar und

deutlich sagt, dass wir alles tun, damit mit Nahrungsmitteln und deshalb auch mit dem Schicksal von Millionen von Menschen nicht spekuliert werden kann? Es erinnert mich stark an die Diskussion zur Aktienrechtsrevision. Der Bundesrat und das Parlament haben nicht mitgemacht, um Regeln betreffend Transparenz bei Geldflüssen im Rohstoffgeschäft – nicht nur für den Abbau, sondern auch für den Handel – einzuführen, obwohl wir schon damals wussten, dass sie innert kürzester Zeit internationaler Standard sein würden. Da vom Bundesrat kein politischer Wille erkennbar ist, wirksame Regulierungen gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln zu ergreifen, braucht es die Spekulationsstopp-Initiative der Juso. Ich bitte Sie, diese Initiative zu unterstützen.

Schibli Ernst (V, ZH): Geschätzte Frau Kollegin, praktisch alle Referenten hier vorne wollen auf der einen Seite der Spekulation an den Karren fahren, wollen sie abschaffen. Auf der anderen Seite sind es die genau gleichen Leute, die einer weltweiten Globalisierung der Märkte positiv gegenüberstehen. Ist das nicht ein sehr grosser Widerspruch? Mit der Globalisierung der Märkte wird natürlich auch die Spekulation immer mehr angeheizt. Ich verstehe nicht, dass Sie nun für etwas eintreten, das weltweit gar nicht so gemacht werden kann, wie Sie es wollen, weil Sie die andere Seite, die weltweite Globalisierung, ebenfalls unterstützen.

Friedl Claudia (S, SG): Ja, Herr Schibli, es ist so, wie Sie sagen. Die Globalisierung schreitet voran, das ist ein Fakt. Deshalb braucht die Globalisierung auch Regeln, und für die Regeln sind wir hier in diesem Rat zuständig. Es liegt an uns, Regeln aufzustellen. Wir haben hier die Möglichkeit, gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln gute Regeln aufzustellen. Wir sollten diese Möglichkeit nutzen und die Regeln umsetzen.

Graf Maya (G, BL): Vorweg diese Bemerkung: Unsere Lebensmittel sind nicht beliebig austauschbare Waren wie viele Artikel des täglichen Bedarfs. Es sind sensible Produkte, deren Produktion standortgebunden ist, und dort, wo sie hergestellt werden, beeinflussen sie das Leben der Menschen, das Überleben der Menschen, die Umwelt und auch das Klima. Lebensmittel sind unser tägliches Essen, sie sichern unser Überleben, sie sind essenziell. Eigentlich ist das eine banale Feststellung, doch Nahrungsmittel sind leider wie beliebige andere Güter zum Spielball von Grosskonzernen und Börsen geworden. Wenige gewinnen dabei, sehr viele verlieren, manche sogar das Leben.

Das ist klar: Diese Initiative kann all diese Probleme, auch das Hungerproblem, nicht lösen, aber sie kann einen wichtigen Punkt aufnehmen und diesen Teufelskreis zu durchbrechen beginnen. Sie will die Finanzspekulation verbieten, während die preisliche Absicherung an den Terminmärkten nicht eingeschränkt wird, was völlig richtig und auch wichtig ist. Handel, auch mit Nahrungsmitteln, das sei hier festgehalten, braucht es, aber einen fairen Handel und keine Spekulation.

Spekulation ist auch nicht die einzige Ursache von steigenden Preisen, doch sie verschärft Nahrungsmittelkrisen zusätzlich, und das finde ich unakzeptabel. Gerade dann, wenn wegen Missernten und Klimawandel die Preise sowieso in die Höhe getrieben werden, erscheinen Nahrungsmittel als sehr attraktiver Hafen für die Gelder der Spekulanten des Nordens. Bis vor zehn Jahren war der Einfluss der Spekulanten auf die effektiven Preise noch viel geringer. Doch die Deregulierung der Rohstoffmärkte und der Crash der Immobilienbörse 2007 haben dazu geführt, dass heute bis zu 60 oder 70 Prozent des Handels rein spekulativ sind – gegenüber 30 Prozent im Jahre 2000, stellen Sie sich das vor!

Vielleicht erinnern Sie sich an das Jahr 2008, diejenigen, die schon länger hier sind: Wir haben hier drinnen in einer Sonderdebatte die Nahrungsmittelkrise miteinander diskutiert. Heute sind die Nahrungsmittelpreise zum Glück nicht mehr so hoch. Aber das riesige Investitionsvolumen an den Roh-

stoffbörsen verursacht immer wieder Preisblasen. Natürliche Preisschwankungen, insbesondere Preisspitzen, werden eben durch die Spekulation gerade noch verstärkt. Das hat auch sehr viel mit dem Hunger zu tun. Es ist ein Skandal – und ich sage dieses Wort nicht sehr oft –, dass wir heute immer noch eine Milliarde Menschen haben, die Hunger haben, die jeden Tag zu wenig zu essen haben, obwohl es genug Essen weltweit hätte.

Paradoxiert sind es genau die Familien, die auf dem Lande sind, die am stärksten hungern, also eigentlich dort, wo Nahrungsmittel hergestellt werden. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass es wieder die Schwächsten trifft: Frauen und Kinder, die an Hunger und Armut leiden. Darum muss man mit dem Grundsatz des Rechts auf Nahrung als oberstes Ziel verfolgen, dass wir eben auch die steigenden Preise verhindern können, dass die armen Menschen zu Nahrung kommen, wenn sie eingeführt werden muss. In Entwicklungsländern geben arme Haushalte bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus; hier in der Schweiz sind es gerade mal 6 Prozent.

Ich möchte noch etwas zu unseren bäuerlichen Vertreterinnen und Vertretern sagen, denn es geht hier auch um Solidarität. Kleinbauernfamilien, bäuerliche Familien ernähren die Welt heute noch immer zu etwa 70 Prozent. Sie sind von den schwankenden Preisen ebenfalls betroffen, wenn sie am Markt, am lokalen und auch sogar am regionalen Markt, ihre Produkte verkaufen wollen. Denn die Weltmarktpreise, festgelegt durch die weltweit von Grosskonzernen und Börsen gehandelten Grundnahrungsmittel, haben einen Einfluss auf den Preis am lokalen Markt, das sehen wir hier bei uns ja auch. Das ist für die vielen Bauernfamilien des Südens eben auch so; sie sind genauso abhängig von Weltmarktpreisen und der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Es schadet also unseren bäuerlichen Kolleginnen und Kollegen weltweit auch. Wir haben eine Verantwortung, gerade hier in der Schweiz, wo sich so viele multinationale Grosskonzerne in diesem Rohstoffbereich bewegen und wir gleichzeitig in unserer Bundesverfassung unsere bäuerliche Landwirtschaft schützen.

Ich unterstütze daher mit Entschiedenheit die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln».

Reynard Mathias (S, VS): Je suis fier de prendre la parole aujourd'hui comme membre du comité d'initiative de l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires».

J'en suis fier parce que notre texte permet de s'attaquer au pire problème que vit l'humanité actuellement: les morts par la faim dans le monde. Un milliard de personnes sont actuellement exposées à une mort par la faim et deux milliards d'individus souffrent de malnutrition. L'objectif de la communauté internationale de réduire de moitié le nombre d'affamés entre 1990 et 2015 n'a pas été atteint. De même, le Pacte I de l'Organisation des Nations Unies relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, que la Suisse a ratifié, prévoit le droit fondamental à une alimentation suffisante. Aujourd'hui, 49 ans après son adoption, cette exigence est encore violée quotidiennement à travers le monde.

Si la Suisse s'engage énormément au niveau international pour combattre la faim et la pauvreté, elle doit avoir le courage d'être cohérente et de fixer des règles pour sa place financière. Notre pays gagnera alors, en plus, en crédibilité. Beaucoup de parlementaires qui se sont exprimés avant moi ont estimé que la solution devait être trouvée au niveau international. C'est exact. Mais pour cela, la Suisse doit montrer l'exemple. Comment notre pays pourrait-il s'engager pour une réglementation internationale s'il refuse lui-même de fixer des règles? Les banques et les multinationales suisses sont actives dans ce commerce de la faim et, en interdisant la spéculation sur les biens alimentaires, notre pays montrera qu'une régulation est non seulement souhaitable, nous l'avons entendu dans de nombreux discours, mais en plus nécessaire.

La faim est la cause la plus fréquente de décès dans le monde. Chaque année, 2,6 millions d'enfants de moins de

cing ans meurent de faim. Elle est donc responsable du tiers de la mortalité infantile mondiale. Jean Ziegler a raison lorsqu'il affirme qu'un enfant mort de faim est un enfant assassiné. Comme élus, nous avons la responsabilité de réagir.

C'est vrai que l'initiative ne supprimera pas, du jour au lendemain, la faim dans le monde. Elle permettra néanmoins d'apporter une réponse politique sérieuse, claire et fondée, plutôt que de se contenter de belles déclarations d'intention. Nombre de mes préopinants ont répété – je l'ai bien entendu – que la spéculation n'était pas à elle seule responsable des fluctuations des prix, et donc de la faim dans le monde. C'est encore une fois vrai. La spéculation participe néanmoins à cette situation dramatique, en renforçant la volatilité des prix. Si nous pouvons, par notre vote et notre engagement contre la spéculation sur les denrées alimentaires, ne diminuer la faim dans le monde que de quelques pour cent, nous aurons réellement sauvé des vies et agi de façon juste.

Surtout, l'initiative pose un principe clair et simple: on ne joue pas avec la nourriture. Cette spéculation est la plus répugnante des formes de spéculations. Elle permet à certains de dégager d'énormes profits, aux dépens des populations les plus pauvres, mais aussi de tous les agriculteurs. Notre initiative permet de replacer au centre un élément essentiel: le respect de la nourriture. Pour tous ceux qui, comme moi, défendent l'agriculture et les produits agricoles de qualité, il n'y a qu'une seule réponse possible: à l'instar du syndicat paysan Uniterre et de l'alliance des petits paysans, il faut recommander l'initiative. La réponse inverse lance en vérité un signal extrêmement négatif à l'égard des paysans et du respect des produits agricoles.

J'avais eu le plaisir de prendre la parole il y a maintenant quatre ans lors du discours d'ouverture de la législature et avais alors exprimé le souhait de voir nos décisions politiques permettre d'améliorer – ne serait-ce qu'un tout petit peu – le monde dans lequel nous vivons. Nous en avons aujourd'hui l'occasion.

Aeschi Thomas (V, ZG): Ich fasse mich kurz, da schon vieles gesagt wurde. Es gibt zwei Fundamentalirrtümer, die dieser Initiative zugrunde liegen:

1. Was waren die Gründe für die starken Preissteigerungen in den Jahren 2008 und 2010/11? Es waren tiefe Lagerbestände, es war ungünstiges Wetter, und es waren Ausfuhrbeschränkungen von Exportländern. Das waren die Gründe – und nicht etwa die Spekulanten.

2. Schweizerische Massnahmen haben sehr, sehr wenig Einfluss auf den Weltmarkt. Die Märkte befinden sich auch im Ausland; ich denke hier an den Mercantile Exchange in Chicago. Da sind die wichtigen Märkte. Wir müssen das nicht in der Schweiz lösen.

Deshalb die Bitte an die Juso, nicht ein weiteres Mal eine solch wirtschaftsfeindliche Initiative zu lancieren wie die 1:12-Initiative, die Erbschaftssteuer-Initiative, die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Tragen Sie Sorge zum Wirtschaftsplatz Schweiz, und lancieren Sie keine solchen Initiativen mehr!

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Auch in meiner Kinderstube galt: Man spielt nicht mit Lebensmitteln. Darin sind wir uns also völlig einig.

Der Hunger in der Welt ist ein ernstzunehmendes, wichtiges und sensibles Thema. Man kann dieses Thema nicht ernst genug nehmen. Auch so weit bin ich mit allen Rednern dieses Vormittags einverstanden. Hunger ist anerkanntermassen vor allem ein Verteilungsproblem. Ob Sie es glauben oder nicht, die Planungssicherheit gewährende Spekulation trägt zur Verbesserung des weltumspannenden Verteilungsproblems bei. Mit der Herausforderung Hunger wollen und müssen wir uns auseinandersetzen. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der von der Initiative vorgeschlagene Weg zur Hungerbekämpfung ungeeignet ist. Deshalb lehnt er die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Wie wir gehört haben, sind sowohl der Ständerat als auch die beiden vorberatenden Kommissionen

dieser Empfehlung gefolgt. Ich bitte Sie im Namen des Bundesrates, dies ebenfalls zu tun.

Bevor ich auf die Gründe für die Ablehnung der Initiative eingehe, noch etwas zur Funktion der Spekulation auf den Märkten: Diese wird meist einseitig und damit natürlich auch negativ dargestellt. Aber das ist nicht so; ich habe versucht, das anzutönen. Die Spekulation hat durchaus positive und nützliche Funktionen. Sie erhöht die Liquidität auf den Märkten. Das ermöglicht den Produzenten und den Verarbeitern, sich zu vernünftigen Konditionen abzusichern. Es geht um Planungssicherheit, es geht um Kosteneffizienz. Wenn die Erträge aus der Kosteneffizienz in einem funktionierenden Markt letztlich an den Konsumenten weitergegeben werden, kann das nicht nur schlecht sein.

Warum lehnt der Bundesrat die Initiative ab? Die verfügbaren Studien deuten darauf hin, dass nicht die Spekulation, sondern andere Faktoren für die Preisanstiege verantwortlich gewesen sind. Sie wurden eben aufgezählt. Lassen Sie mich die wichtigsten Faktoren meinerseits in Erinnerung rufen: Es herrschten historisch tiefe Lagerbestände. Dieses Phänomen kumulierte sich mit ungünstigen Wetterereignissen wie Dürren und Frost in den Anbaugebieten. Es kamen zusätzlich noch politische Massnahmen wichtiger Export- und auch Importländer wie Exportverbote oder Panikkäufe dazu; ich erinnere an die Restriktionen in Russland und Kasachstan, wenn es um Weizen und um das Jahr 2008 geht. Diese Faktoren verbanden sich 2007/08 und dann 2010/11 zu einem perfekten Sturm und schaukelten die Preise hoch. Ein Spekulationsverbot hätte das nicht verhindern können. Das Spekulationsverbot, über das wir debattieren, setzt diesbezüglich am falschen Ort an.

Auch aus weiteren Gründen hätte das Verbot nicht die beabsichtigte Wirkung. Zum einen befinden sich, wie das jetzt x-fach gesagt worden ist, die relevanten Warenterminmärkte für Agrargüter nicht bei uns, sondern im Ausland; auf diese Märkte können wir mit unserer Gesetzgebung letztlich nicht Einfluss nehmen. Zum andern können betroffene Unternehmungen eine Regulierung durch eine Verlagerung ihrer Geschäfte ins Ausland umgehen. Das wurde auch ausführlich debattiert. Das würde uns genauso wenig nützen, weil es doch letztlich auch um hiesige Arbeitsplätze in bedeutender Zahl geht. Den Preisschwankungen kann man nicht mit einer eigenständigen Lösung aus der Schweiz heraus begegnen. Man kann hingegen damit Schaden bei den hiesigen Unternehmungen anrichten.

Das führt mich zu einem weiteren Argument gegen ein Spekulationsverbot: die schädlichen Nebenwirkungen für die Schweizer Volkswirtschaft. Zuerst brächte ein Verbot mit der vorliegenden Initiative direkte Kosten für die betroffenen Unternehmen und würde sie in ihrer Geschäftstätigkeit einschränken. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland verschlechtern. Wahrscheinlich, ich habe es schon gesagt, wären dann Verlagerungen eine Konsequenz. Zudem würde ein solches Verbot generell die Unsicherheit über die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöhen. Dies wäre ein wirklich schlechtes Signal für den hiesigen Standort in der jetzigen Zeit. Die Diskussion um die Rahmenbedingungen in der Schweiz würde erneut und zusätzlich angefacht. Wir dürfen die Rahmenbedingungen bei uns nicht ohne Not weiter verschlechtern. Ich bitte Sie, wirklich mit höchster Sorgfalt ans Werk zu gehen und vor allem nicht mit Massnahmen, bei denen wir davon ausgehen müssen, dass sie letztlich das eigentliche Ziel nicht erfüllen, nämlich die Armut und den Hunger zu bekämpfen. Ich fasse zusammen: Armut und Hunger wollen wir bekämpfen. Der von der Initiative vorgeschlagene Weg ist untauglich und für den Kreis der Agrar- und Rohstoffhändler sogar schädlich. Die Initiative ist untauglich, weil die Spekulation nicht die Ursache für die von der Initiative angesprochenen Probleme ist; sie ist untauglich, weil das Verbot auch aus den genannten Gründen nicht die beabsichtigte Wirkung hätte. Sie ist schädlich wegen ihrer Nebenwirkungen für die gesamte Volkswirtschaft.

Sie werden jetzt auch den Bundesrat fragen: Tun wir denn nichts? Doch, wir tun viel! Ich erinnere an die Entwicklungs-

hilfebeiträge, 2014 waren es immerhin 3,2 Milliarden Schweizer Franken. Davon geht eine Viertelmilliarde in Landwirtschaftsprojekte. Zusätzlich entfällt beinahe eine halbe Milliarde Schweizer Franken auf die humanitäre Hilfe im Rahmen der Uno. Auch mit diesen Geldern wird der Hunger bekämpft. Ich erinnere auch an das Engagement der Schweiz in der Welthandelsorganisation und in weiteren Organisationen. Massnahmen wie Exportverbote für Agrargüter spielten bei den starken Preisanstiegen eine wichtige Rolle. Hier brauchen wir klarere Regeln; es braucht mehr Transparenz auf den physischen Agrarmärkten. Auch hierfür setzen wir uns ein.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit der Kommission zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Noch ein Nachsatz: Der Bundesrat hat im Finanzmarktinfrastrukturgesetz die Grundlage für die Positionslimiten geschaffen. Damit lehnt er sich an die EU-Regelung an. Im aktuellen Verordnungsentwurf sind die Positionslimiten nicht enthalten; das ist so. Es ist deshalb so, weil die EU noch nicht im Detail reguliert hat. Wir kennen die technischen Ausführungsbestimmungen also noch nicht. Deshalb wäre es nicht zielführend – auch hier nicht –, bereits jetzt einen Verordnungsentwurf zu verfassen. Der Bundesrat wartet ab, wie die EU die technischen Details reguliert. Danach wird er sich erneut und ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen.

Jans Beat (S, BS): Danke für Ihre Ausführungen, Herr Bundesrat. Die Initiative lässt ja einiges zu. In Buchstabe b sagt sie, dass Händler weiterhin tätig sein können und die finanzielle Absicherung weiterhin möglich sein soll. Der Gedanke ist also der, dass man Spekulation – es wäre wahrscheinlich besser, «Marktmanipulation» zu sagen – und Hedging voneinander trennt. Bei den Positionslimiten habe ich den Eindruck, dass es auf internationaler Ebene sogar einen breiten Konsens gibt – man kann das tun. Sie sagen, Sie seien bereit, diese Positionslimiten einzuführen, wenn das international so kommt und vor allem wenn auch die EU diese einführt. Teilen Sie meine Meinung, dass das Ziel, diese Trennung zu machen, mit der Einführung der Positionslimiten tatsächlich erreicht wird?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Herr Nationalrat Jans, ich habe Ihnen soeben gesagt, wo wir in der Diskussion der Positionslimiten sind. Marktmanipulation ist etwas anderes als Spekulation, da sind wir uns wahrscheinlich auch einig. Ich stelle noch einmal in den Raum – ich bin nicht zynisch, ich sage das ganz sachlich –, dass Spekulation nicht nur egoistisch und einseitig und schlecht ist. Spekulation verhilft dazu, dass abgesichert werden kann, dass Transparenz entsteht, und auf diesem Weg hat sie auch eine gute Seite. Das geben übrigens die Initianten auch zu. Der langen Rede kurzer Sinn: Der Manipulation muss man sich sicherlich annehmen, aber das geht nur im internationalen Kontext.

Wermuth Cédric (S, AG): Herr Bundesrat, mit Verlaub, Sie haben die Frage von Herrn Jans nicht wirklich beantwortet. Ich werde die Frage etwas anders formulieren. Sie haben in Ihrem letzten Statement Spekulation und Hedging vermischt. Wir sind uns einig, das sind nicht die gleichen Dinge. Die Frage ist: Warum sollte der Rohstoffhandel in der Schweiz von dieser Initiative betroffen sein, soweit er sich um den eigentlichen Rohstoffhandel kümmert – Hedging ist zugelassen – und nicht einfach spekulative Geschäfte betreibt? Weshalb sollten diese Arbeitsplätze dann davon betroffen sein? Es geht ja nicht um die Branche der Rohstoffhändler. Das verstehe ich in Ihrer Argumentation nicht.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Herr Nationalrat Wermuth, ich erlebe im Moment aufgrund der ungesicherten Verhältnisse in den Beziehungen zur europäischen Nachbarschaft und aufgrund des starken Schweizerfrankens vor

allem auch Unternehmer, die wissen wollen, wie sich die Schweiz in den kommenden Jahren, und zwar in den demnächst und nicht in den irgendwann in der Zukunft kommenden Jahren, wiederum so positionieren will, wie sie positioniert war: Man wusste, was gilt, und man kannte die Rahmenbedingungen, und die Unsicherheit war weg. Für die hier ansässigen Rohstoffhandelsunternehmen ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir ihnen signalisieren: Die Rahmenbedingungen bleiben wirtschaftsfreundlich, und wir sehen Rahmenbedingungen vor, die zum Beispiel Missbrauch – den wir nicht wollen – von hier aus gar nicht erst ermöglichen. Das habe ich vorhin mit Manipulationsbekämpfung gemeint. Im Übrigen müssen die Rahmenbedingungen als gesichert gelten, und die Unsicherheit muss weg. Dann bleiben diese Unternehmen hier und investieren hier auch. Auf diesem Wege kriert man hier Arbeitsplätze und sichern wir uns Vollbeschäftigung. Das ist wichtig; ich gehe davon aus, dass wir da keine unterschiedliche Meinung haben.

Schelbert Louis (G, LU): Herr Bundesrat, ich habe eine Frage, aber zuerst eine Bemerkung: Sie haben die Leistungen des Staates in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Diese stehen ja mit dieser Initiative nicht in der Kritik, vielmehr kritisiert diese Initiative bestimmte Vorkommnisse im Bereich der privaten Wirtschaft. Sie haben in Ihrer Zusammenfassung gesagt, in der Zeit um 2007/08 habe man historisch tiefe Lagerbestände gehabt. Das ist zum Teil richtig, aber leider nur zum Teil. Ich habe bereits in der Kommission darauf aufmerksam gemacht. Markus Mugglin hat im Auftrag von Alliance Sud eine zusammenfassende Studie vorgelegt und hat das in der Kommission ebenfalls dargelegt. Ich komme zur Frage. Es gibt die Studie Valiante und Egenhofer, und diese weist nach, dass im Jahr 2008 die Lagerbestände von Mais und Weizen gestiegen sind. Das bedeutet, dass eben die Aussage, die Lagerbestände seien historisch tief gewesen, nicht richtig ist. (*Zwischenrufe*) Wie bewerten Sie die Ergebnisse dieser Studie, die Sie bis jetzt weder in der Botschaft noch in der Kommission, noch hier im Plenum berücksichtigt haben?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Wie heute schon gesagt wurde – allerdings nicht von mir, das ist richtig –, hat die Metastudie etwas zutage gefördert. Es gibt nämlich wenige Studien, die zur Aussage kommen, dass die Börsenspekulation wesentlich damit zu tun hat, dass Hunger und Armut in der Welt herrschen. Die Weltbank hat eine kleine Korrektur gemacht, die mir sehr bewusst ist: Die Weltbank sagt in ihrer Studie vom Juli 2010, dass die Finanzspekulation die Preisschwankungen in den Jahren 2007/08 verstärkt haben könnte.

Ich habe vorhin korrekt gesagt, dass es mehrere Komponenten sind, die eine Rolle gespielt haben, nicht nur die Lagerbestände, sondern vor allem auch die Witterung und letztlich die politischen Entscheide, die geheissen haben: Es wird nicht mehr exportiert, oder es kann nicht mehr importiert werden! Die Kumulation der Faktoren hat dazu geführt, dass es zu Peaks kam.

Reynard Mathias (S, VS): Monsieur le conseiller fédéral, pouvez-vous exclure avec cent pour cent de certitude le fait que la spéculation sur les denrées alimentaires ait une influence sur la volatilité des prix et donc sur la faim dans le monde?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Wenn ich auf der eben erwähnten Weltbank-Aussage basiere, ist die Antwort auf Ihre Frage: nein.

Vischer Daniel (G, ZH): Herr Bundesrat, mir ist aufgefallen, dass Sie einen sehr breiten Spekulationsbegriff verwenden, das heisst, für Sie ist einfach alles Spekulation, was gewissermassen an Börsen passiert, wenn es auch zu verschiedenen Zwecken eingesetzt wird. Für Sie ist auch Hedging ein Teil der Spekulation. Könnten Sie sich vorstellen, dass

mit einer präziseren Fassung dieses Begriffes, auch unter Einbezug von Positionslimiten, gewissermassen eine Unterscheidung gemacht wird zwischen dem, was eine sinnvolle Regulierung über Börsenaktivitäten ist, und dem, bei dem eben die sinnvolle Regulierung aufhört, bei dem es tatsächlich nur noch um Extragewinne geht, auf Kosten von Nahrungsmitteln, mit der Folge des Hungers?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Herr Nationalrat Vischer, ich beanspruche für mich, dass ich schon vorher zwischen egoistischer Spekulation – gemeint ist natürlich die ungewollte, die preistreibende Spekulation – und einer Spekulation unterschieden habe, die dafür sorgt, dass Transparenz entsteht, dass Absicherungsmöglichkeiten entstehen und der Markt liquider wird. Letzteres hat nämlich seine gute Wirkung auch in Richtung der Bekämpfung des Hungers und der Armut. Die Begrifflichkeit können wir selbstverständlich weiterdiskutieren, sie wird auch weiterdiskutiert. Ich gehe davon aus, dass sie insbesondere im Kontext des Finanzmarktinfrastukturgesetzes diskutiert wird.

Bertschy Kathrin (GL, BE), für die Kommission: Die Kommission erachtet den Vorschlag der Initianten aus verschiedenen Gründen nicht als geeignet, um Hunger und Armut in der Welt zu bekämpfen. Ich möchte Ihnen nochmals die für die Kommission wichtigsten Argumente zusammenfassen. Zur Evidenz – ich wurde verschiedentlich darauf angesprochen und zitiert –: Es besteht eine heftige Diskussion darüber, ob es ein Geschäftsverhalten, das den Hunger vorantreibt, überhaupt gibt. Die Antworten der Wissenschaft darauf sind nicht eindeutig. Die Kommission erachtet es als wissenschaftlich nicht gesichert, dass spekulative Geschäfte auf den Warenterminmärkten massgeblich zu den starken Preissteigerungen 2007/08 sowie 2010/11 beigetragen haben. Sie erachtet es als wahrscheinlich, dass der spekulative Teil keinen Einfluss auf die langfristigen Preisentwicklungen hat. Sie sieht es aber auch nicht als widerlegt an, dass der spekulative Teil Preisschwankungen in Situationen verstärkt, in denen die Versorgungslage bei den Nahrungsmitteln bereits angespannt ist.

Die Spekulation ist nicht die Ursache, sie kann aber die Situation verschärfen. Es sind andere Faktoren, die aus Sicht der Kommission ausschlaggebend sind: das Zusammenspiel aus historisch tiefen Lagerbeständen, ungünstigen Wetterereignissen in wichtigen Anbaugebieten, Ausfuhrbeschränkungen von Exportländern und Einkaufsversuchen von Importländern. Es ist eine Frage von Angebot und Nachfrage, aber auch eine Frage von Marktmacht. Das sind die Ursachen, und wenn, dann gilt es hier anzusetzen. Auch die Konzentration auf wenige Agrarrohstoffhändler weltweit ist insofern brisant, als diese neben ihren dominanten Stellungen auf den physischen Märkten über Infrastrukturen verfügen und über das Potenzial, die Preisbildung auf den realen Märkten zu beeinflussen.

Die Spekulation selber erfüllt aus Sicht der Kommission nützliche und notwendige Funktionen, die Preisfindung und die Liquidität überhaupt sicherzustellen. Die Agrarmärkte würden aufgrund der geforderten Beschränkungen weniger gut funktionieren. Die Kommission weist darauf hin, dass die Märkte auch wegen der Warenderivate heute viel effizienter funktionieren als auch schon. Weiter hätte das geforderte nationale Verbot auf den internationalen Märkten praktisch keine Wirkung – die wichtigen Terminmärkte für Agrargüter befinden sich im Ausland, nicht in der Schweiz. Der Bund kämpft zudem schon mit anderen Mitteln gegen Hunger und Armut. 2014 wurden 3,2 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe ausgegeben. Davon fliessen etwa 250 Millionen Franken spezifisch in die Landwirtschaft zur Stärkung der Ernährungssicherheit und der Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Wir müssen also bei den Ursachen ansetzen. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 13 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: Pour résumer, je vous dirai, au nom de la commission, que la prise

de conscience de la nécessité de lutter contre la faim, bien sûr, nous concerne tous. Dans ce sens, la Suisse s'engage de manière conséquente via l'aide au développement et je fais d'ailleurs partie de ceux qui soutiennent volontiers les enveloppes budgétaires qui nous sont soumises dans ce domaine.

La lutte contre la faim dans le monde avance, même si ce n'est jamais assez, nous en sommes conscients. Dans le cadre de la lutte contre la faim, les solutions sont surtout à chercher dans l'amélioration de l'accès aux denrées alimentaires, dans les investissements dans l'agriculture – c'est important –, dans les investissements dans la formation ou dans le développement de programmes contre le gaspillage. Or, cette initiative ne résout rien. Une réglementation portant sur une loi suisse uniquement ne constitue pas une solution puisque les investissements pourraient, évidemment, être poursuivis dans le reste du monde. Surtout cette initiative pourrait être contre-productive si l'on considère qu'il s'agit aussi d'une dissuasion pour les investissements dans le secteur alimentaire, laquelle pourrait même péjorer la situation dans les pays concernés par les problèmes liés à la faim.

La spéculation ou valorisation, on l'a beaucoup dit, n'a que peu d'effets sur le prix d'offres d'aliments. L'offre et la demande sont beaucoup plus liées à des phénomènes naturels de gel, de sécheresse et à des phénomènes géopolitiques, de protectionnisme ou de politiques internes.

Notre commission a débattu de cette initiative et, par 13 voix contre 9, elle vous demande clairement de recommander au peuple et aux cantons de la rejeter.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Jans, Birrer-Heimo, Leutenegger Oberholzer, Maire Jacques-André, Marra, Pardini, Schelbert)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Jans, Birrer-Heimo, Leutenegger Oberholzer, Maire Jacques-André, Marra, Pardini, Schelbert)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.021/12 464)

Für den Antrag der Mehrheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(5 Enthaltungen)

siehe Seite / voir page 38

Le président (Rossini Stéphane, président): L'entrée en matière étant obligatoire, il n'y pas de vote sur l'ensemble.

15.021

**Keine Spekulation
mit Nahrungsmitteln.
Volksinitiative****Pas de spéculation
sur les denrées alimentaires.
Initiative populaire***Schlussabstimmung – Vote final*

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Speku-
lation mit Nahrungsmitteln!»****Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de
spéculation sur les denrées alimentaires»***Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.021/1102)

Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen

Dagegen ... 11 Stimmen **siehe Seite / voir page 39**
(1 Enthaltung)

15.021

**Keine Spekulation
mit Nahrungsmitteln.
Volksinitiative****Pas de spéculation
sur les denrées alimentaires.
Initiative populaire***Schlussabstimmung – Vote final*

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Speku-
lation mit Nahrungsmitteln!»
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de
spéculation sur les denrées alimentaires»***Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.021/12 585)

Für Annahme des Entwurfes ... 130 Stimmen

Dagegen ... 58 Stimmen **siehe Seite / voir page 40**
(5 Enthaltungen)

Geschäft / Objet

15.021-1 Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»
 Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2

Abstimmung vom / Vote du: 17.09.2015 12:17:04

Aebi Andreas	0	V	BE	Français	0	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	+	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Amadruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	=	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	=	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	0	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	E	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	0	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	E	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	0	BD	BE
Buttet	0	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadorn	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiert	0	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	0	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	0	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	0	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbella	+	CE	VS	Heer	0	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	0	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fehr Jacqueline	-	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	0	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	0	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	0	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	E	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		11	26	5		28		49	119
- Nein / non / no					13		37	1	51
= Enth. / abst. / ast.		1	3					1	5
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							4	1	5
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	4	2	2	4	5	19
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (recommandation de rejeter l'initiative populaire)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Jans (recommandation d'accepter l'initiative populaire)



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

15.021-1 Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»
 Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»
 Contro la speculazione sulle derrate alimentari. Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Contro la speculazione sulle derrate alimentari»

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 25.09.2015 08:56:45

Abate	Fabio	+	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	-	NE
Bieri	Peter	+	ZG
Bischof	Pirmin	E	SO
Bischofberger	Ivo	+	AI
Bruderer Wyss	Pascale	-	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	-	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	0	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	+	AG
Engler	Stefan	+	GR
Fetz	Anita	=	BS
Föhn	Peter	+	SZ
Fournier	Jean-René	+	VS
Germann	Hannes	+	SH
Graber	Konrad	+	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	P	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	+	OW
Hösli	Werner	+	GL
Imoberdorf	René	+	VS
Janiak	Claude	-	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	-	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	-	GE
Minder	Thomas	+	SH
Niederberger	Paul	+	NW
Rechsteiner	Paul	-	SG
Recordon	Luc	-	VD
Savary	Géraldine	-	VD
Schmid	Martin	+	GR
Schwaller	Urs	+	FR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	-	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	-	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	31
- Nein / non / no	11
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet

Geschäft / Objet

15.021-1 Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»
 Pas de spéculation sur les denrées alimentaires. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 25.09.2015 10:13:33

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	+	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	-	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Amraudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	0	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	0	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadorn	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiert	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	=	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	E	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fehr Jacqueline	-	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	0	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	=	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	5		30		54	130
-	Nein / non / no				15		43		58
=	Enth. / abst. / ast.		2	2				1	5
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1					1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1			2	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet qui recommande de rejeter l'initiative populaire
 Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet qui recommande de rejeter l'initiative populaire

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»

vom 25. September 2015

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 24. März 2014² eingereichten Volksinitiative
«Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 18. Februar 2015³,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 24. März 2014 «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!», ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 98a (neu) Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln

¹ Der Bund erlässt Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

- a. Banken, Effektenhändler, Privatversicherungen, kollektive Kapitalanlagen und ihre mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung befassten Personen, Einrichtungen der Sozialversicherung, andere institutionelle Anleger und unabhängige Vermögensverwalter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz dürfen weder für sich noch für ihre Kundschaft und weder direkt noch indirekt in Finanzinstrumente investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Dasselbe gilt für den Verkauf entsprechender strukturierter Produkte.
- b. Zulässig sind Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen.

¹ SR 101

² BBl 2014 3301

³ BBl 2015 2503

² Der Bund sorgt für einen wirksamen Vollzug der Vorschriften. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

- a. Aufsicht sowie Strafverfolgung und -beurteilung sind Sache des Bundes.
- b. Fehlbare Unternehmen können unabhängig von Organisationsmängeln direkt bestraft werden.

³ Der Bund setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 10⁴ (neu)

10. Übergangsbestimmung zu Art. 98a (Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln)

Treten innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Artikel 98a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Ständerat, 25. September 2015

Der Präsident: Claude Hêche
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 25. September 2015

Der Präsident: Stéphane Rossini
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires»

du 25 septembre 2015

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,

vu l'initiative populaire «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires» déposée le 24 mars 2014²,

vu le message du Conseil fédéral du 18 février 2015³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 24 mars 2014 «Pas de spéculation sur les denrées alimentaires» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

I

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 98a (nouveau) Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires

¹ La Confédération légifère sur la lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

- a. les banques, les négociants en valeurs mobilières, les assurances privées, les fonds de placements collectifs de capitaux et les personnes en leur sein chargées de la direction des affaires et de la gestion de fortune, les institutions d'assurances sociales, les autres investisseurs institutionnels et les gestionnaires de fortune indépendants ayant leur siège ou une succursale en Suisse ne peuvent investir ni pour eux-mêmes ni pour leur clientèle et ni directement ou indirectement dans des instruments financiers se rapportant à des matières premières agricoles et à des denrées alimentaires. Il en va de même pour la vente de produits structurés correspondants;

¹ RS 101

² FF 2014 3185

³ FF 2015 2295

- b. les contrats conclus avec des producteurs et des commerçants de matières premières agricoles et de denrées alimentaires qui portent sur la garantie des délais ou des prix fixés pour livrer des quantités déterminées sont autorisés.

² La Confédération veille à une exécution efficace des prescriptions visées à l'al. 1. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

- a. la surveillance, la poursuite pénale et le jugement relèvent de la compétence de la Confédération;
- b. les entreprises fautives peuvent, indépendamment d'un éventuel manque d'organisation, être sanctionnées directement.

³ La Confédération s'engage au niveau international en faveur d'une lutte efficace à l'échelle mondiale contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires.

II

Les dispositions transitoires de la Constitution sont modifiées comme suit:

Art. 197, ch. 10^A (nouveau)

10. Disposition transitoire ad art. 98a (Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires)

Si les dispositions légales correspondantes n'entrent pas en vigueur dans les trois ans suivant l'acceptation de l'art. 98a par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral édicte, en attendant leur entrée en vigueur, les dispositions d'exécution nécessaires par voie d'ordonnance.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil des Etats, 25 septembre 2015

Le président: Claude Hêche
La secrétaire: Martina Buol

Conseil national, 25 septembre 2015

Le président: Stéphane Rossini
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Contro la speculazione sulle derrate alimentari»

del 25 settembre 2015

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Contro la speculazione sulle derrate alimentari»,
depositata il 24 marzo 2014²;
visto il messaggio del Consiglio federale del 18 febbraio 2015³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 24 marzo 2014 «Contro la speculazione sulle derrate alimentari» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

I

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 98a (nuovo) Lotta alla speculazione sulle materie prime agricole
e sulle derrate alimentari

¹ La Confederazione emana prescrizioni volte a combattere la speculazione sulle materie prime agricole e sulle derrate alimentari. In tale ambito si attiene ai principi seguenti:

- a. le banche, i commercianti di valori mobiliari, le assicurazioni private, gli investimenti collettivi di capitale e le persone responsabili della loro gestione e amministrazione patrimoniale, gli istituti delle assicurazioni sociali, gli altri investitori istituzionali e i gerenti patrimoniali indipendenti con sede o domicilio in Svizzera non possono investire né per proprio conto o per conto dei clienti, né direttamente o indirettamente, in strumenti finanziari che concernono materie prime agricole e derrate alimentari. Tale divieto si applica anche alla vendita dei relativi prodotti strutturati;

¹ RS 101

² FF 2014 2893

³ FF 2015 2089

- b. è ammessa la conclusione di contratti con produttori e commercianti di materie prime agricole e derrate alimentari che vertono sulla garanzia delle scadenze o dei prezzi per la consegna di determinate quantità.

² La Confederazione provvede all'esecuzione efficace delle prescrizioni. In tale ambito si attiene ai principi seguenti:

- a. la vigilanza nonché il perseguimento e il giudizio penali competono alla Confederazione;
- b. le imprese inadempienti sono punibili a prescindere da carenze organizzative interne.

³ La Confederazione s'impegna a livello internazionale a favore di una lotta efficace su scala mondiale alla speculazione sulle materie prime agricole e sulle derrate alimentari.

II

Le disposizioni transitorie della Costituzione federale sono modificate come segue:

Art. 197 n. 10^A (nuovo)

10. Disposizione transitoria dell'art. 98a (Lotta alla speculazione sulle materie prime agricole e sulle derrate alimentari)

Se le disposizioni legali non entrano in vigore entro tre anni dall'accettazione dell'articolo 98a da parte del Popolo e dei Cantoni, il Consiglio federale emana mediante ordinanza le necessarie disposizioni d'esecuzione; queste si applicano fino all'entrata in vigore delle disposizioni legali.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio degli Stati, 25 settembre 2015

Il presidente: Claude Hêche

La segretaria: Martina Buol

Consiglio nazionale, 25 settembre 2015

Il presidente: Stéphane Rossini

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.

Spekulationsstopp-Initiative **JA**



Mit Essen spielt man nicht:

Argumente zur Initiative gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln

Am 28. Februar kommt die Initiative gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln zur Abstimmung. Sie verlangt ein Verbot der Finanzspekulation auf Lebensmittelpreise, während die Preisabsicherung an den Börsen für Händler und Produzenten weiterhin möglich bleiben soll. Vertreten wird die Initiative vom «Bündnis gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln», dem zahlreiche Hilfswerke und bäuerliche Organisationen angehören.

Für eine Annahme der Initiative spricht:

Spekulation kann Preise verzerren und Hunger verursachen!

2007/2008 kam es zu weltweiten Hungerkrisen und extrem ansteigenden Preisen. Die Ursache dafür sind zum einen das Bevölkerungswachstum und unterdurchschnittliche Ernten, aber diese allein können die extremen Preisanstiege nicht erklären, wie eine Studie der UNCTAD zeigt. Die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte hat dazugeführt, dass Preisblasen immer wahrscheinlicher werden, so wie dies 07/08 und ein weiteres Mal 2011 der Fall war. In der Folge können sich Menschen in Entwicklungsländern die Nahrungsmittel nicht mehr leisten und erleiden Hunger, auch wenn die Preisspitzen nur kurzfristig sind.

Die sinnvolle Preisabsicherung wird durch exzessive Spekulation eingeschränkt!

Eine Befragung von Rohstoffhändlern hat ergeben, dass durch das extreme Finanzvolumen an den Märkten die Funktion der Preisabsicherung stark beeinträchtigt ist (UNCTAD 2011). Die preisliche Absicherung war jedoch die ursprüngliche Idee der Rohstoffbörsen und gilt auch heute noch als deren Legitimation. Sie muss also geschützt werden.

Viele Finanzkonzerne nehmen ihre Verantwortung wahr!

Einige Unternehmen haben ihre kritische Rolle im Rohstoffderivate-Markt verstanden und zeigen Verantwortungsbewusstsein indem sie aus der Nahrungsmittelspekulation aussteigen. Darunter der AHV-Fonds und die Credit Suisse.

Mit Essen spielt man nicht!

Agrarrohstoffe sind kein Produkt wie jedes andere. Für Nahrungsmittel müssen strengere Regeln gelten, da sie unser aller Lebensgrundlage sind. Die Gefahr, dass Spekulation die Preise verzerrt und Hunger verursacht, dürfen wir nicht in Kauf nehmen. Schliesslich haben wir schon als Kinder gelernt: Mit Essen spielt man nicht!

Die Initiative setzt am richtigen Punkt an. Sie reduziert das Risiko von Preisblasen stark. Selbst wenn es sich nur um ein paar Prozentpunkte handelt: **1% Preisanstieg führt zu Hunger bei 16 Millionen zusätzlichen Menschen.**

Das können wir verhindern!

Mit einem JA zur Spekulationsstopp-Initiative am 28. Februar



Spekulationsstopp-Initiative **JA**

Arguments pour l'initiative contre la spéculation sur les denrées alimentaires

Le 28 février, l'initiative contre la spéculation sur les denrées alimentaires sera soumise au vote. Elle demande l'interdiction de la spéculation financière sur les prix des aliments. Les couvertures des prix sur les marchés boursiers pour les commerçants et les producteurs resteraient possibles. L'initiative est soutenue par une large alliance qui va du PS et des Verts aux ONG en passant par les églises et les associations d'agriculteurs.

Ce qui parle en faveur de l'initiative:

La spéculation peut fausser les prix et provoquer la faim!

Durant les années 2007 et 2008, le monde a connu une crise alimentaire et une hausse extrême du prix des denrées. Les causes de cette situation sont d'une part de mauvaises récoltes, la croissance de la population mondiale de l'autre. Mais ces facteurs seuls ne peuvent pas expliquer les augmentations extrêmes des prix des denrées, comme le démontre une étude de la CNUCED. La financiarisation du marché des matières premières a créé et multiplié les bulles spéculatives sur les prix, comme ce fut le cas en 2007/2008 et en 2011. En conséquence, les populations des pays en développement n'ont plus les moyens d'acheter de la nourriture et souffrent de la famine, cela même si les pics de prix sont de courtes durées.

Les couvertures de prix sont rendues impossibles par la spéculation excessive!

Une enquête auprès des négociants en matières premières a démontré que par la financiarisation extrême du marché, la fonction de couverture des prix est sévèrement affaiblie (CNUCED 2011). Pourtant, la stabilisation des prix était l'idée qui motivait la mise en place de la bourse des matières premières et a toujours été sa légitimité. Cette fonction doit être garantie.

De nombreux acteurs financiers ont pris leurs responsabilités.

Certaines entreprises ont compris l'impact désastreux de la spéculation financière sur les prix des denrées alimentaires et ont pris leurs responsabilités. Ainsi, le fond de l'AVS ou le Crédit Suisse se sont retiré de ce marché.

On ne joue pas avec la nourriture!

Les denrées agricoles ne sont pas un produit comme un autre. Ils sont nos moyens de subsistances. Des règles plus strictes doivent leur être appliqués. La spéculation fausse les prix et provoque la famine, nous ne pouvons pas l'accepter. L'adage est connu: On ne joue pas avec la nourriture!

L'initiative réduira les bulles spéculatives sur les prix des aliments. Et cela compte même quand ce n'est que quelques pourcent; **une augmentation de 1% des prix sur le marché conduit 16 millions de personnes supplémentaires à la famine.**

Nous pouvons empêcher cela!

En votant OUI à l'initiative contre la spéculation le 28 février.

Spekulationsstopp – Initiative **JA**

Argomenti a favore dell'iniziativa contro la speculazione sulle derrate alimentari

Il 28 febbraio voteremo sull'iniziativa contro la speculazione alimentare, la quale mira al divieto della speculazione finanziaria sui prezzi dei beni alimentari, non andando a regolamentare però le operazioni di garanzia dei prezzi in borsa per commercianti e produttori. L'iniziativa viene pubblicamente sostenuta da una larga alleanza comprendente il Partito Socialista e I Verdi, varie fondazioni caritatevoli, ONG, organizzazioni cristiane e associazioni di contadini.

Argomenti a favore dell'iniziativa:

La speculazione può distorcere i prezzi e causare la fame!

Nel 2007/2008 abbiamo assistito a una crisi alimentare e a un enorme aumento dei prezzi delle derrate alimentari, le cui cause sono da ricercarsi sia nella crescita demografica, che nel raccolto al di sotto della media. Tuttavia, come mostra chiaramente un nuovo studio della UNCTAD, ci sono anche altri fattori da prendere in considerazione: la finanziarizzazione del mercato dei beni agrari di base ha causato un aumento della probabilità di bolle speculative, le quali sono poi effettivamente scoppiate nel 2007/2008 e una seconda volta nel 2011. Da qui una grave conseguenza: le persone che vivono nei Paesi in via di sviluppo non possono più permettersi beni alimentari, soffrendo così la fame, anche se questi picchi dei prezzi si manifestano solo su un breve periodo.

La garanzia sensata dei prezzi viene limitata dall'eccessiva speculazione!

Un sondaggio dei commercianti di materie prime ha mostrato come l'elevato volume finanziario dei mercati abbia danneggiato gravemente la funzione di garanzia dei prezzi (UNCTAD 2011). La garanzia dei prezzi era l'obiettivo iniziale da raggiungere attraverso la creazione delle borse per le materie prime e tale principio viene addotto ancora oggi per legittimarne l'esistenza. Esso va quindi protetto.

Diverse multinazionali finanziarie si assumono le loro responsabilità!

Alcune imprese hanno compreso il proprio ruolo critico nel mercato dei derivati di materie prime e si assumono tale responsabilità abbandonando la speculazione alimentare. Tra di essi appaiono i fondi AVS e Credit Suisse.

Con il cibo non si gioca!

Le materie prime agrarie non sono un prodotto come tanti altri. Devono vigere regole più severe riguardo i beni alimentari, in quanto essi costituiscono la base della nostra sopravvivenza. Non possiamo correre il rischio che la speculazione induca fluttuazioni nei prezzi e di conseguenza la fame. In fin dei conti l'abbiamo imparato già da bambini: con il cibo non si gioca!

L'iniziativa colpisce proprio laddove è necessario, riducendo ampiamente il rischio di bolle speculative. Anche se si trattasse solo di alcuni punti percentuali: **un aumento dei prezzi del 1% causa la fame per ulteriori 16 milioni di persone.**

Possiamo evitare tutto ciò! Votando sì all'iniziativa contro la speculazione sulle derrate alimentari il 28 febbraio.



Spekulationsstopp – Initiative

JA

Argumentarium zur

Spekulationsstopp- Initiative

Version vom 4. Dezember 2015

«Die Spekulation auf Nahrungsmittel ist die widerlichste Form der Profitmacherei. Die Banken treiben mit ihren Wetten die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe und sind mitschuldig am Hunger in der Welt. Einige wenige bereichern sich auf Kosten von Milliarden. In diesem Geschäft mischt die Schweiz als Hort zahlreicher Finanzakteure und Rohstoffhändler tatkräftig mit. **Mit der Spekulationsstopp-Initiative ändern wir das gemeinsam. Wir stellen wieder die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum - mit Essen spielt man nicht!**»

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Der Initiativtext	3
2. Was will die Initiative?	4
3. Der Hunger auf der Welt	5
3.1 Fast eine Milliarde Menschen hungert	5
3.2 Kurze Geschichte des Hungers.....	6
3.3 Verschiedene Ursachen des Welthungers.....	6
4. Die Rolle von Schweizer Banken und Rohstoffkonzernen	8
4.1 Banken spekulieren auf den Hunger	8
4.2 Rohstoffkonzerne mischen mächtig mit	8
4.3 Die Schweizer Wirtschaft kann mehr!	9
5. Die Folgen der Nahrungsmittelspekulation	11
5.1. Nahrungsmittel an den Börsen	11
5.2 Liberalisierung und Finanzialisierung der Rohstoffbörsen	11
5.3. Folgen der Nahrungsmittelspekulation	12
6. Argumente für die Spekulationsstopp-Initiative	14
7. Fragen und Ausreden	17
8. Der Initiativtext im Detail	21



1. Der Initiativtext

Eidgenössische Volksinitiative: „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“

I

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 98a (neu) Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln

¹ Der Bund erlässt Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

- a. Banken, Effekthändler, Privatversicherungen, kollektive Kapitalanlagen und ihre mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung befassten Personen, Einrichtungen der Sozialversicherung, andere institutionelle Anleger und unabhängige Vermögensverwalter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz dürfen weder für sich noch für ihre Kundschaft und weder direkt noch indirekt in Finanzinstrumente investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Dasselbe gilt für den Verkauf entsprechender strukturierter Produkte.
- b. Zulässig sind Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen.

² Der Bund sorgt für einen wirksamen Vollzug der Vorschriften. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

- a. Aufsicht-, sowie Strafverfolgung und –beurteilung sind Sache des Bundes.
- b. Fehlbare Unternehmen können unabhängig von Organisationsmängeln direkt bestraft werden.

³ Der Bund setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9² (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 98a (Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln)

Treten innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Artikel 98a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.



2. Was will die Initiative?

Die Spekulationsstopp-Initiative will...

Spekulierende stoppen

Die Spekulationsstopp-Initiative schiebt der Bereicherung der Spekulierenden einen Riegel. Während die Finanzmärkte sich wie Heuschrecken immer neue Betätigungsfelder erschliessen, ist es dringend notwendig, einen Kontrapunkt zu setzen. Spekulation ist in allen Bereichen unnötig und dient Superreichen und Firmen zur Bereicherung auf Kosten der Ärmsten. Kehren wir diesen Trend und stoppen wir die widerlichste Form dieser Profitmacherei.

Hunger bekämpfen

Mit der Spekulationsstopp-Initiative bekämpfen wir den weltweiten Hunger. Agrarrohstoffe verkommen immer mehr zum Spielball der Finanzmärkte. Nur noch ein kleiner Teil des Geschäfts an den Nahrungsmittelbörsen dient der preislichen Absicherung, der überwiegende Teil sind rein spekulative Wetten zwischen den Finanzinstituten. Dieses Casino führt zu unglaublichen Schwankungen und Preissteigerungen an den Börsen und hat bereits Millionen von Menschen in den Hunger getrieben. Wir wollen den Nahrungsmittelhandel wieder auf den Boden der Realität zurückbringen, damit dieser wieder auf die Versorgung der Menschen ausgerichtet ist. Je weniger Spekulation stattfindet, desto stabiler sind die Preise.

Global denken, lokal handeln

Mit dieser Initiative bekämpfen wir die Nahrungsmittelspekulation am richtigen Ort. Der Finanzplatz Schweiz und die Schweizer Banken spielen eine wichtige Rolle in der Spekulation mit Nahrungsmitteln und die grössten Rohstoffunternehmen der Welt haben hier ihren Firmensitz. Der Kampf gegen das Geschäft mit Hunger muss deshalb hier beginnen. Bislang haben bereits einzelne Staaten Gegenmassnahmen ergriffen. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz mit gutem Beispiel vorangeht und ein Verbot auch auf das internationale politische Parkett hievt.

...keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!



3. Der Hunger auf der Welt

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt oder UNO-Pakt I) wurde bis heute von 160 Ländern ratifiziert. In dem 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Vertrag ist in Art. 11 das Recht auf Nahrung verankert:

„Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat.“¹

Diese rechtlich verankerte Garantie wird jedoch tagtäglich auf brutalste Weise missachtet und verletzt. Rund ein Neuntel der gesamten Weltbevölkerung leidet an Hunger und Mangelernährung. Männern, Frauen und Kindern wird also tagtäglich jenes Recht verwehrt, welches ihnen seit knapp 50 Jahren zusteht und auf welches sie in elementarster Weise angewiesen sind. Und dies nicht, weil es nicht anders geht. Weltweit wird genug Nahrung produziert, um fast zwölf Milliarden Menschen zu ernähren. Folglich ist jeder Mensch, der hungert, mangelernährt ist und schlussendlich stirbt, ein Opfer des schlimmsten Verteilungsproblems unserer Zeit. Dieses Problem ist keineswegs naturgegeben, sondern menschengemacht und die wohl grösste Tragödie unserer Zeit. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dieses Problem anzupacken und zu lösen.

3.1 Fast eine Milliarde Menschen hungert

Im Jahre 2000 verabschiedeten die Vereinten Nationen ihre Deklaration mit den Zielen für das neue Jahrtausend. Neben der Bekämpfung von HIV und der Gleichstellung von Mann und Frau gaben sie der Welt das Ziel, dass bis im Jahre 2015 die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen, welche in extremer Armut leben halbiert werden soll. Also von 1.4 Milliarden im Jahr 1990 auf 700 Millionen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Laut den neusten Statistiken der FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations) hungerten in den Jahren 2012 - 2014 noch immer 805 Millionen Menschen².

Neben der offensichtlichen Unterernährung gibt es noch das Phänomen der Mangelernährung. Von diesem „unsichtbaren Hunger“ sind weltweit rund zwei Milliarden Menschen betroffen.³ Mangelernährung kann auftreten, wenn die Ernährung einseitig ist, da den Betroffenen so wichtige Vitamine und Mineralstoffe fehlen. Die Folgen des unsichtbaren Hungers sind Krankheiten und oft auch Tod. Insbesondere im Kindesalter kann er zu schweren Wachstumsstörungen führen, die das Kind das ganze Leben beeinträchtigen.

¹ Wirtschafts- und Sozialrat der vereinten Nationen (1999)

² Food and Agriculture Organization (2014)

³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015)



Weltweit sterben jährlich etwa 70 Millionen Menschen, 17% davon an den Folgen von Hunger oder Mangelernährung. Hunger ist damit die häufigste Todesursache weltweit und trägt jährlich zum Tod von 2.6 Millionen Kindern unter fünf Jahren bei – ein Drittel aller Sterbefälle von Kindern weltweit. Und der Hungertod ist qualvoll. Nach und nach zerstört der Körper sich selbst, da er nicht genug Nährstoffe bekommt, das Immunsystem bricht zusammen, Mundparasiten und Infektionen können sich ungehindert ausbreiten und verursachen unvorstellbare Schmerzen bis der Körper schlussendlich die eigenen Muskeln abbaut, so dass man sich nicht mehr aufrecht erhalten kann. Dann folgt der Tod. So stirbt heute alle fünf Sekunden ein Kind.

3.2 Kurze Geschichte des Hungers

Die Geschichte der Menschheit war schon seit jeher von Hungersnöten gezeichnet. Selbst im Neuen Testament galt Hunger neben Krieg, Pestilenz und Tod als einer der vier apokalyptischen Reiter, welche den Weltuntergang ankündigen würden.⁴ Immer wieder führten beispielsweise Naturkatastrophen, eiserne Winter oder Kriege zu Missernten, was für die Menschen rund um den Globus Hunger und Elend bedeutete. So zum Beispiel vernichteten in den Jahren 1315-1327 sintflutartige Regenfälle mehrere Ernten, was kombiniert mit langen Wintern Europa in eine prekäre Hungersnot führte. Während dem sogenannten „Grossen Hunger“ starben in weiten Teilen Europas insgesamt fast fünf Millionen Menschen während zwei Jahren. Solche Ereignisse wiederholten sich im Laufe der Geschichte auf verschiedenen Erdteilen und verursachten unvorstellbares Elend. So tragisch die Hungersnöte damals waren, so unnötig sind sie auf der heutigen Welt. Dank der verbesserter Produktionsweise konnte erreicht werden, dass heute mehr als genügend Nahrungsmittel für alle Menschen weltweit vorhanden sind. Hunger könnte also schon heute der Geschichte angehören, wenn wir die Nahrungsmittel nur endlich gerecht verteilen würden und wenn unsere Banken und Konzerne aufhören würden, mit dem Hunger der Menschen Profite zu generieren.

3.3 Verschiedene Ursachen des Welthungers

Der weltweite Hunger hat mehrere Ursachen. Die Weltbevölkerung wächst, was zu einer höheren Nachfrage führt. Durch den ökonomischen Aufstieg von Schwellenländern hat sich insbesondere die Nachfrage nach Fleisch erhöht. Inzwischen wird rund ein Drittel der weltweiten Getreideernte an Nutztiere verfüttert. Der Klimawandel führt weiter vermehrt zu Überschwemmungen und Dürren, was genauso wie die steigende Produktion von Bio-Treibstoffen zu einer erhöhten Nachfrage und einem kleinerem Angebot führt und so die Nahrungsmittelpreise erhöht.

⁴ Offenbarung des Johannes



Phänomene wie die Nahrungsmittelpreiskrise in den Jahren 2007/2008 lassen sich aber nicht mehr durch die Schwankungen in Angebot und Nachfrage erklären. Vielmehr spielt hier die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und damit die Spekulation auf Lebensmittelpreise eine immer grössere Rolle. Laut Studien der Weltbank, der UNCTAD und des International Food Policy Research Institute (IFPRI) trieben Finanzspekulierenden in den Jahren 2007/2008 die Getreidepreise in die Höhe. In Äthiopien stiegen die Maispreise um 100 Prozent, in Uganda um 65 Prozent und in Tansania um 54 Prozent. Die Weizenpreise stiegen in Somalia um 300 Prozent, im Senegal um 100 Prozent und im Sudan um 90 Prozent. Die gleichen Studien kommen zum Schluss, dass rund 60-70 Prozent der Preisausschläge auf die Spekulation zurückzuführen sind. Mit verheerenden Folgen: Nahrungsmittel wurden für die Menschen unbezahlbar. Denn im Unterschied zu den Industrieländern, in welchen eine durchschnittliche Familie etwa 10-20 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgibt, sind es in den Entwicklungsländern im Durchschnitt rund 60-80 Prozent. Preisanstiege in den Jahren 2007/2008 bedeuteten für viele Menschen Hunger und Elend, auch wenn sie nur kurzfristig waren. Die FAO schätzt, dass aufgrund dieser Preisexplosion die Zahl der Hungernden um mehr als 100 Millionen anstieg und im Jahr 2009 erstmals die Rekordmarke von einer Milliarde Menschen überschritten hat.



4. Die Rolle von Schweizer Banken und Rohstoffkonzernen

4.1 Banken spekulieren auf den Hunger

Der Finanzplatz Schweiz spielt in dem Geschäft mit dem Hunger eine ausserordentliche Rolle. Eine Vielzahl an Banken, Hedgefonds, Vermögensverwaltenden und anderen Akteur_innen haben hier ihren Hauptsitz und spekulieren auf die Preise von Nahrungsmitteln. 2013 haben allein die zehn mutmasslich am stärksten involvierten Banken 3.6 Milliarden Franken auf die Preise von Lebensmitteln gesetzt.⁵

Aber nicht nur die internationalen Grossbanken und Hedgefonds ziehen Profite aus den Preiswetten. Auch die Schweizer Kantonalbanken und viele Pensionskassen haben Geld in Agrarrohstoffe und Lebensmittel investiert. Auch diese kleineren Beträge summieren sich und bilden das riesige Vermögen, das die Rohstoffmärkte geflutet hat.

2011 waren weltweit 410 Milliarden Dollar in Rohstoffderivaten investiert, seit 2007 hat sich das Volumen verdoppelt. Solche Beträge werden eingesetzt, weil enorme Profite daraus gezogen werden. Die Frage ist: Wer zahlt für die Gewinne, die der Finanzsektor am Ende abschöpft?

Die Kritik die bereits seit Jahren lautstark geäussert wurde, blieb allerdings nicht wirkungslos. Einige Banken und Pensionskassen haben die Problematik erkannt und ihren Austritt aus der Nahrungsmittelspekulation bekannt gegeben. Allen voran die Credit Suisse und der AHV-Fonds. Auch das Pensionskassen-Netz äussert kritisch zur Spekulation mit Nahrungsmitteln. Es ist wichtig, dass es Gesetze gibt, welche alle daran binden aus dem Geschäft mit dem Hunger auszusteigen.

4.2 Rohstoffkonzerne mischen mächtig mit

Die Schweiz hat sich wegen schwacher Regulierungen und einer Tiefsteuerpolitik zu einem Mekka für Rohstoffkonzerne entwickelt. Der bekannteste Konzern ist GlencoreXtrata. Neben vielen anderen Aktivitäten betätigt sich der Zuger Multi auch im Handel und der Spekulation mit Agrarrohstoffen – Nahrungsmittel machen inzwischen mehr als 10 Prozent des Umsatzes aus. Über die Tochterfirma Viterra baut GlencoreXtrata den Bereich Getreide weiter massiv aus und kontrollierte bereits 2011 einen Viertel des weltweiten Handelsvolumens von Gerste und Rapsöl.

Vier grosse Rohstofffirmen beherrschen seit Jahrzehnten den Welthandel mit Nahrungsmitteln: Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfuss. (Abgekürzt werden die grossen Vier mit ABCD.) Alle vier Multis besitzen Niederlassungen in der Genferseeregion und haben massgeblich dazu beigetragen, die Schweiz zum

⁵ Markus Mugglin (2014)



führenden Spekulationsort zu machen – mit verheerenden Folgen für Tausende von Menschen.⁶

In seinem 2014 veröffentlichten Rohstoffbericht weist der Bundesrat mit Nachdruck auf das „Reputationsrisiko“ der Rohstoffbranche für die Schweiz hin, da die Rohstoffkonzerne im Ausland die Sozial- und Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören.⁷ Und: Sie spekulieren mit Nahrungsmitteln und tragen damit zu Hunger und Armut in den Entwicklungsländern bei. Dass Glencore Xtrata auf diese blutigen Gewinne in der Schweiz jahrelang nicht einmal Steuern bezahlt und so gut wie keine Arbeitsplätze geschaffen hat, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Die Initiative setzt auch hier wirksam an. Mit ihr dürften Rohstoffkonzerne, die ein reales Interesse nachweisen können, Finanzprodukte, die sich auf Nahrungsmittel beziehen, genau so lange kaufen, wie sie damit einen realen Handel absichern. Das heisst Preiswetten, die keinerlei realen Bezug haben, wären folglich auch für die Finanzabteilungen der Rohstoffkonzerne verboten. Dies ist besonders wichtig, da die Rohstoffkonzerne ein Doppelinteresse haben. Ihre Finanzabteilungen können heute einerseits auf Preise wetten und diese somit treiben, und gleichzeitig können die Konzerne bei steigenden Preisen (die von ihnen selbst getrieben sind) die Lagerbestände über eine gewisse Zeit erhöhen und diese bei teureren Preisen wieder verkaufen. Um die verheerenden Konsequenzen dieses Handelns zu verhindern, setzt die Spekulationsstopp-Initiative auch hier am richtigen Punkt an.

4.3 Die Schweizer Wirtschaft kann mehr!

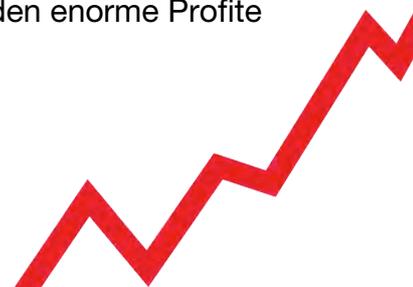
Weltweit haben Wissenschaft und Politik gerade um die Nahrungsmittelkrise von 2008 realisiert, dass die Finanzspekulation mit Nahrungsmitteln ein Problem darstellt, welches wir lösen müssen und können. Sowohl in den USA als auch in Europa werden aktuell Regulierungen eingeführt, die die Nahrungsmittelspekulation beschränken sollen. Die Schweiz droht eine Insel für Nahrungsmittelspekulation zu werden.

Doch das muss nicht sein! Mit der Initiative würden wir einen Schritt weiter gehen und die Spekulation mit Nahrungsmitteln, die keinerlei realwirtschaftlichen Nutzen bringt, verbieten. Darunter leiden höchstens die Profite einiger Grossbanken, die minimal geschmälert würden - das ist es wert, wenn so der Hunger anderer Menschen nicht länger profitabel ist und verhindert werden kann. Die Schweiz könnte damit im Kampf gegen Nahrungsmittelspekulation und letztlich auch im Kampf gegen den Hunger auf der Welt eine Vorreiterrolle einnehmen und weiterführende Massnahmen gegen Spekulation und Hunger auch auf dem internationalen Parkett vorantreiben.

Darüber hinaus wird der Sinn der Spekulation im Allgemeinen in Frage gestellt. Der Finanzmarkt hat sich von der Realwirtschaft abgekoppelt und es werden enorme Profite

⁶ Markus Mugglin (2014)

⁷ EDA (2013) Rohstoffbericht des Bundesrates



gemacht, die keiner realwirtschaftlichen Leistung entsprechen. Dennoch muss jemand dafür aufkommen. Es ist ein Umverteilungsprozess zugunsten der Finanzspekulierenden auf Kosten von allen anderen Menschen und auf Kosten der Realwirtschaft. Diese Auswüchse müssen rückgängig gemacht werden; die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist das beste Beispiel für die Perversion der Finanzspekulation. Unser Ziel muss eine Wirtschaft sein, die ihren Fokus auf Bedürfnisse der Menschen und die Realwirtschaft legt anstatt auf kurzfristige Gewinne auf Papier.



5. Die Folgen der Nahrungsmittelspekulation

5.1. Nahrungsmittel an den Börsen

Ernten waren schon immer stark von natürlichen Faktoren beeinflusst. Daher war es auch seit jeher ein Anliegen der Bauern, sich gegen schlechte Ernten abzusichern. Aus dieser Motivation heraus entstanden die ersten Verträge, in welchen die Abnehmenden von Nahrungsmitteln eine gewisse Abnahmemenge zu einem gewissen Preis in der Zukunft garantierten. Dadurch hatten sowohl Kaufende als auch Verkaufende eine gewisse Sicherheit über Menge und Preis der Nahrungsmittel. Diese Verträge wurden standardisiert und schliesslich an den Börsen gehandelt.

Die exzessive Spekulation auf Preise von Nahrungsmitteln, die wir heute sehen, hat aber nichts mehr mit dieser ursprünglichen Idee der Absicherung zu tun. Diese neue Spekulation wurde insbesondere durch die Schaffung neuer komplexer Finanzprodukte ermöglicht, die eine willkommene Möglichkeit für Finanzkonzerne darstellten, um von den allgemein steigenden Rohstoffpreisen zu profitieren. Die Grundlage dieser Produkte ist im Prinzip immer noch dieselbe wie bei den Absicherungsverträgen: Sie geben die Möglichkeit, von steigenden oder fallenden Preisen zu profitieren, wobei im Vorherein unsicher ist, in welche Richtung sich die Preise bewegen. Und dennoch hat sich der Charakter dieser Geschäfte fundamental verändert. Denn die Absicht der Akteur_innen an den Börsen ist in den allermeisten Fällen nicht mehr die Absicherung, sondern reine Spekulation auf Nahrungsmittelpreise.

5.2 Liberalisierung und Finanzialisierung der Rohstoffbörsen

Die Übermacht der exzessiven Spekulation wurde in den 90er Jahren durch eine massive Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben. Vor dieser Liberalisierung gab es an den grossen Terminbörsen in Chicago und New York noch Regulierungen, welche die Spekulation eindämmen und ein reibungsloses Funktionieren des Marktes sicherstellen sollten. Zum Beispiel wurde die Anzahl Verträge pro Investor durch sogenannte Positionslimits begrenzt, damit allzu grosse Investitionen die Preisbildung nicht verzerren konnten. Doch spätestens in den 90er Jahren kam der Glaube wieder auf, dass ‚freie Märkte‘ besser und effizienter funktionieren als regulierte, und die globalen Finanzmärkte wurden vollständig liberalisiert. Mit dem «Commodity Futures Modernization Act», wurden sämtliche Over-the-Counter-Geschäfte (OTC), also ausserbörslich gehandelte Rohstoffderivate, jedweder Regulierung entzogen. Gleichzeitig wurden die Begrenzungen für den Handel mit Futures massiv gelockert und teilweise ganz aufgehoben. Die Folge der Deregulierung war, dass grosse Finanzkonzerne nach und nach in das Geschäft der Rohstoffspekulation einstiegen und jene verdrängte, welche sich tatsächlich gegen Risiken absichern wollten. So war beispielsweise 1998 in Chicago der Anteil der Spekulierenden, welche in Weizen investierten, noch bei 29.5 Prozent. Nur zehn Jahre



später machte die Spekulation schon 74.9 Prozent aus und diese Zahlen verschärften sich weiter Jahr um Jahr. Diese Finanzprodukte auf Rohstoffe, die an den Börsen gehandelt werden, sind explizit auf Grossanlegende ausgerichtet. Produzierende von Nahrungsmitteln, insbesondere Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, haben keinen Zugang zu den Börsen oder können sich die Gebühren nicht leisten.

Als 2007 die Immobilienblase in den USA platzte und damit die Finanzkrise auslöste, suchten die Finanzkonzerne nach einem ‚sicheren Hafen‘ für ihr Geld und begannen auf die Preise von Rohstoffen zu spekulieren, da insbesondere Nahrungsmittelpreise wegen der hohen Nachfrage stiegen. Die Spekulation hat sich in dieser Zeit vervielfacht und die Nahrungsmittelpreise verkamen endgültig zum Spielball der Finanzmärkte. Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO zeigt, dass es 2007/2008 eine enorme Preisblase gab und enorme Preisschwankungen, wie man sie vorher nicht kannte, zum Alltag wurden.



Die Finanzspekulierenden haben die Überhand gewonnen und der Finanzmarkt hat sich auch im Bereich der Rohstoffe völlig von der Realwirtschaft abgekoppelt. Beispielsweise wird täglich ein Mehrfaches des gesamten Weltgetreideverbrauchs an der Börse gehandelt⁸. Welchen volkswirtschaftlichen Sinn dies macht, ist offen.

5.3. Folgen der Nahrungsmittelspekulation

Die Verteidiger_innen des Glaubens an den freien Markt behaupten oft schlicht, es könne so etwas wie Preisblasen auf dem freien Markt gar nicht geben, schon gar nicht spekulationsgetriebene Preisblasen. Doch spätestens seit der Finanzkrise ist klar, dass Spekulierende die Preise in übertriebene Höhe treiben können, ohne dass dies durch Angebot und Nachfrage gerechtfertigt wird. So war es schon bei der Immobilienblase, bei welcher die Immobilienpreise über lange Zeit in völlig ungerechtfertigter Höhe schwebten, und so passiert dies auch mit Nahrungsmittelpreisen.

⁸ Foodwatch, (2011)



Gibt es auf dem Finanzmarkt ein Zeichen, zum Beispiel dass die Weizenpreise steigen, dann versuchen die Finanzinstitute daraus Gewinne zu ziehen, spekulieren auf steigende Preise und erzeugen eine künstliche Nachfrage, was die Preise dann tatsächlich in die Höhe treibt. Einzelne Spekulierende haben selbstverständlich wenig Einfluss, aber durch High-Frequency-Trading, mit dem innert Millisekunden Millionenbeträge spekuliert werden können, wird der Einfluss der Spekulierenden enorm. Hinzu kommt das Herdenverhalten, das an den Börsen oft beobachtet wird. Da Spekulationsgeschäfte ein gewisses Risiko mit sich tragen und die tatsächliche Informationen bei den Spekulierenden oft eher gering sind, kann es für sie sinnvoll sein, dieselben Geschäfte zu machen wie alle anderen auch. Dies führt dazu, dass zum Beispiel bei steigenden Weizenpreisen alle Finanzkonzerne nahezu gleichzeitig auf Weizen spekulieren. Eine Studie der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung findet starke Beweise dafür, dass solches Herdenverhalten auf den Rohstoffmärkten stattfindet und das Risiko von Preisblasen massiv erhöht.⁹ Eine Studie der ETH hat gezeigt, dass 60-70 Prozent der Preisänderungen nicht auf neuen Informationen über Angebot und Nachfrage beruhen, sondern von den Spekulierenden ausgelöst sind.¹⁰

Selbstverständlich platzen die Blasen früher oder später und die Preise fallen teilweise ebenso rasant wie sie gestiegen sind. Wichtig ist aber, was dazwischen passiert. Wenn die Preise nur schon über einige Monate erhöht sind, was in der Vergangenheit häufig passiert ist, bedeutet das Hunger und Armut für Millionen von Menschen. Denn gerade die Ärmsten geben über 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrung aus. Wenn sich also die Preise über einige Monate hinweg verdoppeln, bedeutet das, dass sie sich nicht genug zu Essen leisten können. Die Preisblasen können enormes Ausmass annehmen; 2007/2008 haben sich die Lebensmittelpreise beinahe verdoppelt.¹¹

Insbesondere Rohstoffhandelnde betonen, dass der Finanzmarkt einen grossen Einfluss auf die realen Preise hat und die Funktionsweise von Derivaten für die Absicherung zerstören kann.¹² Das heisst, wegen der exzessiven Spekulation ist heute nicht mal mehr das möglich, was eigentlich der Sinn der Nahrungsmittel an der Börse war: nämlich die Preisabsicherung für Produzierende und Kaufende. Zudem wird die Produktion massiv erschwert, weil die Preise aufgrund der Spekulation extrem schwanken. Damit wird das Problem der Ernährung der Menschheit noch weiter verschärft.

Nahrungsmittelspekulation hat keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen. Sie dient den Finanzkonzernen und Rohstoffhandelnden, ihre Profite noch weiter zu steigern, und die Gesellschaft, insbesondere die Ärmsten dieser Welt, müssen dafür zahlen. Die Konsequenzen sind indes fatal und bedeuten Hunger und Armut für Millionen von Menschen. Deshalb muss hier ein Schlussstrich gezogen werden und die Spekulation mit Nahrungsmitteln endlich verboten werden.

9 UNCTAD (2011)

10 Bichetti et al. (2013)

11 FAO (2011)

12 UNCTAD (2011)



6. Argumente für die Spekulationsstopp-Initiative

... Hunger bekämpfen

Nahrungsmittelspekulation verursacht Preisblasen und treibt die Menschen damit in Hunger und Armut.

Die Preise der vier Hauptnahrungsmittel Reis, Mais, Weizen und Sojabohnen verdreifachten sich zwischen 2005 und 2008. In Entwicklungsländern kam es während der Nahrungsmittelpreiskrise 07/08 zu Anstiegen der Verbraucherpreise von bis zu 40 Prozent. Solche extremen Preisausschläge haben mit Angebot und Nachfrage nichts mehr zu tun.

Ursache sind Finanzkonzerne, die mit ihren spekulativen Anlagestrategien den Markt mit Liquidität überschwemmen. Werden steigende Preise verzeichnet, investieren alle Anlegenden massiv in das entsprechende Produkt, die Nachfrage wird künstlich getrieben und damit steigen die Preise noch weiter. Eine Blase entsteht. Seit die Rohstoffbörsen für spekulative Anleger geöffnet wurden, sind die Preisschwankungen ausser Kontrolle. Selbst wenn Preise ‚nur‘ kurzfristig für einige Monate steigen, können sich Millionen von Menschen, welche 60-70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, nicht mehr ernähren. Diese spekulativen Preisblasen sind existenzbedrohend und treiben die Menschen in Hunger und Armut.

Für eine Zukunft mit Ernährungssicherheit brauchen wir stabile Preise.

Die Spekulation hilft nur den internationalen Banken und den Grosskonzernen. Ungefähr 1.5 Milliarden Menschen leben in kleinbäuerlichen Haushalten. Kleinbauern und -bäuerinnen haben meist keinen Zugang zu den Börsen, um sich dort abzusichern, oder können sich die hohen Gebühren nicht leisten. Die durch die Spekulation ausgelösten Preisschwankungen machen ihnen das Wirtschaften schwer. Investitionen, die dringend benötigt würden, sind unter diesen Bedingungen zu riskant.

Die Investitionen in Finanzprodukte und die spekulativen Preisachterbahn verunmöglichen den Fortschritt in der Landwirtschaft. Wenn wir Ernährungssicherheit erreichen wollen, sind stabile Preise und reale Investitionen notwendig.

... Spekulation stoppen

Das Finanzsystem ist gescheitert – Regulierungen sind notwendig.

Die Rohstoffbörsen haben ihre ursprüngliche Funktion der Preisabsicherung verloren. Die Nahrungsmittelpreise werden heute von Spekulierenden bestimmt, die immer wieder irrationale Preisblasen verursachen und so für Nahrungsmittelkrisen mitverantwortlich sind. Das System einer deregulierten Wirtschaft hat versagt, denn es hat seine Hauptaufgabe, die Ernährung der Menschen, nicht erfüllt. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, Regulierungen zu schaffen und Alternativen aufzuzeigen. Ein erster Schritt muss sein, die schädliche Spekulation mit Nahrungsmitteln endlich zu verbieten.

Spekulation erzeugt keinen Mehrwert, sie dient einzig und allein den



Finanzkonzernen.

Die Spekulation an den Rohstoffbörsen hat keinen positiven Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion. Sie erzeugt keinen realen Mehrwert und trägt nicht zur Lösung der Welternährungsfrage bei.

Auch die Preisfindung wird durch die Spekulation nicht – wie oft behauptet wird – vereinfacht, im Gegenteil. Durch die exzessive Spekulation lösen sich die Preise immer stärker von den Fundamentaldaten wie Angebot und Nachfrage. Die Preise schwanken mit den Launen der Spekulierenden.

Die einzige Funktion, welche Spekulation hat, ist die Vermögen der Superreichen durch Preiswetten zu vermehren. Das gelingt ihr. Schon 2007 war das Volumen der gehandelten Future-Verträge 30 mal so hoch wie die reale Nahrungsmittelproduktion. Bis heute hat sich das Missverhältnis wohl stark verschärft.

Die Gewinne der Superreichen werden aus den Taschen der Ärmsten bezahlt.

Die weltweiten Vermögen könnten kaum ungleicher verteilt sein. Die Reichsten investieren ihr Geld längst nicht mehr in die Realwirtschaft, sondern legen es an den Finanzmärkten gewinnbringend an. Die Gewinne, die so entstehen, schaffen oft keinen wahren Mehrwert auf realwirtschaftlicher Grundlage, sondern basieren allein auf Spekulation. Die Finanzspekulierenden verdienen ihr Vermögen nicht indem sie Wohlstand für die Gesellschaft schaffen, sondern weil sie sich ganz einfach ein immer grösseres Stück des Kuchens nehmen.

Dasselbe gilt für die Rohstoffbörsen, die heute de facto ein Teil des Finanzmarkts sind. Die Spekulierenden verursachen Preisblasen, die schliesslich von den Ärmsten bezahlt werden müssen. Das Finanzsystem, wie es heute existiert, führt zu einer Umverteilung von unten nach oben und verschärft die Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf dieser Welt.

... Global denken, lokal handeln

Schweizer Banken und Konzerne sind im Geschäft mit dem Hunger ganz vorne dabei.

Die Schweiz als Finanzplatz und Heimat von vielen grossen Finanzhäusern ist der richtige Ort, um die Spekulation zu verbieten. Zahlreiche Finanzinstitute und Rohstoffhändler spekulieren Milliardenbeträge auf den Nahrungsmittelbörsen. Unternehmen, die sowohl an der Börse wie auch auf dem physischen Markt tätig sind, haben ein doppeltes Interesse Waren zu lagern und auf höhere Preise zu spekulieren: sie profitieren einerseits von den höheren Verkaufspreisen und andererseits von den Gewinnen durch die Nahrungsmittelspekulation.

Wir haben alle Teil an der Spekulation, ob wir wollen oder nicht. Die Banken zocken auch mit unseren Ersparnissen auf den Nahrungsmittelmärkten. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns gegen diese widerliche Profitmacherei wehren und ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation in der Schweiz durchsetzen.

Einige Finanzinstitute haben die Verantwortung bereits übernommen und sind aus dem Geschäft mit dem Hunger ausgestiegen, allen voran die Credit Suisse und der AHV-Fonds. Jetzt brauchen wir gesetzliche Regulierungen um alle in die Verantwortung zu



nehmen.

Die Schweiz kann sich auch international für ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation einsetzen.

Mit einem Verbot der Nahrungsmittelspekulation in der Schweiz können wir zeigen, dass eine Regulierung nicht nur notwendig, sondern möglich ist. Die Schweiz kann mit gutem Beispiel vorangehen und sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.



7. Fragen und Ausreden

„Die Spekulation hat keinen Einfluss auf die Preise; Dürren, Überschwemmungen und andere natürliche Einflüsse führen zu den Preisbewegungen.“

Es ist klar, dass natürliche Phänomene einen Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise haben. Die Preisentwicklung der letzten Jahre kann damit aber nicht erklärt werden. Die Spekulation führt insbesondere dazu, dass natürliche Preisschwankungen massiv verstärkt werden und Preisblasen entstehen. Nehmen die Spekulierenden Trends wahr, zum Beispiel einen Preisanstieg, so investieren sie massiv viel Geld, erhöhen künstlich die Nachfrage und verstärken so den Preisanstieg. Durch das Herdenverhalten der Spekulierenden entstehen gigantische Preisblasen.

Die Preise an den Terminbörsen sind direkt an die realen Nahrungsmittelpreise gekoppelt. Die Produzierenden orientieren sich an den Börsenpreisen, wenn sie ihre eigenen Preise erhöhen. Hinzu kommt, dass die realen Produzierenden durch die von der Spekulation verursachten Preisblasen einen zusätzlichen Anreiz haben, das Angebot zu verknappen. Extreme Preisblasen, wie jene 2008, lassen sich durch die Fundamentaldaten Angebot und Nachfrage nicht erklären; Spekulation ist die Hauptursache.

„Die Produktion von Biosprit verknappt das Angebot und erhöht so die Preise.“

Auch die Verwendung von Agrarrohstoffen als Biosprit kann die Preisentwicklung nicht erklären. 2008 erreichte die Produktion von Biosprit neue Rekordwerte und dennoch sanken die Preise um 70 Prozent. 2009 legte die Produktion sogar noch weiter zu, doch die Preise blieben tief.

Im Jahr 2008 veröffentlichte die Weltbank einen Bericht, in dem sie die Schuld an der Nahrungsmittelpreiskrise der vermehrten Produktion von Biosprit in die Schuhe schob. 2010 musste sie diesen Trugschluss revidieren und stellte fest, dass Finanzprodukte, mit denen auf Lebensmittelpreise spekuliert wird, den Schlüsselfaktor beim Anstieg der Preise darstellen.

„Die steigende Nachfrage aus Schwellenländern treibt die Preise in die Höhe“

Diesen Trend kann man im Kleinen tatsächlich feststellen. Immer mehr Menschen aus Schwellenländern können es sich leisten Fleisch zu essen. Um ein Kilo Fleisch zu produzieren, braucht es ein Vielfaches davon an Getreide.

Bisher konnten Schwellenländer wie China und Indien die erhöhte Nachfrage jedoch mit der Steigerung der Produktion im eigenen Land ausgleichen. „Wir finden keinen Beleg, dass die angeblich gestiegene Nachfrage aus Schwellenländern irgendeinen Effekt auf die Weltmarktpapiere hat“, heisst es in einem Weltbank-Bericht.¹³

„Die Börsenpreise haben keine Auswirkungen auf die realen Nahrungsmittelpreise.“

Diese Annahme ist nicht haltbar. Ein Bauer hat keine Information über den

¹³ Weltbank (2010): Placing the 2006/2008 Commodity Price Boom into Perspective.



Weltmarktpreis, ausser er sieht sich den Börsenpreis an. Entsprechend setzt er seine eigenen Preise. Die realen Nahrungsmittelpreise und die Börsenpreise sind dadurch eng miteinander verknüpft. Würde die Bäuerin ihre Ernte für einen tieferen Preis als den Börsenpreis verkaufen, könnte der Zwischenhandelnde die Preisdifferenz als Gewinn einstecken. Die Bäuerin wird den Börsenpreis also nicht unterbieten. (Vgl. Teil 3.4.)

„Langfristig führt die Spekulation nicht zu steigenden Nahrungsmittelpreisen.“

Es gibt klare Indizien, dass die Spekulation die Preise auch langfristig nach oben treibt. Viel schlimmer ist jedoch, dass Spekulation die kurzfristigen Preisausschläge verstärkt. Die Entwicklung von Blasen ist auf die enormen Investitionsvolumen im Nahrungsmittelmarkt zurückzuführen. Die grossen Schwankungen sind verheerend für die Ärmsten. Wenn man 60-70 Prozent des eigenen Einkommens für Nahrungsmittel ausgibt, wie dies in Entwicklungsländern keine Seltenheit ist, sind Phasen, in denen die Preise über Monate auf einem irrational hohen Level bleiben, lebensbedrohlich. Da Nahrungsmittel unverzichtbar sind, werden wichtige Produktionsgüter wie beispielsweise die Kuh zur Milchproduktion verkauft, damit es zumindest noch für eine Mahlzeit am Tag reicht. Wenn die Preise dann wieder sinken, fehlen diese Produktionsgüter.

„Die Spekulation ist ein Nullsummenspiel, was der eine Spekulant gewinnt, verliert die andere Spekulantin.“

Die Spekulation ist kein Nullsummenspiel, weil sie die Nahrungsmittelpreise stark beeinflusst. Wenn an der Terminbörse für Weizen in Chicago 75 Prozent der Rohstoffhandelnden Spekulierende sind, wie dies bereits 2008 der Fall war, führt das dazu, dass die Preise den Launen dieser Leute folgen. Herdenverhalten und gleiche Informationen haben zur Folge, dass Getreidepreise innerhalb von wenigen Monaten um 71% steigen können, um dann einige Monate später wieder in gleicher Manier zu fallen. Unter diesen Umständen kann man nicht von einem Nullsummenspiel reden, sondern von einer Profitmacherei auf Kosten der Ärmsten.

„Die Liquidität, die Spekulierende dem Markt zur Verfügung stellen, wird gebraucht damit die Preisabsicherung reibungslos funktioniert.“

Die rein spekulativen Verträge, das heisst die Spekulation zwischen Banken, hilft der Preisabsicherung für reale Produzierende nicht weiter, im Gegenteil. Die hohe Preisvolatilität, die durch die Spekulation ausgelöst wird, führt nur zu mehr Unsicherheit. Ausserdem sind die Kosten der Absicherung bei schwankenden Preisen extrem hoch und insbesondere kleinere Produzierende können sich die Preisabsicherung nicht mehr leisten.

Die Initiative fordert, dass die preisliche Absicherung weiterhin möglich ist. Das heisst, auch Banken können entsprechende Verträge zur Preisabsicherung mit Handelnden und Produzierenden abschliessen (Siehe Initiativtext). Die nötige Liquidität und die Preisabsicherung bleiben erhalten, nur die Spekulation, die nichts mit der realen Produktion zu tun hat, wird verboten.



„Auf Signale einer Knappheit, die durch die Spekulation sichtbar werden, können wir nicht verzichten.“

Häufig wird behauptet, die Spekulation erfülle die wichtige Aufgabe, Informationen in Preisen auszudrücken, damit alle Marktteilnehmenden vollständig informiert sind. Herrscht also eine reale Knappheit, hilft die Spekulation dies in steigenden Preisen auszudrücken.

Diese Behauptung stimmt allerdings nicht. Bei kleinsten, teils willkürlichen Preisänderungen gibt es unter den Spekulierenden ein Herdenverhalten. Unsummen an Kapital fließen in die Produkte, deren Preise steigen. Damit wird die Nachfrage künstlich erhöht, obwohl sie real nicht existiert, und die Preise steigen weiter. Sie liegen damit über dem Niveau, das durch Fundamentaldaten gerechtfertigt wäre. Im Endeffekt verarbeitet die Spekulation nicht die vorhandenen Informationen, sondern sie produziert durch das irrationale Herdenverhalten der Spekulierenden Fehlinformationen.

„Eine Regelung nur in der Schweiz einzuführen kann das internationale Problem nicht lösen.“

Wir sind nicht die Einzigen, welche die Nahrungsmittelspekulation bekämpfen. Auch die EU und die USA arbeiten daran, die Rohstoffbörsen wieder stärker zu regulieren. Das Abwandern von den Geschäften ins Ausland ist unwahrscheinlich. Pensionskassen können nicht ins Ausland und für die Grossbanken ist der ‚Farbtupfer‘ Nahrungsmittelspekulation kein Grund, den Sitz und alle Niederlassungen zu schliessen, da die Schweiz viele andere Standortvorteile bietet. Es ist also nicht nur möglich, sondern notwendig, dass wir in der Schweiz beginnen und dieses widerliche Geschäft verbieten.

„Die Landwirtschaft ist unterkapitalisiert; es muss investiert werden, v.a. in Hungergebieten.“

Die Nahrungsmittelspekulation stellt keine Investition in die reale Produktion dar. Anlegende an den Rohstoffbörsen müssen nur einen Bruchteil als Sicherheit hinterlegen. Sie gewinnen oder verlieren Unsummen, ohne dass eine reale Investition in die Landwirtschaft getätigt wird.

Im Gegenteil, durch die von der Spekulation ausgelösten Preisschwankungen werden Investitionen unsicher und bleiben daher oft ganz aus. Anstatt spekulativer Preisblasen wären stabile Preise notwendig, um die Welternährungssituation zu sichern.

„Die Initiative kann nicht umgesetzt werden.“

Wichtig bei der Umsetzung der Initiative ist, dass jegliche Finanzspekulation verboten wird die preisliche Absicherung von realem Handel allerdings weiterhin möglich ist. Die Unterscheidung stellt kein Problem dar und wird in anderen Ländern, allen voran den USA, bereits praktiziert. Dort können sich Handelnde für reale Geschäfte Ausnahmebestätigungen einholen, welche sie von den herrschenden Positionslimiten befreien. Wir würden diese Ausnahmeregelung zur Bedingung für jeden Handel überhaupt machen. Es geht lediglich darum, Kontrollmechanismen zu schaffen, welche sicherstellen, dass jene ohne Ausnahmebewilligung nicht mit Agrarrohstoffderivaten handeln. So wie



bei diversen anderen Verboten im Finanzsektor stellt das kein Problem dar. Beispielsweise könnte die FINMA mit der Kontrolle beaufsichtigt werden.

„Bei der Umsetzung gehen Arbeitsplätze verloren und die Schweizer Wirtschaft wird geschwächt“

Die Spekulation mit Nahrungsmittel ist sicherlich nicht das, was die Wertschöpfung in der Schweiz ausmacht. Wir sollten realen Wert schaffen anstatt Profite auf Kosten der Ärmsten einzuheimsen, die ohnehin lediglich den topverdienenden Finanzspekulierenden zu Gute kommen. Einige Banken und Pensionskassen, wie die ABS oder die Publica, zeigen schon heute dass auch ohne die Spekulation auf Nahrungsmittel wunderbar gewirtschaftet werden kann. Zudem sind die Regulierungen in den USA und Europa wesentlich stärker und der Schweizer Finanzplatz darf nicht zum Mekka der Hungermacher werden.

Die Sorge, dass Banken ins Ausland ziehen, ist unberechtigt. Der Schweizer Finanzplatz ist zu wichtig und bietet enorme Vorteile, die bei weitem überwiegen.



8. Der Initiativtext im Detail

„Art. 98a Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln

Der Titel des Verfassungsartikels ist eine Formalie, genauso der richtige Ort in der Bundesverfassung. Beides haben wir auf Vorschlag eines Verfassungsrechtlers gewählt.

„¹ Der Bund erlässt Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

„a. Banken, Effekthändler, Privatversicherungen, kollektive Kapitalanlagen und ihre mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung befassten Personen, Einrichtungen der Sozialversicherung und andere institutionelle Anleger sowie unabhängige Vermögensverwalter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz“

Alle Akteur_innen, die sich durch Spekulation an den Rohstoffbörsen bereichern können, sind von dem Verbot betroffen. Neben Banken wird also auch beispielsweise den Finanzabteilungen von Grossunternehmen wie Nestlé oder Pensionskassen die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten.

„dürfen weder für sich noch für ihre Kundschaft,“

Mit dieser Formulierung sind sowohl Spekulationen der Institution selber wie auch für Kund_innen abgedeckt.

„weder direkt noch indirekt,“

Sowohl die direkte Investition bzw. Spekulation mit Nahrungsmitteln, als auch Spekulation über Tochterfirmen im Ausland oder über weitere Unternehmen wird so verboten.

„in Finanzinstrumente investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen.“

Eine Investition in Finanzprodukte erfolgt immer mit dem Ziel, Gewinn zu machen. Reine terminliche Absprachen, bei dem Produzierende (z.B. ein Bauer) mit Abnehmenden einen Vertrag abschliessen, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Menge zu einem bestimmten Preis zu verkaufen, ist keine Investition, sondern eben eine preisliche Absicherung. Deshalb umfasst der Begriff „investieren“ sehr gut die Spekulation, welche wir verbieten wollen.

Mit den beiden Begriffen „Agrarrohstoffe“ und „Nahrungsmittel“ können zudem alle Rohstoffe abgedeckt werden. Wir verhindern so, dass z.B. Reis, der bereits einige erste Verarbeitungsschritte durchlaufen hat, nicht mehr unter das Verbot fällt, da er nicht mehr als Rohstoff definiert wird. Gleichzeitig werden mit dem Begriff Agrarrohstoff auch alle weiteren Verwendungsarten von Rohstoffen aus landwirtschaftlicher Produktion erfasst, insbesondere z.B. Bioethanol.

„Dasselbe gilt für den Verkauf entsprechender strukturierter Finanzprodukte.“



Dieser Satz präzisiert und erfasst nochmals explizit strukturierte Finanzprodukte, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Als strukturierte Finanzprodukte bezeichnet man Möglichkeiten innerhalb von Anlageformen, die aus einer Kombination von mindestens zwei Basisprodukten bestehen. Als Basisprodukte können die folgenden Finanzinstrumente agieren: Aktien, Anleihen, Termingeschäfte. In Bezug auf die Nahrungsmittelspekulation betrifft dies insbesondere Rohstoffzertifikate. Mit einem Rohstoffzertifikat setzt der Anleger/die Anlegerin auf die Wertentwicklung eines bestimmten Rohstoffes, ohne selbigen an einer Rohstoffbörse direkt kaufen zu müssen.

„Zulässig sind Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen.“

Diese Formulierung bedeutet eine Präzisierung der Formulierung im vorhergehenden Absatz. Wir stellen damit klar, dass reine terminliche oder preisliche Absicherung (also z.B. zwischen Bauer/Bäuerin und Abnehmenden) nicht unter „in Finanzinstrumente investieren“ fällt. Dies ist also keine Ausnahmeregelung, sondern lediglich eine Klarstellung.

„² Der Bund sorgt für einen wirksamen Vollzug der Vorschriften. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:“

Um das Verbot durchzusetzen, braucht es wirksame Strafen, welche der Bund festlegen muss. Um den Spielraum klein zu halten, geben wir dabei einige Grundsätze vor.

„a. Aufsicht, Strafverfolgung und –beurteilung sind Sache von Bundesbehörden.“

Wir geben vor, dass die gesamte Überwachung über die Einhaltung der Vorschriften sowie deren Durchsetzung auf Bundesebene durchgeführt werden muss. Wir verhindern damit, dass der Vollzug den Kantonsbehörden zugeteilt wird, welche oftmals zu wenige Ressourcen haben, um solche Vorschriften wirksam durchzusetzen.

„b. Fehlbare Unternehmen können unabhängig von Organisationsmängeln direkt bestraft werden.“

Heute können Unternehmen nur dann direkt bestraft werden, wenn eine Tat wegen mangelhafter Organisation des Unternehmens keiner bestimmten Person zugerechnet werden kann. In den meisten Fällen wird eine direkte Haftung des Unternehmens so verunmöglicht, da Organisationsmängel nur schwer bewiesen werden können. Mit dieser Formulierung setzen wir fest, dass Unternehmen auch ohne Organisationsmangel direkt bestraft werden können.

„³ Der Bund setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.“

Die Schweiz soll sich gleichzeitig dafür einsetzen, dass Nahrungsmittelspekulation nicht nur bei uns, sondern weltweit verboten wird.

„Art. 197 Ziff. 9 (neu)“



8. *Übergangsbestimmung zu Art. 98a (Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln)*

Treten die gesetzlichen Bestimmungen nicht innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Art. 98a durch Volk und Stände in Kraft, so erlässt der Bundesrat bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg.“

Übergangsbestimmungen erlauben es, das Parlament zu zwingen einen Verfassungsgrundsatz auch umzusetzen. Sie geben Frist und Form für die Umsetzung vor. Dieser Abschlusssatz gibt dem Parlament eine relativ enge zeitliche Umsetzungsfrist vor. Wird diese nicht eingehalten, muss der Bundesrat den Ausführungserlass direkt beschliessen.



Literaturverzeichnis

- Bichetti et al. (2013): Quantification of the High Level of Endogeneity and of Structural Regime Shifts in Commodity Markets. Available at: <http://ssrn.com/abstract=2237392>, eingesehen am 22.05.2015.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Mangelerährung – der versteckte Hunger. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/basiswissen/hunger_fakten_hintergruende/was_ist_hunger/mangelernaehrung_der_versteckte_hunger/index.html, eingesehen am: 22.05.2015.
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (2013): Grundlagenbericht Rohstoffe. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat. <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Food and Agriculture Organization: The State of Food and Agriculture 2010-2011. <http://ssrn.com/abstract=2237392>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Food and Agriculture Organization (2014): The state of food insecurity in the world. <http://www.fao.org/3/a-i4030e.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Foodwatch (2011): Die Hungermacher. https://www.foodwatch.org/uploads/media/foodwatch-Report_Die_Hungermacher_Okt-2011_ger_02.pdf, eingesehen am: 22.05.2015.
- Markus Mugglin (2014): Nahrungsmittelspekulation – (K)ein Problem? Studie von Markus Mugglin im Auftrag von Alliance Sud. http://www.alliancesud.ch/de/publikationen/downloads/Studie_Nahrungsmittel_DE_2014-02-24.pdf, eingesehen am: 22.05.2015.
- UNCTAD (2011): Price Formation in Financialized Commodity Markets – The Role of Information.
- Wirtschaft und Sozialrat der Vereinten Nationen (1999): Sachfragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche und Soziale Rechte. <http://www.un.org/Depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.





Argumentaire de

L'initiative stop à la spéculation

Version du 15 décembre 2015

« La spéculation sur les biens alimentaires est la forme la plus répugnante de la recherche du profit. Avec leurs paris, les banques poussent les prix des biens alimentaires vers le haut, et partagent ainsi la responsabilité de la faim dans le monde. Quelques-uns s'enrichissent aux dépens de milliards. La Suisse s'immisce dans ce commerce en tant que siège de nombreux commerçants de matières premières et d'acteurs de la finance. **Avec l'initiative stop à la spéculation nous pouvons changer cela. Nous mettons à nouveau au centre, les besoins de l'humanité - On ne joue pas avec la nourriture. »**

Table des matières

Table des matières.....	2
1. Le texte de l'initiative	3
2. Qu'est-ce que veut l'initiative?.....	4
3. La faim dans le monde.....	5
3.1 Près d'un milliard de personnes ont faim	5
3.2 Bref historique de la faim	6
3.3 Diverses causes de la faim dans le monde	6
4. Le rôle des entreprises de matières premières et des banques suisses	7
4.1 Les banques spéculent sur la faim	7
4.2 Les négociants fréquentent les puissants	7
4.3 L'économie Suisse mérite mieux!	8
5. La spéculation sur les denrées alimentaires et ses conséquences.....	9
5.1. De la nourriture sur les marchés boursiers	9
5.2 La libéralisation et la financiarisation des échanges de matières premières.....	9
5.3. Conséquences de la spéculation sur les denrées alimentaires.....	10
6. Arguments en faveur de l'initiative contre la spéculation.....	12
7. Contre-arguments et questions.....	14
8. Le texte de l'initiative en détail.....	18



1. Le texte de l'initiative

Initiative Fédérale « Pas de spéculation sur les denrées alimentaires »

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 98a (nouveau) Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires

¹ La Confédération légifère sur la lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

a. les banques, les négociants en valeurs mobilières, les assurances privées, les fonds de placements collectifs de capitaux et les personnes en leur sein chargées de la direction des affaires et de la gestion de fortune, les institutions d'assurances sociales, les autres investisseurs institutionnels et les gestionnaires de fortune indépendants ayant leur siège ou une succursale en Suisse ne peuvent investir ni pour eux-mêmes ni pour leur clientèle et ni directement ou indirectement dans des instruments financiers se rapportant à des matières premières agricoles et à des denrées alimentaires. Il en va de même pour la vente de produits structurés correspondants.

b. Les contrats conclus avec des producteurs et des commerçants de matières premières agricoles et de denrées alimentaires qui portent sur la garantie des délais ou des prix fixés pour livrer des quantités déterminées sont autorisés.

² La Confédération veille à une exécution efficace des prescriptions visées à l'al. 1. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

a. la surveillance, la poursuite pénale et le jugement relèvent de la compétence de la Confédération;

b. les entreprises fautives peuvent, indépendamment d'un éventuel manque d'organisation, être sanctionnées directement.

³ La Confédération s'engage au niveau international en faveur d'une lutte efficace à l'échelle mondiale contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires.

II

Les dispositions transitoires de la Constitution sont modifiées comme suit:

Art. 197, ch. 10 (nouveau)

10. Disposition transitoire ad art. 98a (Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires)

Si les dispositions légales correspondantes n'entrent pas en vigueur dans les trois ans suivant l'acceptation de l'art. 98a par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral édicte, en attendant leur entrée en vigueur, les dispositions d'exécution nécessaires par voie d'ordonnance.



2. Qu'est-ce que veut l'initiative?

L'initiative stop à la spéculation veut...

Stopper les spéculateurs

L'initiative stop à la spéculation met le verrou à l'enrichissement des spéculateurs. Comme les sauterelles, les marchés financiers sont à la constante recherche de nouveaux champs à exploiter. Il est pour cela urgent de mettre un frein à cette pratique. La spéculation est superflue dans tous les domaines et ne sert qu'à l'enrichissement des super-riches et des entreprises aux dépens des plus pauvres. Invertissons cette tendance et, pour commencer, mettons une fin à la forme la plus répugnante de cette usine à profits.

Combattre la faim

Avec l'initiative stop à la spéculation nous contribuons à la lutte contre la faim dans le monde. Les matières premières agricoles tombent de plus en plus sous le joug des marchés financiers. Seulement une petite portion du commerce de biens alimentaires se réalise dans le négoce de matières réelles, tandis que pour la plupart il s'agit de paris en bourse et d'échanges entre des instituts financiers. Ce casino dans les bourses conduit à des fluctuations incroyables et à des hausses des prix qui ont déjà entraîné des millions d'êtres humains dans la faim. Nous voulons ramener le commerce des biens alimentaires dans la réalité du terrain, pour qu'il ait à nouveau le but de nourrir les êtres humains. Moins il y a de spéculation, plus stables et bas sont les prix.

Penser globalement, agir localement

Avec cette initiative nous combattons la spéculation sur les produits alimentaires au bon endroit. Une très grande partie de la spéculation sur les biens alimentaires a lieu en Suisse et les plus grandes entreprises du commerce des matières premières du monde ont leur siège principal dans notre pays. La lutte contre le commerce de la faim doit pour cela commencer ici. Jusqu'à présent, seuls quelques pays ont pris des mesures. Il est temps que la Suisse donne le bon exemple et qu'elle s'engage également pour une interdiction au niveau internationale.

...aucune spéculation avec les biens alimentaire!



3. La faim dans le monde

En 1966, l'Assemblée générale des Nations Unies adopte le Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels (PIDESC ou Pacte ONU I). Ratifié par 160 pays, cet accord garantit le droit à l'alimentation dans son article 11, défini comme suit par l'ONU :

„Le droit à une nourriture suffisante est réalisé lorsque chaque homme, chaque femme et chaque enfant, seul ou en communauté avec d'autres, a physiquement et économiquement accès à tout moment à une nourriture suffisante ou aux moyens de se la procurer.“¹

Ce droit est chaque jour ignoré et violé de la manière la plus brutale. Environ un neuvième de la population mondiale souffre de la faim et de la malnutrition. Hommes, femmes et enfants se voient chaque jour refuser ce droit dont ils disposent depuis 50 ans et dont ils dépendent de la manière la plus élémentaire. Et cela n'est pas lié à un manque de solutions.

La production planétaire actuelle pourrait alimenter près de 12 milliards de personnes. Par conséquent, les personnes souffrantes et mourantes de la faim sont victimes du plus important problème de distribution de notre temps. Il est donc de notre devoir de s'attaquer à ce problème et de le résoudre.

3.1 Près d'un milliard de personnes ont faim

En 2000, l'Organisation des Nations Unies adoptait sa déclaration avec les objectifs pour le nouveau millénaire. En plus de la lutte contre le VIH et pour l'égalité entre hommes et femmes, ils ont donné au monde pour objectif, d'ici 2015, de réduire de moitié le nombre de personnes vivant dans l'extrême pauvreté; soit de 1.4 milliards à 700 millions. Cet objectif n'a pas été atteint. Selon les dernières statistiques de la FAO (Organisation pour l'alimentation et agriculture des Nations Unies), durant la période 2012 - 2014, encore 805 millions de personnes souffraient de la faim.

En plus des famines qui sont très visibles, il existe aussi le phénomène de malnutrition. Cette «faim invisible» touche près de deux milliards de personnes à travers le monde. La malnutrition peut découler d'un régime alimentaire peu varié, avec pour effet sur la personne concernée des carences importantes en vitamines et en minéraux. Les conséquences de la malnutrition sont les maladies et souvent la mort. En particulier, pour les enfants qui subissent des troubles de la croissance graves qui les affecteront toute leur vie.

Chaque année, dans le monde, 70 millions de personnes meurent; 17% d'entre elles par les effets de la faim ou de la malnutrition. La faim est la cause la plus fréquente de décès dans le monde provoquant chaque année la mort de 2,6 millions d'enfants de moins de

¹ CESCR Comité des Droits Économiques, Sociaux et Culturels (1999)



cinq ans. Le tiers de la mortalité infantile mondiale. La mort par la faim est atroce! Peu à peu, le corps se dégrade car il ne reçoit pas suffisamment de nutriments, le système immunitaire effondre, les parasites de la bouche et les infections peuvent se propager sans entrave et causer une douleur inimaginable, finalement les muscles se détériorent et l'on ne peut plus se maintenir et, enfin, survienne la mort. C'est e sort que connait, toutes les 5 secondes, un enfant.

3.2 Bref historique de la faim

L'histoire de l'humanité a toujours été marquée par la famine. Même dans le Nouveau Testament, la faim, avec la peste, la guerre et la mort est l'un des 4 cavaliers de l'apocalypse, qui annoncent la fin du monde. Les catastrophes naturelles, les guerres, les longs hivers et les mauvaises récoltes signifiaient la faim et la misère. Par exemple, entre 1315 et 1327, des pluies torrentielles détruisent les cultures en Europe. Elles sont suivies d'un hiver particulièrement long. Ces facteurs aboutissent à une famine catastrophique. Au cours de la "grande faim", qui dura deux ans, près de cinq millions de personnes trouveront la mort. Ce type événement s'est répété tout au long de l'Histoire dans diverses parties du monde, répandant une misère inimaginable. Si les famines étaient des tragédies récurrentes à l'époque, elles sont, aujourd'hui, évitables. Grâce aux méthodes de production modernes, il serait possible de fournir plus que suffisamment de nourriture à tous dans le monde. La faim pourrait donc déjà appartenir au passé si les denrées alimentaires étaient distribuées de manières équitables et si nos banques et caisses de pension ne faisaient pas de la famine un commerce.

3.3 Diverses causes de la faim dans le monde

Il y a de nombreuses causes à la faim dans le monde. La population mondiale augmente, entraînant une hausse de la demande. Avec l'essor économique des pays émergents, la demande a augmenté en particulier pour la viande et un tiers de la récolte de céréales dans le monde est utilisé pour nourrir le bétail. Le changement climatique accentue les événements climatiques extrêmes comme les inondations et les sécheresses. La production de biocarburants entraîne une augmentation de la demande et une offre réduite, et donc, l'augmentation du prix des aliments.

Mais des phénomènes tels que la crise des prix alimentaires en 2007/2008 ne peuvent plus être expliqués par les fluctuations dues à l'offre et à la demande. La financiarisation des marchés de matières premières et donc la spéculation sur les prix des denrées alimentaires jouent un rôle de plus en plus important. Selon des études de la Banque mondiale, de la CNUCED et de l'Institut international sur les politiques alimentaires (IFPRI), la spéculation est responsable de la flambée des prix des céréales de 2007-2008. En Éthiopie, les prix du maïs ont augmenté de 100 pour cent, 65 pour cent en Ouganda et 54 pour cent en Tanzanie. Les prix du blé ont augmenté de 300 pour cent en Somalie, au Sénégal de 100 pour cent et au Soudan de 90 pour cent.* Les mêmes études concluent que environ 60 à 70 pour cent de la flambée des prix est due à la spéculation. Avec des conséquences désastreuses: la nourriture étaient inabordable pour les habitants des zones concernées. Parce que, contrairement aux pays industrialisés, dans lesquels une



famille dépense en moyenne 10 à 20 pour cent de son revenu dans la nourriture, dans les pays en développement la moyenne est de 70 à 80 pourcent. Même si elles n'ont pas durés, les flambées de prix de 2007-2008 ont condamnés de nombreuses personnes à la faim et la misère. La FAO estime qu'en raison de cette explosion des prix, le nombre de personnes souffrant de la faim a augmenté de plus de 100 millions et, en 2009, la première fois, la barre du milliard de personnes a été dépassée.

4. Le rôle des entreprises de matières premières et des banques suisses

4.1 Les banques spéculent sur la faim

La place financière suisse joue un rôle important dans le commerce de la faim. Un grand nombre de banques, hedgefunds, gestionnaires d'actifs et d'autres acteurs ont leurs sièges en Suisse et spéculent sur les prix des denrées alimentaires. En 2013, les dix banques soupçonnées d'investir le plus dans ce « commerce de la mort » ont investi plus de 3.6 milliards de francs.

Mais les banques et les fonds spéculatifs ne sont pas les seuls à tirer profit de ce marché. Les banques cantonales suisses et de nombreux fonds de pension ont investi de l'argent dans les matières premières agricoles et alimentaires. Bien que les sommes ne soient pas gigantesques séparément, une fois cumulées elles constituent une grande fortune qui a inondé les marchés de matières premières. En 2011, près de 410 milliards ont été investis, dans le monde entier, dans des dérivés des matières premières. Depuis 2007, le volume d'investissement a doublé. Ces montants sont investis car d'énormes profits sont dégagés. La question est: Qui paie pour les bénéfiques empochés par le secteur financier? Les critiques contre ce marché, qui se font depuis plusieurs années, ne sont pas restées sans effet. Certaines banques et caisses de pension ont reconnu le problème que représente cette spéculation et se sont retirées de ce marché. Comme par exemple le Crédit Suisse et le fond e l'AVS. De plus le réseau PK-Netz a exprimé de fortes critiques contre la spéculation sur les denrées alimentaires. Il est important d'établir une loi pour que tous les acteurs financiers sortent de ce marché douteux.

4.2 Les négociants fréquentent les puissants

La Suisse, avec des réglementations légères et une politique de faible imposition, est devenue une Mecque pour les négociants en matières premières. Le groupe le plus important est GlencoreXtrata. Parmi les nombreuses autres activités de l'entreprise zougnoise, la spéculation sur les produits agricoles représente 10% du chiffre d'affaires. La filiale Viterra de l'entreprise GlencoreXtrata est en pleine expansion et, déjà en 2011, contrôlait le quart du volume mondial de l'orge et de l'huile de colza.

Quatre grandes entreprises dominant depuis des décennies le commerce mondial des produits alimentaires: Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill et Louis Dreyfuss (abrégés en ABCD). Toutes les quatre ont des succursales dans la région du lac Léman et ont contribué, de manière significative, à faire de la Suisse le centre de la spéculation sur



les denrées alimentaires; avec des conséquences dévastatrices pour des milliers de personnes.²

Dans son rapport 2014 sur les matières premières, le Conseil fédéral met l'accent sur le «risque pour la réputation» de la Suisse lié au secteur des matières premières; car les entreprises spécialisées dans les matières premières violent les droits sociaux et humains et détruisent l'environnement.³ Ils spéculent sur la nourriture et contribuent à la faim et la pauvreté dans les pays en développement. De plus, pendant des années, GlencoreXtrata n'a pas payé d'impôts sur les profits de ce sanglant marché et n'a pas, ou peu, créé d'emplois fixes en Suisse.

L'initiative intervient alors, selon l'idée suivante : Seules les entreprises qui ont un besoin réel en denrées alimentaires peuvent utiliser des produits financiers pour s'en procurer. Cela signifie que la spéculation n'est plus possible pour les entreprises qui n'ont pas de rapports directs avec le marché, y compris les départements d'investissements financiers des entreprises de négoce. Ceci est particulièrement important car les groupes de matières premières ont un double intérêt. Les services financiers peuvent, par exemple, parier sur l'augmentation des prix d'un côté, puis créer une hausse des prix artificielle en augmentant les stocks au cours d'une certaine période. Finalement, elle revendra les stocks une fois le prix au plus haut. Pour éviter ces manœuvres aux conséquences désastreuses, il est important de stopper maintenant la spéculation.

4.3 L'économie Suisse mérite mieux!

Après la crise alimentaire de 2008, le monde scientifique et politique a réalisé que la spéculation sur les denrées alimentaires représente un problème que nous pouvons et devons résoudre. Aux Etats-Unis comme en Europe, des réglementations sont mises en place afin de limiter la spéculation. La Suisse, en retard sur le sujet, risque de devenir un refuge pour les spéculateurs.

Cela ne doit pas arriver ! Avec notre initiative, nous souhaitons aller plus loin encore et interdire cette spéculation qui n'apporte aucun avantage économique réel. Affamer des millions de personnes ne sera plus possible et des vies seront ainsi sauvées ! Seuls les bénéficiaires de quelques grosses banques seront un peu amoindris. La Suisse pourrait ainsi jouer un rôle de premier plan dans la lutte contre la spéculation alimentaire et donc aussi dans la lutte contre la faim dans le monde. Elle pourrait aussi poursuivre cette lutte contre la spéculation et la faim sur la scène internationale.

En outre, c'est le concept de spéculation en lui-même qui est remis en question. Les marchés financiers se sont affranchis de l'économie réelle et réalisent d'énormes profits complètement déconnectés des réalités du marché. Ces procédés ont enrichi les spéculateurs au détriment de toutes les autres personnes et au détriment de l'économie réelle. Ce processus doit être inversé; la spéculation sur les denrées alimentaires est le pire exemple de la perversion de la spéculation financière. Notre objectif doit être une économie qui met l'accent sur les besoins des gens et l'économie réelle plutôt que sur les profits à court terme d'une minorité.

² Markus Mugglin (2014)

³ EDA (2013)



5. La spéculation sur les denrées alimentaires et ses conséquences

5.1. De la nourriture sur les marchés boursiers

Les récoltes ont toujours été fortement influencées par des facteurs naturels. Par conséquent, la principale et constante préoccupation des agriculteurs est de se protéger contre les mauvaises récoltes. C'est de cette préoccupation que naissent les premiers contrats qui garantissent le prix d'une quantité et la qualité d'une denrée alimentaire avant sa production. Pour l'acheteur, ces contrats offraient une garantie du prix et de la quantité de nourriture lors de l'achat. Ces contrats ont été normalisés et finalement négociés sur les marchés boursiers.

La spéculation délirante sur le prix des denrées alimentaires que nous connaissons aujourd'hui n'a rien à voir avec le concept original de contrat de couverture. Cette nouvelle forme de spéculation a été rendue possible notamment grâce à la création de nouveaux produits financiers complexes qui sont une occasion supplémentaire pour les grands groupes de négociants de bénéficier de la hausse générale des prix des matières premières.

La base de ces produits est en principe la même qu'avec les contrats de couverture: Ils vous donnent la possibilité de profiter de la hausse ou de la baisse des prix, mais, et là est le danger, quelle que soit la direction que prennent les prix. Ainsi, la nature de cette activité a fondamentalement changé. Car, les acteurs sur le marché boursier ne sont, dans la plupart des cas, pas intéressés par la couverture des prix, mais par la pure spéculation sur les prix des denrées alimentaires.

5.2 La libéralisation et la financiarisation des échanges de matières premières

La domination de la spéculation excessive a été établie, dans les années 90, par une libéralisation massive des marchés financiers. Avant cela, les principales bourses de contrats à termes comme New-York et Chicago étaient réglementées pour freiner la spéculation et assurer le bon fonctionnement du marché. Par exemple, le nombre de contrats par investisseurs était limité par ce qu'on appelle des limites de position; de sorte qu'il n'était pas possible d'effectuer des investissements massifs qui déforment les prix.

Mais, durant les années 90, l'idée que « les marchés libres fonctionnent plus efficacement » revient sur le devant de la scène et les marchés financiers mondiaux ont été entièrement libéralisés. Avec le «Commodity Futures Modernization Act», toutes les opérations Over-the-Counter (de gré à gré), à savoir les contrats non négociés en bourse, ont été complètement libérées de toute réglementation. Dans le même temps, les limites de position sur les contrats à termes ont été grandement assouplies voir partiellement annulées. A la suite de ces déréglementations, les grands groupes financiers ont progressivement remplacé, sur le marché des matières premières, les personnes qui souhaitaient véritablement une couverture de risques. Par exemple, en 1998, à la bourse



de Chicago, la proportion des investissements, des spéculateurs, sur le marché du blé, ne représentait que 29.5 pourcent de celui-ci. Seulement dix ans plus tard, cette spéculation représente 74.9 pourcent de ce marché et le chiffre augmente d'année en année. Les produits financiers spéculatifs négociés dans les bourses sont clairement orientés vers le profit des gros spéculateurs. Les producteurs, en particulier les petits commerces et les petits agriculteurs, ne peuvent pas se permettre ces produits financiers bien trop chers et donc ne peuvent pas accéder aux couvertures de risques.

En 2007, la bulle immobilière éclatait aux Etats-Unis entraînant une crise financière. Les groupes financiers ont dû trouver rapidement une " valeur refuge " pour leur argent. Ils se sont tournés vers les matières premières et ont, par leur spéculation, créé artificiellement une forte demande, entraînant une augmentation des prix des denrées alimentaires. Durant cette période la spéculation explose et les prix des denrées alimentaires, définitivement à la merci des marchés financiers, dégénèrent complètement. L'indice des prix des denrées alimentaires de la FAO montre que durant la période 2007/2008, une bulle énorme se crée avec des fluctuations de prix jamais connues auparavant.



La spéculation a pris le contrôle du marché et l'a complètement déconnecté des besoins réels de l'économie. Par exemple, chaque jour, l'équivalent de la consommation mondiale de blé est échangé plusieurs fois.⁴ Dans quel marché réel cela pourrait-il arriver?

5.3. Conséquences de la spéculation sur les denrées alimentaires

Les défenseurs fanatiques du libre marché prétendent souvent que la spéculation n'est certainement pas responsable des bulles de prix et même que les bulles de prix ne peuvent pas exister dans le marché libre. Mais, depuis la crise financière, il est indéniable que la spéculation peut entraîner une flambée des prix à des hauteurs folles, sans que cela soit justifié par l'offre et la demande. Si la spéculation a pu créer une bulle des prix de l'immobilier, aux États-Unis, qui, durant une longue période, ont atteint des sommets, cela peut aussi arriver sur le marché des denrées alimentaires.

Quand, sur les marchés financiers, il y a signe que, le prix d'un produit est en hausse, les institutions financières vont essayer d'en tirer des bénéfices. Ils spéculeront donc sur la hausse des prix, créant une demande artificielle du produit qui entrainera une hausse

⁴ Foodwatch, (2011)

massive des prix. Un spéculateur seul ne représente, évidemment, pas une menace. Mais, avec le High-Frequency-Trading, qui effectue des transactions de millions de dollars en quelques millisecondes, l'influence de la spéculation devient énorme. De plus, les comportements de "troupeau" sont couramment observés sur les marchés financiers. Comme les transactions spéculatives comportent un degré de risque et que les spéculateurs disposent de peu d'informations sur la réalité du marché, ils effectuent les mêmes transactions que leurs collègues qu'ils croient mieux informés. Cela signifie que les groupes financiers investiront ou retireront leurs argents d'un marché selon le cours de la bourse (défini par les actions des spéculateurs), indépendamment de la réalité du marché.

Une étude menée par la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement (CNUCED) démontre qu'un tel "comportement de troupeau" a lieu dans les marchés des matières premières et entraîne des augmentations massives des prix et des bulles spéculatives.⁵ Une étude de l'EPFZ a démontré que 60 à 70 % des variations de prix sur les marchés boursiers ne sont pas basées sur de nouvelles informations sur l'offre et la demande, mais sont déclenchées par les spéculateurs.⁶

Bien sûr, tôt ou tard, les bulles éclatent. Les prix chutent tout aussi rapidement qu'ils ont augmentés. Mais, ce qui importe c'est ce qui se passe entre deux. Si les prix augmentent durant plusieurs mois, ce qui est souvent arrivé dans le passé, cela signifie faim et pauvreté pour des millions de personnes. Car les ménages les plus pauvres dépensent jusqu'à 80% de leur revenu dans la nourriture. Donc, si les prix augmentent en quelques mois, il n'est plus possible pour eux de se payer à manger. Les bulles de prix peuvent prendre des proportions énormes : en 2007/2008, les prix des denrées alimentaires ont presque doublé.⁷

Les producteurs insistent sur le fait que les marchés financiers ont un impact majeur sur les prix réels et peuvent détruire le fonctionnement des instruments de couverture.⁸ Cela veut dire que, en raison de la spéculation excessive, il n'est plus possible d'utiliser les contrats sur les denrées alimentaires sur la bourse pour leur objectif premier à savoir la couverture des prix pour le producteur et l'acheteur. De plus, la production est beaucoup plus difficile; car la spéculation rend les prix extrêmement volatiles. Ainsi, le problème de l'alimentation l'humanité est encore aggravée.

La spéculation sur les denrées alimentaires n'a aucun avantage économique. Elle apporte aux gros groupes financiers et aux commerçants en matières premières des bénéfices faramineux, mais c'est la société, en particulier les plus pauvres, qui paye pour cela. Les conséquences sont que des millions de personnes sont poussées vers la pauvreté, la famine et la mort. Voilà pourquoi nous voulons en finir avec ce marché et, enfin, interdire la spéculation sur les denrées alimentaires.

5 UNCTAD (2011)

6 Bichetti et al. (2013)

7 FAO (2011)

8 UNCTAD (2011)



6. Arguments en faveur de l'initiative contre la spéculation

... lutter contre la faim

La spéculation sur les biens alimentaires crée une bulle des prix et provoque la faim et la pauvreté

Les prix des quatre aliments principaux, le riz, le maïs, le blé et le soja, ont triplé entre 2005 et 2008. Pendant la crise des prix alimentaires de 2007-2008 dans les pays en développement, les prix à la consommation ont augmenté jusqu'à 40 %. Des hausses de prix aussi extrêmes n'ont plus rien à voir avec l'offre et la demande : c'est la conséquence des stratégies spéculatives de placement des grands groupes financiers, qui submergent le marché des liquidités. Si des prix sont annoncés à la hausse, tous les investisseurs achètent massivement le produit concerné, la demande augmente et les prix continuent ainsi à monter, créant une bulle. Depuis que les bourses de matières premières ont été ouvertes aux spéculateurs, la fluctuation des prix est devenue incontrôlable. Les bulles de prix, même « temporaire », provoquées par la spéculation menacent l'existence de millions d'individus qui dépensent 60 à 70 % de leurs revenus dans l'alimentation. Cette bulle spéculative des prix les contraints de vivre dans la pauvreté et la faim.

La sécurité alimentaire exige la stabilité des prix

La spéculation ne profite qu'aux grandes banques et aux multinationales. Près d'un milliard et demi d'individus vivent de la petite agriculture. Ces petits exploitants n'ont aucun moyen de couvrir leurs investissements par la bourse, car les taxes sont beaucoup trop élevées. La fluctuation des prix que provoque la spéculation rend leur gestion difficile et des investissements souvent nécessaires deviennent très risqués. L'investissement dans les produits financiers et les montagnes russes des prix spéculatifs empêchent l'agriculture de se moderniser. Si nous voulons atteindre la sécurité alimentaire, des prix stables et des investissements réels sont nécessaires.

... Stopper la spéculation

Le système économique a échoué, des règles sont nécessaires.

Les échanges de « futures » ont perdu leur fonction originelle de stabilisation des prix. Les prix des aliments sont maintenant déterminés par les spéculateurs qui ne cessent de provoquer des bulles des prix irrationnels et donc des crises alimentaires.

La politique néolibérale a échoué. Le système économique n'a pas répondu à son devoir, nourrir les populations. Par conséquent, il est maintenant temps de créer des règlements et des alternatives. Une première étape consiste à interdire la spéculation nuisible sur les denrées alimentaires.

Les spéculateurs ne créent pas de valeurs, ils ne servent que les groupes financiers.

La spéculation sur les matières alimentaires n'est pas la production de ces matières. Elle ne génère aucune marchandise réelle et ne contribue pas à résoudre le problème alimentaire mondial.

Même la stabilité des prix n'est pas assurée par la spéculation, comme on le prétend souvent, bien au contraire. A cause de la spéculation excessive, les prix n'ont plus rien à voir avec le concept d'offre et de demande. Les prix varient selon les caprices des spéculateurs.



La seule fonction de la spéculation est d'augmenter la fortune des super riches en pariant sur les prix, et ça marche. Déjà en 2007, le volume des « futures » négociés était 30 fois plus élevé que la production alimentaire réelle. À ce jour, le décalage s'est considérablement aggravé.

Les bénéfices des super-riches sont faits directement sur le dos des pauvres.

La richesse mondiale ne peut pas être répartie plus inégalement. Les plus riches n'investissent plus leurs argents dans l'économie réelle. Mais investissent dans le lucratif marché financier.

Les profits ainsi créés n'ont aucune vraie valeur, ils n'ont aucun fondement économique réel, mais sont uniquement basé sur la spéculation. Les spéculateurs financiers gagnent leur vie non pas en créant de la richesse pour la société, mais en accaparant une part toujours plus grande du gâteau.

La même chose s'applique pour le marché des matières premières qui est devenu, de facto, une partie du marché financier spéculatif.

Les spéculateurs entraînent les prix vers le haut, qui sont au final payés par les plus pauvres. Le système financier tel qu'il existe aujourd'hui, conduit à une redistribution des richesses du bas vers le haut et exacerbe les inégalités et les injustices de ce monde.

... Penser global, agir local

Les banques et les multinationales suisses sont très actives dans le commerce de la faim.

La Suisse, en tant que place financière et patrie de grandes maisons de la finance, est l'endroit adéquat pour interdire la spéculation. De nombreuses institutions financières et négociants en matières premières spéculent à l'aide de milliards sur la bourse.

Outre les instituts financiers, la Suisse accueille de nombreux commerçants en matières premières. Des entreprises actives à la fois en bourse et sur les marchés physiques ont un double intérêt à entreposer des marchandises et à spéculer à la hausse sur les prix : elles profitent d'une part de prix de vente élevés et d'autre part des bénéfices de la spéculation.

Nous participons tous et toutes à la spéculation, que nous le voulions ou non. Les banques placent notre épargne sur le marché des aliments. Il est donc temps de dénoncer ce mercantilisme abject et d'interdire la spéculation sur les biens alimentaires.

Certaines institutions financières ont déjà pris leurs responsabilités et sont sorties de ce marché, en particulier le Crédit Suisse et le fonds de l'AVS.

La Suisse peut s'engager sur le plan international pour interdire la spéculation sur les biens alimentaires

En interdisant la spéculation sur les biens alimentaire, la Suisse montrera qu'une régulation est non seulement nécessaire, mais aussi possible. En prenant les devants, notre pays servirait d'exemple et pourrait s'engager au niveau international pour que la spéculation sur les matières agricoles et les aliments soit efficacement combattue dans le monde entier.



7. Contre-arguments et questions

"La spéculation n'a aucun effet sur les prix, c'est les sécheresses, les inondations et d'autres facteurs naturels qui provoquent la fluctuation des prix."

Même, s'il est clair que les phénomènes naturels ont un effet sur le prix des aliments, la tendance des prix de ces dernières années ne peut être expliquée que par ces phénomènes. La spéculation exacerbe les variations naturelles des prix et crée des bulles financières. Prenez, par exemple, quand la tendance des prix sont à la hausse. Les spéculateurs investissent massivement de l'argent sur le marché. Cela augmente artificiellement la demande, et donc, entraîne une augmentation supplémentaire des prix. Les comportements grégaires des spéculateurs créent d'énormes bulles.

Les prix sur les marchés boursiers ont une influence directe sur le prix réel des produits alimentaires. Les producteurs se basent sur les cours des marchés pour fixer leurs prix. De plus, les bulles spéculatives sont une incitation supplémentaire, pour les producteurs, à réduire leurs offres. Les hausses des prix extrêmes, tels que celles de 2008, ne peuvent être expliquée par le système d'offre et de demande. La spéculation est la cause principale de ces augmentations.

"La production de biocarburants diminue l'offre et entraîne une augmentation des prix."

L'utilisation de matières premières agricole pour la création de biocarburants ne peut pas expliquer l'évolution récente des prix. Dans la 2ème partie de 2008, les prix des denrées alimentaires ont chutés de 70 %, alors même que la production de biocarburants atteignait de nouveaux records. En 2009, la hausse de production a continué, mais les prix sont restés stables.

En 2008, la banque mondiale a publié un rapport dans lequel elle blâmait les biocarburants pour la crise des prix des denrées alimentaires. Mais, en 2010, elle est revenue sur cette erreur et a confirmé que: les produits financiers, sur lesquels parient les spéculateurs, sont les principaux facteurs de hausse des prix.

"La demande croissante des pays émergents tirent les prix vers le haut."

Cette tendance est une réalité. Dans de plus en plus de pays en développements, la population peut se permettre de manger de la viande. Et, pour produire de la viande, il faut beaucoup de céréale.

Mais, jusqu'à présent, les pays émergents comme la Chine et l'Inde compensaient l'augmentation de la demande avec une augmentation de la production nationale. La banque mondiale dit dans un de ses rapports: "Nous n'avons aucune preuve que la soi-disant augmentation de la demande des pays émergeant a un quelconque effet sur les marchés des "futures".

"Les cours boursiers n'ont pas d'effet sur le prix réel des aliments."



Cet argument n'est pas tenable. Un agriculteur ne dispose que d'une seule source pour connaître la valeur de ses marchandises. Et cette source c'est les cours du marché international. C'est donc en conséquence qu'ils fixent leurs propres prix. Les prix des produits alimentaires "physiques" et la bourse sont donc étroitement liés. Et, l'agriculteur qui vendrait sa récolte à un prix inférieure au marché, verrait la différence atterrir dans les poches des intermédiaires. L'agriculteur ne veut donc pas vendre pour moins chers que le prix du marché. (Voir la section 3.3)

"A long termes, la spéculation n'entraîne pas les prix vers le haut."

Il y a des éléments clairs qui démontrent que la spéculation fait monter les prix à long terme. Et pire encore, la spéculation augmente les fluctuations de prix à court terme. La formation de bulles spéculatives est due à l'énorme volume d'investissement fait dans le marché de l'alimentaire. Les grandes fluctuations de prix qu'elles causent sont dévastatrices pour les plus pauvres.

Si vous dépensez 80% de votre revenu dans l'achat d'aliments, comme c'est le cas dans les pays en développements, des longues périodes où les prix sont anormalement haut vous mettent en danger, vous et votre famille. Comme la nourriture est essentielle, quand les paysans ont besoin d'argent, ils vendent leurs moyens de productions (par exemple leurs vaches laitières). Ils peuvent ainsi manger, malgré les prix de l'alimentaire élevé. Mais, quand les prix reviennent à la normale, ils n'ont plus leurs moyens de productions.

"La spéculation est un jeu à somme nulle, ce qu'un spéculateur gagne, un autre le perd."

La spéculation n'est pas un jeu à somme nulle, car elle influe grandement sur le prix des aliments. Si dans le marché des "futures" pour le blé à Chicago, 75% des négociants sont des spéculateurs, comme ce fut le cas en 2008, cela signifie que les prix suivent les caprices de ces personnes. Le comportement grégaire des spéculateurs et le fait de suivre les mêmes informations, peuvent faire augmenter en quelques mois le prix des céréales de 71%, puis quelques mois plus tard faire retomber les prix tout aussi rapidement. Dans ces conditions, on ne peut pas parler de jeu à somme nulle, mais d'un marché juteux au détriment des plus pauvres.

"Les liquidités que fournissent les spéculateurs sur les marchés est nécessaire pour que la stabilisation des prix fonctionne efficacement."

Les contrats purement spéculatifs, ce qui signifie de la spéculation entre les banques, ne permettent pas d'assurer les prix pour les producteurs, bien au contraire. L'extrême volatilité des prix, qui est causée par la spéculation, ne conduit qu'à une plus grande incertitude. En outre, le coût de la couverture, à cause de l'extrême fluctuation des prix, devient beaucoup trop élevé, particulièrement pour les petits producteurs. Ceux-ci ne peuvent plus se permettre cette couverture.

L'initiative prévoit de rendre la couverture des prix encore possible. Cela signifie que les banques peuvent aussi conclure des contrats de couvertures avec les commerçants et les producteurs (voir le texte de l'initiative). L'apport de liquidité nécessaire et la stabilisation des prix sont maintenus, seule la spéculation, qui n'a rien à voir avec la production réelle, est interdite.



"Ce sont les signaux d'une pénurie qui sont visible à travers la spéculation, nous ne pouvons rien y faire."

Il est souvent affirmé que la spéculation accomplit la tâche importante d'exprimer des informations sur les prix, de sorte que tous les acteurs du marché soient pleinement informés. Donc, il y a une véritable pénurie, et la spéculation l'aide à s'exprimer par une hausse des prix.

Cependant, cette affirmation n'est pas vraie. Au moins une partie des variations de prix sont dues au comportement grégaire des spéculateurs. D'énormes quantités de capitaux affluent dans certains produits dont les prix sont à la hausse. Ainsi, la demande est artificiellement augmentée, même si celle-ci n'est pas réelle, et les prix continuent de grimper. Ce montant est trop élevé pour être justifié par l'offre et la demande.

En effet, la spéculation n'est pas le résultat d'un traitement des informations disponibles. Mais un produit du comportement grégaire et irrationnel de spéculateurs désinformés.

"L'introduction d'une réglementation uniquement en Suisse ne peut pas résoudre le problème international."

Nous ne sommes pas les seuls à combattre la spéculation sur les biens alimentaires.

L'UE et les Etats-Unis cherchent déjà à réguler plus fortement le marché des matières premières.

Le départ de ce commerce vers l'étranger est peu probable. Les fonds de pension ne peuvent pas aller à l'étranger et pour les grandes banques devoir arrêter la "touche verte" de leurs activités, ne signifie pas devoir fermer tous leurs bureaux. La Suisse a d'autres cartes à jouer. Ainsi, il est non seulement possible, mais nécessaire que nous commencions, en Suisse, à interdire ce commerce répugnant.

"L'agriculture est sous-capitalisée, des investissements y sont nécessaires, en particulier dans les zones de famine."

La spéculation sur les biens alimentaires ne constitue pas un investissement dans la production réelle. Vous gagnez ou perdez des sommes énormes sans qu'un réel investissement ne soit réalisé dans le secteur agricole.

Au contraire, la spéculation déclenche des fluctuations de prix qui durent et qui rendent les investissements incertains. Des prix stables, plutôt que des bulles spéculatives sont nécessaires pour assurer la situation alimentaire mondiale

"L'initiative ne peut pas être mise en œuvre."

Il est important de comprendre que, lors de la mise en œuvre de l'initiative, seule la spéculation financière est interdite. Les couvertures de prix du marché réel restent possibles. La distinction n'est pas un problème. Elle est déjà pratiquée dans d'autres pays, notamment par les États-Unis. Mais, la limitation de position, comme pratiquée aux États-Unis, n'est pas suffisante. Il est possible d'obtenir des dérogations trop facilement. Il est donc questions de créer un mécanisme de contrôle qui garantisse que les spéculateurs ne touchent pas aux produits agricoles. Comme avec d'autres interdictions dans le secteur financier, ce qui ne représente pas un problème. La FINMA, par exemple, peut superviser ce contrôle.



"Des emplois seront perdus et l'économie suisse sera affaiblie"

La spéculation sur les denrées alimentaires n'est certainement pas une valeur ajoutée pour la Suisse. Elle ne crée pas de valeur réelle et fait des profits sur le dos des plus pauvres. Des profits qui n'enrichissent qu'une petite élite. Certaines banques et caisses de pensions, comme ABS et Publica, démontrent que sans la spéculation sur les denrées alimentaires, elles peuvent parfaitement s'en sortir. En outre, les réglementations aux États-Unis et l'Europe sont beaucoup plus restrictives qu'en Suisse et notre place financière ne doit pas devenir la Mecque des affameurs.

La crainte que les banques se déplacent à l'étranger est injustifiée. La place financière suisse est trop importante et a des avantages énormes qui dépassent de loin la spéculation sur les denrées alimentaires.



8. Le texte de l'initiative en détail

"Art. 98a Lutte contre la spéculation avec des matières premières agricoles et des produits alimentaires"

Le titre de l'article constitutionnel est une formalité, tout comme l'endroit précis de l'article dans la Constitution. Les deux ont été choisis sur la base de l'avis d'un juriste.

"1 La Confédération légifère sur la lutte contre la spéculation avec des matières premières agricoles et des produits alimentaires. Ce faisant, elle respecte les principes suivants :

a. Les banques, "

Tant les banques privées que cantonales

"les négociants en valeurs mobilières, "

Les négociants de titres et instruments financiers

"les assurances privées, "

les caisses de pensions privées également

"les fonds de placements collectifs de capitaux "

fonds d'investissements, sociétés d'investissements, etc.

"ainsi que toute personne chargée de leurs direction des affaires et de leurs gestion de fortune, "

Banques de dépôt, sociétés collectives en tant que directrices des opérations ou gérant de fortune, etc.

"les établissements d'assurances sociales "

Caisses de pension (2ème pilier, fonds AVS, etc.)

"et les autres investisseurs institutionnels "

Services des finances des grandes entreprises comme Nestlé, Novartis, etc.

"ainsi que les gestionnaires de fortune indépendants "

Gestionnaires de fortune, qui ne sont pas employés par les institutions citées ci-dessus.

"ayant leur siège ou une succursale en Suisse"

L'interdiction frappe les institutions citées qui ont leur siège ou une succursale en Suisse



"n'ont pas le droit d'investir dans des instruments financiers en lien avec des matières premières agricoles et des produits alimentaires, "

Un investissement dans des produits financiers se fait dans le but de réaliser un profit. Des contrats à termes (où un producteur conclut avec un acheteur un contrat de vente qui prévoit qu'à une date déterminée une quantité déterminée de produits est vendues à un prix déterminé) n'est pas un investissement, mais une protection en matière de prix. C'est pour cela que le terme "investir" englobe très bien la spéculation que nous voulons interdire.

Avec les termes "matières premières agricoles" et "produits alimentaires" peuvent être englobées toutes les matières premières. Nous empêchons ainsi que, par exemple, le riz qui a déjà subi une première étape de transformation ne soit plus considéré comme une matière première et qu'il échappe ainsi à l'interdiction. En même temps, le terme "matières premières agricoles" indique toutes les différentes typologies d'emploi de matières premières issues de la production agricole, comme le bioéthanol par exemple.

"et ce ni pour eux-mêmes, ni pour leur clientèle "

Avec cette formulation on couvre, tant la spéculation pratiquée par les institutions que par leurs clients

"et ni directement, ni indirectement. "

Ainsi est interdit non seulement la spéculation pratiquée directement, mais aussi celle déléguée à des filiales à l'étranger ou à d'autres tierces entreprises.

" Il en va de même pour la vente d'instruments financiers structurés de ce genre. "

Cette phrase précise de façon explicite les produits financiers structurés en relation avec les matières premières agricoles et les produits alimentaires. Par "instruments financiers structurés", on indique la possibilité offerte de combiner, au sein des types de placement, au moins deux produits de base. Il peut s'agir des instruments financiers de base suivants: actions, emprunts et opérations à terme. En référence à la spéculation sur les produits alimentaires, cela vaut en particulier pour les certificats de matières premières. Posséder un certificat de matières premières place l'investisseur sur la montée en valeur d'une matière première déterminée, sans qu'il doive lui-même l'acheter directement.

"b. Sont admis les contrats passés avec les producteurs et les marchands de matières premières agricoles et de produits alimentaires en vue de garantir la livraison de certaines quantités dans un délai ou à un prix déterminé. "

Cette formule est une précision du contenu du paragraphe précédent. Nous spécifions ainsi que les protections des prix et des échéances lors de transactions réelles de produits ne tombent pas sous la formulation "investissement dans les instruments financiers". Ceci n'est donc pas une réglementation d'exception, mais seulement une clarification.

"² La Confédération veille à une exécution efficace des dispositions. Ce faisant, elle respecte les principes suivants: "



Pour que l'interdiction soit imposée, la Confédération doit mettre en place des peines efficaces. Afin de restreindre la marge de manœuvre, nous posons quelques principes de base

"a. *La surveillance, la poursuite et le jugement pénal appartiennent aux autorités fédérales.* "

Nous exigeons que la totalité de la surveillance du respect de l'interdiction, ainsi que sa mise en vigueur soit effectuée par la Confédération. Nous empêchons ainsi que son application soit partagée entre les cantons, qui souvent n'ont pas les ressources nécessaires pour appliquer efficacement une telle disposition.

"b. *Les entreprises fautives peuvent, sans égard à un manque d'organisation éventuel, être sanctionnées directement.* "

Actuellement, les entreprises ne peuvent être condamnées que si, pour délit dû à une mauvaise gestion de l'entreprise, aucune personne ne peut être directement imputée avec certitude. Dans la plupart des cas, l'imputation est rendue impossible, car les manquements dans l'organisation sont difficiles à prouver. Par le biais de cette formulation nous insérons dans la Constitution que les entreprises peuvent être condamnées directement, même sans qu'il y ait des manquements avérés dans la gestion du personnel. Elles ne peuvent donc pas utiliser leurs employés comme boucs émissaires.

¹³ *La Confédération s'engage au niveau international pour une lutte efficace à l'échelle mondiale contre la spéculation avec des matières premières agricoles et des produits alimentaires.* "

La Suisse doit également s'engager pour que la spéculation ne soit pas interdite seulement chez nous, mais aussi ailleurs dans le monde.

" II. *Les dispositions transitoires de la Constitution fédérale sont modifiées comme suit:*

Art. 197, ch. 9 (nouveau)

8. Disposition transitoire ad art. 98a (Lutte contre la spéculation avec des matières premières agricoles et des produits alimentaires)

Si les dispositions légales n'entrent pas en vigueur dans les trois ans suivant l'acceptation de l'art. 98a par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral édicte les dispositions nécessaires sous la forme d'une ordonnance ; ces dispositions ont effet jusqu'à l'entrée en vigueur des dispositions légales correspondantes. "

Les dispositions transitoires permettent d'obliger le Parlement à faire rentrer en vigueur le principe constitutionnel. Elles fixent les délais et la forme de la mise en vigueur de l'interdiction. Cette phrase finale donne au Parlement un délai relativement court. S'il n'est pas respecté, le Conseil Fédérale doit adopter un décret d'exécution.



Sources

- Bichetti et al. (2013): Quantification of the High Level of Endogeneity and of Structural Regime Shifts in Commodity Markets. Available at: <http://ssrn.com/abstract=2237392>, eingesehen am 22.05.2015.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Mangelernährung – der versteckte Hunger. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/basiswissen/hunger_fakten_hintergruende/was_ist_hunger/mangelernaehrung_der_versteckte_hunger/index.html, eingesehen am: 22.05.2015.
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (2013): Grundlagenbericht Rohstoffe. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat. <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Food and Agriculture Organization: The State of Food and Agriculture 2010-2011. <http://ssrn.com/abstract=2237392>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Food and Agriculture Organization (2014): The state of food insecurity in the world. <http://www.fao.org/3/a-i4030e.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.
- Foodwatch (2011): Die Hungermacher. https://www.foodwatch.org/uploads/media/foodwatch-Report_Die_Hungermacher_Okt-2011_ger_02.pdf, eingesehen am: 22.05.2015.
- Markus Mugglin (2014): Nahrungsmittelspekulation – (K)ein Problem? Studie von Markus Mugglin im Auftrag von Alliance Sud. http://www.alliancesud.ch/de/publikationen/downloads/Studie_Nahrungsmittel_DE_2014-02-24.pdf, eingesehen am: 22.05.2015.
- UNCTAD (2011): Price Formation in Financialized Commodity Markets – The Role of Information.
- Wirtschaft und Sozialrat der Vereinten Nationen (1999): Sachfragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche und Soziale Rechte. <http://www.un.org/Depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf>, eingesehen am: 22.05.2015.



Argumentarium

gegen die JUSO-Spekulationsinitiative

Die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» der Jungsozialisten (JUSO) kommt am 28. Februar 2016 zur Abstimmung. Sie will das weltweite Hungerproblem bekämpfen, indem sie allen Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz verbietet, in Produkte auf Terminmärkten zu investieren, die sich auf Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen. Es sei denn, sie sichern damit ihr Kerngeschäft ab. Die Schweizer Wirtschaft lehnt die Vorlage ab, denn sie ist ...

kontraproduktiv

Weltweit gibt es zahlreiche Terminbörsen, an denen Verträge über Agrarrohstoffe gehandelt werden. Keine davon steht in der Schweiz, keine wird ihre Handelsregeln einer JUSO-Initiative anpassen. Doch auch ein weltweites Verbot wäre unsinnig, ja sogar kontraproduktiv. Denn auf dem Terminmarkt können Bauern, Nahrungsmittelproduzenten und Händler ihre Risiken absichern. Das ist aber nur möglich, wenn ausreichend Liquidität an den Börsen vorhanden ist – diese stellen Finanzakteure zur Verfügung. Verbietet man solche Investitionen oder erschwert sie, können sich die anderen Marktteilnehmer nicht mehr ausreichend absichern. Das erschwert den Produzenten die Planung, erhöht ihr Risiko und führt darum langfristig zu höheren Preisen.

wirkungslos

Der Hunger in der Welt ist eine grosse Herausforderung. Gerade deshalb ist es problematisch, den Fokus auf die falschen Schauplätze zu lenken: Investitionen an Terminbörsen haben nichts zu tun mit hohen Nahrungsmittelpreisen auf regionalen Märkten – das geht aus der Wissenschaft klar hervor. Die Preise werden vom lokalen Angebot und der Nachfrage vor Ort gebildet. Dürren, ein Anstieg der Treibstoffpreise, hohe Agrarzölle oder Exportbeschränkungen haben einen nachweisbaren Einfluss, nicht aber die Rohstoffspekulation.

bürokratisch

Die JUSO-Initiative zwingt die Schweiz, eine zusätzliche staatliche Aufsichtsbehörde zu schaffen. Diese müsste kontrollieren, mit wem und warum Unternehmen Terminkontrakte über Mais, Weizen oder Kaffeebohnen abschliessen. Das benötigt nicht nur beim Bund zusätzliches Personal, sondern auch bei den betroffenen Unternehmen. Diese aufgeblähte Bürokratie kostet Steuergelder und schwächt die Schweizer Firmen im Wettbewerb mit der internationalen Konkurrenz.

schädlich

Die Initiative bewirkt einen massiven Einschnitt in die Wirtschaftsfreiheit, obwohl die JUSO keinen seriösen Nachweis erbringen können, dass damit ein reales Problem gelöst wird. Beschliesst die Schweiz im Alleingang ein weltweit einmaliges Verbot ohne irgendeinen Nutzen, führt das zu grosser Unsicherheit. Die direkt betroffenen Firmen würden ihren Standort ins Ausland verlagern, womit der Schweiz wichtige Steuereinnahmen verloren gingen. Und andere Investoren stellen sich bei einer Annahme verständlicherweise die Frage, ob künftig weitere Verbote mit derselben Argumentation erlassen werden. Unter diesen Bedingungen investiert niemand. Die Schweiz würde Wohlstand und Arbeitsplätze einbüssen.

*Kontakt: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
info@economiesuisse.ch*

Inhalt

Was die JUSO-Spekulationsinitiative will	3
Zu starke Regulierung ist kontraproduktiv	4
Ohne Wirkung gegen den Hunger	5
Mehr Bürokratie lähmt die Unternehmen	9
Schädlich für den Standort Schweiz	11
Häufige Fragen und Behauptungen	12

Was die JUSO-Spekulationsinitiative will

Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» wurde von den JUSO im März 2014 eingereicht. Sie verfolgt das Ziel, Finanzmarktakteure aus den Terminmärkten für Agrarrohstoffe auszuschliessen. Es sei denn, ein Handel wird nachgewiesenermassen mit einem Händler oder Produzenten abgeschlossen, der seine Ware absichern will (sogenanntes hedgen). Die Initiative ist unter dem Eindruck der hohen Nahrungsmittelpreise der Jahre 2007/2008 und 2010/2011 entstanden. Ihre Urheber gehen davon aus, dass Finanzakteure (indexbasierte Fonds usw.) herdengeleitet die Preise auf den Terminmärkten in die Höhe treiben oder stark sinken lassen und deshalb eine der Hauptursachen sind für die immer wieder auftretenden Hungersnöte in Entwicklungsländern. Die Schweiz als Standort vieler Rohstoffhandelsunternehmen soll hier mit einem rigorosen Verbot vorangehen und sich in internationalen Gremien für ein weltweites Verbot einsetzen.

Der Initiativtext im Wortlaut

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 98a (neu) Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln

¹ Der Bund erlässt Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln. Dabei hält er sich an folgende Grundsätze:

a. Banken, Effekthändler, Privatversicherungen, kollektive Kapitalanlagen und ihre mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung befassten Personen, Einrichtungen der Sozialversicherung und andere institutionelle Anleger und unabhängige Vermögensverwalter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz dürfen weder für sich noch für ihre Kundschaft und weder direkt noch indirekt in Finanzinstrumente investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Dasselbe gilt für den Verkauf entsprechender strukturierter Produkte.

b. Zulässig sind Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen.

² Der Bund sorgt für einen wirksamen Vollzug der Vorschriften. Dabei beachtet er folgende Grundsätze:

a. Aufsicht sowie Strafverfolgung und -beurteilung sind Sache des Bundes.

b. Fehlbare Unternehmen können unabhängig von Organisationsmängeln direkt bestraft werden.

³ Der Bund setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 98a (Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln)

Treten innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Artikel 98a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

Zu starke Regulierung ist kontraproduktiv

Börsen helfen Entwicklungsländern beim Wachstum

Der Terminmarkt hat eine wichtige Funktion: Er erlaubt es Nahrungsmittelproduzenten wie Bauern, ihre Ernten abzusichern. Damit das funktioniert, braucht es Liquidität: Geld, das Investoren bereitstellen. Diese übernehmen damit Risiken. Mit anderen Worten: An den Terminbörsen braucht es Spekulanten. Wie wertvoll Börsen grundsätzlich sind, zeigt das Beispiel Äthiopien, eines der ärmsten Länder der Welt. Hier entstand 2008 eine Börse, zunächst nur für Kaffee. Fünf Jahre später sicherten sich an dieser Börse bereits 2,4 Millionen Kleinbauern ab, mittlerweile werden hier auch Weizen, Sesam, Bohnen und Mais gehandelt. Die Börse ist ein voller Erfolg. Damit dieser weitergeführt werden kann und Bauern sich über längere Perioden absichern können, soll in Äthiopien auch eine Terminbörse entstehen. Entsprechend sucht die Afrikanische Entwicklungsbank händeringend nach Finanzakteuren, die in solche Börsen investieren.¹

«Wer Absicherungsgeschäfte tätigt, profitiert davon, wenn eine Börse auch Spekulanten anzieht.»

African Development Bank

Überregulierung schadet den Entwicklungsländern

Was passiert, wenn der Staat zu stark in die Terminmärkte eingreift, zeigt sich in Indien: Hier hat die Verwaltung diesen Handel so sehr eingeschränkt und mit Auflagen versehen, dass er enorm beeinträchtigt wird. Zwar hätte Indien grosses Potenzial für Produktion und Handel, nur kann dieses aufgrund der Überregulierung nur bedingt genutzt werden. Hunger ist weltweit ein grosses Problem – genau deswegen sollte die Diskussion nicht auf falschen Schauplätzen geführt und so von wirkungsvollen Massnahmen weggelenkt werden. **Einschränkungen des Terminmarktes helfen niemandem – hingegen hat der Aufbau von Börsen grosse Erfolge verzeichnet.** Da Nahrungsmittelpreise durch Angebot und Nachfrage auf dem Basismarkt bestimmt werden, müssen Hilfsmassnahmen hier greifen. Entwicklungsländer brauchen eine bessere Infrastruktur, damit die Nahrungsmittel effizient transportiert und sicher gelagert werden können. Die lokalen Produzenten, meistens Kleinbauern, müssen in ihrer Ausbildung unterstützt werden und ihre Bewässerungsanlagen verbessern können, um den Ernteertrag zu erhöhen.² Viele arme Länder müssen heute Lebensmittel importieren, weil die lokalen Produzenten diese nicht selbst anbieten können. Wenn Exportländer ihre Ausfuhren einschränken, steigen die Preise – das trifft Importländer besonders hart. Deshalb müssen internationale Bemühungen darauf abzielen, solche Handelsbeschränkungen zu beseitigen.

¹ Guidebook on African Commodity and Derivatives Exchanges, S. 58. Dazu Zitat S. 15: «However, while a commodity exchange helps improve the conditions of physical trade, it requires certain minimum conditions in order to reach critical mass. These conditions broadly fall in the following areas: [...] sufficiently large group of speculators.»

² Die Schweiz ist hier bereits aktiv: In ihrer Entwicklungszusammenarbeit ist Landwirtschaft und Ernährungssicherheit eines von neun Themen für den Rahmenkredit «Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern 2013–2016» und wird zudem spezifisch durch ein Globalprogramm «Ernährungssicherheit» angegangen.

Ohne Wirkung gegen den Hunger

Was beeinflusst die Nahrungsmittelpreise?

Finanzmarktakteure investieren in Terminmärkten – also nicht in den Basismärkten, wo die realen Güter tatsächlich den Besitzer wechseln. Auf den Basismärkten werden die Nahrungsmittelpreise festgelegt. Sie werden beeinflusst durch:

Angebot	Nachfrage
<ul style="list-style-type: none"> – Produktions- und Transportkosten (z. B. Treibstoffpreise) – Handelsbarrieren – Wetter (Ernteauffälle) – Politische Massnahmen (z. B. Subventionen) – Konflikte – Infrastruktur – Lager 	<ul style="list-style-type: none"> – Bevölkerungswachstum – Wohlstandsvermehrung – Handelsbarrieren – Alternative Verwendungsmöglichkeiten (z. B. Treibstoffe)

Nahrungsmittelpreise hängen generell stark von der Nachfrage ab: Wenn auf der Welt immer mehr Menschen immer mehr Nahrungsmittel konsumieren und das Angebot nicht nachkommt, steigen die Preise. Hinzu kommen auf der Angebotsseite unvorhersehbare Ereignisse wie Dürren, Unwetter oder Brände, die Ernten vernichten und zu Verknappung führen. Auch Konflikte beeinflussen die Preise: Der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste liess 2004 die Kakaopreise stark ansteigen, der Ukraine Konflikt wirkte sich 2014 auf die Weizenpreise aus. Zudem kann die nationale Politik gewisser Länder Nahrungsmittel stark verteuern: Wenn Staaten wie die USA Biodiesel oder die EU Bioethanol subventionieren, führt das dazu, dass Mais beziehungsweise Weizen nicht als Nahrungsmittel auf dem Teller, sondern als Kraftstoff in den Tanks von Fahrzeugen landen. Exportbeschränkungen grosser Nahrungsmittelproduzenten haben ebenfalls einen Einfluss auf die Weltpreise. Ausserdem zeigt sich immer wieder, wie stark der Ölpreis auf die Preise für Nahrungsmittel durchschlägt. Ein grosser Teil der variablen Produktions- und Transportkosten wird dadurch sehr direkt beeinflusst (siehe auch Seite 7, Abbildung 2).

Der Unterschied zwischen Termin- und Basismarkt

Die Initiative erweckt den Eindruck, dass Finanzakteure, die Termingeschäfte abschliessen, direkt auf dem Basismarkt in den Handel eingreifen. Das ist falsch. Sie handeln vielmehr mit Verträgen, die künftige Lieferungen absichern und spekulieren darauf, ob diese in Zukunft mehr oder weniger wert sein werden. Die tatsächlichen, aktuellen Preise werden aber auf dem Basismarkt festgelegt.

<p>Basismarkt (Jetzt)</p> <p>Akteure: Händler, Produzenten, Konsumenten</p> <p>Ware: Rohwaren wie Nahrungsmittel</p> <p>Nahrungsmittelpreise werden hier bestimmt!</p>	<p>Terminmarkt (Zukunft)</p> <p>Akteure: Händler, Produzenten, Finanzakteure</p> <p>Ware: Verträge über künftige Lieferungen</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zeit 

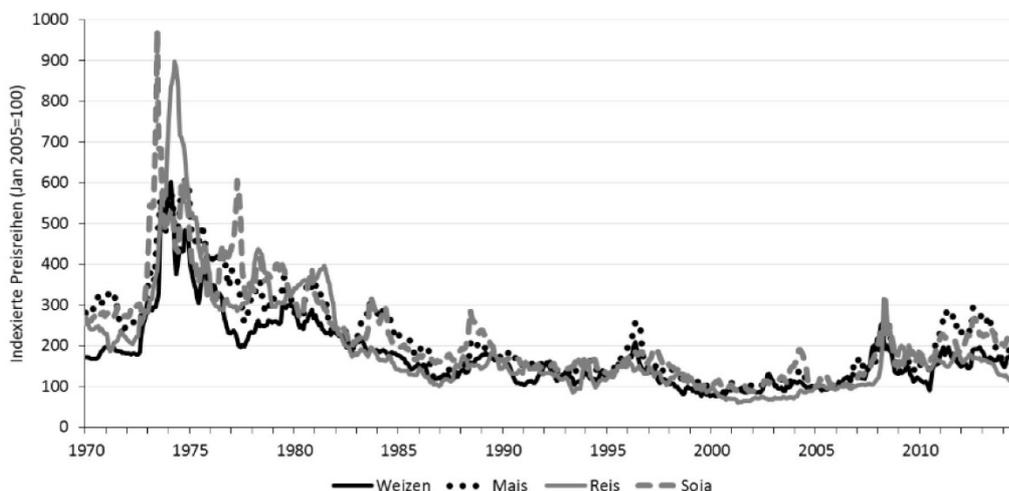
Beeinflussen die Weltmarktpreise jene in den ärmsten Regionen?

Für die Bewertung der JUSO-Initiative ist zwar wichtig zu wissen, ob Spekulation die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe beeinflussen kann. Ebenso wichtig ist aber die Frage, ob die Weltmarktpreise für den regionalen Handel in den Entwicklungsländern überhaupt eine Rolle spielen. Die Antwort lautet: kaum. Die Weltmarktpreise drücken laut der UNO nur sehr schwach auf die lokalen Preise in diesen Gebieten durch.³ Vielmehr werden die Preise von lokalen Faktoren geprägt. Hier kommt zum Beispiel der Infrastruktur eine gewichtige Rolle zu. In viele arme Regionen führen oft keine richtigen Strassen, sodass keine Lastwagen Nahrungsmittel dorthin bringen und verteilen können.⁴ Hingegen trifft es zu, dass die ärmsten Länder der Welt oft Nahrungsmittel importieren müssen, da sie diese nicht selbst in der gebrauchten Menge herstellen können. Gerade deshalb trifft es diese Länder besonders hart, wenn in anderen Staaten die Ausfuhr von Lebensmitteln beschränkt wird.

Spekulation stabilisiert Terminpreise für Nahrungsmittel

Seit der Jahrtausendwende hat die sogenannte Finanzialisierung der Terminmärkte stark zugenommen. Das bedeutet, dass am Markt immer mehr Finanzakteure teilnehmen, die von den Händlern und Produzenten unterschieden werden. Dazu gehören Banken, Fonds, Pensionskassen und weitere Investoren. Oft wird behauptet, dass die Preise seither viel stärker schwanken, also volatil geworden sind. Bereits auf den ersten Blick lässt sich diese Behauptung widerlegen: Die inflationsbereinigten Preise zeigen eindeutig, dass die Preisentwicklung der vergangenen Jahre nicht besonders instabil war. Im Gegenteil: **In den Epochen ohne Finanzialisierung haben sich die Preise stärker bewegt, und sie sind seit 2008 in der Tendenz eher sinkend.** Zurzeit sind sie sogar ausgesprochen tief, obwohl die Finanzakteure unverändert investieren.

Abbildung 1: Inflationsbereinigte Nahrungsmittelpreise im langfristigen Vergleich



Quelle: Botschaft des Bundesrats zur Initiative.

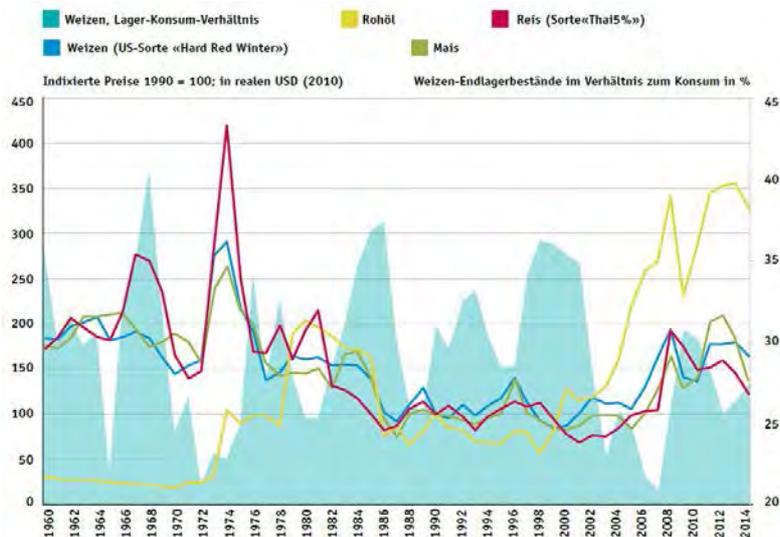
Theoretisch wäre es denkbar, dass Preisentwicklungen auf den Terminmärkten sich auch auf den Basismärkten und somit auf die Nahrungsmittelpreise niederschlagen. Die Lager sind allerdings die einzige Verbindung zwischen den beiden Handelsplätzen. Hätte, wie die Initianten behaupten, die Spekulation auf den Terminmärkten 2007/2008 zu höheren Preisen geführt, dann hätte sich

³ <http://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/fr/>

⁴ Baffes, John / Kshirsagar, Varun / Mitchell, Donald (2015): What drives local food prices? Evidence from the Tanzanian maize market. Policy Research working paper Nr. WPS 7338. Washington, D.C., World Bank Group. <http://bit.ly/1Q8vZZs> / <http://bit.ly/1SlptOm>

das auf den Basismärkten nur dann niederschlagen können, wenn die Lagerbestände hoch gewesen wären.⁵ Allerdings waren diese gerade Mitte 2007 historisch tief, was letztlich zu einem knappen Angebot und den hohen Preisen geführt hat.

Abbildung 2: Indexierte Öl-, Reis-, Mais- und Weizenpreise und Endlagerbestände im Verhältnis zum Konsum bei Weizen



Quelle: Schlupe Campo & Aerni (2015).

«Beim Mais haben rund 65 Prozent der variablen Kosten direkt oder indirekt mit dem Energiemarkt zu tun. Das sind Stickstoffdüngemittel, Pestizide, Diesel und Schmierstoffe.»

Josef Schmidhuber, Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)

Die Wissenschaft zeigt: Spekulation beeinflusst die realen Preise nicht

Verschiedene Studien wurden über die Wirkung von Finanzmarktinvestitionen auf die Nahrungsmittelpreise veröffentlicht: Nicht alle davon genügen wissenschaftlichen Kriterien und sind unabhängig. In ihrer aktuellen Metastudie haben Prof. Yvonne Seiler-Zimmermann von der Hochschule Luzern, Prof. Heinz Zimmermann und Dr. Marco Haase vom Institut für Finanzmarkttheorie der Universität Basel 100 wissenschaftliche Arbeiten und über 130 Studien zusammengetragen und ausgewertet. Sie halten fest:

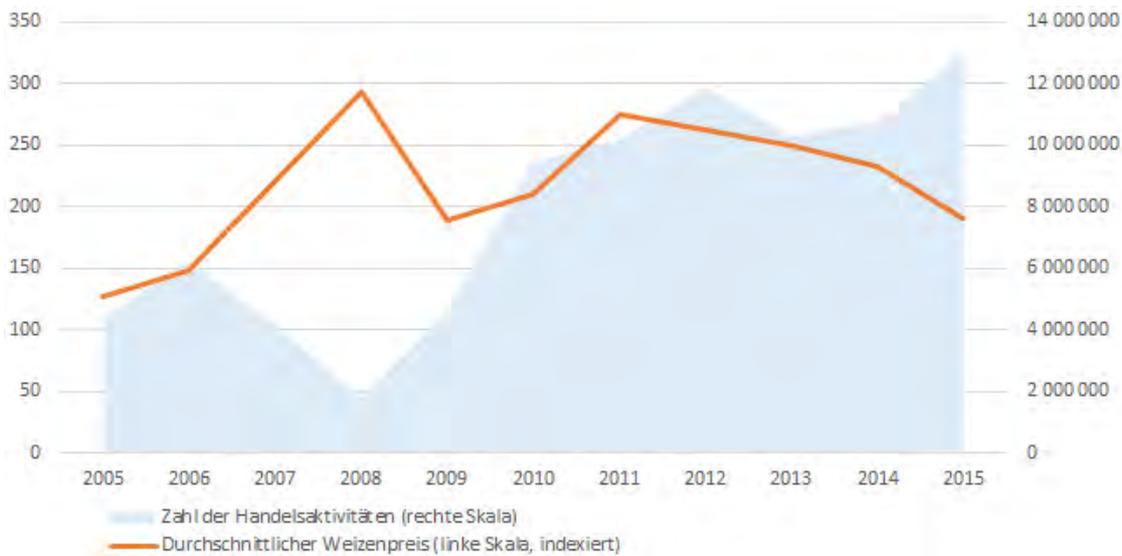
- **In 79 Prozent jener Studien, die als wissenschaftlich seriös eingestuft werden können, finden sich keine oder sogar preisdämpfende Effekte der Spekulation auf die Preise für Agrarrohstoffe.**
- Bei den Grundnahrungsmitteln Mais, Zucker und Weizen stabilisiert sie die Preise.
- Bei gewissen nicht Grundnahrungsmitteln wie Lebewiehe, Schweinebäuchen und Kaffee kann die Spekulation zu stärkeren Preisschwankungen führen – der nachweisbare Effekt ist aber äusserst schwach.

Diese Ergebnisse haben die Autorin und die Autoren mit eigenen, umfassenden Berechnungen bestätigt. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch das Beispiel Reis: Für dieses Grundnahrungsmittel gibt es keine Terminbörse, an der Finanzmarktakteure stark investieren. Die Ter-

⁵ Insgesamt müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Die Lagerkapazitäten müssen ausreichen, das Gut muss lagerbar sein und es muss eine genug grosse Differenz zwischen Termin- und Basispreisen bestehen. Die letzten beiden Bedingungen waren 2008/2009 erfüllt, die erste nicht.

minbörsen für Reis haben somit keine sogenannte Finanzialisierung erfahren. Trotzdem – oder wahrscheinlich gerade aus diesem Grund – waren die Preisausschläge beim Reis in den Krisenjahren stärker als bei den anderen Nahrungsmitteln. Allein diese Tatsache illustriert, dass der Einfluss der Finanzspekulation auf die Preisbildung durch die JUSO masslos überzeichnet wird. Auch das Beispiel Weizen, für den ein grosser Terminmarkt besteht, unterstreicht diesen Befund: Die Handelsaktivitäten haben seit 2013 klar zugenommen, während die Preise deutlich gesunken sind.

Abbildung 3: Indexierter Weizenpreis und Zahl der Termingeschäfte auf Weizen



Quelle: FAO (Preise), CME Group (Handelsaktivitäten).

«Finanzinvestoren leisten einen wichtigen Beitrag zur Liquidität von Märkten für Rohstoffderivate und sorgen dafür, dass Rohstoffhändler bei Bedarf eine Gegenpartei finden.»

Interdepartementaler Grundlagenbericht Rohstoffe 2013

Je mehr Akteure auf dem Markt, desto schwieriger ist Manipulation

Mit illegalen Mitteln den Preis auf einem Markt beeinflussen – also manipulieren – kann nur, wer auf diesem Markt eine monopolähnliche Stellung hat. Wenn sich an einer Terminbörse viele Akteure tummeln, kann niemand den Preis nach oben treiben, weil die Gegenpartei dann ein günstigeres Konkurrenzangebot bevorzugen würde. **Umso unverständlicher ist es, dass die JUSO die Zahl der Marktteilnehmer mit ihrer Initiative drastisch einschränken wollen. Sie leisten damit – wenn auch unbeabsichtigt – möglichen Preismanipulationen Vorschub.**

Spekulation ist nicht Manipulation

In der Diskussion um die JUSO-Initiative wird immer wieder der Vorwurf laut, Investoren würden die Preise von Grundnahrungsmitteln gezielt in die Höhe treiben. Das ist erstens sachlich falsch (siehe oben). Und zweitens würde es sich dann nicht um Spekulation, sondern um Manipulation handeln. Ein Spekulant geht ein Risiko ein, indem er darauf hofft, dass der Preis eines Rohstoffs sich zu seinen Gunsten verändert. Für dieses Geschäft braucht er eine Gegenpartei, die etwas anderes erwartet. Wer hingegen manipuliert, kann den Preis zu seinen Gunsten beeinflussen, indem er beispielsweise ein Monopol ausnutzt. Er bereichert sich auf Kosten anderer, ohne selbst ein Preisrisiko einzugehen. Gegen solche Marktmanipulationen sind bereits heute gesetzliche Bestimmungen vorhanden: Im Rahmen des neuen Finanzinfrastrukturgesetzes (FinfraG) hat der Bundesrat die Kompetenz erhalten, Positionslimiten einzuführen.

Mehr Bürokratie lähmt die Unternehmen

Unbrauchbare Ausnahmeregel kommt einem Totalverbot gleich

Die JUSO-Initiative verbietet es den Finanzakteuren, auf dem Terminmarkt zu investieren. Zwar gibt es eine Ausnahmeregel: Sie dürfen den Handel dann abschliessen, wenn sie nachweisen können, dass die Gegenpartei ein Produzent oder Händler ist, der seine Rohwaren absichern will (hedging). Doch in der Realität ist diese Bedingung nicht zu erfüllen, denn an den Terminbörsen ist das Geschäft anonymisiert, Finanzakteure kennen die Gegenpartei und deren Absichten nie. **Diese Transaktionen finden ausnahmslos an ausländischen Terminbörsen statt, aus diesem Grund kann eine Schweizer Regulierung hier nichts bewirken.** Die Börse in Chicago lässt sich vom Bundesrat nicht vorschreiben, wie sie ihren Handel zu organisieren hat. Folglich müsste die Schweiz den inländischen Finanzakteuren solche Investitionen komplett verbieten. Laut konservativen Schätzungen investieren Schweizer Fonds zwischen 6 und 7 Milliarden Franken in Agrar-derivate. Bei Pensionskassen dürfte es sich um etwa 3 bis 4 Milliarden Franken handeln. Zum Umfang zusätzlicher Investitionen in strukturierte Produkte liegen keine Zahlen vor. Auf den ersten Blick wirken diese Summen nicht sonderlich hoch. Allerdings sind diese Anlagen besonders gut geeignet, um Risiken zu diversifizieren. Diese Risikoverteilung ist ein wichtiger Bestandteil vieler Anlagestrategien. Mit der Initiative fällt diese Möglichkeit weg – Schweizer Finanzakteure hätten somit einen erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihrer internationalen Konkurrenz.

Nachweispflicht mit riesigem Aufwand verbunden

Die Initiative trifft aber nicht nur Finanzinvestoren, sondern auch Nahrungsmittelproduzenten und -händler. Die JUSO möchten diesen nur noch erlauben, Verträge auf den Terminmärkten einzugehen, wenn diese ausschliesslich der terminlichen und preislichen Absicherung dienen. Diese Idee verkennt die Realität im Geschäftsalltag. Damit Produzenten und Händler ihre Lieferungen absichern können, schliessen sie oft eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Verträge an mehreren Börsen ab – keine davon liegt in der Schweiz. **Müssen sie nun jeden einzelnen dieser Verträge einer Schweizer Kontrollbehörde vorweisen und darlegen, dass sie diese Verträge nur für das Hedging abgeschlossen haben und welche spezifische Lieferung damit abgesichert wird, führt das zu massiven Bürokratiekosten.** Es fallen möglicherweise gar Geschäftstätigkeiten ganz weg, weil es in komplexen Hedging-Strategien schlicht nicht möglich ist, jeden einzelnen Vertrag einer ganz bestimmten Lieferung zuzuweisen. Diese Umsetzungsprobleme werden bei einer Annahme der Initiative auch bei den Nahrungsmittelproduzenten und -händlern (den Hedgern) zu grosser Unsicherheit und zur Abwanderung vieler Unternehmen führen. Das hemmt Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze in der Schweiz.

Eine saubere Trennung von Hedging und Spekulation ist unmöglich

Bei der Umsetzung der Initiative müsste der Staat festlegen, was künftig als «gutes Hedging» und was als «böse Spekulation» gelten soll. Diese Trennung ist enorm schwierig oder gar unmöglich und führt auch im Ausland zu grossen Problemen. Es ist mit ein Grund dafür, weshalb die USA zurzeit ihre Regeln bei den Positionslimiten (die der Bundesrat in der Schweiz ebenfalls einführen kann) überarbeiten – wobei hier angemerkt werden muss, dass es in den USA um die Verhinderung von Manipulation geht und sicher nicht um ein Verbot der Spekulation. Denn schon 1905 hat in Amerika ein Richter des höchsten Gerichts festgelegt, dass sämtliche Transaktionen an den Terminmärkten einen Nutzen haben, selbst wenn es nie zu einer physischen Lieferung kommt.⁶ Selbst in den USA ist eine Regulierung in diesem Bereich also problematisch, obwohl in Chicago eine der weltgrössten Terminbörsen für Agrarrohstoffe steht und somit sehr viel Erfahrung und Expertise vorhanden ist. Wie soll die Schweiz ohne einen solchen Handelsplatz und ohne ent-

⁶ supreme.justia.com/cases/federal/us/198/236/case.html

sprechendes Know-how eine noch viel weitergehende Regulierung umsetzen? Müssten Schweizer Unternehmen nebst den Auflagen an den ausländischen Börsen künftig auch noch abweichende Bestimmungen in der Schweiz erfüllen, können sie manche Geschäfte gar nicht mehr abwickeln – ein grosser Wettbewerbsnachteil.

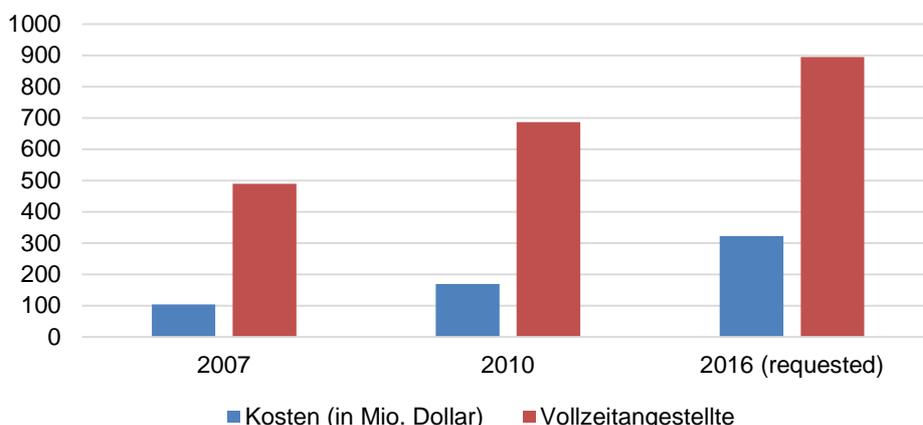
Steuereinnahmen, Know-how und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Die Schweiz hat eine jahrhundertealte Tradition im Rohstoffhandel. Eine Firma wie der Winterthurer Baumwollhändler Reinhart AG ist seit 1788 in diesem Markt tätig. In dieser langen Zeit konnte die Schweiz ein international einmaliges Know-how über die Rohwarenindustrie aufbauen. Diese Erfolgsgeschichte wird durch die Initiative gefährdet. Denn die angesprochenen Nachteile könnten dazu führen, dass die Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie, der Finanzbranche oder des Handels die entsprechende Geschäftstätigkeit auslagern oder einstellen müssten. Dadurch ginge der Schweiz nebst den Arbeitsplätzen auch viel Know-how verloren. Insbesondere im Rohstoffhandel steht viel auf dem Spiel: Die Unternehmen können aus steuertechnischen Gründen den Handel auf den Basismärkten und jenen auf den Terminmärkten nicht trennen. Werden sie aufgrund der Überregulierung gezwungen, den Terminhandel auszulagern, dann müssen sie der Schweiz ganz den Rücken kehren. Der Wirtschaftsstandort verliert so auch die Chance, auf dem bestehenden Wissen und Können aufzubauen und sich künftig in diesem Bereich weiter zu verstärken. **Bereits heute hängen hierzulande vom Rohstoffhandel 3,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) und direkt bis zu 12'000 Arbeitsplätze ab.** Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Branche ist somit äusserst hoch. Im Kanton Zug steuert sie 20 Prozent der Einnahmen aus den Bundessteuern bei, im Kanton Genf zahlen die Rohstofffirmen rund 18 Prozent der kantonalen Unternehmenssteuern. Doch nicht nur diese Regionen, sondern die ganze Schweiz wäre betroffen. Verlassen diese Firmen die Schweiz, dann hat das auch erhebliche Auswirkungen auf den nationalen Finanzausgleich (NFA). Die Kantone Zug und Genf gehören heute zu den grössten Nettozahlern.

Eine neue Behörde, bezahlt mit Steuergeldern

Wie oben erwähnt, muss der Staat nach einem Ja zur Initiative eine neue Behörde aufbauen, die bei Schweizer Unternehmen jeden einzelnen Terminkontrakt darauf prüft, ob es sich um «gutes Hedging» handelt. Solche Kontrollen sind aufwendig, insbesondere wenn keine Erfahrung vorliegt – was in der Schweiz der Fall ist, da es hier keine Börse für Rohstoffkontrakte gibt. Es wäre ein erster Schritt hin zu einer eigentlichen Rohstoffmarktaufsicht, die von wirtschaftskritischen Kreisen oft gefordert wird. Einmal geschaffen, weiten Behörden erfahrungsgemäss Budget, Kompetenzen und Personal stetig aus. So hat zum Beispiel auch die US-Terminmarktaufsicht CFTC ihr Budget innerhalb von neun Jahren massiv ausgebaut.

Abbildung 3: Kosten- und Personalentwicklung der CFTC



Quelle: Annual Reports der CFTC.

Schädlich für den Standort Schweiz

Ein tiefer Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit – ohne Grund

Die JUSO-Spekulationsinitiative schränkt die Möglichkeiten der Unternehmen stark ein, ohne dass es dafür nachweislich einen Grund gibt. **Ein solcher Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit wäre in der Schweiz einmalig.** Ausserdem wird die Beweislast umgekehrt. Die Initiativbefürworter nennen das «Vorsorgeprinzip»: Weil die Unternehmen vermeintlich keinen eindeutigen Nachweis erbringen können, dass ihr Geschäft keine Schäden verursacht, wird es vorsorglich verboten. Bisher war es in der Schweiz umgekehrt. Erst wenn etwas nachweislich eine Gefahr darstellte, wurde es untersagt. In der Geschäftstätigkeit würde sich das wie folgt niederschlagen: Jedes Unternehmen müsste gegenüber einer neuen Behörde bei jedem einzelnen Terminvertrag nachweisen können, dass damit nicht spekuliert wird.

Ein Bruch mit dem gängigen Rechtssystem

Die Initiative sieht vor, dass fehlbare Unternehmen unabhängig von Organisationsmängeln direkt bestraft werden können. Sie weicht damit stark vom geltenden Unternehmensstrafrecht ab. Das Ziel der JUSO ist es, Unternehmen direkt haftbar zu machen. Zugleich will die Initiative, dass Unternehmen auch für Geschäfte im Ausland haften, wenn sie dort gegen die Schweizer Vorschrift verstossen. Dasselbe gilt für Vergehen, die ein Tochterunternehmen begangen hat. Eine solche extraterritoriale und indirekte Haftung gibt es in der Schweiz bisher nicht und würde für grosse Unsicherheit sorgen.

Noch mehr Unsicherheit in einem schwierigen Umfeld

Die Schweizer Unternehmen stehen zurzeit vor grossen Herausforderungen: sei es wegen des starken Frankens, der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder der anstehenden Unternehmenssteuerreform. Diese Unsicherheit macht eine vernünftige Planung sehr schwierig. Eine Annahme der JUSO-Spekulationsinitiative würde die schwierige Situation für viele Firmen nochmals deutlich verschärfen, denn sie sähen sich mit zahlreichen Fragen konfrontiert:

- Wie wird die Initiative umgesetzt? Was wird alles illegal?
- Welche weiteren Geschäfte werden künftig vorsorglich verboten?
- Welche zusätzlichen Auflagen und Einschränkungen wird die neue Aufsichtsbehörde künftig mit sich bringen?
- Wie gross ist das juristische Risiko für das eigene Unternehmen, in der Schweiz zu bleiben?

Oder anders gesagt: Unternehmen können sich schlicht nicht sicher sein, ob ihre über lange Jahre aufgebauten Geschäftstätigkeiten nicht plötzlich illegal werden und ob sie auf hohe Summen verklagt werden können. Die JUSO-Initiative schafft ein Präjudiz: Ist die künftige Rechtsentwicklung derart unsicher, wird die Standortattraktivität der Schweiz massiv vermindert. Investoren werden sich folglich nach Alternativen umsehen und Arbeitsplätze lieber an einem anderen Ort aufbauen. Hiesige Arbeitgeber werden sich öfters überlegen, Geschäftstätigkeiten und die dazugehörigen Stellen ins Ausland zu verlagern. **Eine solche Entwicklung hinterlässt nicht nur auf dem Arbeitsmarkt schmerzhaft Spuren, sondern reisst auch Löcher in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden.**

Häufige Fragen und Behauptungen

Spekulation und das Hungerproblem	
<i>Wenn aufgrund von Finanzmarktspekulation nur ein Mensch hungern muss, ist das zu viel. Weshalb kein Verbot?</i>	Hungersnöte sind ein grosses Problem, aber sie entstehen nicht wegen Finanzinvestitionen auf Terminmärkten. Die Preise für die meisten Grundnahrungsmittel sinken seit Jahren, obwohl die Spekulationstätigkeit nicht abgenommen hat. Sie hat nichts mit dem Hunger auf der Welt zu tun und es ist höchst problematisch, wenn bei einem so wichtigen Thema auf den falschen Schauplatz abgelenkt wird. Wenn überhaupt, hätte ein Spekulationsverbot schädliche Auswirkungen: Nimmt man die Finanzinvestoren aus dem Markt, werden Nahrungsmittel eher teurer. Denn Bauern, Nahrungsmittelproduzenten oder Händler müssen sich absichern können. Das glättet die Preise. Damit das an Terminbörsen möglich ist, braucht es Finanzakteure. Die JUSO-Initiative ist kontraproduktiv.
<i>Wieso soll es okay sein, wenn Menschen mit Essen zocken, während andere hungern?</i>	Damit genügend Nahrungsmittel hergestellt werden, müssen sich Bauern und Händler finanziell absichern können. Dazu dienen Terminbörsen. Diese funktionieren aber nur, wenn Finanzakteure dort ihr Geld investieren. Deshalb sucht derzeit die Afrikanische Entwicklungsbank nach Investoren, um Terminbörsen aufzubauen und unterhalten zu können. Denn unfreiwillig zum Zocken gezwungen sind Produzenten und Händler, wenn sie keine Möglichkeit haben, ihre Geschäfte abzusichern.
<i>Gemäss den Initianten zeigt eine ETH-Studie, dass Spekulation die Nahrungsmittelpreise bestimmt. 60 bis 70 Prozent der Preisänderungen könnten damit erklärt werden.</i>	Das ist falsch. Diese Aussage findet sich in der besagten ETH-Studie in keinem Satz. Die 60 bis 70 Prozent beziehen sich auf die Preisänderungen, die nicht durch neue Informationen der Marktteilnehmer erklärt werden können. In der Studie wird nicht unterschieden zwischen Spekulanten und anderen Akteuren, es geht darin auch nicht um die Höhe und Schwankungen von Preisen.
<i>In den ärmsten Regionen der Welt geben die Leute fast ihr ganzes Einkommen fürs Essen aus. Und weil diese Länder viele Nahrungsmittel importieren müssen, sind sie dem Weltmarktpreis ausgeliefert. Deswegen ist es unhaltbar, dass auf diese Preise spekuliert wird.</i>	Finanzmarktinvestitionen haben nichts mit den Nahrungsmittelpreisen auf den Basismärkten zu tun. Dramatisch sind hingegen politische Massnahmen. Russland zum Beispiel hat zu den Zeiten der hohen Preise den Export von Nahrungsmitteln unterbunden, das trifft natürlich arme Länder, die gerne importieren würden. Dass diese Länder übrigens importieren müssen, hängt damit zusammen, dass die Produktion vor Ort nicht effizient ist. Oft fehlt es an Ausbildung und Infrastruktur, und die Bauern können sich finanziell nicht absichern.
<i>Wie kann man sicher sein, dass die Spekulation die Preise für Nahrungsmittel nicht zumindest kurzfristig beeinflusst?</i>	Es muss unbedingt unterschieden werden zwischen den Basis- und den Terminmärkten. Die Preise, die Menschen für Nahrungsmittel zahlen, ergeben sich an den Basismärkten und werden bestimmt durch Angebot und Nachfrage vor Ort. An den Terminmärkten werden hingegen Verträge über künftige Lieferungen gehandelt. Hier wird darauf spekuliert, welchen Wert eine Lieferung in Zukunft haben könnte. Auf den aktuellen Preis auf dem Basismarkt hat das keinen Einfluss.

<p><i>Die Preise an den Terminmärkten beeinflussen doch indirekt die Preise auf den Basismärkten. Wer sieht, dass künftig ein höherer Preis erwartet wird, ist doch viel eher bereit, bereits jetzt einen höheren Preis zu zahlen.</i></p>	<p>Dass jemand mehr zahlt, als er müsste, ist wenig plausibel. Man könnte argumentieren, dass jemand seine Lager füllt und ein Gut zurückbehält, weil er meint, dass er in Zukunft zu einem höheren Preis verkaufen kann. Aber auch das war in der Vergangenheit nicht der Fall: Die Lagerbestände waren zu Zeiten der hohen Nahrungsmittelpreise eben leider historisch tief, das knappe Angebot und die hohe Nachfrage haben 2007/2008 die Preise in die Höhe getrieben.</p>
<p><i>Es gibt klare Hinweise, dass die Spekulation Preisschwankungen deutlich verstärkt. Oder wie lassen sich die Preisanstiege von 2007/2008 und 2010/2011 erklären, die zeitlich mit einer enormen Zunahme des investierten Kapitals zusammenfallen?</i></p>	<p>Die Schwankungen der letzten Jahre sind historisch betrachtet nicht aussergewöhnlich gross. Und im Übrigen sind die Aktivitäten der Finanzmarktakteure in den Jahren nach 2011 unverändert gross geblieben, aber die Nahrungsmittelpreise sind immer weiter gesunken.</p>
<p><i>Wenn die Spekulation für die Preisausschläge nicht verantwortlich sein soll: Wer ist es dann?</i></p>	<p>Es gibt zahlreiche Faktoren, die Angebot oder Nachfrage auf dem Basismarkt beeinflussen und sich damit auf die Preise auswirken. Dazu zählen wetter- oder kriegsbedingte Ernteauffälle, Treibstoffpreise, Handelsbarrieren wie zum Beispiel Zölle, der Zustand der Infrastruktur im Produktionsland, die Bevölkerungsentwicklung oder längerfristig auch die Veränderung von Ernährungsgewohnheiten.</p>

Die Rolle der Schweiz im Agrarrohstoffhandel

<p><i>Überall auf der Welt hat man erkannt, dass man gegen die Nahrungsmittelspekulation vorgehen muss. Warum will die Schweiz nicht nachziehen?</i></p>	<p>Diese Behauptung der Initianten ist falsch: Kein Land will die Finanzinvestoren von den Märkten ausschliessen, das würde sämtliche Terminbörsen zerstören. Das gilt für die EU ebenso wie für die USA. Und auch die FAO, die Nahrungsmittelorganisation der UNO, hat nie ein Spekulationsverbot verlangt. Hingegen soll verhindert werden, dass ein einzelner Akteur zu viel Marktmacht erhält und die Preise manipulieren kann – das bezieht sich insbesondere auf die Basismärkte. Auch in der Schweiz wurde kürzlich die Möglichkeit geschaffen, dass der Bundesrat bei einem entsprechenden Verdacht Positionslimiten beschliessen kann.</p>
<p><i>In den USA und der EU zeigt sich, dass mittels Positionslimiten die Spekulation problemlos reguliert werden kann. Da können Sie doch nicht behaupten, die Juso-Initiative würde zu Bürokratie und Wettbewerbsnachteilen führen. Im Gegenteil: Es wären gleich lange Spiesse.</i></p>	<p>Positionslimiten sind ein Mittel gegen Manipulation, nicht Spekulation. Es sollen damit nicht Investitionen von Finanzmarktakteuren verhindert werden. Und sie führen in Amerika zu gewaltigen bürokratischen Problemen. Deswegen muss die Regulierung zurzeit überarbeitet werden. Die JUSO-Spekulationsinitiative geht aber viel weiter als alle internationalen Standards und führt deshalb zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für alle Unternehmen in der Schweiz. Denn diese müssten nicht Positionslimiten einhalten, sondern die Rechtmässigkeit jedes einzelnen Terminkontrakts gegenüber einer neuen Behörde nachweisen. Ihren direkten Konkurrenten im Ausland bliebe dieser Spiessrutenlauf hingegen erspart.</p>

<p><i>In der Schweiz haben die grössten Rohstoffhändler ihre Niederlassungen. Da muss das Land doch mit gutem Beispiel vorangehen.</i></p>	<p>Gerade weil die grossen Rohstoffhändler in der Schweiz sind, ist es wichtig, dass wir keinen gesetzlichen «Swiss Finish» einführen. Denn die Firmen sind zwar in der Schweiz, sie wickeln ihre Absicherungsgeschäfte aber über die Börsen in Chicago oder London ab. Dort müssen sie bereits Auflagen erfüllen. Wenn nun die Schweiz zusätzliche, andere Standards festlegt, dann haben diese Firmen erhebliche Wettbewerbsnachteile und werden ihre Konsequenzen daraus ziehen. Vom Rohstoffhandel hängen in der Schweiz nicht nur beträchtliche Steuereinnahmen, sondern direkt auch rund 12'000 Arbeitsplätze ab. Indirekt dürften es noch weitaus mehr Stellen sein.</p>
<p><i>Die Initiative bietet eine Gelegenheit, endlich einmal ein Zeichen zu setzen gegen Geschäfte mit dem weltweiten Hunger.</i></p>	<p>Die Wirkung dieses «Zeichens» bliebe beschränkt auf wirtschaftliche Nachteile und Steuerausfälle, welche die Schweiz in Kauf nehmen müsste. Andere Staaten würden sich hüten, diesen sinnlosen Weg zu beschreiten. Es ist nicht ersichtlich, wie die Initiative auch nur einem einzigen hungernden Menschen helfen soll.</p>

Wirtschaftliche Folgen der Initiative

<p><i>Solange die Banken belegen, dass sie mit jemandem handeln, der sich absichert, können sie weiterhin in Agrarrohstoffe investieren. Die JU-SO-Initiative verbietet nur die exzessive Spekulation.</i></p>	<p>Es ist in der Realität unmöglich, den Zweck von derivativen Geschäften stets nachzuweisen. Hedging-Strategien sind teilweise äusserst komplex, nicht jedes Derivat lässt sich jederzeit einer physischen Lieferung zuordnen. Die Initiative würde deshalb zu einer riesigen, unnützen Bürokratie führen. Denn der Staat müsste planwirtschaftlich festlegen, was «gute» und was «böse» Spekulation ist – und das ohne entsprechendes Know-how, da in der Schweiz gar keine entsprechende Börse vorhanden ist. Die Wettbewerbsnachteile für einheimische Unternehmen wären gewaltig. Das gefährdet Steuereinnahmen und Arbeitsplätze.</p>
<p><i>Die JUSO-Initiative sieht vor, dass Finanzakteure in gemischten Geschäften weiterhin investieren dürfen. Es wird nur die überschüssige Spekulation verboten.</i></p>	<p>Das ist in der Praxis schlicht nicht möglich: Die ausländischen Terminbörsen sind anonymisiert. Die Finanzmarktakteure können deshalb nicht nachweisen, mit wem sie handeln. Folglich müsste ihnen gänzlich untersagt werden, auf den Terminmärkten zu investieren.</p>
<p><i>So schlimm kann die Initiative für die Wirtschaft nicht sein: Wer nur Absicherungsgeschäfte tätigt, erhält eine Ausnahmegenehmigung («bona fide hedging exemption»).</i></p>	<p>Um eine solche Ausnahmegenehmigung zu erhalten, müssten Unternehmen diverse Nachweise erbringen und Kontrollen über sich ergehen lassen – und das auch, wenn sie gar nicht an einer Börse handeln, sondern sich ausserhalb der Börse absichern (OTC). Und all diesen Aufwand müssten sie erbringen, ohne dass irgendeine Hungersnot gelindert wird.</p>
<p><i>Auf die allenfalls betroffenen Arbeitsplätze kann die Schweiz gut verzichten: Bei diesen Firmen arbeiten ja sowieso nur Ausländer.</i></p>	<p>Unabhängig von der Nationalität ist mit dem Rohstoffhandel eine hohe Wertschöpfung verbunden. Diese Menschen und ihre Arbeit tragen 3,9 Prozent zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz bei. Fällt dies weg, so spüren wir das alle: Bund, Kantone, Gemeinden und letztlich jede und jeder Einzelne.</p>

<p><i>Sogar die sehr wirtschafts-freundliche ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-S) hat doch erkannt, dass die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise angegangen werden muss und sich für Positionslimiten ausgesprochen.</i></p>	<p>In dieser Debatte in der WAK-S ging es nicht um Nahrungsmittelpreise. Die Kommission hat der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Positionslimiten zugestimmt, weil der Bundesrat argumentiert hat, dass dies nötig sei, damit Schweizer Banken auch künftig auf dem EU-Kapitalmarkt wirtschaften können. Solche Limiten können ein Mittel gegen Preismanipulationen sein – nicht aber gegen Spekulation. Denn auch die Kommission hat klar festgehalten, dass es keinen Hinweis gibt, dass Spekulation auf Terminmärkten die Nahrungsmittelpreise beeinflusst.</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Argumentaire

Contre l'initiative des Jeunes socialistes « Pas de spéculation sur les denrées alimentaires »

L'initiative fédérale « Pas de spéculation sur les denrées alimentaires » des Jeunes socialistes (ci-après : JS) sera soumise en votation populaire le 28 février 2016. Elle veut interdire aux entreprises ayant leur siège ou une succursale en Suisse d'investir dans des instruments financiers se rapportant à des matières premières agricoles et à des denrées alimentaires et de vendre des produits structurés correspondants. Les milieux économiques rejettent la proposition, car elle est ...

contre-productive

Il existe plusieurs marchés à terme dans le monde où des instruments financiers portant sur des matières premières agricoles sont négociés. Aucun d'entre eux ne se situe en Suisse, ce qui explique pourquoi l'initiative des JS est particulièrement absurde. Une interdiction mondiale serait même contre-productive : les agriculteurs, les producteurs de denrées alimentaires et ceux qui les transforment doivent en effet pouvoir s'assurer contre l'ensemble des risques inhérents aux activités agricoles, au transport et au stockage de ces produits. Cela implique de trouver des contreparties capables d'assumer ces risques, en l'occurrence il s'agit souvent d'acteurs financiers. En interdisant à ces derniers de participer aux marchés agricoles à terme, on réduit les possibilités pour les acteurs commerciaux de trouver des contreparties. Si les producteurs ne peuvent plus s'assurer, ils courent des risques financiers énormes et ne pourront plus investir dans leurs exploitations. Une telle situation conduirait, à terme, à une hausse des prix des biens alimentaires.

inutile

La faim dans le monde constitue un défi majeur de notre civilisation. Faire croire comme les JS qu'agir contre les marchés financiers permettrait de résoudre la famine dans le monde, c'est se tromper lourdement d'approche. En effet, la plupart des denrées agricoles disponibles sur les marchés locaux ne sont pas des marchandises du commerce international et leur prix dépend de l'offre et de la demande locales, comme le démontrent de nombreuses études. En réalité, la fixation des prix de matières premières agricoles n'est pas la résultante d'activités financières sur les marchés à terme, mais celle d'autres facteurs macro-économiques, tels que la sécheresse, la hausse du prix du carburant ou des inondations.

bureaucratique

L'initiative des JS engendrera un appareil bureaucratique coûteux, destiné à contrôler comment et avec qui des entreprises ont conclu des contrats à terme sur des biens tels que le maïs, le blé ou le café. Du personnel supplémentaire devra donc être engagé non seulement au sein de l'administration fédérale, mais également au sein des entreprises concernées. Cette bureaucratie pléthorique coûtera cher et au final, c'est le contribuable suisse qui passera à la caisse ! Sans parler du fait que tant de bureaucratie nuit à la compétitivité des entreprises suisses – déjà soumises à une très forte concurrence internationale – et qu'elle met en danger plusieurs millions de francs de recettes fiscales.

dangereuse

L'initiative des JS est une réduction drastique de la liberté économique, sans que ceux-ci soient en mesure d'apporter la moindre preuve sérieuse que cela permette de résoudre le problème. Si la Suisse décidait d'introduire une telle interdiction – unique au monde –, les incertitudes dans notre pays continueraient à augmenter. Les investissements dans notre économie se réduiraient comme peau de chagrin. La Suisse y perdrait non seulement une partie de sa prospérité, mais également de nombreuses places de travail.

Contact :
economiesuisse, Fédération des entreprises suisses, Carrefour de Rive 1, 1207 Genève,
geneve@economiesuisse.ch

Table des matières

Que veulent les Jeunes socialistes ?	4
Une réglementation rigide et contre-productive	5
L'initiative est inutile	6
Plus de bureaucratie paralyserait les entreprises	10
L'initiative ferait du tort à la place économique	13
Glossaire	15
Questions fréquentes	17

Que veulent les Jeunes socialistes ?

L'initiative des JS – soutenue par Swissaid, Solidar Suisse, le Parti Socialiste et les Verts – a été déposée en mars 2014. Elle a vu le jour suite à l'augmentation des prix des biens alimentaires en 2008/2009 et 2010/2011. Les JS soutiennent l'hypothèse que la faim dans le tiers monde augmente, en raison de l'utilisation d'instruments financiers dans le secteur agricole. Ils considèrent ainsi qu'il y a un lien de causalité direct entre les transactions boursières et la faim dans les pays pauvres. Pour y mettre fin, ils veulent donc interdire à tous les acteurs financiers en Suisse de participer aux marchés des produits dérivés sur les produits agricoles. La Suisse accueille différents acteurs de la branche des matières premières et les initiants estiment donc que notre pays doit prendre des mesures drastiques et devenir un modèle pour les autres, dans le but de parvenir à une interdiction mondiale.

Texte de l'initiative

I. La Constitution fédérale est modifiée comme suit :

Art. 98a (nouveau) Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires

1 La Confédération légifère sur la lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires. Ce faisant, elle respecte les principes suivants :

a. les banques, les négociants en valeurs mobilières, les assurances privées, les fonds de placements collectifs de capitaux et les personnes en leur sein chargées de la direction des affaires et de la gestion de fortune, les institutions d'assurances sociales, les autres investisseurs institutionnels et les gestionnaires de fortune indépendants ayant leur siège ou une succursale en Suisse ne peuvent investir ni pour eux-mêmes ni pour leur clientèle et ni directement ou indirectement dans des instruments financiers se rapportant à des matières premières agricoles et à des denrées alimentaires. Il en va de même pour la vente de produits structurés correspondants.

b. Les contrats conclus avec des producteurs et des commerçants de matières premières agricoles et de denrées alimentaires qui portent sur la garantie des délais ou des prix fixés pour livrer des quantités déterminées sont autorisés.

2 La Confédération veille à une exécution efficace des prescriptions visées à l'al. 1. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

a. la surveillance, la poursuite pénale et le jugement relèvent de la compétence de la Confédération;

b. les entreprises fautives peuvent, indépendamment d'un éventuel manque d'organisation, être sanctionnées directement.

3 La Confédération s'engage au niveau international en faveur d'une lutte efficace à l'échelle mondiale contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires.

II. Les dispositions transitoires de la Constitution fédérale sont modifiées comme suit:

Art. 197, ch. 9 (nouveau)

9. Disposition transitoire ad art. 98a (Lutte contre la spéculation sur les matières premières agricoles et les denrées alimentaires)

Si les dispositions légales correspondantes n'entrent pas en vigueur dans les trois ans suivant l'acceptation de l'art. 98a par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral édicte, en attendant leur entrée en vigueur, les dispositions d'exécution nécessaires par voie d'ordonnance.

Une réglementation rigide est contre-productive

Les bourses contribuent à la croissance des pays en voie de développement

Les marchés à terme ont une fonction importante: ils permettent aux producteurs de biens alimentaires tels que les agriculteurs de s'assurer contre les risques inhérents aux récoltes. Or, les marchés à terme ne fonctionnent que si les acteurs financiers y investissent leur argent, apportent la liquidité nécessaire, pour couvrir les risques. Les producteurs et les négociants se retrouvent ainsi contraints de « parier » lorsqu'ils ne peuvent pas couvrir leurs transactions. A cet égard, l'Ethiopie, un des pays les plus pauvres au monde, constitue un exemple intéressant. En 2008, elle met sur pied un marché à terme consacré à l'époque essentiellement au café. Cinq ans plus tard, environ 2,4 millions de petits agriculteurs couvraient leurs risques à travers cette bourse, où s'échangeaient non seulement du café, mais aussi du blé, du sésame, des haricots et du maïs. C'est donc un véritable succès. En d'autres termes, l'Ethiopie s'est ainsi donné les moyens de développer ses activités agricoles et de couvrir les risques de ses producteurs à long terme. Mais pour fonctionner, le marché à terme a besoin de liquidité : c'est la raison pour laquelle la Banque africaine de développement recherche actuellement des investisseurs pour mettre en place des marchés à terme et les faire fonctionner¹.

« Il est dans l'intérêt des contreparties couvrant leurs risques que les places d'échange soient ouvertes aux spéculateurs. »

Banque africaine du développement

La surréglementation est un danger pour les pays en voie de développement

Que se passe-t-il quand l'Etat intervient de manière trop importante sur les marchés à terme ? L'exemple de l'Inde nous donne quelques éléments de réponse. L'administration a considérablement restreint le commerce de produits dérivés, à tel point que ce dernier reste faible et que les marchés à terme fonctionnent mal dans ce pays. Bien que l'Inde dispose d'un énorme potentiel, il ne peut être que partiellement exploité en raison de la surréglementation. Faire croire comme les JS qu'agir contre les marchés financiers permettrait de résoudre la famine dans le monde, c'est se tromper lourdement d'approche. En effet, la plupart des denrées agricoles disponibles sur les marchés locaux ne sont pas des marchandises du commerce international et leur prix dépend de l'offre et de la demande

¹ Guidebook on African Commodity and Derivatives Exchanges, p. 58. Citation p. 15: «However, while a commodity exchange helps improve the conditions of physical trade, it requires certain minimum conditions in order to reach critical mass. These conditions broadly fall in the following areas: [...] sufficiently large group of speculators.»

locale². Si l'objectif est donc de lutter contre la faim, il vaut mieux se tourner vers des solutions qui ont fait leurs preuves :

- ❖ améliorer l'accessibilité aux produits alimentaires, afin de mieux lutter contre les situations de sous-nutrition, en encourageant les investissements (notamment privés) dans l'agriculture, la formation des agriculteurs (notamment les petits producteurs dans les pays en voie de développement) ;
- ❖ développer des programmes de lutte globale contre le gaspillage (selon la FAO, chaque année, 1/3 de l'ensemble de la production de nourriture humaine dans le monde est gaspillé, tout au long de la chaîne de consommation) ;
- ❖ augmenter les investissements directs et ciblés pour améliorer la qualité des infrastructures étatiques et des circuits de distribution (y compris, les entrepôts d'Etat).

L'initiative est inutile

Qu'est-ce qui influence le prix des biens alimentaires ?

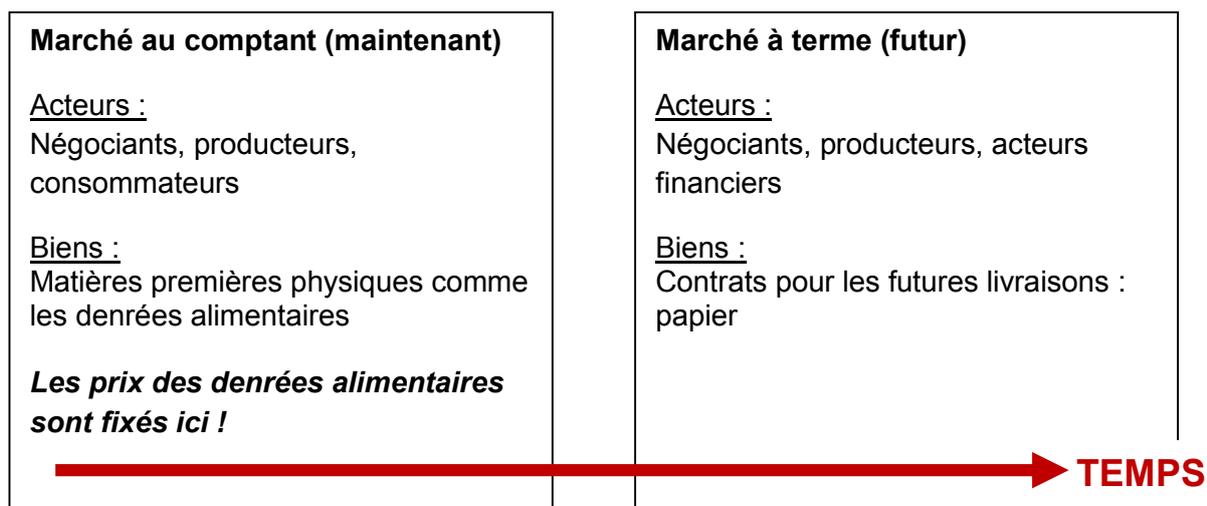
Les acteurs des marchés financiers investissent sur les marchés à terme – et non pas, dans les marchés de base où les produits physiques changent réellement de mains. Les prix des denrées alimentaires sont fixés sur les marchés de base et dépendent généralement de la demande. Ils sont la résultante de facteurs macro-économiques, tels que :

- ❖ La modification structurelle de la demande de nourriture sous l'effet combiné de l'urbanisation et de l'augmentation du niveau de vie dans les pays en développement. Il y a davantage de personnes dans le monde qui consomment et si la production ne suit pas, alors les prix s'envolent.
- ❖ Des phénomènes météorologiques qui sont, par essence, imprévisibles (sécheresse, gel, inondations, catastrophes naturelles, etc.).
- ❖ Des facteurs géopolitiques, tels que les conflits. La guerre civile en Côte d'Ivoire a provoqué en 2004 une forte hausse du prix du cacao ; le conflit ukrainien a eu, quant à lui, des effets importants sur le prix du blé en 2014.
- ❖ Des choix de politique agricole dans certains pays. Le subventionnement de certaines branches – le biodiesel aux Etats-Unis ou le bioéthanol dans l'UE – créent des distorsions, ou des phénomènes de surproduction.
- ❖ Des restrictions à l'exportation et à l'importation qui exercent une pression sur les prix mondiaux. C'est par exemple le cas du prix du pétrole dont les effets se ressentent également sur le prix des biens alimentaires, en raison de l'influence exercée sur les coûts de production et de transports (cf. figure 2, en page 9).

La différence entre marché à terme et marché au comptant

L'initiative donne l'impression que les acteurs financiers, qui interviennent sur les marchés à terme, agissent directement sur le marché au comptant. Or, ceci est complètement faux. Leurs activités consistent à « acheter » des contrats couvrant des risques sur de futures livraisons et à anticiper leur valeur finale. Les prix réels des biens sont fixés sur les marchés au comptant, pas sur les marchés à terme.

² <http://www.fao.org/3/a-i4175e.pdf>



Le prix sur les marchés mondiaux a-t-il une influence sur les régions pauvres ?

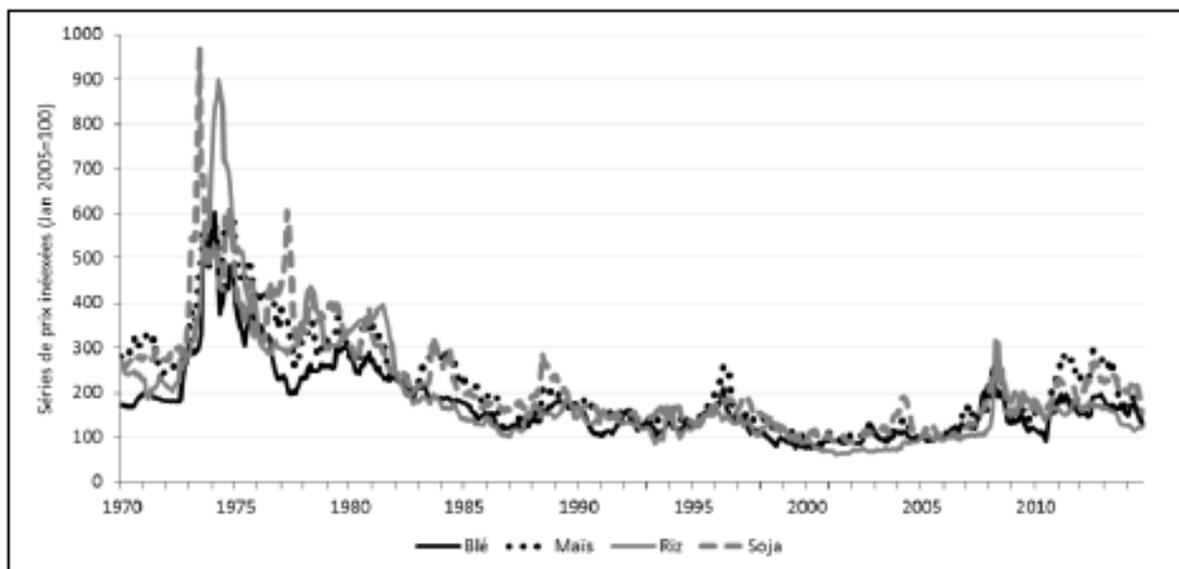
Les activités des investisseurs financiers sur les marchés à terme influencent-ils les prix des denrées agricoles et alimentaires sur le marché mondial ? Les prix fixés à l'échelle planétaire ont-ils un rôle dans le commerce local des pays en voie de développement ? La réponse est simple : pratiquement pas. Les études et les rapports des agences de l'ONU sont clairs : les prix fixés sur le marché mondial n'impactent que très faiblement les prix des denrées alimentaires sur le marché local de ces pays³. En réalité, les facteurs régionaux exercent une influence bien plus grande, comme par exemple les infrastructures. Dans de nombreux pays en développement, les routes sont en mauvaise état, voire n'existent même pas. Si bien qu'il est compliqué d'acheminer la nourriture vers certaines régions. Les pays les plus pauvres du monde doivent souvent importer des biens alimentaires, dans la mesure où ils ne disposent pas de la production suffisante pour alimenter leur population.

³ Baffes, John / Kshirsagar, Varun / Mitchell, Donald (2015): What drives local food prices? Evidence from the Tanzanian maize market. Policy Research working paper Nr. WPS 7338. Washington, D.C., World Bank Group. <http://bit.ly/1Q8vZZs> / <http://bit.ly/1SlptOm>

Les activités des investisseurs financiers ne rendent pas les prix des denrées alimentaires instables

Selon les JS, depuis le début du 21^e siècle, la financiarisation des marchés à terme a fortement augmenté. En d'autres termes, il y aurait de plus en plus d'acteurs financiers – parmi lesquels, des banques, des fonds, des fonds de pension et d'autres investisseurs – qui feraient fluctuer les prix de manière toujours plus forte, engendrant une volatilité croissante. Or, la situation réelle est toute autre. Prenons un exemple concret : depuis quatre ans maintenant, des investisseurs financiers négocient sur les marchés boursiers les mêmes quantités de contrats à terme pour le maïs et le blé. Si l'on suit le raisonnement des Jeunes socialistes, de telles opérations « spéculatives » devraient conduire à une hausse du prix desdites denrées alimentaires ; or, c'est tout le contraire qui se vérifie, puisque les prix du maïs (-32%) et du blé (-14%) ont fortement chuté depuis. L'index de la FAO a même enregistré en décembre 2014 son plus bas taux depuis 2010. En réalité, et les chiffres du FMI le confirment, les cours des produits agricoles sur les marchés internationaux ont évolué à la baisse sur 20 ans, alors que les acteurs financiers continuent d'investir.

Figure 1 : prix des denrées alimentaires (corrégés de l'inflation) en comparaison pluriannuelle

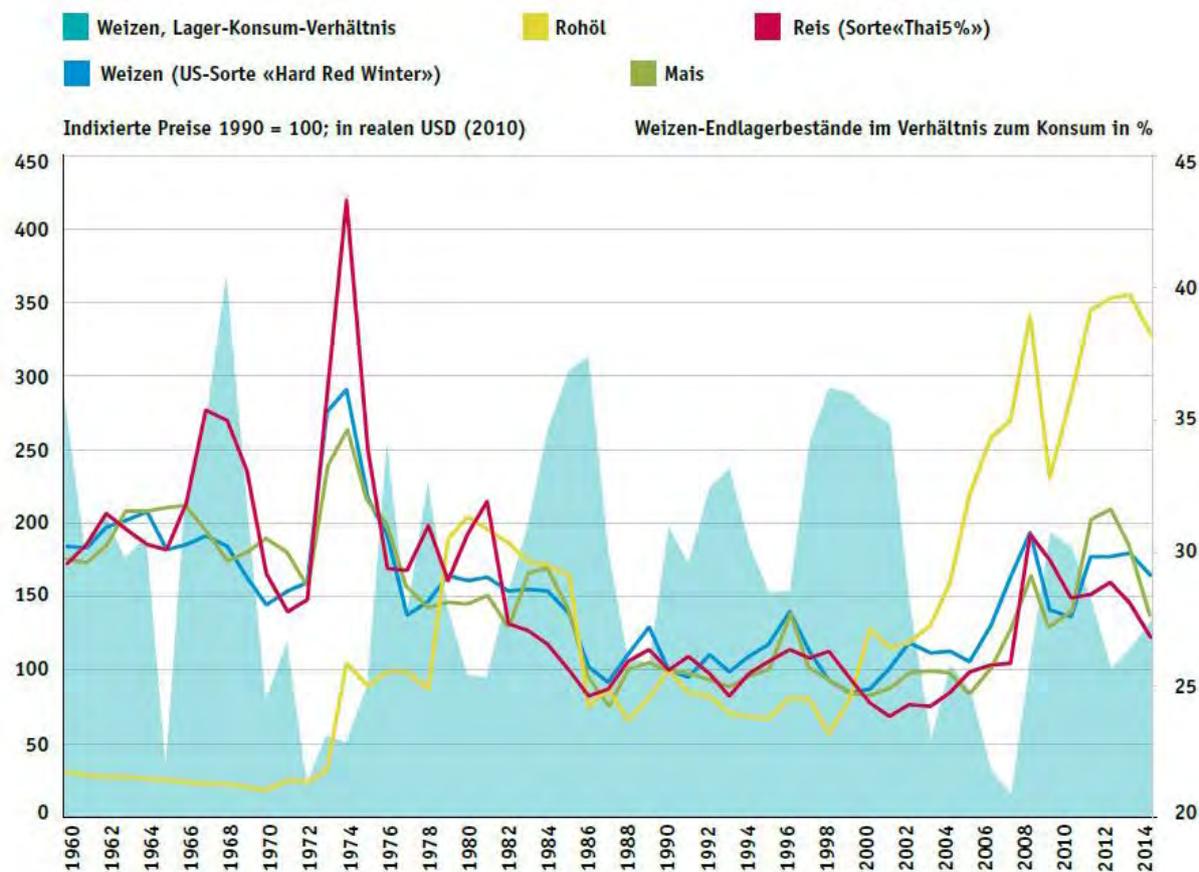


Source : message du Conseil fédéral du 18 février 2015

Théoriquement, on pourrait penser que l'évolution des prix des marchés à terme se répercute sur les marchés au comptant, et donc sur les prix des biens alimentaires. Or, ce sont les stocks qui constituent le seul lien entre les deux marchés.

Si l'on suit le raisonnement des initiants et que l'on admet que les opérations financières sur les marchés à terme font augmenter les prix, on aurait dû observer un niveau très élevé des stocks en 2008/2009. Au contraire, ceux-ci avaient atteint, dès la mi-2007, des niveaux historiquement bas.

Figure 2 : prix indexés pour le pétrole, le riz et le blé ; disponibilité des stocks par rapport à la consommation de blé



Source : Schlupe Campo & Aerni (2015)

« Dans le maïs, environ 65% des coûts variables dépend, de manière directe ou indirecte, du marché de l'énergie (engrais azotés, pesticides, diesel, lubrifiant). »

Josef Schmidhuber, Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO)

Des études scientifiques ont démontré que les investissements financiers n'influencent pas les prix réels

Plusieurs études ont examiné l'impact des investissements financiers sur les prix des denrées alimentaires. Dans leur méta-étude, Yvonne Seiler-Zimmermann de la Haute école de Lucerne ainsi que Heinz Zimmermann et Marco Haase de l'Institut für Finanzmarkttheorie de l'Université de Bâle ont analysé et évalué 99 travaux scientifiques et plus de 100 études. Ils en ont tiré les conclusions suivantes :

- La majorité des études sérieuses concluent que les investissements financiers n'ont pas d'impact sur les prix des matières premières ou alors qu'ils tendent à atténuer les prix.
- Dans l'ensemble, les investissements financiers ont un impact très faible sur les prix.

- Les investissements financiers ont un effet stabilisateur sur le prix des matières premières de base comme le maïs, le sucre et le blé.
- Pour certains produits qui ne sont pas des aliments de base, comme le bétail, la poitrine de porc et le café, les investissements financiers peuvent accentuer les fluctuations de prix – mais les effets qu’il est possible de prouver sont minimes.

Les auteurs de la méta-étude ont réalisé leurs propres calculs, très poussés, et confirmé ces résultats. L’exemple du riz est intéressant à cet égard : pour cet aliment de base, on ne constate des investissements importants sur aucun marché à terme. Autrement dit, les contrats à terme sur le riz n’ont pas connu de financiarisation. Néanmoins – ou probablement à cause de cela justement – les prix du riz ont fluctué davantage que ceux d’autres denrées alimentaires pendant les années de crise.

« Les investisseurs financiers fournissent de la sorte une contribution substantielle à la liquidité des marchés des produits dérivés sur matières premières et veillent à ce que les négociants en matières premières trouvent une contrepartie en cas de besoin. »

Rapport de base interdépartemental matières premières 2013

Plus les participants à un marché sont nombreux, moins il y a de risque de manipulation

Il n’est possible de manipuler les prix – c’est-à-dire de les influencer par des moyens illégaux – que lorsqu’un des participants est en situation de monopole. Lorsque de nombreux participants sont actifs sur un marché à terme, il devient impossible de pousser les prix à la hausse puisque les contreparties se tourneraient vers des offres concurrentes plus avantageuses. Il est donc incompréhensible que les JS veuillent limiter drastiquement le nombre de participants au marché avec leur initiative. Ce faisant, ils facilitent – involontairement – les manipulations de cours.

Ne pas confondre spéculation et manipulation

Les JS accusent constamment les investisseurs financiers de tirer le prix des aliments vers le haut. Ceci est non seulement faux (voir plus haut), mais qui plus est, on serait alors dans un cas de manipulation des prix et non pas de spéculation. Un spéculateur accepte de prendre un risque, parce qu’il pense que le prix de la matière première va évoluer dans un sens qui lui est favorable. Pour conclure cette transaction, il doit trouver une contrepartie qui espère le contraire. Un manipulateur peut quant à lui influencer les prix dans un sens qui lui est favorable, par exemple en étant en situation de monopole. Il s’enrichit au détriment des autres participants, sans prendre le moindre risque. Ces manipulations sont déjà interdites et dans le cadre de la nouvelle loi sur l’infrastructure des marchés financiers (LIMF), le Conseil fédéral a obtenu le mandat d’instaurer des limites de positions.

Plus de bureaucratie paralyserait les entreprises

Une exception impraticable pour des affaires « correctes »

L'initiative des JS interdit aux investisseurs d'intervenir sur des marchés à terme. Il y a une exception toutefois : ils peuvent conclure un contrat s'ils sont en mesure de prouver que la contrepartie est un producteur ou un négociant qui cherche à couvrir une transaction physique (*hedging*). En réalité, il n'est pas possible de satisfaire cette condition, car les transactions sur les marchés à terme sont anonymisées de sorte que les acteurs financiers ne connaissent jamais la contrepartie, ni ses motivations. Et comme ces transactions sont presque toutes effectuées sur des marchés à terme situés à l'étranger, la Suisse ne peut rien y changer. La Bourse de Chicago n'acceptera pas des prescriptions du Conseil fédéral relatives à l'organisation de ses activités. En conséquence, la Suisse devrait interdire purement et simplement ces investissements à ses acteurs financiers. Selon des estimations conservatrices, les fonds suisses investissent 6 ou 7 milliards de francs dans des dérivés agricoles. Chez les caisses de pension, ces produits représentent 3 ou 4 milliards de francs environ. On ignore quel volume représentent les autres investissements dans des produits structurés. À première vue, ces montants ne paraissent pas si élevés. Pourtant, ces outils sont très judicieux pour diversifier les risques. Si la majorité des investissements sont fortement tributaires des taux d'intérêt et donc de l'inflation, les dérivés sur matières premières y sont moins sensibles. Cette diversification représente une composante importante de nombreuses stratégies de placement. En cas d'acceptation de l'initiative, cette possibilité disparaîtrait – les acteurs financiers helvétiques seraient donc fortement pénalisés par rapport à leurs concurrents internationaux.

La charge de la preuve serait lourde

L'initiative concerne non seulement les investisseurs financiers, mais également les producteurs et commerçants de denrées alimentaires. Les JS souhaitent autoriser leurs interventions sur les marchés à terme uniquement quand il s'agit de couvrir des délais et des prix. Cette idée méconnaît la réalité des affaires. Afin de pouvoir couvrir leurs livraisons, des producteurs et commerçants concluent souvent un grand nombre de contrats très différents auprès de plusieurs Bourses – dont aucune ne se trouve en Suisse. S'ils doivent soumettre chacun de ces contrats à une instance de contrôle suisse et attester que leur seul motif est de couvrir telle livraison spécifique, cela occasionnera des frais administratifs majeurs. Des activités pourraient disparaître du seul fait qu'il ne serait pas possible d'attribuer une livraison précise à chaque contrat dans le cas de stratégies de couverture complexes. En cas d'acceptation de l'initiative, ces problèmes de mise en œuvre créeront également de grandes incertitudes du côté des producteurs de denrées alimentaires, des commerçants et des *hedgers*. Cela freinerait les investissements et menacerait des emplois.

Distinguer le *hedging* des investissements financiers est impossible

Lors de la mise en œuvre de l'initiative, l'État devrait définir ce qu'il entend par « activités de couverture positives » et « activités spéculatives négatives ». Distinguer les premières des secondes serait des plus difficiles voire impossible. C'est une des raisons pour lesquelles les États-Unis révisent actuellement leurs règles concernant les limites de position (que le Conseil fédéral pourrait introduire également en Suisse) – à noter toutefois qu'il s'agit, outre-Atlantique, d'éviter la manipulation et certainement pas d'interdire les investissements financiers. En 1905 déjà, un juge américain de la Cour suprême avait estimé que toutes les transactions réalisées sur les marchés à terme ont une utilité, quand bien même elle ne donne pas lieu à une livraison physique⁴. Une réglementation dans ce domaine est déjà problématique aux États-Unis, alors qu'un des principaux marchés à terme pour les produits agricoles se trouve à Chicago et que les autorités régulatrices disposent de ce fait d'une grande expérience et d'une expertise. Comment la Suisse pourrait-elle donc mettre en œuvre une réglementation allant plus loin sans marché ni savoir-faire ad hoc ? Si nos entreprises doivent satisfaire à la fois aux exigences des Bourses étrangères et à des dispositions suisses divergentes, elles ne pourront plus réaliser certaines transactions – un désavantage concurrentiel de taille.

Des recettes fiscales, le savoir-faire et des emplois sont en jeu

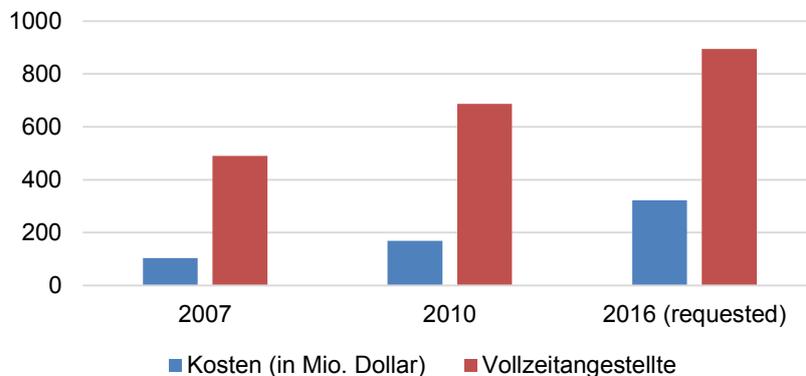
Le commerce des matières premières a une tradition séculaire en Suisse. Des entreprises telles que le commerçant de coton Reinhart AG, à Winterthur, sont actifs sur ce marché depuis 1788. Au fil du temps, la Suisse a accumulé un savoir-faire unique en comparaison internationale dans l'industrie des matières premières. L'initiative mettrait en péril cette réussite. En effet, les désavantages évoqués pourraient conduire des entreprises de l'industrie agroalimentaire, de la finance ou du commerce à délocaliser ou à abandonner des activités. Des emplois disparaîtraient et la Suisse perdrait un savoir-faire important. L'enjeu est de taille surtout pour le négoce de matières premières : les entreprises ne peuvent pas, pour des raisons de technique fiscale, distinguer les transactions effectuées sur les marchés au comptant de celles sur les marchés à terme. Si, en raison d'une surréglementation, elles devaient délocaliser les transactions réalisées sur les marchés à terme, elles devraient alors tourner le dos à la Suisse. La place économique perdrait aussi la possibilité de développer encore ses connaissances et son savoir-faire et de s'affirmer davantage dans ces domaines. En Suisse, le commerce des matières premières représente déjà, directement, jusqu'à 12 000 emplois. Les recettes qu'il génère équivalent à 3,9 % du produit intérieur brut (PIB). Son poids économique est donc très élevé. Dans le canton de Zoug, cette branche verse 20 % des impôts fédéraux, dans le canton de Genève, les négociants de matières premières paient 18 % des impôts cantonaux sur les entreprises. En cas de départ de ces sociétés, la péréquation nationale sera mise à mal.

⁴ Arrêt de la Cour suprême des États-Unis *Board of Trade v. Christie Grain & Stock Co.*
<https://supreme.justia.com/cases/federal/us/198/236/case.html>

Une nouvelle administration financée par nos impôts

En cas d'acceptation de l'initiative, l'État devra ériger une instance qui examinera chaque contrat à terme conclu par une entreprise suisse pour déterminer s'il s'agit de *hedging*. Ce type de contrôles est d'autant plus fastidieux que les régulateurs suisses n'ont aucune expérience étant donné que le pays est dépourvu de marché à terme sur les matières premières. Ce serait un premier pas vers une surveillance stricte des marchés de matières premières, souvent réclamée par les pourfendeurs de l'économie. Une fois en place, ces instances tendent à développer budget, compétences et effectifs. Preuve en est l'autorité américaine de surveillance des marchés à terme CFTC qui a fortement augmenté son budget en neuf ans.

Figure 3 : Évolution des coûts et des effectifs de la CFTC



Source : rapports annuels de la CFTC

L'initiative ferait du tort à la place économique

Une intervention majeure dans la liberté économique – sans raison

L'initiative des JS restreint fortement la marge de manœuvre des entreprises, et ce sans raison valable. Une telle intervention dans la liberté économique serait unique en Suisse. À cela s'ajoute que la charge de la preuve est inversée. Les partisans de l'initiative invoquent le principe de précaution : puisque les entreprises ne peuvent apparemment pas démontrer que leurs activités ne font pas de tort, on les interdit préventivement. Jusqu'à présent, c'était l'inverse en Suisse. Une chose n'était interdite que si elle représentait un danger avéré. Un tel changement aurait les conséquences suivantes sur les affaires : chaque entreprise devrait être en mesure de démontrer à la nouvelle autorité et pour chacun des contrats à terme que celui-ci n'est pas un investissement financier.

Rupture avec le système juridique actuel

L'initiative prévoit que les entreprises contrevenantes puissent être sanctionnées directement, indépendamment de problèmes d'organisation. Ce faisant, elle s'éloigne fortement de l'actuel droit pénal des entreprises. L'objectif des JS est de permettre la sanction directe de groupes. Ils souhaitent également que des entreprises soient responsables pour des transactions effectuées à l'étranger dans la mesure où elles portent atteinte à la législation suisse. Cela vaut également pour des infractions commises par une filiale. Instaurer une telle responsabilité indirecte et extraterritoriale est inédit en Suisse et créerait des incertitudes importantes.

Encore plus d'incertitude dans un environnement difficile

Les entreprises suisses font face à des défis de taille avec le franc fort, la mise en œuvre de l'initiative « contre l'immigration de masse » ou la réforme de la fiscalité des entreprises. L'incertitude complique considérablement une planification raisonnable. L'acceptation de l'initiative des JS aggraverait encore les difficultés rencontrées par de nombreuses sociétés, car elles seraient confrontées à toute une série de questions :

- Comment l'initiative sera-t-elle mise en œuvre ? Qu'est-ce qui deviendra illégal ?
- Quelles autres activités seront interdites préventivement à l'avenir ?
- Quelles exigences et restrictions supplémentaires la nouvelle autorité introduira-t-elle ?
- Quel est le risque juridique encouru par une entreprise si elle reste en Suisse ?

Face à cette situation, les entreprises pourraient voir les activités mises en place au fil des ans devenir soudainement illégales et risqueraient d'être condamnées à de fortes amendes. Une telle incertitude réglementaire affaiblirait considérablement l'attrait de la place économique. Des investisseurs chercheraient des sites plus accueillants et créeraient des emplois ailleurs. Quant aux employeurs suisses, ils seraient encouragés à délocaliser des activités et les emplois concernés. Une telle évolution aurait des conséquences douloureuses sur le marché du travail, pour les caisses de la Confédération, des cantons et des communes.

Glossaire

Acteur commercial

Vendeur ou acheteur d'une marchandise physique et qui cherche à couvrir ses risques grâce au marché à terme.

Acteur financier (dit aussi acteur non commercial)

Vendeur ou acheteur d'instruments financiers sans détenir de marchandise physique.

Contrat à terme

Le contrat à terme est un engagement ferme à vendre ou acheter une marchandise selon des critères définis à l'avance (quantité, date, etc...).

Contrepartie

Personne physique ou morale qui s'engage dans une transaction (achat ou vente) sur un marché.

Couverture des risques / hedging

Cela consiste à se protéger à l'avance contre la possibilité qu'un dommage (mouvement des prix importants, perte de la marchandise, mauvaise récolte, etc.) se produise grâce à des contrats financiers permettant d'apporter un certain niveau de compensation.

Denrées alimentaires

Produits pouvant être consommés par l'Homme pour sa nourriture, produits comestibles.

FAO

Food and Agriculture Organisation of the United Nations / Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture. La FAO est l'organe des Nations Unies chargée des questions d'agriculture et d'alimentation. Cette organisation rassemble 194 pays et a pour mission :

- de créer et partager des informations déterminantes concernant l'alimentation, l'agriculture et les ressources naturelles ;
- de les diffuser dans les différents pays ;
- d'aider ses membres à prévenir et atténuer les risques dans ces domaines.

Instrument financier

Les instruments financiers sont des titres ou des contrats, émis par un Etat ou une personne morale (actions, obligations ou produits dérivés notamment). Ils peuvent être vendus ou achetés sur une bourse ou de gré à gré (OTC) entre les parties.

Limites de position

En finance, la position est la quantité d'instruments financiers qui est soit détenue, soit empruntée par une personne physique ou morale. Les limites de position sur les contrats à terme sont généralement exprimées en nombre de contrats pour toute position nette acheteur ou vendeur, pour une période donnée (semaine, mois).

Marché à terme

Marché financier où les acheteurs et les vendeurs échangent des contrats ou des produits financiers dont la valeur est déterminée par un bien appelé « sous-jacent ». Ils n'ont pas pour objectif l'achat ou la vente d'une production agricole mais de permettre à des acteurs commerciaux de se couvrir à l'égard d'un risque de fluctuation des prix. Le prix du « sous-jacent » est défini sur le marché au comptant.

Marché au comptant

Lieu (réel ou virtuel) où se rencontrent acheteur et vendeur de produits agricoles. On y effectue des achats et des ventes de produits physiques qui sont échangés immédiatement (au comptant). Ces marchés ont pour objectifs de faciliter les transactions et permettre des échanges sur de plus grandes quantités. Le prix des biens est défini sur le marché au comptant.

Matière première

Toutes les matières qui servent à fabriquer un bien peuvent être considérées comme des matières premières. Ces produits de base sont définis par la charte de La Havane en 1948 comme « tout produit de l'agriculture, des forêts, de la pêche et tout minéral, que ce produit soit sous une forme naturelle ou qu'il ait subi la transformation qu'exige communément la vente en quantités importantes sur le marché international ».

Négoce de matières premières

Activité commerciale d'achat et vente de matières premières. Le négoce nécessite de transporter, stocker et, souvent, transformer de grandes quantités de produits bruts.

Produit dérivé

Instrument financier dont le prix découle d'un ou plusieurs actifs sous-jacents. Ils s'échangent soit sur des marchés organisés (futures, options), soit de gré à gré (forwards).

Volatilité des prix

La volatilité d'un prix désigne sa tendance à s'écarter de sa moyenne historique. Elle représente donc les variations de cours d'un produit.

Questions fréquentes

Spéculation et faim

<p>Si une seule personne a faim à cause de la spéculation, c'est déjà trop. Pourquoi ne pas interdire la spéculation ?</p>	<p>La famine est un grave problème, mais elle n'est pas provoquée par des investissements financiers sur les marchés à terme. Les prix de la plupart des denrées alimentaires baissent depuis des années alors que les activités financières n'ont pas diminué. Cela n'a rien à voir avec la faim dans le monde et il est inquiétant qu'un problème aussi important soit aussi mal traité. Qui plus est, une interdiction des investissements financiers aurait des conséquences négatives. En cas de retrait des acteurs financiers des marchés, les denrées alimentaires seraient plus chères. En effet, les agriculteurs, producteurs et commerçants de denrées alimentaires doivent être en mesure de s'assurer. Cela lisse les prix. Pour qu'un marché à terme fonctionne correctement, il est nécessaire que les acteurs financiers y participent. L'initiative des Jeunes socialistes est donc contre-productive.</p>
<p>Pourquoi accepter que certains jouent avec la nourriture pendant que d'autres meurent de faim ?</p>	<p>Pour produire suffisamment de nourriture, les fermiers et les négociants doivent pouvoir couvrir leurs risques financiers. C'est ce que permettent les marchés à terme. Or ceux-ci ne fonctionnent que si les acteurs financiers y investissent leur argent. C'est pourquoi la Banque africaine de développement recherche actuellement des investisseurs pour mettre en place des marchés à terme et les faire fonctionner. Les producteurs et les négociants se retrouvent contraints de « parier » lorsqu'ils ne peuvent pas couvrir leurs transactions. Ils ne jouent pas avec la nourriture en couvrant leurs risques, bien au contraire.</p>
<p>D'après les initiants, une étude de l'EPFZ montre que la spéculation détermine les prix des aliments et que 60 à 70% des mouvements de prix seraient ainsi explicables.</p>	<p>C'est faux. Cette affirmation ne se trouve pas dans l'étude de l'EPFZ mentionnée. Les 60 à 70% se rapportent aux variations de prix qui ne peuvent pas être expliquées par de nouvelles informations des acteurs du marché. L'étude ne fait pas de distinction entre les acteurs financiers et commerciaux et ne se penche pas sur le niveau ou la volatilité des prix.</p>
<p>Dans les régions les plus pauvres du globe, les personnes les plus pauvres consacrent presque tout leur revenu à se nourrir. Ces pays doivent souvent importer des aliments et sont à la merci des prix internationaux. C'est</p>	<p>Les investissements financiers n'ont rien à voir avec les prix des aliments sur le marché de base. En revanche, des interventions politiques peuvent avoir des conséquences désastreuses. La Russie avait par exemple décrété en 2011 un embargo sur l'exportation de son blé à un moment où les prix internationaux étaient élevés. Cela avait eu des conséquences sur les pays importateurs les plus pauvres. Ces pays importent parce</p>

<p>pourquoi la spéculation est inacceptable.</p>	<p>que la production locale est insuffisante ou inefficente. La formation et les infrastructures manquent souvent et les fermiers ne peuvent pas couvrir financièrement leurs risques.</p>
<p>Comment peut-on être certains que la spéculation n'influence pas, au moins à court terme, le prix des matières premières ?</p>	<p>Il faut absolument distinguer entre le marché de base (marché comptant) et les marchés à terme. Les prix des aliments payés par le consommateur final est celui du marché de base et est défini par l'offre et la demande. Sur les marchés à terme, on négocie des contrats de livraisons dans le futur. On estime donc la valeur que pourrait avoir cette livraison à ce moment-là. Cela n'a donc pas d'influence sur le prix actuel du marché de base.</p>
<p>Les prix sur les marchés à terme influencent indirectement les prix sur le marché de base. Si on s'attend à des prix élevés dans le futur, on est prêt à payer un prix plus élevé sur le moment.</p>	<p>Il est peu probable que quelqu'un paie plus que ce qui est requis. On pourrait penser que certains font des réserves et attendent que les prix augmentent pour vendre plus tard mais cela ne se vérifie pas. Les stocks étaient historiquement bas au moment de la flambée des prix de 2007/2008. Par ailleurs, il ne faut pas oublier que l'on parle ici de denrées agricoles qui peuvent se périmer rapidement.</p>
<p>Il est pourtant clair que la spéculation a augmenté de façon significative la volatilité des prix, sinon comment expliquer la hausse des prix de 2007/2008 et 2010/2011 qui coïncident avec une forte augmentation des investissements financiers ?</p>	<p>Les fluctuations des cours des dix dernières années ne sont pas historiquement élevées. D'ailleurs, les activités des acteurs financiers sont restées importantes après 2011 alors que les prix des denrées alimentaires ont constamment baissé depuis. Il est donc faux de prétendre que la spéculation ait augmenté de façon significative la volatilité des prix.</p>
<p>Si la spéculation n'est pas responsable des mouvements des prix, qui l'est ?</p>	<p>Les prix sont influencés par une multitude de facteurs qui modifient l'offre et la demande. On peut citer les conditions météorologiques, géopolitiques, le prix des carburants, les entraves au commerce, l'état des infrastructures dans les pays de production ou importateurs, les évolutions démographiques et les changements des habitudes alimentaires.</p>

Le rôle de la Suisse dans le commerce de denrées agricoles

<p>Partout dans le monde, il a été reconnu qu'il est nécessaire de prendre des mesures contre la spéculation alimentaire. Pourquoi la Suisse ne veut-elle</p>	<p>Il s'agit d'une affirmation erronée. Aucun pays ne veut exclure les investisseurs financiers des marchés sous peine de détruire tous les marchés à terme. D'autre part des mesures ont été prises pour empêcher qu'un seul acteur se trouve en position dominante et puisse</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>pas emboîter le pas ?</p>	<p>manipuler les prix – notamment sur le marché de base. Avec la loi sur les infrastructures des marchés financiers, la Suisse s’est dotée de dispositions dites « limites de positions » mais cela n’a rien à voir avec la spéculation.</p>
<p>Les Etats-Unis et l’Union européenne montrent que la spéculation peut-être réglementée sans problème via les limites de positions. On ne peut donc pas affirmer que l’initiative des Jeunes socialistes entrainera de la bureaucratie et une distorsion de concurrence. Au contraire, on renforcerait le « level playing field ».</p>	<p>Les limites de position sont un moyen de lutter contre la manipulation des cours et ne visent pas à empêcher les investissements des acteurs financiers. Qui plus est, la révision des limites de position et des exemptions pour les acteurs commerciaux est actuellement en cours de révision aux Etats-Unis étant donné les difficultés techniques qu’elles engendrent. L’initiative des Jeunes socialistes va beaucoup plus loin que toutes les normes internationales et conduit donc à des désavantages concurrentiels considérables pour toutes les entreprises en Suisse. Ces dernières ne devront pas seulement être en conformité avec les limites de position mais devront démontrer le bien-fondé de chaque transaction à une nouvelle autorité de surveillance. Cette difficulté sera épargnée à leurs concurrents étrangers.</p>
<p>Les plus grandes entreprises de négoce du monde ont des succursales en Suisse. Le pays doit donc montrer l’exemple.</p>	<p>C’est justement parce que ces grandes entreprises de négoce sont implantées ici qu’il faut éviter toute réglementation spécifique à la Suisse. Si les entreprises sont dans notre pays, elles couvrent leurs opérations via les marchés à terme de Chicago ou Londres. Elles doivent donc respecter les réglementations en vigueur sur ces places d’échange. Si la Suisse définit des normes supplémentaires, ces entreprises seront désavantagées et en tireront les conséquences. Les négociants de matières premières contribuent aux recettes fiscales et fournissent plus de 10’000 postes de travail direct. Les impacts indirects sont encore plus importants.</p>

Les conséquences économiques de l’initiative

<p>Pour autant que les banques puissent démontrer qu’elles sont en relation avec un acteur qui couvre une opération commerciale, elles peuvent continuer à investir dans les matières premières agricoles. L’initiative des Jeunes socialistes interdit seulement la spéculation excessive.</p>	<p>Il est impossible dans les faits de justifier dans tous les cas une transaction d’un produit dérivé. Les stratégies de couverture de risque sont parfois extrêmement complexes et l’on ne peut pas toujours affecter une transaction financière à une transaction physique donnée. L’initiative engendrerait donc une énorme bureaucratie inutile. L’Etat devrait définir ce qui est du ressort de la « bonne » ou de la « mauvaise » spéculation, sans disposer du savoir-faire pertinent puisqu’il n’y a en Suisse aucune Bourse correspondante. Le désavantage concurrentiel pour les entreprises serait énorme et mettrait en danger des recettes fiscales et des emplois.</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>L'initiative des Jeunes socialistes stipule que les acteurs financiers peuvent continuer à investir dans les transactions mixtes. Elle n'interdit que l'excès de spéculation.</p>	<p>Cela est impossible dans la pratique puisque les marchés à terme sont anonymisés. Les acteurs financiers et commerciaux ne peuvent donc pas prouver qui est leur contrepartie. Par conséquent, il leur serait de facto totalement interdit d'investir sur les marchés à terme.</p>
<p>L'initiative ne peut pas être aussi mauvaise que cela pour l'économie puisqu'elle prévoit une exemption pour les opérations de couverture des risques (bona fide hedging).</p>	<p>Pour obtenir cette exemption, les entreprises devront produire énormément de preuves et de documents et se soumettre à de nombreux contrôles (y compris lorsqu'elles ne traitent pas via une bourse mais qu'elles couvrent leurs risques sur le marché de gré-à-gré (OTC)). Cet effort n'atténuera en rien la faim dans le monde.</p>